

Sachsen-Anhalt-Monitor

2018



Polarisierung und Zusammenhalt

Everhard Holtmann • Tobias Jaeck • Kerstin Völkl

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Institut für Politikwissenschaft
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Eine Studie im Auftrag der



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit: wahlberechtigte Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ab 16 Jahren

Stichprobe: repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe

Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)

Fallzahl: $N_{\text{Gesamt}} = 1.100$

Fehlertoleranz:

Prozent in der Stichprobe	Toleranz ohne Korrekturfaktor (optimistisch)	Toleranz mit Korrekturfaktor (konservativ)
5% bzw. 95%	+/- 1,3	+/- 1,8
10% bzw. 90%	+/- 1,8	+/- 2,5
20% bzw. 80%	+/- 2,4	+/- 3,3
30% bzw. 70%	+/- 2,7	+/- 3,8
40% bzw. 60%	+/- 2,9	+/- 4,1
50%	+/- 3,0	+/- 4,2

Erhebungszeitraum: 5.1.2018 / 5.2. bis 7.3.2018

Institut: Conoscope - GmbH

<http://www.conoscope.de/>

Anmerkung zur Grammatik und Orthographie: Zugunsten einer besseren Lesbarkeit und Barrierefreiheit wird im Folgenden auf die Unterscheidung des Genus verzichtet und ausschließlich das Maskulinum verwendet, in dem das feminine Geschlecht – sofern nicht ausdrücklich erwähnt – jedoch immer mitgedacht und -gemeint ist.

Inhaltsverzeichnis

UNTERSUCHUNGSANLAGE	2
INHALTSVERZEICHNIS	3
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	5
TABELLENVERZEICHNIS	8
KURZFASSUNG WICHTIGER ERGEBNISSE	10
1 EINLEITUNG	23
1.1 DIE VERÄNDERTE POLITISCH-PSYCHOLOGISCHE AUSGANGSLAGE SEIT DER LANDTAGSWAHL 2016.....	23
2 VERBUNDENHEIT	27
3 WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG	34
4 VERTRAUEN	41
4.1 ALLGEMEINES VERTRAUEN IN MITMENSCHEN.....	41
4.2 VERTRAUEN IN POLITISCHE INSTITUTIONEN.....	44
5 POLITISCHE INVOLVIERUNG UND POLITISCHE RESPONSIVITÄT	49
5.1 EINBINDUNG DER BÜRGER IN DIE POLITIK.....	49
5.2 BEURTEILUNG DER OFFENHEIT DES POLITISCHEN SYSTEMS.....	54
5.3 SUBJEKTIVE KOMPETENZWAHRNEHMUNG (SELBSTWIRKSAMKEIT).....	56
6 EINSTELLUNGEN ZUR DEMOKRATIE	58
6.1 DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS UND INSTITUTIONELLE GARANTIE.....	65
6.2 4 TYPEN DER EINSTELLUNG ZUR DEMOKRATIE.....	67
7 GERECHTIGKEITSEMPFINDEN	70
8 FREIHEIT-GLEICHHEIT-SICHERHEIT	75
9 PROBLEMPRIORITÄT UND LÖSUNGSKOMPETENZ	80
9.1 WICHTIGSTE PROBLEME IN SACHSEN-ANHALT.....	80
9.2 DEN PARTEIEN ZUGESCHRIEBENE LÖSUNGSKOMPETENZ.....	82
9.3 ZUKUNFTSSORGEN.....	83

10	POLITISCHER EINSTELLUNGSKOMPLEX EXTREMISMUS.....	84
10.1	DIE MESSUNG EXTREMISTISCHER EINSTELLUNGEN.....	85
10.1.1	DETERMINANTEN EINES SYSTEMKRITISCHEN EXTREMISMUS	91
10.2	EXTREMISTISCHES HANDLUNGSSPEKTRUM IN SACHSEN-ANHALT.....	94
10.3	RECHTES EINSTELLUNGSSPEKTRUM.....	97
10.3.1	DETERMINANTEN EINES RECHTSEXTREMEN WELTBILDES	99
10.4	GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT	106
10.4.1	DETERMINANTEN DER GRUPPENBEZOGENEN MENSCHENFEINDLICHKEIT.....	110
10.5	LINKES EINSTELLUNGSSPEKTRUM	113
10.5.1	DETERMINANTEN DES LINKEN POLITISCHEN EINSTELLUNGSSPEKTRUMS	116
11	PARTEIPRÄFERENZEN („SONNTAGSFRAGE“) UND PROFILE VON PARTEIANHÄNGERN UND NICHTWÄHLERN.....	119
11.1	PROFILE DER PARTEIANHÄNGER UND DER ERKLÄRTEN NICHTWÄHLER.....	120
11.1.1	ANHÄNGERPROFIL DER CDU	120
11.1.2	ANHÄNGERPROFIL DER LINKSPARTEI	121
11.1.3	ANHÄNGERPROFIL DER SPD.....	122
11.1.4	ANHÄNGERPROFIL DER AfD.....	122
11.1.5	ANHÄNGERPROFIL VON BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN.....	123
11.1.6	ANHÄNGERPROFIL DER FDP.....	124
11.1.7	PROFIL ERKLÄRTER NICHTWÄHLER.....	124
12	EINSTELLUNGEN ZUR DIGITALISIERUNG	127
12.1	DIE GRUNDEINSTELLUNG INNERHALB DER BEVÖLKERUNG	127
13	FRAGEBOGEN	128
	AUTORENVERZEICHNIS	142

Abbildungsverzeichnis

ABB. 1	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RÄUMLICHEN EINHEITEN	28
ABB. 2	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RÄUMLICHEN EINHEITEN IM ZEITVERLAUF, 2007 – 2018	29
ABB. 3	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH WOHNDAUER IN SACHSEN-ANHALT.....	31
ABB. 4	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE IN SACHSEN-ANHALT	32
ABB. 5	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH PERSÖNLICHER ZUKUNFT IN SACHSEN-ANHALT	32
ABB. 6	WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IN GEGENWART UND ZUKUNFT	35
ABB. 7	WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN SACHSEN-ANHALT UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IM ZEITVERLAUF, 2007 – 2018	36
ABB. 8	EINSCHÄTZUNG WIRTSCHAFTLICHE LAGE VOR ORT NACH REGIONALEM ENTWICKLUNGSSTAND, KREISEN UND GEMEINDEGRÖßENKLASSEN	37
ABB. 9	EINSCHÄTZUNG EIGENE WIRTSCHAFTLICHE LAGE, LEBENSZUFRIEDENHEIT UND PERSÖNLICHE ZUKUNFT NACH BILDUNG UND EINKOMMEN	38
ABB. 10	EINSCHÄTZUNG WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IN GEGENWART UND ZUKUNFT NACH BEURTEILUNG DES PERSÖNLICH GERECHTEN ANTEILS	39
ABB. 11	ZWISCHENMENSCHLICHES VERTRAUEN	41
ABB. 12	ZWISCHENMENSCHLICHES VERTRAUEN NACH VERSCHIEDENEN ERKLÄRUNGSFAKTOREN	43
ABB. 13	VERTRAUEN IN VERSCHIEDENE INSTITUTIONEN	45
ABB. 14	VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN IM ZEITVERLAUF, 2007 - 2018.....	46
ABB. 15	INSTITUTIONENVERTRAUEN NACH RESPONSIVITÄT, DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT UND EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE IN SACHSEN-ANHALT	47
ABB. 16	INSTITUTIONENVERTRAUEN NACH LEBENSZUFRIEDENHEIT, GERECHTIGKEITSBEURTEILUNG IN DEUTSCHLAND UND PARTEIPRÄFERENZ	48
ABB. 17	ZUSAMMENHANG ZWISCHEN POLITIKINTERESSE, POLITISCHER DISKUSSIONSHÄUFIGKEIT UND POLITISCHEM KOMPETENZGEFÜHL.....	50

ABB. 18	POLITISCHES INTERESSE, DISKUSSIONSHÄUFIGKEIT, KOMPETENZ- UND RESPONSIVITÄTSGEFÜHL	51
ABB. 19	ENTWICKLUNG DER POLITISCHEN INVOLVIERUNG UND RESPONSIVITÄT IM ZEITVERLAUF, 2007 - 2018	52
ABB. 20	POLITISCHE INVOLVIERUNG NACH VERSCHIEDENEN ERKLÄRUNGSFAKTOREN	53
ABB. 21	RESPONSIVITÄTSGEFÜHL NACH VERSCHIEDENEN ERKLÄRUNGSFAKTOREN	55
ABB. 22	SUBJEKTIVES KOMPETENZGEFÜHL	57
ABB. 23	SUBJEKTIVES KOMPETENZGEFÜHL NACH POLITISCHER KOMPETENZ, BILDUNG, LEBENSZUFRIEDENHEIT UND INTERNETKENNTNIS	57
ABB. 24	DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS UND INSTITUTIONELLE GARANTIEEN	66
ABB. 25	DEMOKRATIETYPEN IN SACHSEN-ANHALT 2018	69
ABB. 26	GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND	71
ABB. 27	FREIHEIT VERSUS GLEICHHEIT	77
ABB. 28	FREIHEIT VERSUS SICHERHEIT	78
ABB. 29	LINKS-RECHTS-SELBSTEINSCHÄTZUNG	87
ABB. 30	GEWALT ALS INSTRUMENT DER KONFLIKTLÖSUNG	88
ABB. 31	EXTREMISMUS-MODELL DES VERFASSUNGSSCHUTZES	89
ABB. 32	SYSTEMKRITISCHE UND SYSTEMFEINDLICHE EINSTELLUNGEN	90
ABB. 33	SKALA SYSTEMKRITISCHER EXTREMISMUS NACH POLITISCHEN EINSTELLUNGEN	92
ABB. 34	SKALA SYSTEMKRITISCHER EXTREMISMUS NACH SOZIALSTRUKTURELLEN EINSTELLUNGEN/KRITERIEN	93
ABB. 35	POLITISCH MOTIVIERTE STRAFTATEN (LINKS UND RECHTS) IM ZEITVERLAUF SEIT 2010	94
ABB. 36	POLITISCH MOTIVIERTE GEWALTTATEN UND FREMDENFEINDLICHE STRAFTATEN IM ZEITVERLAUF SEIT 2010	95
ABB. 37	AUSLÄNDER BEI ARBEITSKNAPPHEIT IN HEIMAT ZURÜCKSCHICKEN	98
ABB. 38	JUDEN HABEN AUF DER WELT/IN DEUTSCHLAND ZU VIEL EINFLUSS	98
ABB. 39	SKALA RECHTSEXTREMISMUS NACH POLITISCHEN EINSTELLUNGEN	104
ABB. 40	SKALA RECHTSEXTREMISMUS NACH SOZIALSTRUKTURELLEN EINSTELLUNGEN/KRITERIEN	106
ABB. 41	DIMENSIONEN DER GRUPPENBEZOGENEN MENSCHENFEINDLICHKEIT IM SAM 2018	107
ABB. 42	SKALA GMF-SYNDROM NACH POLITISCHEN EINSTELLUNGEN	111

ABB. 43	SKALA GMF-SYNDROM NACH SOZIALSTRUKTURELLEN EINSTELLUNGEN/KRITERIEN.....	112
ABB. 44	SKALA BETONT LINKES POLITISCHES EINSTELLUNGSSPEKTRUM NACH POLITISCHEN EINSTELLUNGEN	117
ABB. 45	SKALA BETONT LINKES POLITISCHES EINSTELLUNGSSPEKTRUM NACH SOZIALSTRUKTURELLEN EINSTELLUNGEN/KRITERIEN.....	118
ABB. 46	FRAGEN ZUR DIGITALISIERUNG.....	128

Tabellenverzeichnis

TAB. 1	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH ALTER.....	30
TAB. 2	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH PARTEIPRÄFERENZ	33
TAB. 3	EINSCHÄTZUNG WIRTSCHAFTLICHE LAGE, LEBENSZUFRIEDENHEIT UND ZUKUNFT NACH PARTEIPRÄFERENZ.....	40
TAB. 4	DEMOKRATIE ALS BESTE STAATSIDEE.....	59
TAB. 5	DAS DEMOKRATISCHE VERFASSUNGSSYSTEM DER BUNDESREPUBLIK	60
TAB. 6	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND, NACH ALTERSGRUPPEN UND BILDUNG.....	61
TAB. 7	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND, NACH ERWERBSSTATUS UND EINKOMMEN	61
TAB. 8	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND NACH ZUFRIEDENHEIT MIT LEBENSITUATION UND EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE.....	62
TAB. 9	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND NACH PARTEIPRÄFERENZ.....	62
TAB. 10	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND NACH LINKS-RECHTS-SELBSTEINSTUFUNG	63
TAB. 11	EINE TYPOLOGIE DEMOKRATISCHER ORIENTIERUNGEN	68
TAB. 12	GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND NACH GESCHLECHT UND PARTEIPRÄFERENZ.....	71
TAB. 13	GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND NACH ALTER UND SCHULABSCHLUSS	72
TAB. 14	GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND NACH TÄTIGKEIT	72
TAB. 15	GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND NACH LEBENSZUFRIEDENHEIT, EIGENER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE UND DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT	73
TAB. 16	ERHALT VON GERECHTEM ANTEIL NACH ALTER UND STELLUNG IM BERUF.....	73
TAB. 17	ERHALT VON GERECHTEM ANTEIL NACH SCHULABSCHLUSS UND EINKOMMEN	74
TAB. 18	FREIHEIT VERSUS GLEICHHEIT UND FREIHEIT VERSUS SICHERHEIT NACH ALTER UND PARTEIPRÄFERENZ.....	79

TAB. 19	PERSÖNLICHES KRISENMANAGEMENT UND PERSÖNLICHE PROBLEMBEWÄLTIGUNG IN RELATION ZUR PRÄFERENZ „FREIHEIT ODER SICHERHEIT“	79
TAB. 20	PERSÖNLICHES KRISENMANAGEMENT UND PERSÖNLICHE PROBLEMBEWÄLTIGUNG IN RELATION ZUR PRÄFERENZ „FREIHEIT ODER SICHERHEIT“	79
TAB. 21	DIE 10 WICHTIGSTEN PROBLEME IN SACHSEN-ANHALT, NACH ALTER, STELLUNG IM BERUF, EINKOMMEN UND PARTEIPRÄFERENZ.....	81
TAB. 22	DIE DEN PARTEIEN ZUGEWIESENE LÖSUNGSKOMPETENZ FÜR DIE 10 MEISTGENANNTEN „WICHTIGSTEN PROBLEME“	82
TAB. 23	SORGENBAROMETER DER SACHSEN-ANHALTER	83
TAB. 24	DRINGLICHSTE SORGEN DER DEUTSCHEN IM FRÜHJAHR 2017	83
TAB. 25	POTENTIAL RECHTSEXTREMISTISCHER PERSONEN IN SACHSEN-ANHALT	96
TAB. 26	POTENTIAL LINKSEXTREMISTISCHER PERSONEN IN SACHSEN-ANHALT	96
TAB. 27	RECHTSEXTREMISTISCHE EINSTELLUNGEN IN SACHSEN-ANHALT	99
TAB. 28	GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT IN SACHSEN-ANHALT	109
TAB. 29	BETONT LINKES EINSTELLUNGSSPEKTRUM IN SACHSEN-ANHALT	115
TAB. 30	WAHLABSICHT NACH PARTEIPRÄFERENZ.....	119

Kurzfassung wichtiger Ergebnisse

1. Wie auch die persönliche Bindung an sämtliche anderen Raumeinheiten (Wohnort, Ostdeutschland, Gesamtdeutschland, Europa), ist die Verbundenheit der Sachsen-Anhalter mit ihrem Bundesland im Vergleich zur letzten Monitorumfrage (2014) gestiegen. Aktuell fühlen sich 41 Prozent der Befragten sehr stark und weitere 40 Prozent ziemlich stark mit Sachsen-Anhalt verbunden. Das sind insgesamt 10 Prozentpunkte mehr als vor 4 Jahren.
2. Die stärkste Verbundenheit wird jedoch dem Wohnort entgegengebracht, dicht gefolgt von der Bindung an Ostdeutschland. Hingegen fällt der persönliche Bezug zu Gesamtdeutschland und insbesondere zu Europa geringer aus als zu Sachsen-Anhalt. An dieser Rangfolge hat sich verglichen mit 2014 nichts geändert.
3. Differenziert nach dem Alter der Befragten, zeigen sich klare Generationeneffekte. Jüngere Sachsen-Anhalter bekennen sich generell weniger raumverbunden; das gilt auch für den Wohnort. Die 18- bis 24-Jährigen und auch die 35- bis 44-Jährigen fühlen sich Gesamtdeutschland geringfügig stärker verbunden als Sachsen-Anhalt.
4. Erwartungsgemäß hat die Wohndauer in Sachsen-Anhalt auf die kleineren räumlichen Einheiten, zu denen eine größere geographische Nähe besteht, einen identitätsstiftenden Einfluss. Das Gefühl der Verbundenheit zum Wohnort, zum Land und zu Ostdeutschland steigt mit zunehmender Wohndauer in Sachsen-Anhalt.
5. Auch die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt beeinflusst das Verbundenheitsgefühl der Befragten deutlich. Allgemein gilt: Je besser die wirtschaftliche Situation im Land eingeschätzt wird, desto höher fällt die Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten aus. Vor allem die Verbundenheit zu Sachsen-Anhalt hängt sehr stark von der Einschätzung der Wirtschaftskraft des Bundeslandes ab.
6. Wie positiv die persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt gesehen wird, ist ein weiterer das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen Raumeinheiten stärkender Faktor. Wer persönlich optimistisch in die Zukunft sieht, identifiziert sich vergleichsweise stärker mit Gesamtdeutschland und Europa. Für die kleineren territorialen Einheiten fällt dieser Zusammenhang hingegen deutlich schwächer aus.
7. Seit 2014 hat sich die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Land kaum verändert. Die Mehrheit sieht teils positive, teils negative Momente. Ein knappes Drittel (29 Prozent) stuft die ökonomischen Gegebenheiten als sehr gut oder gut ein. 18 Prozent meinen, es sei schlecht oder sehr schlecht um die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt bestellt.

8. Auch bezüglich der Wirtschaftskraft des Wohnorts halten sich bessere und schlechtere Werte im Schnitt die Waage. Allerdings erscheint das Meinungsbild hier stärker polarisiert. Während ein gutes Drittel die lokale Wirtschaftskraft als (sehr) gut einstuft, beurteilt sie ein knappes Drittel als (sehr) schlecht.
9. Bewohner von schrumpfenden Regionen stufen die lokale Wirtschaftskraft tendenziell negativ ein. Bewohner wachsender wie auch stabiler Regionen beurteilen die Situation vor Ort hingegen leicht positiv.
10. Häufiger zuversichtlich fällt das Urteil aus, wenn nach der Zukunft von Sachsen-Anhalt gefragt wird. Immerhin 42 Prozent glauben, dass das Land einer positiven Entwicklung entgegengeht. Und wie schon 2014, bewertet die Landesbevölkerung ihre eigene wirtschaftliche Situation deutlich zuversichtlicher als die allgemeine ökonomische Lage im Land und am Wohnort. 63 Prozent bezeichnen ihre derzeitige persönliche Wirtschaftslage als gut, weitere 13 Prozent sogar als sehr gut. Das sind insgesamt 10 Prozent mehr als 2014. Lediglich eine Minderheit von 6 Prozent ist aktuell mit der eigenen wirtschaftlichen Lage unzufrieden.
11. Die Lebenszufriedenheit wird auch 2018 ähnlich gut eingeschätzt wie die eigene wirtschaftliche Lage. Derzeit sind 22 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sehr zufrieden mit ihrer Lebenssituation. Weitere 48 Prozent geben an, eher zufrieden zu sein (insgesamt ein Plus von 7 Prozent im Vergleich zu 2014). Lediglich 6 Prozent der Befragten äußern sich unzufrieden über ihre Lebenslage.
12. Auch die Beurteilung der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt bestätigt, dass diese Perspektive für die eigene Person positiver ausfällt als für das Land. 70 Prozent (plus 12) der Landesbewohner sehen ihre persönliche Zukunft im Land zuversichtlich. Nur 10 Prozent (gegenüber 2014 unverändert) sehen sie (sehr) negativ.
13. Im Zeitverlauf betrachtet, hat sich die wirtschaftliche Situation Sachsen-Anhalts in der Wahrnehmung der Bürger seit 2009 stetig verbessert. Im Vergleich zu 2014 erscheinen auch die Beurteilung der Lebenszufriedenheit, der eigenen wirtschaftlichen Lage und der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt in leicht rosigerem Licht.
14. Je höher der Bildungsabschluss und je höher das Einkommen einer Person ist, desto positiver schätzt diese ihre persönliche wirtschaftliche Lage ein, desto zufriedener ist sie mit ihrer Lebenssituation und desto optimistischer sieht sie ihrer persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt entgegen.
15. Zwischenmenschliches Vertrauen ist unter den Bürgern Sachsen-Anhalts nur mäßig ausgeprägt. Misstrauen überwiegt. Fast jede(r) Zweite stimmt der Aussage zu, „Man kann nicht vorsichtig genug sein“. Lediglich 22 Prozent der Sachsen-Anhalter sind überzeugt, dass man den meisten Menschen vorbehaltlos trauen kann.

16. Generell besteht zwischen personalem Vertrauen in Mitmenschen und generalisiertem Vertrauen in politische Institutionen ein enger Zusammenhang. Das heißt: Wer den Mitmenschen vertraut, vertraut auch eher politischen Institutionen – und umgekehrt.
17. Beim politischen Institutionenvertrauen wird die allgemein bekannte Vertrauenshierarchie abermals erkennbar: Am stärksten vertrauen die Bürger des Landes der Polizei, danach folgt das Bundesverfassungsgericht. Bei der Bundes- und der Landesregierung halten sich Vertrauen und Misstrauen weitgehend die Waage. Das Schlusslicht der Vertrauenshierarchie bilden wie üblich Politiker und politische Parteien.
18. Je zufriedener die Bürger mit den politischen und wirtschaftlichen Leistungen des Systems sind, desto höher ist ihr Vertrauen in die Institutionen. Wer mit seiner Lebenssituation unzufrieden ist und den Eindruck hat, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht, bringt auch den Institutionen weniger Vertrauen entgegen.
19. Die politische Involvierung, also die Selbsteinschaltung in Politik, fällt je nach Indikator unterschiedlich aus. Insgesamt sind 57 Prozent der Sachsen-Anhalter stark oder sehr stark an Politik interessiert. Nur eine Minderheit von 11 Prozent gibt an, sich wenig oder überhaupt nicht für Politik zu interessieren. 55 Prozent diskutieren, eigenen Angaben zufolge, täglich oder mehrmals die Woche mit Familienmitgliedern, Freunden oder Arbeitskollegen über Politik. Politisch kompetent fühlen sich 38 Prozent der Befragten. Dementgegen fühlt sich etwa jeder Fünfte weniger oder gar nicht in der Lage, politische Sachverhalte zu verstehen und zu beurteilen.
20. Innerhalb der letzten vier Jahre haben sich erstmals alle drei Indikatoren politischer Involvierung – Interesse an Politik, Diskussion über Politik, Selbstzuschreibung politischer Kompetenz – positiv entwickelt.
21. Verglichen mit der politischen Involvierung wird die Offenheit des politischen Systems deutlich negativer beurteilt. Lediglich 6 Prozent der Bevölkerung des Landes sind der Ansicht, dass sich die politische Elite responsiv gegenüber den Wünschen der Bürger verhält. 59 Prozent der Befragten vertreten die Meinung, dass die politischen Entscheidungsträger die Präferenzen der Bevölkerung weitgehend ignorieren.
22. Dieses kritische Urteil der Bürger hat sich in den letzten vier Jahren nochmals verschlechtert und 2018 den negativsten Wert seit 2009 erreicht. Der erkennbar beschleunigte *Schwund an wahrgenommener Responsivität* dürfte einen wesentlichen Beweggrund für die Umschichtung der politischen Kräfteverhältnisse bei den sachsen-anhaltischen Landtagswahlen 2016 widerspiegeln.

23. Von ihren eigenen Fähigkeiten, Probleme meistern und komplizierte Aufgaben lösen zu können, sind die Bürger in Sachsen-Anhalt mehrheitlich überzeugt. 56 Prozent geben an, dass sie über diese personelle Ressource mit Sicherheit verfügen. Lediglich jeder Zehnte ist unentschlossen, ob er im Alltag mit Schwierigkeiten und Problemen zurechtkommt. Unsicher ist sich nur ein Prozent.
24. Personen, die sich selbst für kompetent halten, fühlen sich tendenziell auch politisch kompetent. Ebenso besteht ein Zusammenhang zwischen dem subjektiven Kompetenzgefühl und der Lebenszufriedenheit. Personen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, fühlen sich generell kompetenter – und umgekehrt.
25. Auf der Einstellungsebene durchziehen zwei Konfliktlinien die Bevölkerung des Landes. Die eine Konfliktlinie trennt Anhänger von Regierungs- und Oppositionsparteien. Die andere scheidet die sogenannten etablierten Parteien einerseits und AfD sowie Nichtwähler andererseits. Erstere Konfliktlinie ist Ausdruck der in einer Parteiendemokratie normalen politischen Wettbewerbslage. Letztere Konfliktlinie verweist auf eine deutliche Fragmentierung zwischen systemloyaler Bevölkerungsmehrheit auf der einen Seite und einem ausgeprägt politikverdrossenen und partiell deutlich systemkritischen Bevölkerungsteil auf der anderen Seite. Dabei stimmen bekennende Nichtwähler und Anhänger der AfD in ihren wertbezogenen Überzeugungen und aktuellen politischen Einschätzungen weitgehend überein.
26. Fast alle Sachsen-Anhalter bekennen sich eher bzw. entschieden zur Idee der Demokratie. Die Zahl prinzipieller Demokratiegegner, die sich häufiger in kleinen Gemeinden unter 2.000 Einwohnern finden, ist mit unter 3 Prozent verschwindend gering.
27. Verglichen mit der hohen ideellen Sympathie für die demokratische Staatsform und der schon deutlich geringeren Identifikation mit dem politischen System, wie es im Grundgesetz kodifiziert ist, fällt, wie schon bei den früheren Umfragen des SAM, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie Deutschlands merklich niedriger aus. 41 Prozent der Befragten äußern sich sehr oder eher zufrieden zur Leistungsfähigkeit der Demokratie. Sehr oder eher unzufrieden sind annähernd 60 Prozent. Gemessen an vorliegenden Vergleichswerten, unterschreitet das sachsen-anhaltische Zufriedenheitsniveau den Bundesdurchschnitt deutlich.

28. Die Zufriedenheit mit der Performanz der deutschen Demokratie variiert nach Parteisympathie. Während Anhänger der im Land derzeit regierenden Parteien CDU, SPD und Grüne sich überdurchschnittlich zufrieden zur Systemleistung äußern, sind Parteigänger von FDP, Linkspartei und AfD ersichtlich häufiger mit der aktuellen Leistungsfähigkeit der Demokratie unzufrieden. Auch hier stellen Anhänger der AfD gemeinsam mit erklärten Nichtwählern die Speerspitze der Unzufriedenheit.
29. Wie in den Jahren zuvor, bejaht auch im Jahr 2018 eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Landes mit zustimmenden Voten zwischen 85 und über 90 Prozent das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und auf Demonstration sowie die unverzichtbare Existenz einer Opposition. Mit rund 75 Prozent sind merklich weniger der Auffassung, dass jeder demokratischen Partei die Chance gebühre, an die Regierung zu kommen.
30. Diese vier demokratischen Elementarrechte bzw. Basisgarantien werden gegenwärtig, wie schon 2014, weitgehend unabhängig von Alter, Bildungsgrad, Stellung im Beruf und sozialem Status eingefordert. Nach Parteivorlieben sortiert, scheiden sich teilweise die Geister: Das Existenzrecht politischer Opposition wird von AfD-Anhängern und Nichtwählern gleichermaßen skeptischer gesehen, was angesichts der prononciert oppositionellen Grundhaltung beider Gruppen erstaunlich ist.
31. Die prinzipielle Chance auf Regierungsteilhabe wiederum fordern Parteigänger der AfD, hier abweichend vom Durchschnitt der Nichtwähler, vergleichsweise nachdrücklich ein. Dies bestätigt indirekt, dass auch AfD-Anhänger, ungeachtet des vorherrschenden Protestwahlmotivs, eine Regierungsbeteiligung der von ihnen bevorzugten Partei nicht kategorisch ablehnen.
32. Ein gewaltsamer Konfliktaustrag gehört nach der Überzeugung von mehr als 90 Prozent der Sachsen-Anhalter nicht zur Demokratie. Nur eine kleine Minderheit von weniger als 4 Prozent bekundet dafür Sympathie.
33. Einer Aufwertung von Direkter Demokratie stimmen aktuell gut zwei Drittel der Befragten „eher“ (20 Prozent) oder „voll und ganz“ (47 Prozent) zu. Dabei fällt die Zustimmung bei Älteren (ab 45 Jahren) größer aus. Umgekehrt wächst die Skepsis mit gehobenem Einkommen und höherer Bildung sprunghaft an.

34. Im Vergleich zum Nichtwähler-Monitor 2015, für den wir erstmals die 4er-Typologie der Einstellungen zur Demokratie verwendet haben, sind die beiden Typen auf den äußeren Flügeln 2018 jeweils geringer besetzt: Die „Antidemokraten“ stellen mit nunmehr 2 Prozent eine verschwindende Minderheit dar. Als „zufriedene Demokraten“ lassen sich aktuell 36 Prozent (5 Prozent weniger als 2015) einordnen. Die Mittelbereiche der „systemkritischen Demokraten“ und der „politikkritischen Demokraten“ sind jeweils moderat gewachsen, nämlich von 32 auf 35 Prozent bzw. von 23 auf 28 Prozent.
35. Verglichen mit dem Ergebnis der Landtagswahl von März 2016 hätten sich ausweislich der Sonntagsfrage die politischen Kräfteverhältnisse binnen etwa zwei Jahren nicht unerheblich wieder verschoben. Alle sogenannten etablierten Parteien mit Ausnahme der Grünen würden zulegen. Die CDU bliebe klar stärkste Partei und könnte den Abstand zu dem nächstfolgenden Wettbewerber wieder vergrößern. Die Linkspartei würde zweitstärkste Kraft. Die SPD würde sich auf niedrigem Ausgangsniveau verbessern. Die AfD hätte deutlich an Sympathie eingebüßt, läge mit der SPD nur noch nahezu gleichauf und würde mit dieser um die Plätze 3 und 4 konkurrieren, bliebe aber im zweistelligen Bereich. Die Bündnisgrünen und die FDP lägen beide um die fünf Prozent; ihr Wiedereinzug in den Landtag ist folglich nicht sicher. Gemäß diesem Stimmungsbild ist einstweilen offen, ob es in Sachsen-Anhalt bei einem Fünf-Parteien-Parlament bliebe oder sechs Parteien in den Landtag einzögen. Indes handelt es sich bei der Sonntagsfrage nur um die Momentaufnahme einer Stimmungslage, die auf künftige Wahlentscheidungen nur sehr bedingt Rückschlüsse zulässt. Zudem ist die statistische Fehlertoleranz von plus/minus 3 Prozent zu berücksichtigen, welche sich auf die Reihenfolge der Parteienanteile und hinsichtlich der Grünen und der FDP auf die Chance, die Fünf-Prozent-Hürde zu reißen oder zu überspringen, auswirken kann.
36. Für die fünf im Landtag vertretenen Parteien sowie für die FDP und die Teilgruppe der Nichtwähler haben wir Anhängerprofile erstellt. In diese Profilbeschreibungen sind jene Einstellungsmuster aufgenommen worden, die für die jeweiligen Parteigänger kennzeichnend sind. Dabei zeigen sich deutliche politische Standortunterschiede zwischen den sogenannten etablierten Parteien einerseits sowie AfD- und Nichtwählern andererseits. Die eingangs dargelegte Polarisierung zwischen systemloyalen und systemkritischen gesellschaftlichen Lagern baut sich somit auch auf der Ebene der Parteianhänger auf.
37. Bei der Befragung im Jahr 2014 hatten jeweils 47 Prozent der Sachsen-Anhalter den allgemeinen Gang der Dinge in Deutschland als eher gerecht oder eher ungerecht empfunden. Im Jahr 2018 überwiegt die Wahrnehmung insgesamt allgemein gerechter Verhältnisse. Mehr als die Hälfte bewertet nunmehr die allgemeine Lage als „sehr“ bzw. „eher gerecht“ (3 bzw. 51 Prozent). Damit liegt Sachsen-Anhalt in etwa auf der Höhe des Bundestrends.

38. Anders als Männer, schätzen Frauen die allgemeine Situation mehrheitlich zu 51 Prozent als eher ungerecht ein.
39. Aufgeschlüsselt nach Parteipräferenzen, formieren sich auch bei dieser Frage die mit der AfD Sympathisierenden und bekennende Nichtwähler gegenüber den Anhängern anderer Parteien zu einer Kontrastgruppe, welche die relativ größten Gerechtigkeitsdefizite sieht.
40. Verglichen mit 2014 ist 2018 das Generationengefälle stärker ausgeprägt: In der jüngsten Altersgruppe (18 bis 24 Jahre) sehen drei von vier Befragten aktuell die Verhältnisse als eher gerecht an; das sind 11 Prozent mehr als vier Jahre zuvor. Angehörige der berufsaktiven Jahrgänge äußern sich hingegen deutlich kritischer. Speziell bei den 35- bis 44-Jährigen ist gegenüber 2014 ein Aufwuchs des Ungerechtigkeitsempfindens um 11 Prozent zu verzeichnen. Wer 60 Jahre und älter ist, beurteilt die Gerechtigkeitsfrage häufiger positiv.
41. Bei der sozialen Verteilung der Beantwortung der Gerechtigkeitsfrage wird das aus den früheren Erhebungen vertraute Bild teilweise fortgeschrieben: Frauen, Hauptschulabsolventen und nicht Berufstätige sehen mehrheitlich immer noch Gerechtigkeitsdefizite. Allerdings hat sich in all diesen Gruppen das Ungerechtigkeitsempfinden gegenüber 2014 abgeschwächt.
42. Regional weisen die Mittelwerte für die Stadt- und Landkreise beim Gerechtigkeitsempfinden kaum Gefälle aus. Jedoch liegt in einzelnen Kreisen die Anzahl derer, welche die Situation als „sehr ungerecht“ ansehen, erkennbar über dem Landesdurchschnitt (8 Prozent), so im Altmarkkreis Salzwedel (2 Prozent), in Mansfeld-Südharz (17 Prozent), im Saalekreis (11 Prozent) und im Salzlandkreis (11 Prozent). Ähnlich kritisch äußern sich auch überproportional viele Bewohner(12 Prozent) in schrumpfenden Regionen.
43. Dass man persönlich einen gerechten Anteil erhält, wird, wie schon in den Vorjahren, in Sachsen-Anhalt auch 2018 häufiger bejaht als ein allgemein gerechter Zustand im Land. Annähernd 54 Prozent, neun Prozent mehr als 2014, sagen, persönlich widerfahre ihnen Gerechtigkeit. Ein Defizit an persönlicher Gerechtigkeit bemängeln knapp 37 Prozent.
44. Die Mittelgruppe derer, die sich gerecht bedient sehen, bildet inzwischen die Mehrheit. Dieser sich in der Zeitreihe seit 2009 abzeichnende Wandel streut über alle Alterskohorten und beruflichen Statusgruppen. Das bedeutet: Obschon immer noch mehr als ein Drittel der Befragten die eigenen Lebensumstände nach subjektiven Gerechtigkeitsmaßstäben nicht angemessen ausgestattet sieht, zeichnet sich ein langzeitlicher Trend zu einer *gefühlter gerechter nivellierten Mehrheitsgesellschaft* ab.

45. Im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungen hat sich die hypothetische Präferenz der Sachsen-Anhalter für „Freiheit oder Gleichheit“ nochmals stärker in Richtung des Freiheitspols verschoben. Aktuell geben annähernd drei Viertel aller Befragten „Freiheit“ den Vorzug.
46. Wie schon in der Vergangenheit ändert sich das Bild, wenn eine Präferenzentscheidung zwischen „Freiheit“ oder „Sicherheit“ getroffen werden soll. Hier ziehen nahezu 75 Prozent der Sachsen-Anhalter die Sicherheitskarte.
47. Es sind insbesondere Berufstätige und Ruheständler, Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen, Inhaber niedriger und mittlerer Schulabschlüsse sowie seit Geburt oder früher Kindheit in Sachsen-Anhalt Lebende, die lieber auf der ‚sicheren Seite‘ sein wollen.
48. Die Präferenzentscheidung für „Freiheit oder Sicherheit“ steht auch mit der Selbstzurechnung persönlicher Problemlösungskompetenz in einem Zusammenhang steht, wird durch die Daten in der Tendenz bestätigt. Wer sich in schwierigen Situationen auf die eigenen Fähigkeiten nicht verlassen mag, der eigenen Kraft nicht vertraut oder sich durch anstrengende bzw. komplizierte Aufgaben eher überfordert sieht, optiert auch deutlicher für „Sicherheit“.
49. Was sind die drängenden Probleme des Landes? –Wir haben die Befragten mittels einer offenen Frage diesmal gebeten, die ihrer Meinung nach beiden wichtigsten Probleme zu benennen. Im Ergebnis zeigt sich, dass Arbeit und Wirtschaft mit 16 bzw. 15 Prozent die Rangfolge bei dem genannten wichtigsten Problem anführen, dicht gefolgt von Zuwanderung/ Flüchtlinge (15 Prozent) und Bildung/ Lehrermangel (14 Prozent).
50. Die Antworten auf die Frage, welche Partei am besten geeignet sei, „das wichtigste Problem zu lösen“, bestätigen bekannte den Parteien zugeschriebene Stärken und Schwächen. Die CDU hat deutliche Vorteile in den Politikfeldern Wirtschaft, Arbeit und Zuwanderung/Flüchtlinge, die AfD beim Thema Zuwanderung/Flüchtlinge, die Linkspartei wie auch die SPD im Feld der Sozialpolitik.
51. Für die vier mit Abstand als am „wichtigsten“ erachtete Probleme, nämlich Zuwanderung/Flüchtlinge, Bildung/Lehrermangel, Arbeit und Wirtschaft, sieht jeweils etwa ein Drittel der Befragten „keine Partei“ als geeignet, diese Probleme zu lösen.
52. Wie oben schon erwähnt, sehen rund 70 Prozent der Sachsen-Anhalter ihre persönliche Zukunft sehr oder eher positiv. Als gänzlich „sorgenfrei“ bezeichnen sich andererseits weniger als 20 Prozent. An dem von uns erstellten Sorgenbarometer lässt sich ablesen, welche die größten Sorgen der Menschen hierzulande sind. Am meisten genannt werden Rente/ Altersversorgung, Pflege, die eigene Gesundheit und das Gesundheitswesen, die Sicherung der Zukunft nachfolgender Generationen sowie Armut und Arbeitslosigkeit.

53. Die Mehrheit der Sachsen-Anhalter verortet sich im politischen Links-Rechts-Spektrum, wie auch die meisten Deutschen, vornehmlich in der Mitte. Differenzierter betrachtet wird deutlich, dass die Mitte-Links-Position insgesamt stärker besetzt ist als das Mitte-Rechts-Feld. Kontrolliert nach der Parteipräferenz, dem stärksten Erklärungsfaktor, fällt auf, dass sich die Anhängerschaft der AfD als einzige rechts von der Mitte positioniert. Allen anderen Parteianhänger verorten sich im Schnitt in der gemäßigt linken Position. Eine Ausnahme stellt die Gruppe der erklärten Nichtwähler dar, welche sich fast genau in der politischen Mitte verortet.
54. Diese Tendenz zur Selbsteinordnung in der Mitte-Links-Position ist in Sachsen-Anhalt, wie in Ostdeutschland insgesamt stärker ausgeprägt und hat sich in den letzten Jahren in Sachsen-Anhalt auf Kosten der „Randkategorien“ noch weiter verfestigt.
55. Potentielle Gewaltbereitschaft, ein Indikator für extremistische Einstellungspotentiale, ist in Sachsen-Anhalt wenig verbreitet. Lediglich für einen marginalen Teil der Bürgerinnen und Bürger des Landes, nämlich nicht einmal vier Prozent, kommt Gewalt als Instrument der Konfliktlösung in Frage. Ebenso eindeutig lehnen gut 92 Prozent Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung generell ab, davon fast drei Viertel (73 %) entschieden.
56. In Kombination mit politisch sehr linken und rechten Positionen, ergibt sich eine kaum messbare Zellenbesetzung (Schnittmenge) von weniger als 0,1 Prozent. Gleichwohl wird erkennbar, dass unter denen, die sich im politischen Spektrum äußerst links verorten, die Gewaltbereitschaft schwächer ausgeprägt ist als bei der Kontrastgruppe am rechten Rand.
57. Die Analysen haben gezeigt, dass eine grundsätzliche Kritik am bestehenden demokratischen System sich a priori weder klar dem rechten noch dem linken politischen Spektrum zuordnen lässt. Deshalb wurde diese Dimension im aktuellen Monitor gesondert untersucht. Wie schon bei der potentiellen Gewaltbereitschaft, wird dieses Einstellungsmuster nur von einem sehr geringen Anteil der Bevölkerung getragen. Gerade mal zwei Prozent lehnen die Idee der Demokratie grundsätzlich ab, jeweils fünf Prozent plädieren für eine Revolution statt weiterer Reformen und eine Abschaffung des Staates als Instrument der Unterdrückung. Die Ablehnungsanteile liegen jeweils zwischen rund 70 und 95 Prozent.
58. Systemkritische Einstellungen finden sich insbesondere unter Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, bei Anhängern der AfD, bei Befragten, die eher für Sicherheit und Gleichheit statt Freiheit optieren und bei solchen, die sich auf dem politischen Kontinuum eher rechts verorten.

59. Sozialstrukturell wird systemkritischer Extremismus vor allem durch soziale Deprivation (hohes Ungerechtigkeitsempfinden, Gefühl zu kurz zu kommen), Unzufriedenheit mit dem Leben, pessimistische persönliche Zukunftsaussichten und auch sozioökonomische Indikatoren, wie niedrige Bildung und unterdurchschnittliches Einkommen, „positiv“ verstärkt. Ähnliche Einflussfaktoren zeigen sich im Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.
60. Dezidiert ausländerfeindliche Einstellungen gehen in Sachsen-Anhalt, wie auch im Rest Deutschlands insgesamt kontinuierlich zurück. Dies gilt auch für die rechtsextremistischen Einstellungen – nach Konsensus-Definition – im Allgemeinen. Ein Problem, bei diesen Messungen ist, dass aktuelle Facetten wie Islamfeindlichkeit oder die ablehnende Haltung gegenüber Flüchtlingen und Schutzsuchenden mit diesem Instrument nicht angemessen erfasst werden können.
61. Die Anteile zustimmender Antworten zu rechtsextremen Vorurteilen fallen im Land ähnlich aus wie im bundesweiten Durchschnitt. Die Vorstellung über eine Ungleichwertigkeit von Leben (Sozialdarwinismus) geht im Zeitverlauf zwar auch zurück, liegt aber dennoch leicht über den Werten, die für die Bundesrepublik insgesamt ermittelt wurden. Auffallend ist, dass trotz ähnlicher Zustimmungswerte die ablehnende Haltung in Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich weit weniger deutlich ausfällt. Im Zeitverlauf betrachtet nehmen die Gegenpositionen zu rechtsextremen Einstellungen aber dennoch zu.
62. Rechtsextremistische Einstellungen finden sich insbesondere unter Personen, die mit der Verfassung, so wie sie in Deutschland existiert, unzufrieden sind, die Demokratie als Idee grundsätzlich ablehnen, ferner unter Anhängern der AfD sowie Personen, die eher für Sicherheit statt Freiheit votieren, die Gewalt als Instrument der Konfliktregulierung bejahen und sich auf dem politischen Kontinuum rechts verorten.
63. Nach wie vor haben die Kontakte zu Menschen anderer Kulturen und Migrationshintergründen einen, den Rechtsextremismus mildernden Effekt; dieser ist umso stärker, wenn die Kontakte auf Augenhöhe, wie zum Beispiel im Freundeskreis oder der Familie, stattfinden.
64. Menschen mit einer ausgeprägten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, verfügen in starkem Maße auch über rechtsextreme Einstellungsmuster. Das verbindende Element beider Dimensionen ist eine Überzeugung der Ungleichwertigkeit von Leben.
65. Sozialstrukturell wird Rechtsextremismus durch die gleichen Faktoren wie auch systemkritischer Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit begünstigt. Allerdings sind diese Zusammenhänge weniger stark ausgeprägt. Hinzu kommt ein deutlicher Alterseffekt: Mit zunehmendem Alter ist ein Anstieg rechter Weltanschauungen zu beobachten.

66. Die erstmals im Monitor enthaltene Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fokussiert auf ablehnende Haltungen gegenüber Gruppen, welche als vermeintlich „schwach, abweichend, nicht normal oder [eben] fremd [bzw. anders] wahrgenommen werden“. Sie schließt damit die Forschungslücke zum Rechtsextremismus, der ausschließlich die Gruppe der Ausländer und Semiten berücksichtigt.
67. Die Anteile derjenigen, die einzelnen Facetten des GMF-Syndroms zustimmen, liegen im deutschlandweiten Vergleich teilweise leicht über und unter dem bundesweiten Durchschnitt der Referenzdaten. Eine Ausnahme bilden die Einstellungen zur Rolle der Frau in der heutigen Gesellschaft. Hier sind in Sachsen-Anhalt weniger der Ansicht, Frauen sollten sich auf die Rolle der Hausfrau und Mutter konzentrieren oder auf ihre eigene Karriere verzichten, um den Mann bei seinem Fortkommen zu unterstützen.
68. Im Gegensatz zu vergleichbaren zustimmenden Anteilswerten fällt aber auf, dass die einzelnen Dimensionen innerhalb des GMF-Syndroms in Sachsen-Anhalt wesentlich weniger entschieden abgelehnt werden. Hier finden sich Unterschiede von bis zu 20 Prozentpunkten. Dasselbe Antwortmuster lässt sich auch bezüglich des Rechtsextremismus beobachten.
69. Gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen finden sich vor allem unter Menschen mit einem überdurchschnittlich ausgeprägten rechtsextremen Einstellungsmuster und denjenigen, die sich auf dem politischen Kontinuum rechts verorten. Diese Zusammenhänge sind stärker ausgeprägt als beim systemkritischen und rechten Extremismus. Innerhalb der Parteipräferenz sind es vor allem Anhänger der AfD, die menschenfeindlichen Einstellungen deutlich häufiger zustimmen als die Anhänger aller anderen Parteien.
70. Wie im Rechtsextremismus haben die Kontakte zu Menschen anderer Kulturen und Migrationshintergründe einen abschwächenden Effekt auf das GMF-Syndrom. Auch hier ist es von Vorteil wenn, die Kontakte im Freundes- oder Familienkreis bestehen.
71. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird in starkem Maße durch sozialstrukturelle Faktoren geprägt. Diese sind, ähnlich wie beim systemkritischen und rechten Extremismus, die Faktoren soziale Deprivation, Unzufriedenheit mit dem Leben, pessimistische persönliche Zukunftsaussichten, niedriges Bildungsniveau unterdurchschnittliches Einkommen und höheres Alter.
72. Die Zufriedenheit mit der demokratischen Verfassung, der Idee und der Funktionsweise, sind ebenfalls eine grundlegende Voraussetzung für Toleranz gegenüber anderen Gruppen.

73. Das erstmals im Monitor untersuchte betont linke politische Einstellungsspektrum weicht stark von den anderen Dimensionen ab. In seiner Verteilung sind die Einstellungen mehr oder weniger häufig innerhalb der Bevölkerung Sachsen-Anhalts vertreten, sodass man, die harten Indikatoren der prinzipiellen Staatsablehnung und der Revolutionsbejahung ausgenommen, nicht von einem Randphänomen sprechen kann. Die Schwankungsbreite (Varianz) innerhalb der Bevölkerung ist relativ gering; dementsprechend fallen auch die Erklärungsfaktoren marginal aus.
74. Insgesamt fällt auf, dass die Verteilung im Vergleich mit den anderen im Einstellungskomplex Extremismus untersuchten Dimensionen, beim linken politischen Spektrum in ihrer Zustimmung eher homogen ausfällt. Im Schnitt stimmen mehr oder weniger 5 Prozent der Befragten den einzelnen Punkten entschieden zu, während eine mehr oder weniger deutliche Mehrheit diese ablehnt. Eine Ausnahme bilden zum einen die mit Kapitalismuskritik und Nähe zum Sozialismus indizierten Fragen und zum anderen die Empfindung eines verbreiteten Alltagsrassismus, hier sind die Zustimmungssanteile höher.
75. Eine betont linke politische Gesinnung nimmt vor allem dort Form an, wo die verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Demokratie im Land abgelehnt wird, wo für eine direkte anstelle der repräsentativen Demokratie plädiert wird, und wo Gleichheit sowie Sicherheit gegenüber Freiheit vorgezogen wird.
76. Am stärksten lässt sich die Dimension „betont links“ durch Parteipräferenz erklären. Anhänger der Linken teilen am ausdrücklichsten eine linke politische Weltanschauung. Die deutlichste Ablehnung bekunden Parteigänger von FDP, AfD, CDU und die Nichtwähler. Sympathisanten von SPD und Grünen liegen leicht unterhalb des Durchschnitts und tendieren, dabei deutlicher die der SPD, zu gemäßigt linken Positionen.
77. Menschen, die glauben, im Schnitt mehr zu bekommen als sie verdienen, neigen eher dem linken politischen Spektrum zu. Dies trifft auch für die zu, die meinen, sehr viel weniger zu bekommen als ihnen zusteht. Höheres Einkommen, positiv wahrgenommene Zukunftsaussichten und ein höherer Bildungsgrad führen dazu, sich von linken Einstellungsmustern moderat zu distanzieren.
78. Eine linke politische Grundhaltung ist, im Unterschied zu rechten und menschenfeindlichen Haltungen, vor allem in der jüngsten Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen überdurchschnittlich häufiger anzutreffen.
79. Dass die Digitalisierung „eine Herausforderung“ darstellt, bejahen knapp 41 Prozent der Sachsen-Anhalter, darunter überdurchschnittlich viele Jüngere bis 24 Jahren, Bezieher niedriger Einkommen und mit leichtem Übergewicht auch Befragte mit niedrigem Schulabschluss. Mit dem Begriff „Herausforderung“ werden offenbar teils positiv und teils sorgenvolle Konnotationen verbunden.

80. Allerdings sind die erklärten Modernisierungsskeptiker in der Minderheit: Der Aussage „Die Digitalisierung verunsichert mich“ pflichtet ein knappes Viertel der Landesbevölkerung „eher“ (15 Prozent) bzw. „voll und ganz“ (9 Prozent) zu. Darunter befinden sich mehr Ältere (45 Jahre aufwärts), Ruheständler und Personen mit niedrigem Schulabschluss.
81. Im Land überwiegt die Einschätzung, dass die Digitalisierung „für mich viele Vorteile bietet“. Dem stimmen 56 Prozent der Befragten voll und ganz (28 Prozent) bzw. eher (27 Prozent) zu. Unter denen, die einschränkungslos Vorteile sehen, ist die junge Generation (18 bis 24 Jahre) mit rund 50 Prozent besonders stark vertreten. Auch bei dieser Teilgruppe stellen Höhergebildete (43 Prozent), nicht Berufstätige (39 Prozent) und Bezieher höherer Einkommen (37 Prozent) überproportionale Anteile. Aber auch jene, die aktiv im Berufsleben stehen, äußern sich über die persönlichen Folgen der Digitalisierung mit knapp 60 Prozent zuversichtlich. Insgesamt zeigt sich, dass innerhalb der Bevölkerung Sachsen-Anhalts die Offenheit gegenüber der digitalen Zukunft vergleichsweise groß ist.

1 Einleitung

1.1 Die veränderte politisch-psychologische Ausgangslage seit der Landtagswahl 2016

Die Landtagswahl vom 13. März 2016 hatte die politische Landschaft in Sachsen-Anhalt umgepflügt. Die Wahlbeteiligung stieg um fast 10 Prozent auf gut 61 Prozent. Zwar blieb die CDU, bei leichten Verlusten, mit knapp 30 Prozent die mit Abstand stärkste Partei. Doch die Gewinnerin der Wahl war die AfD, die mit über 24 Prozent. Auf Anhieb zur zweitstärksten Kraft im Landtag aufrückte und damit das beste Resultat erzielte, das eine Partei aus dem Stand seit der Gründung der Bundesrepublik jemals erreicht hat.

Deutliche Einbußen verzeichneten demgegenüber die Partei Die Linke und insbesondere die SPD. Die Linkspartei kam mit nunmehr gut 16 Prozent der Zweitstimmen und einem Minus von mehr als sieben Prozent auf Platz drei. Die SPD wurde in ihrem Stimmenanteil halbiert und fiel auf 10,6 Prozent zurück. Auch die Grünen mussten Federn lassen und übersprangen mit 5,2 Prozent (vormals 7,1 Prozent) eben noch die Fünf-Prozent-Hürde. Die FDP hingegen scheiterte mit 4,9 Prozent trotz eines Zugewinns von gut einem Prozent knapp an der Sperrklausel.¹ Im Ergebnis der Wahl wurde der amtierende Landtag zu einem Fünf-Parteien-Parlament. Eine solche Konstellation hatte es zuvor in Sachsen-Anhalt lediglich einmal, nämlich bei der ersten Landtagswahl im wiedervereinigten Deutschland im Jahr 1990 gegeben.

Die gestiegene Fragmentierung, d.h. größere Zahl der im Landtag vertretenen Gruppierungen bei gleichzeitig eingeschränkten Möglichkeiten der Koalitionsbildung, geht einher mit einer erhöhten politischen Polarisierung. Diese ist hinwiederum Ausdruck einer auf der Einstellungsebene existierenden Konfliktlinie, welche die Bevölkerung im Land durchschneidet. Das innergesellschaftlich gespaltene Verhältnis zu Politik haben wir zuletzt im Sachsen-Anhalt-Monitor 2015 anhand einer Profilanalyse befragter Nichtwählerinnen und Nichtwähler genauer ausgeleuchtet.² In diesem Segment der wahlberechtigten Bevölkerung waren die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie höher, die Unterstützung des Modells der repräsentativen Demokratie geringer, das Vertrauen in Politiker niedriger sowie die Einschätzung des politischen und sozialen Klimas pessimistischer.³

1 Für eine Wahlanalyse siehe Everhard Holtmann/ Kerstin Völkl: Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 13. März 2016: Eingetrübte Grundstimmung, umgeschichtete Machtverhältnisse, in: ZParl, Heft 3/ 2016, S. 541 – 560.

2 Everhard Holtmann/ Tobias Jaeck: Sachsen-Anhalt-Monitor 2015: Nichtwahl. Strukturmerkmale, Motivlagen und sozialräumliche Verankerung, Halle 2015 (<https://lpb.sachsen-anhalt.de/landeszentrale/rueckblick-2016/demokratie-staerken/nichtwaehlermonitor/>).

3 Ebd., S. 84.

Verbreitet ist demzufolge unter Wahlverweigerern eine resignative Grundstimmung, dass die eigene Stimme nicht zähle und Wählen folglich „zwecklos“ sei. Nichtwähler haben hierzulande ferner deutlich weniger als Wähler das Gefühl, politisch selbst etwas bewegen zu können („politische Involvierung“).⁴

Der Rekurs auf das im Sommer des Vorwahljahres 2015 erhobene Einstellungsprofil der seinerzeitigen Nichtwähler ist deshalb bedeutsam, weil er Anhaltspunkte liefert um zu verstehen, wie und weshalb die bei der Landtagswahl vom März 2016 herbeigeführte Umschichtung der politischen Kräfteverhältnisse zustande gekommen ist. Diese Umwälzung beruht wesentlich auf einer sprunghaft gestiegenen Wahlbeteiligung von Personen, die der Landtagswahl 2011 ferngeblieben waren. Von diesem Mobilisierungsschub hat vor allem die AfD profitiert, die überdies noch zehntausende Wähler „aus dem Protestlager der Sonstigen“ zu sich herüberziehen konnte.⁵

Protest, der sich gegen die sogenannte etablierte Politik und die diese tragenden Parteien richtete, war bei der sachsen-anhaltischen Landtagswahl 2016 – wie auch bei zeitgleich und danach stattfindenden Parlamentswahlen in anderen Bundesländern sowie der Bundestagswahl 2017 – ein wesentliches Wahlmotiv. Auslöser war die Flüchtlings- und Asylpolitik der Bundesregierung, die der verbreiteten allgemein politikverdrossenen Unterströmung eine thematisch konkrete Projektionsfläche bot. Wichtigstes Thema für die Wahl der AfD war laut Wahltagsbefragung mit 56 Prozent das Flüchtlingsthema, gefolgt von dem Thema soziale Gerechtigkeit (31 Prozent).⁶

Seither sind auf der Problemrangliste der Deutschen die Themen Flüchtlinge/Asyl, soziale Ungleichheit und innere Sicherheit bundesweit weiter nach vorne gerückt. Einer Bevölkerungsumfrage unmittelbar vor der Bundestagswahl zufolge war in den Augen der Bundesbürger die Migrationsfrage, die „wichtigste bundespolitische Herausforderung“. 55 Prozent äußerten sich am Vorabend der Bundestagswahl zur Flüchtlings- und Asylpolitik der Bundesregierung wenig bzw. gar nicht zufrieden. Zugleich war ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft für 70 Prozent „eine der größten Sorgen der Deutschen vor dieser Wahl“.⁷ Getragen von der Woge der verbreiteten, aus Unzufriedenheit und Unsicherheit gespeisten, Proteststimmung zog die AfD am 24. September 2017 mit 12,6 Prozent der Zweitstimmen auch in den Deutschen Bundestag ein.

Sowohl in der Anlage der AfD-Wahlkampagne, deren schroffe Frontstellung gegen die „Altparteien“ latent verbreitete Politikverdrossenheit und Ängste vor unkontrollierter Zuwanderung gezielt ansprach⁸, als auch bezüglich der innergesellschaftlichen Polarisierung, die den Hintergrund für die Wahl der AfD bildet, werden Parallelen zwi-

4 Ebd., S. 9 und 42.

5 Wahlanalyse Infratest Dimap zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt 13. März 2016 (Nachtbericht 14. März, unveröffentlicht).

6 Ebd..

7 Infratest Dimap, Deutschland vor der Wahl. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der Wahlberechtigten in Deutschland, 18. – 20. September 2017 (unveröffentlicht).

8 Siehe hierzu Holtmann/ Völkl (FN 1), S. 546f.

schen Bund und Land deutlich. „Enttäuschung“ war, anders als bei Wählern aller anderen Parteien, das beherrschende Wahlmotiv für etwa zwei von drei AfD-Wählern bei der Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt.⁹ Nicht anders stellte sich die Motivlage bei der Bundestagswahl 2017 dar: Auch hier votierten rund 60 Prozent der AfD-Wähler aus Enttäuschung für diese Partei.¹⁰ Des Weiteren waren bundesweit unmittelbar vor dem Wahlgang des 24. September 2017 AfD-Anhänger mehrheitlich (mit 68 Prozent) der Überzeugung, es gehe in Deutschland „nicht gerecht zu“ – im Unterschied zu 38 Prozent aller wahlberechtigten Bundesbürger. Ebenso fühlten sich, vom Bundesdurchschnitt (16 Prozent) gleichfalls deutlich abweichend, 42 Prozent der Parteigänger der AfD „in unserer Gesellschaft eher benachteiligt“.¹¹

In der Veränderung der parlamentarischen Machtverhältnisse, die der gewachsenen Polarisierung von Stimmungslagen Ausdruck gab, wird eine beschleunigte und in der Wirkungsrichtung synchron verlaufende Dynamik von politischem und sozialem Wandel erkennbar. Dem solcherart veränderten Stand der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung trägt die Anlage des Sachsen-Anhalt-Monitors 2018 konzeptionell und methodisch in folgender Weise Rechnung:

- Wie in den vorangegangenen Monitoren, dokumentieren wir auch diesmal das Ausmaß von Kontinuität oder Wandel, das im klassischen Kernbereich der Werthalten und Einstellungen zur politischen Ordnung der Demokratie und zur individuellen Positionierung in bzw. gegenüber diesem System aktuell gemessen werden kann. Hierzu gehören die erprobten Fragen nach der Verbundenheit mit dem Land, nach der allgemeinen und persönlichen Einschätzung von Wirtschaft und Lebenslage, nach dem Vertrauen in politische Institutionen, nach dem Demokratieverständnis, der Bewertung eigener politischer Einflusschancen und der Offenheit des politischen Systems, nach der Priorisierung von Freiheit, Sicherheit und Gleichheit sowie nach der Dringlichkeit von Problemlagen und der wahrgenommenen Lösungskompetenz der Politik. Ferner fragen wir nach aktuellen Ausprägungen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und von politischem Extremismus, diesmal im rechten und im linken Randbereich des Gesinnungsspektrums.

9 Ebd., S. 555.

10 Infratest Dimap, Wahlreport Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017, S. 70.

11 Infratest Dimap (FN 7).

- Darüber hinaus untersuchen wir anhand der Umfragedaten, inwieweit die Stabilität der Demokratie und das soziale Miteinander innerhalb der Bevölkerung des Landes Sachsen-Anhalt durch die verbreitete und politisch brisante Gefühlsge-mengelage, in welcher Sorge und Unsicherheit, Verdruss über Eliten, Abkehr von Politik und Protest gegen das „etablierte Kartell der Altparteien“ zusammenfließen, in besonderer Weise herausgefordert wird.
- Die schon im Vorwahljahr gemessene polarisierte Grundstimmung¹² hat anlässlich der Landtagswahl im März 2016 einen Mobilisierungsschub bewirkt, der in die Wahl der AfD mündete. Damit wurde die politisch-kulturelle und sozialkultu-relle Konfliktlinie, welche die Gesellschaft Sachsen-Anhalts durchzieht, in Gestalt der mit Abstand größten Oppositionspartei auf die Bühne des Landesparlaments übertragen. Daraus resultieren für den Sachsen-Anhalt-Monitor 2018 zwei unter-suchungsleitende Fragen. Zum einen: Hat sich die Verteilung der Parteipräferenzen, verglichen mit dem Ergebnis der letzten Landtagswahl, im aktuellen Stim-mungsbild verstetigt oder verändert? Deutet der gegenwärtige demoskopische Befund darauf hin, dass der Prozess des *Dealignment*, also der Lockerung und Auflö-sung traditioneller Parteibindungen, auf der Landesebene das Stadium eines *Rea-lignment*, d.h. einer Neuordnung des Landesparteiensystems, in dem die AfD eine feste Größe darstellt, bereits erreicht hat? – Und zum anderen: Bilden sich die po-litischen und sozialen Beweggründe, die bei der Landtagswahl 2016 knapp ein Viertel der Wählerinnen und Wähler veranlasst haben, für eine Protestpartei zu votieren, die deutlich rechts der Mitte angesiedelt ist, in den politischen Vorstel-lungen und im Gesellschaftsbild der wahlberechtigten Bevölkerung des Landes aktuell erkennbar weiterhin ab?
- Eingedenk der wissenschaftlich vielfach nachgewiesenen Erkenntnis, dass das persönliche Lebensumfeld der Menschen sowie die „Entwicklungsguthaben“, über die sie je persönlich verfügen, nicht nur ihre Selbsteinordnung im Feld der sozia-len Beziehungen, sondern auch die Selbstzuschreibung politischer Kompetenzen und Einflusschancen positiv oder negativ beeinflussen können, haben wir in den Monitor Fragen aufgenommen, die den Grad sozialen Vertrauens und das Ausmaß individueller Selbstwirksamkeit („Probleme kann ich aus eigener Kraft gut meis-tern“) erheben.
- Neu eingefügt wurde schließlich, mit Blick auf den bereits erkennbar werdenden tiefgreifenden technologisch forcierten Strukturwandel der Lebens- und Arbeits-welten, eine Frage zum Thema Digitalisierung. Wird diese als Vorteil oder Verun-sicherung wahrgenommen?

12 Vgl. Sachsen-Anhalt-Monitor 2015 (FN 2).

2 Verbundenheit

Mit der Beantwortung der Frage nach der Verbundenheit mit verschiedenen Gebiets-einheiten können die Bürgerinnen und Bürger bewerten, welchen territorialen Einheiten sie sich emotional positiv oder negativ verbunden fühlen. Voraussetzung hierfür ist, dass die Befragten über Wissen zu diesen Raumeinheiten verfügen, Erfahrungen mit diesen haben und diese letztlich auch als Teil ihres Lebensumfelds akzeptieren. In Zeiten von infrastrukturellem Erneuerungsbedarf, Fachkräftemangel und demografischem Wandel ist die Verbundenheit mit verschiedenen Gebietseinheiten ein wichtiger Indikator für die Lebensqualität, die Chancen gesellschaftlicher Selbsterneuerung und die Zukunftsfähigkeit einer Kommune oder anderer territorialer Einheiten.¹³

Im aktuellen Sachsen-Anhalt-Monitor wurde das Verbundenheitsgefühl zu fünf Gebietseinheiten erfragt. Nach räumlicher Distanz geordnet sind dies der Wohnort, das Bundesland Sachsen-Anhalt, Ost- und Gesamtdeutschland sowie Europa. Wie die folgende Abbildung zeigt, steht das Verbundenheitsgefühl der Bürger in engem Zusammenhang mit der räumlichen Nähe bzw. Distanz der jeweiligen Gebietseinheit. Dem Antwortverhalten nach zu schließen, unterscheiden die Sachsen-Anhalter zwischen zwei Gruppen von Raumeinheiten:¹⁴ einerseits den räumlich näher liegenden (Wohnort, Sachsen-Anhalt, Ostdeutschland), denen sie sich stärker verbunden fühlen, und andererseits den räumlich entfernter liegenden (Gesamtdeutschland, Europa), denen sie sich weniger stark verbunden fühlen.

Die stärkste Verbundenheit weisen die Befragten zum Wohnort auf, dicht gefolgt von Ostdeutschland. Etwas mehr als die Hälfte sieht sich sehr stark mit beiden Territorien verbunden, und weitere 35 Prozent ziemlich stark. Offensichtlich stellt der Raum, in dem man lebt, etwas Besonderes im Sinne von Vertrautem dar – ein Raum, zu dem man eine positive emotionale Bindung hat. Umgangssprachlich findet dieses diffuse und vielschichtige Phänomen Ausdruck in Begriffen wie Heimat, Heimatgefühl oder Heimatbewusstsein.¹⁵ Spätestens seit 2015 hat das Thema mit dem Zuzug von vielen Menschen nach Deutschland neue Aufwertung erfahren, was auch in dem neu gebildeten Heimatministerium auf Bundesebene zum Ausdruck kommt.

Das starke Verbundenheitsgefühl zu Ostdeutschland ist insofern bemerkenswert, als es sich hierbei um ein staatsrechtlich nicht mehr existierendes Gebilde handelt. In der Wahrnehmung der Bürger Sachsen-Anhalts liegt „Ostdeutschland“ desungeachtet vor dem Verbundenheitsgefühl mit dem Bundesland und Gesamtdeutschland. Letzterem fühlen sich lediglich 31 Prozent der Sachsen-Anhalter sehr stark verbunden. Den

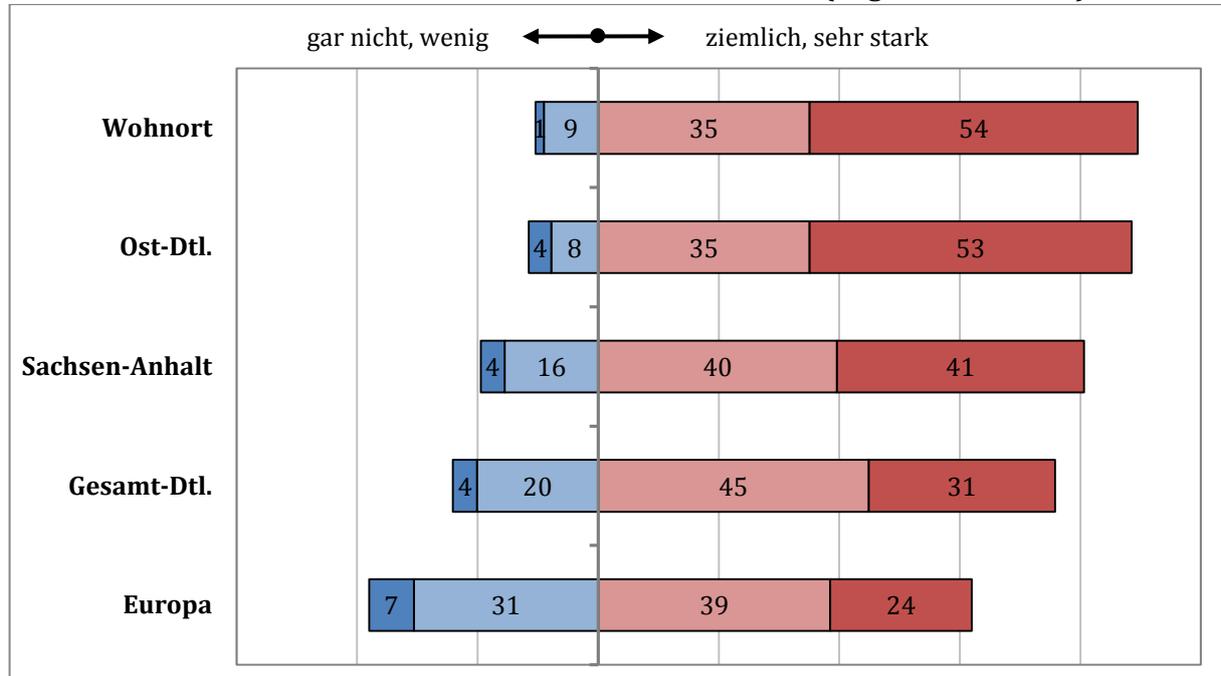
13 Vgl. Gabriel, O. W./Holtmann, E. u. a. 2015: Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

14 So das Ergebnis einer Hauptkomponentenanalyse.

15 Vgl. Weichhart, P. 1999: Raumbezogene Identitäten, <http://gpm.ruhosting.nl/avh/Placeld01new.pdf>, zuletzt zugegriffen am 23.04.2018.

letzten Platz in der Rangordnung beim Verbundenheitsgefühl nimmt Europa ein. Dies ist insofern nachvollziehbar, als allgemein davon ausgegangen wird, dass mit zunehmender Größe des räumlichen Bezugsrahmens das Verbundenheitsgefühl abnimmt.

Abb. 1 Verbundenheit mit verschiedenen räumlichen Einheiten (Angaben in Prozent)

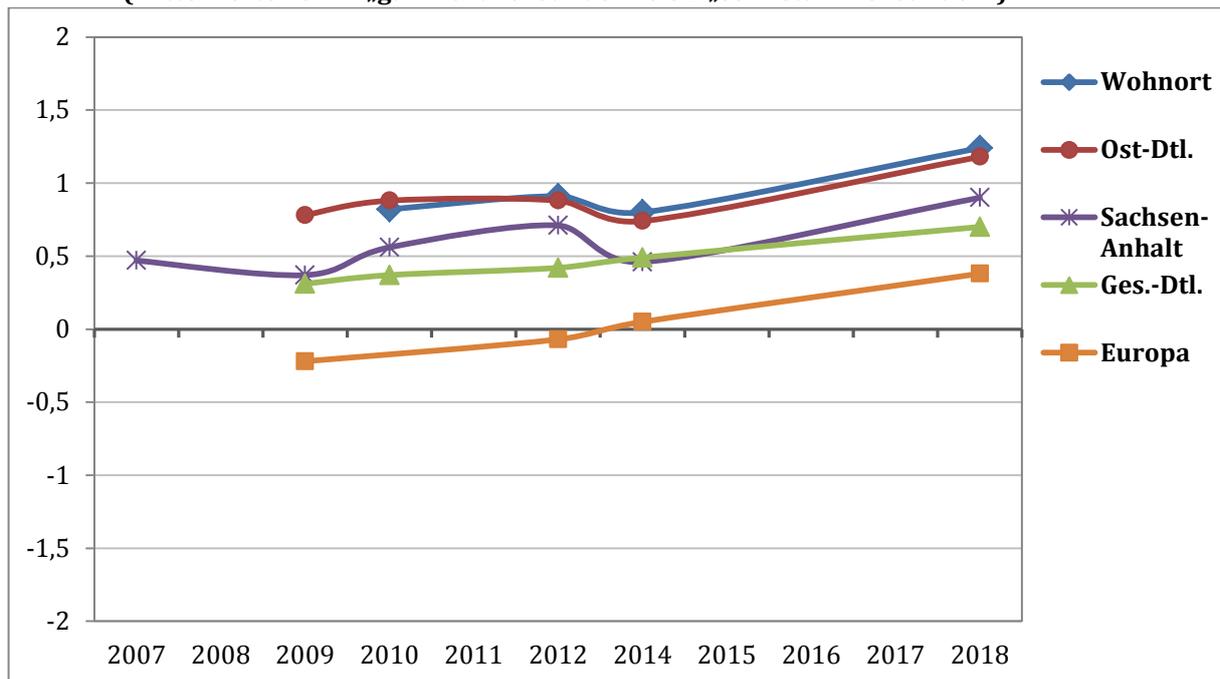


Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Im Zeitverlauf betrachtet (vgl. Abb. 2), bestätigt das Bild von 2018 den Befund früherer Jahre: Die Bürger in Sachsen-Anhalt fühlen sich seit längerem sowohl ihrem Wohnort als auch Ostdeutschland am stärksten verbunden. Größere Einstellungsänderungen zwischen 2007 und 2014 sind nicht zu beobachten. Im Vergleich zu 2014 hat das Verbundenheitsgefühl der Befragten 2018 jedoch über alle territorialen Einheiten hinweg sichtbar zugenommen. Dieser Befund widerspricht der in der Literatur vertretenen Meinung, dass sich raumbezogene Gruppenidentifikationen im Zuge von sozialem Wandel, Modernisierung und Globalisierung auflösen werden.¹⁶ Vielmehr scheint das Gegenteil für die Bevölkerung Sachsen-Anhalts zuzutreffen. Besonders deutlich fällt die Zunahme bei denjenigen Raumeinheiten aus, die dem Befragten am nächsten liegen (jeweils +0,44 Skalenpunkte), nämlich dem Wohnort, Sachsen-Anhalt und Ostdeutschland. Gestiegen ist auch die Verbundenheit der Sachsen-Anhalter mit Gesamtdeutschland (+0,21) und Europa (+0,33), allerdings insbesondere bezüglich Gesamtdeutschlands in geringerem Ausmaß.

¹⁶ Vgl. Mühler, K. 2011: Raumbezogene Gruppenidentifikation als Bestandteil der sozialen Identität. Vortrag im DACHL-LandeskundeseMINAR „Identitäten in Bewegung“ des Herder-Instituts der Universität Leipzig; <http://sozweb.sozphil.uni-leipzig.de/de/personen/prof-dr-kurt-muehler.html?duid=7>, zuletzt zugegriffen am 23.04.2018.

Abb. 2 Verbundenheit mit verschiedenen räumlichen Einheiten im Zeitverlauf, 2007 – 2018
(Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis 2 „sehr stark verbunden“)



Quellen: SAM 2007-2018

Die Verbundenheit von Personen mit räumlichen Einheiten hängt von verschiedenen Faktoren ab. Drei Gruppen von erklärenden Faktoren erweisen sich als besonders aussagekräftig: Erstens sind dies die Variablen Alter und Wohndauer in Sachsen-Anhalt. Zweitens werden Faktoren herangezogen, die sich auf die Beurteilung der Performanz der Landespolitik und die individuelle Ressourcenausstattung beziehen, wie z. B. die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt oder das Bildungsniveau. Zu einer dritten Gruppe von Erklärungsfaktoren gehören politische Verhaltensdispositionen der Befragten.

Bezüglich der ersten Gruppe von Erklärungsfaktoren wird allgemein davon ausgegangen, dass das Verbundenheitsgefühl mit dem Alter der Befragten variiert und generationenabhängig ist. Diese Annahme erscheint insofern plausibel, als anzunehmen ist, dass jüngere Befragte, die nach der deutschen Einigung geboren sind, einen anderen Bezug zu räumlichen Einheiten wie Ost- und Gesamtdeutschland haben als Befragte, die noch zu Zeiten der DDR sozialisiert worden sind.

Wie die folgende Tabelle zeigt, lassen sich in der Tat klare Generationeneffekte beim Verbundenheitsgefühl mit räumlichen Einheiten beobachten. Zunächst fällt auf, dass sich jüngere Menschen generell weniger mit einer territorialen Einheit verbunden fühlen als ältere (vgl. dazu die vorletzte Zeile in Tab. 1). Ebenso ist festzustellen, dass ältere Personen (ab 45 Jahre) ein differenzierteres Meinungsbild bezüglich der Bindung an verschiedene territoriale Einheiten haben als jüngere, was die Spannweite zwischen der stärksten und geringsten Bindung je Altersgruppe zum Ausdruck bringt (vgl. dazu die letzte Zeile in Tab. 1).

Tab. 1 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Alter
(Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis 2 „sehr stark verbunden“;
in Klammern Rangordnung)

Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren				
		18-24	25-34	35-44	45-59	60+
Wohnort*	1,24 (1)	1,01 (1)	1,18 (1)	1,08 (1)	1,24 (1)	1,34 (1)
Ostdeutschland*	1,18 (2)	0,83 (2)	1,07 (2)	1,06 (2)	1,17 (2)	1,31 (2)
Sachsen-Anhalt*	0,90 (3)	0,59 (4)	0,89 (3)	0,75 (4)	0,86 (3)	1,05 (3)
Gesamtdeutschland	0,70 (4)	0,69 (3)	0,60 (4)	0,79 (3)	0,68 (4)	0,71 (4)
Europa*	0,38 (5)	0,27 (5)	0,53 (5)	0,40 (5)	0,23 (5)	0,46 (5)
generell	0,88	0,68	0,85	0,82	0,84	0,97
Differenz Max. - Min.	0,86	0,74	0,65	0,68	1,01	0,88

Anmerkung: blau = niedrigste Verbundenheit, rot = höchste Verbundenheit. Falls sich die niedrigste bzw. höchste Verbundenheit im Durchschnitt nur geringfügig von der zweitniedrigsten bzw. zweithöchsten Verbundenheit unterscheidet, wird diese zusätzlich hellblau oder hellrot markiert.

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

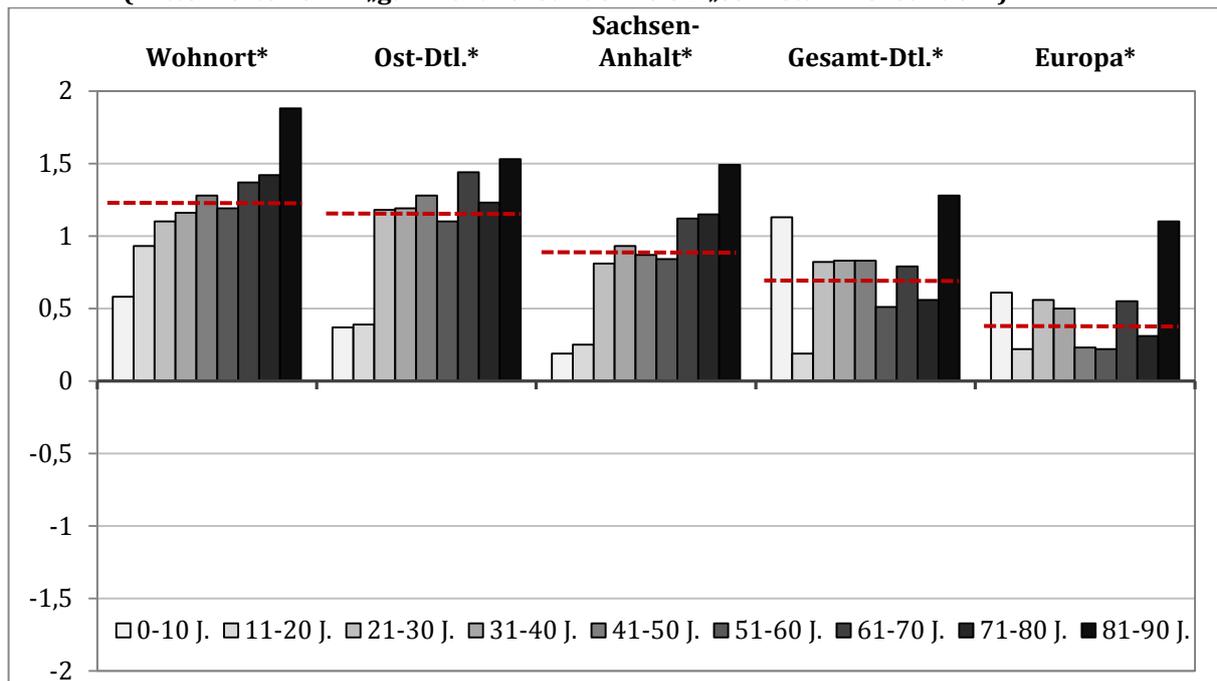
Abkürzungen: Min. = Minimum, Max. = Maximum.

Insgesamt sind sich die verschiedenen Generationen weitgehend einig darüber, welchen Gebieten sie sich stärker verbunden fühlen und welchen weniger stark. So ist die Reihenfolge bei der Bindungskraft an verschiedene räumliche Gebiete über alle Altersgruppen hinweg nahezu identisch. Lediglich die 18- bis 24-Jährigen und die 35- bis 44-Jährigen fühlen sich Gesamtdeutschland geringfügig stärker verbunden als Sachsen-Anhalt.

Ersichtlich hat auch bei jüngeren Befragten das unmittelbare örtliche Wohnumfeld eine Bedeutung für die raumbezogene Gruppenidentifikation. Dies spricht gegen die These einer höheren Mobilitätsbereitschaft in gerade dieser Alterskohorte. Zwar ist die Bindung an Ostdeutschland unter den 18- bis 24-Jährigen geringer ausgeprägt als in den anderen Altersgruppen. Nichtsdestoweniger rangiert sie auf dem zweiten Platz und damit vor Gesamtdeutschland und deutlich vor Europa. Demnach ist auch bei jüngeren Befragten in Sachsen-Anhalt derselbe identitätsstiftende geografische Rahmen gegeben wie bei älteren. Das heißt, die Bindung an das Gebiet der ehemaligen DDR wirkt auch unter der jüngeren Bevölkerung in Sachsen-Anhalt nach.

Erwartungsgemäß hat die Wohndauer in Sachsen-Anhalt lediglich auf die kleineren räumlichen Einheiten, zu denen eine geographische Nähe besteht, einen identitätsstiftenden Einfluss. Das Verbundenheitsgefühl zum Wohnort, zum Land und zu Ostdeutschland steigt mit zunehmender Wohndauer in Sachsen-Anhalt. Auf die größeren territorialen Einheiten (Gesamtdeutschland, Europa) übt die Wohndauer hingegen keinen linearen Einfluss aus (vgl. Abb. 3).

Abb. 3 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Wohndauer in Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis 2 „sehr stark verbunden“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Verbundenheitsgefühl zur jeweiligen Raumeinheit an.

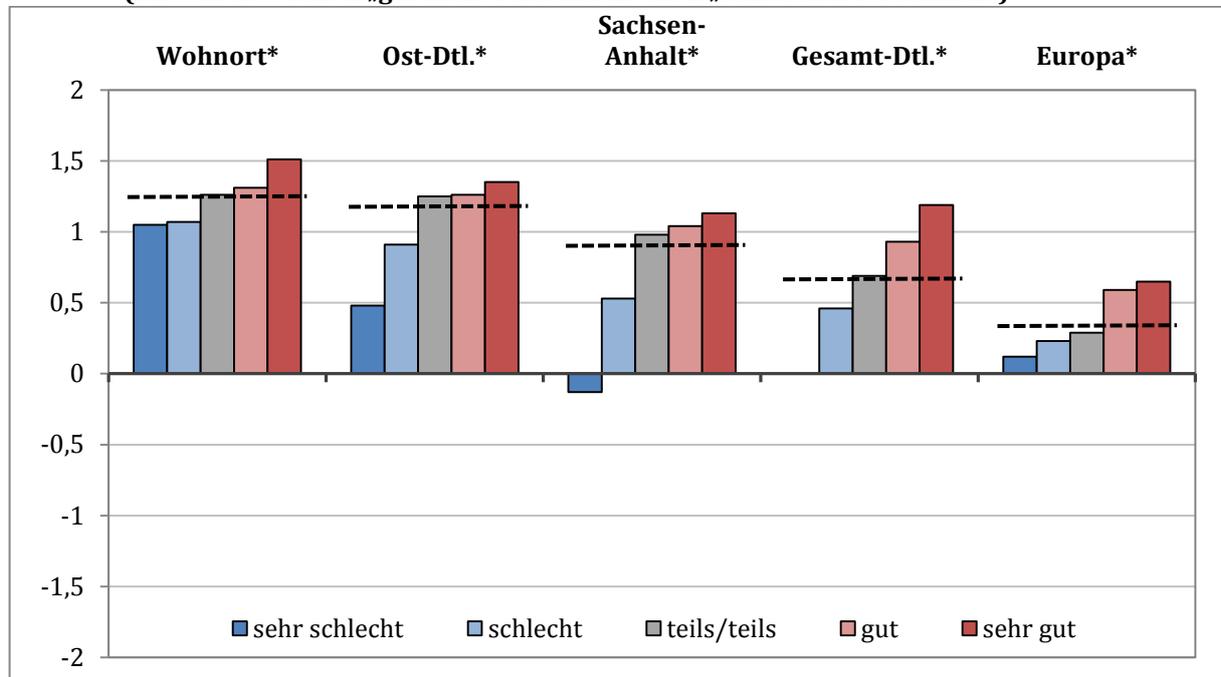
Zur oben genannten zweiten Gruppe von Erklärungsfaktoren, die das Verbundenheitsgefühl beeinflussen, zählen Indikatoren bezüglich politisch-administrativer Leistungskraft (Performanz) und persönlicher Ausstattung (Ressourcen). Leistungsfähigkeit kann sich im Übrigen nicht nur auf das Land Sachsen-Anhalt sondern auch auf die eigene Person beziehen (vgl. Kap. 2).

Wie nachfolgende Abbildung (Abb. 4) zeigt, prägt die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt das Verbundenheitsgefühl der Befragten deutlich. Allgemein gilt: Je besser die wirtschaftliche Lage im Land eingeschätzt wird, desto höher fällt die Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten aus. Vor allem die Verbundenheit zu Sachsen-Anhalt hängt sehr stark von der Einschätzung der Wirtschaftskraft des Bundeslandes ab. Fällt die Beurteilung der Wirtschaftskraft des Landes gut aus, so strahlt dies nicht nur positiv auf das Verbundenheitsgefühl zu Sachsen-Anhalt ab, sondern auch auf die räumlich weiter gefassten Einheiten Ost- und Gesamtdeutschland. Für den Wohnort und für Europa fallen die Effekte allerdings schwächer aus.

Ein ähnlicher Zusammenhang wie bei der Einschätzung der Wirtschaftslage des Landes zeigt sich auch zwischen der Beurteilung der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt und dem Grad der Verbundenheit (vgl. Abb. 5): Je positiver die persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt gesehen wird, desto stärker ist auch das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen Raumeinheiten. Besonders deutlich fällt der Effekt bei den größeren geographischen Einheiten aus. Das heißt, wer persönlich optimistisch in die Zukunft sieht, identifiziert sich stärker mit Gesamtdeutschland und Europa. Der Zusammenhang zwischen einer zuversichtlichen persönlichen Sicht auf die Zukunft und der Ver-

bundenheit mit dem näheren territorialen Umfeld der Befragten fällt hingegen deutlich schwächer aus.

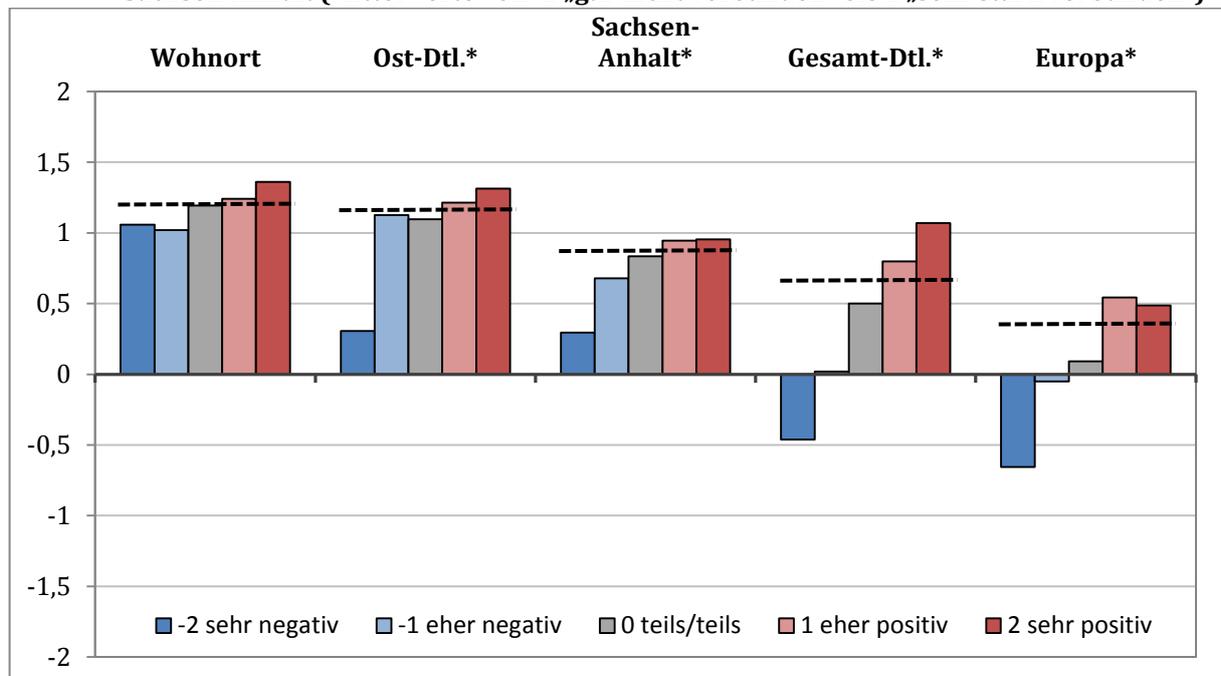
Abb. 4 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis 2 „sehr stark verbunden“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Verbundenheitsgefühl zur jeweiligen Raumeinheit an.

Abb. 5 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach persönlicher Zukunft in Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis 2 „sehr stark verbunden“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Verbundenheitsgefühl zur jeweiligen Raumeinheit an.

Einen weiteren wichtigen Einflussfaktor auf das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen räumlichen Einheiten stellt die Parteipräferenz der Befragten dar (vgl. Tab. 2). Über alle territorialen Einheiten hinweg betrachtet, weisen Anhänger von SPD, CDU und FDP eine überdurchschnittliche territoriale Bindung auf, während diese bei Anhängern der AfD und insbesondere sonstiger Parteien unterdurchschnittlich entwickelt ist (vgl. letzte Zeile ebd.). Ferner fällt auf, dass je nach Parteipräferenz die Unterschiede in der Verbundenheit zu verschiedenen Raumeinheiten mehr oder weniger groß ausfallen (vgl. vorletzte Zeile ebd.). Relativ homogene Bindungen bestätigen Anhänger der Grünen. Im Gegensatz hierzu weisen Parteigänger der AfD und sonstiger Parteien sehr heterogene Bindungen zu den Gebieten auf.

Auffallende Abweichungen vom durchschnittlichen Verbundenheitsmuster in Sachsen-Anhalt weisen Personen auf, die mit den Linken oder den Grünen sympathisieren. Während das Gros der Befragten die schwächste Bindung gegenüber Europa hegt, fühlen sich Anhänger der Linken am wenigsten mit Gesamtdeutschland verbunden. Wer eine Präferenz für die Grünen hat, weiß sich, konträr zu Anhängern aller anderen Parteien, am stärksten mit Europa verbunden, dicht gefolgt vom Wohnort. Sachsen-Anhalt liegt in der Verbundenheits-Hierarchie von Grünen-Anhängern auf dem letzten Platz.

Tab. 2 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Parteipräferenz (Mittelwerte von -2 „nicht verbunden“ bis 2 „sehr stark verbunden“; in Klammern Rangordnung)

Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteipräferenz						
		CDU	AfD	Linke	SPD	Grüne	FDP	Sonst.
Wohnort*	1,22 (1)	1,29 (2)	1,03 (2)	1,15 (2)	1,39 (1)	1,11 (2)	1,42 (1)	0,65 (2)
Ost-Dtl.	1,18 (2)	1,30 (1)	1,04 (1)	1,19 (1)	1,18 (2)	0,85 (3)	1,22 (2)	0,98 (1)
Sachsen-Anhalt*	0,87 (3)	0,97 (3)	0,69 (3)	0,77 (3)	1,12 (3)	0,64 (5)	1,07 (3)	0,07 (3)
Gesamt-Dtl.*	0,72 (4)	0,95 (4)	0,46 (4)	0,39 (5)	1,02 (4)	0,80 (4)	0,81 (4)	-0,21 (4)
Europa*	0,43 (5)	0,53 (5)	-0,17 (5)	0,51 (4)	0,68 (5)	1,14 (1)	0,41 (5)	-0,56 (5)
generell	0,88	1,01	0,61	0,80	1,08	0,91	0,99	0,19
Differenz Max. - Min.	0,79	0,77	1,21	0,80	0,71	0,50	1,01	1,54

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.
Abkürzungen: Min. = Minimum, Max. = Maximum.

Insgesamt wird erkennbar: Verbundenheit mit Räumen ist keine mythische Projektion, sondern speist sich aus verschiedenen Quellen, die teils, wie bei der Wohndauer, aus der ‚Macht der Gewohnheit‘ rühren und teils tradierte Identifikationsmuster lebendig halten (so bezüglich „Ostdeutschlands“). Räumliche Bindungen sind durchaus affektiv aufgeladen, aber offenkundig liegen ihnen ebenso rationale Erwägungen zugrunde, wie der in obigen Daten dokumentierte Zusammenhang von subjektiver Bewertung der Wirtschaftskraft und territorialer Selbstzuordnung aufzeigt.

3 Wirtschaftliche Lage und zukünftige Entwicklung

Seit 2003, als die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt durchschnittlich 20,5 Prozent betrug, ist diese kontinuierlich zurückgegangen. 2017 lag sie bei 8,4 Prozent.¹⁷ Im Bundesländervergleich liegt Sachsen-Anhalt damit auf dem viertletzten Platz vor Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Bremen.¹⁸ Auch die Langzeitarbeitslosigkeit stellt nach wie vor ein großes Problem dar. Hinzu kommt, dass das Wirtschaftswachstum in Sachsen-Anhalt immer noch deutlich schwächer ausgeprägt ist als im übrigen Ostdeutschland.¹⁹ Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Bürger Sachsen-Anhalts die wirtschaftliche Lage ihres Bundeslandes aber auch ihre eigene wirtschaftliche Lage wahrnehmen.

Im Durchschnitt schätzen die Sachsen-Anhalter die wirtschaftliche Lage im Land als mittelmäßig ein (vgl. Abb. 6). Innerhalb der letzten vier Jahre hat sich diese Einschätzung kaum verändert. Jeder zweite Befragte ist geteilter Meinung, 29 Prozent stufen die ökonomischen Gegebenheiten als sehr gut oder gut ein und 18 Prozent meinen, es sei schlecht oder sehr schlecht um die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt bestellt. Auch bezüglich der Wirtschaftskraft des Wohnorts halten sich bessere und schlechtere Beurteilungen im Schnitt die Waage (Mittelwert von 0,02). Allerdings erscheint das Meinungsbild der Befragten hier stärker polarisiert. Während ein gutes Drittel die lokale Wirtschaftskraft als (sehr) gut einstuft, beurteilt sie ein knappes Drittel als (sehr) schlecht. Weniger skeptisch äußern sich die Befragten, wenn es um die Zukunft von Sachsen-Anhalt geht. Immerhin 42 Prozent glauben, dass das Land einer positiven Entwicklung entgegengeht.

Die Abbildung zeigt, dass die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ihre eigene wirtschaftliche Situation, so wie schon 2014, deutlich zuversichtlicher bewertet als die allgemeine ökonomische Lage im Land und am Wohnort. Dieses ‚gespaltene‘ Einstellungsmuster ist durchaus nachvollziehbar. Jemand kann gut bezahlte Arbeit haben und die eigene ökonomische Situation infolgedessen als auskömmlich bewerten. Nimmt dieselbe Person nun aber Medienberichte über schwaches Wirtschaftswachstum, Fachkräftemangel oder Firmeninsolvenzen in Sachsen-Anhalt zur Kenntnis, neigt sie mutmaßlich dazu, die gesamtwirtschaftliche Lage eher negativ zu beurteilen.²⁰ 63 Prozent der Befragten nehmen ihre derzeitige persönliche Wirtschaftslage als gut wahr. 13 Prozent schätzen sie sogar als sehr gut ein. Das sind insgesamt 10 Prozent mehr als 2014. Le-

17 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2523/umfrage/entwicklung-der-arbeitslosenquote-in-sachsen-anhalt-seit-1999/>

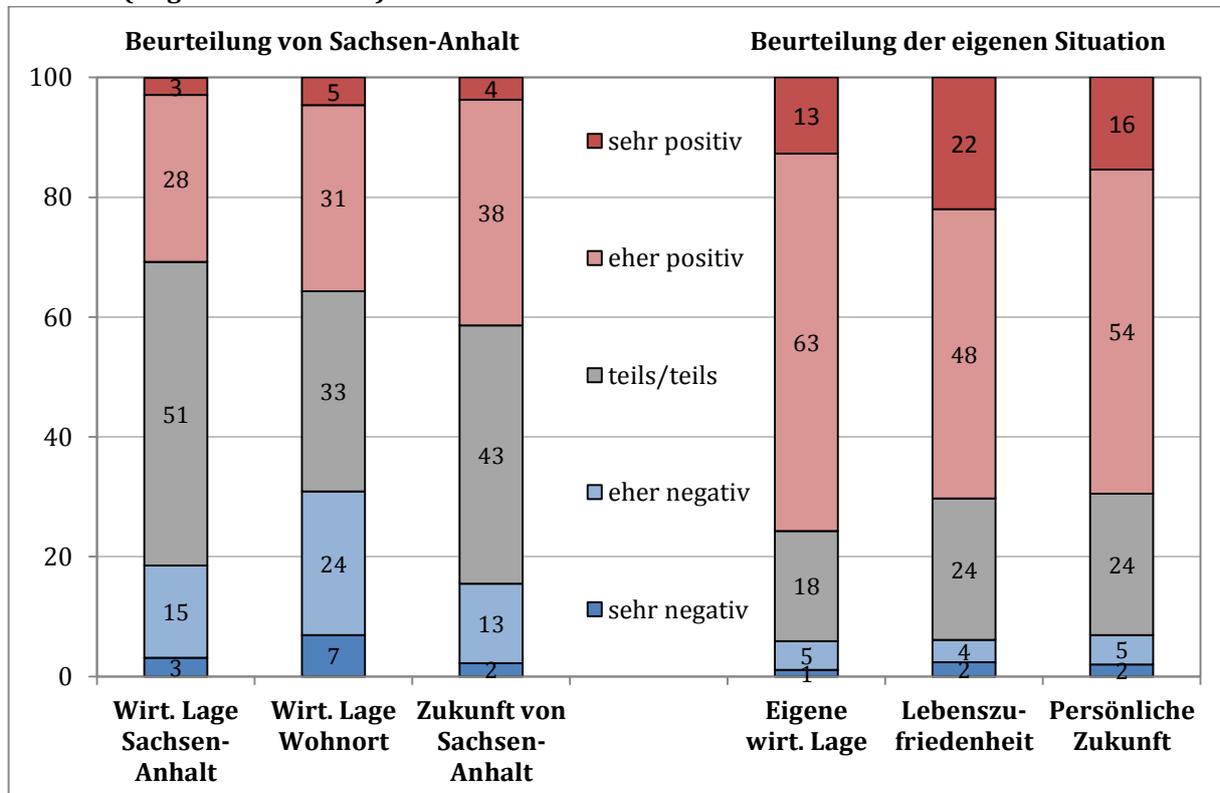
18 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2192/umfrage/durchschnittliche-arbeitslosenquote-nach-bundeslaendern/>

19 Wirtschaft im Wandel (2017), Jg. 23 (2); http://www.iwh-halle.de/fileadmin/user_upload/WiWa_2_2017_Trends.pdf.

20 Wenzel, E. (2006): „Sozial ist, was Arbeit schafft“? Einstellungen zur Wirtschaftslage und sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. In: Falter, J. W. u.a. (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München: C.H. Beck, S. 37-56.

diglich eine Minderheit von 6 Prozent ist aktuell mit der eigenen wirtschaftlichen Lage unzufrieden.

Abb. 6 Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

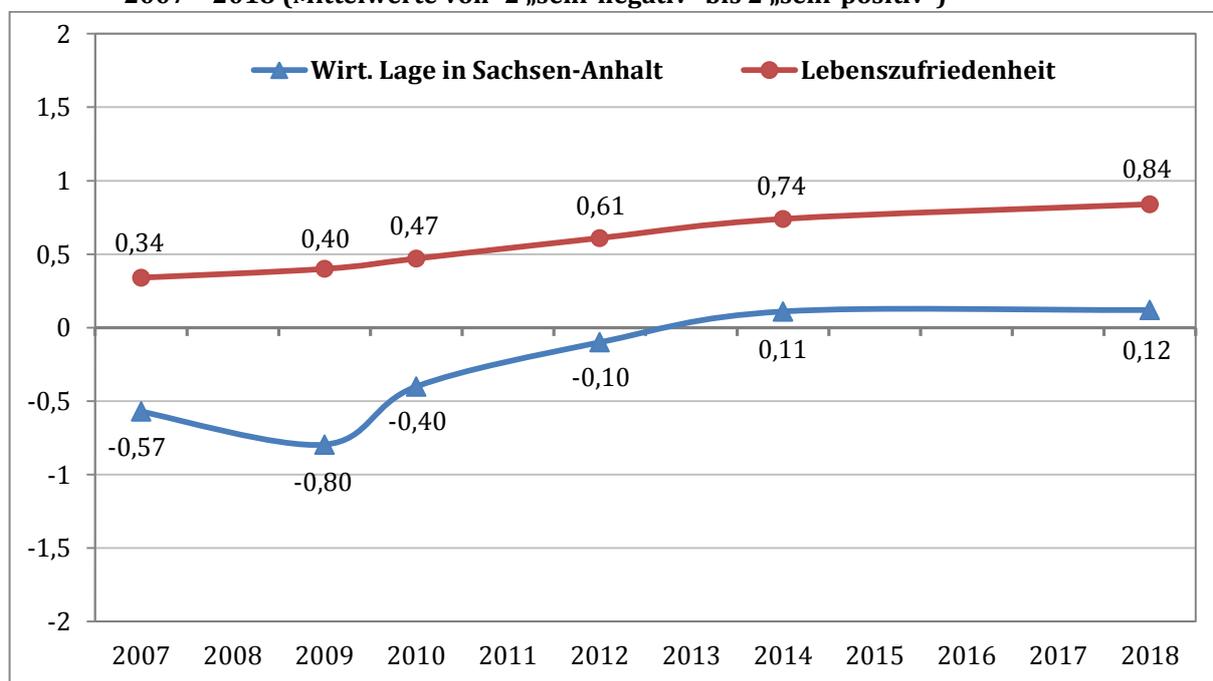
Die Lebenszufriedenheit wird abermals ähnlich gut eingeschätzt wie die eigene wirtschaftliche Lage (vgl. Abb. 6). Wird eine Person gebeten, ihre Lebenslage selbst zu beurteilen, ist die Antwort in erster Linie das Ergebnis eines Abwägens und weniger von Gefühlen bestimmt. Die individuelle Urteilsbildung basiert in diesem Punkt normalerweise auf der Abschätzung eines längeren Zeitraums und schließt verschiedene Bereiche wie Familie, Freunde, Beruf, Finanzen etc. in die Bewertung ein.²¹ In Sachsen-Anhalt sind aktuell 22 Prozent der Bürger sehr zufrieden mit ihrer Lebenssituation, und weitere 48 Prozent geben an, eher zufrieden zu sein (insgesamt plus 7 im Vergleich zu 2014). Lediglich 6 Prozent der Befragten äußern sich unzufrieden über ihre Lebenslage.

Richtet man den Blick nun auf die Beurteilung der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt, so bestätigt sich, dass auch diese Perspektive für die eigene Person positiver ausfällt als für das Land. 70 Prozent (plus 12) der Landesbewohner sehen ihre persönliche Zukunft im Land zuversichtlich. Nur 10 Prozent (gegenüber 2014 unverändert) sehen sie (sehr) negativ (vgl. ebd.).

21 Asendorpf, J. B./Neyer, F. J. (2012): Psychologie der Persönlichkeit. Berlin, Heidelberg: Springer, Kapitel 4.

Im Zeitverlauf betrachtet (vgl. Abb. 7), hat sich die wirtschaftliche Situation Sachsen-Anhalts in der Wahrnehmung seiner Bürger seit 2009 kontinuierlich verbessert. Wurde 2009 noch ein im Durchschnitt eher negatives Lagebild gezeichnet (-0,80 auf einer Skala von -2 bis +2), wird die Situation seit 2014 geringfügig positiv beurteilt. Zu Beginn des Jahres 2018 hat sich an dieser Einstufung nichts geändert. Die Beurteilung der Lebenszufriedenheit (+0,10; vgl. Abb. 7), der eigenen wirtschaftlichen Lage (+0,17) und der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt (+0,16) hat sich hingegen innerhalb der letzten vier Jahre leicht verbessert. Während die Lebenszufriedenheit 2007 auf einer Skala von -2 bis +2 von allen Befragten mit 0,34 bewertet wurde, ist dieser Wert über die Jahre hinweg bis 2018 kontinuierlich auf 0,84 gestiegen.

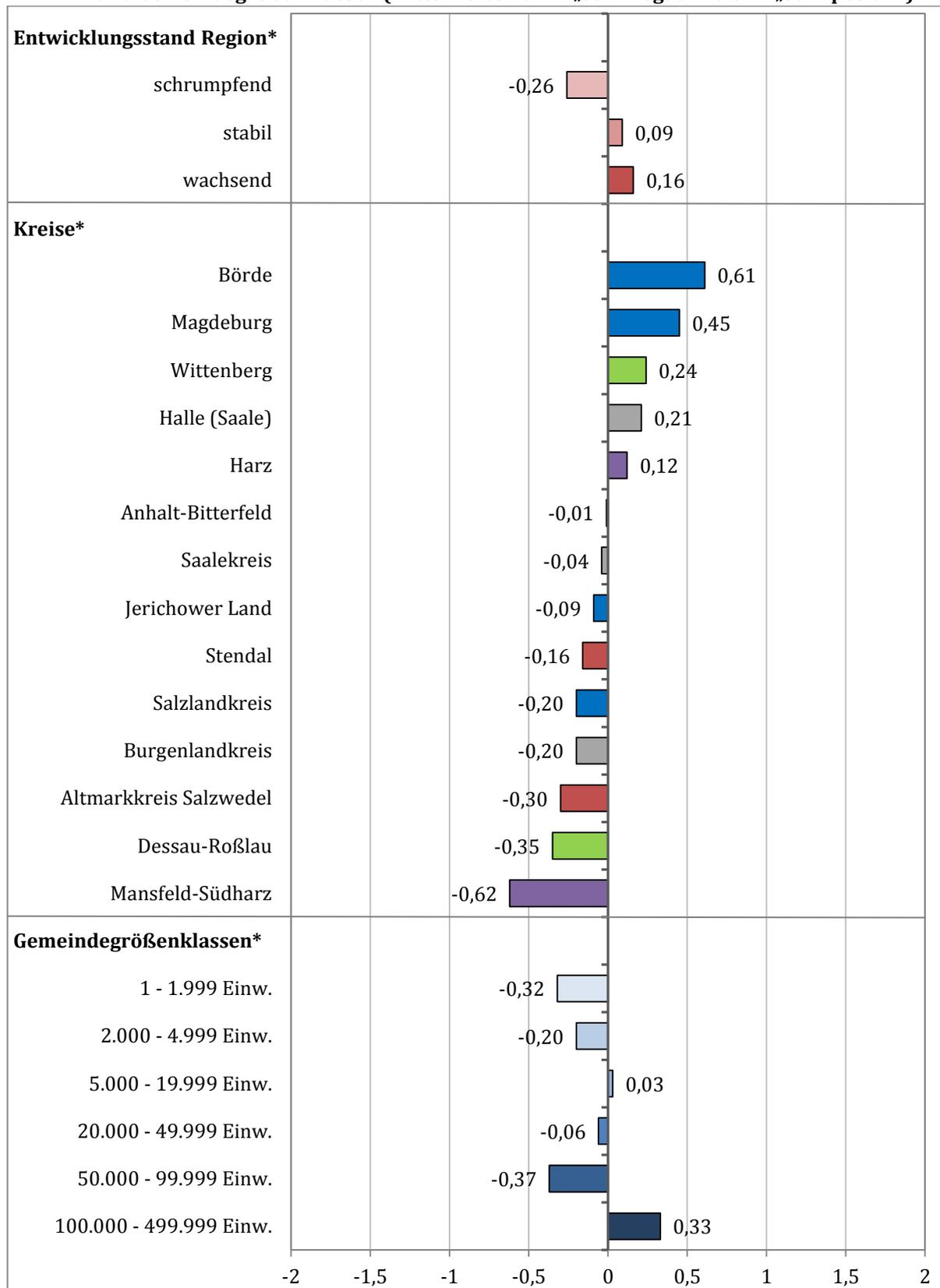
Abb. 7 Wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt und Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf, 2007 - 2018 (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis 2 „sehr positiv“)



Quellen: SAM 2007-2018

Wie bereits ausgeführt, bewertet der Durchschnitt der Bevölkerung Sachsen-Anhalts die wirtschaftliche Lage des Wohnorts neutral (0,02). Das Meinungsbild variiert allerdings nach Kreiszugehörigkeit der Befragten (vgl. Abb. 8) Bewohner aus der Börde und Magdeburgs stufen die Wirtschaftskraft vor Ort am positivsten ein. Relativ optimistisch fällt auch das Urteil in Wittenberg, Halle (Saale) und im Harz aus. Im Kreis Mansfeld-Südharz Lebende stufen die wirtschaftliche Situation vor Ort indessen am schlechtesten ein. Auch in Dessau-Roßlau sowie im Altmarkkreis Salzwedel, im Burgenlandkreis, im Salzlandkreis und in Stendal wird die wirtschaftliche Lage vor Ort ungünstig eingestuft.

Abb. 8 Einschätzung wirtschaftliche Lage vor Ort nach regionalem Entwicklungsstand, Kreisen und Gemeindegrößenklassen (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

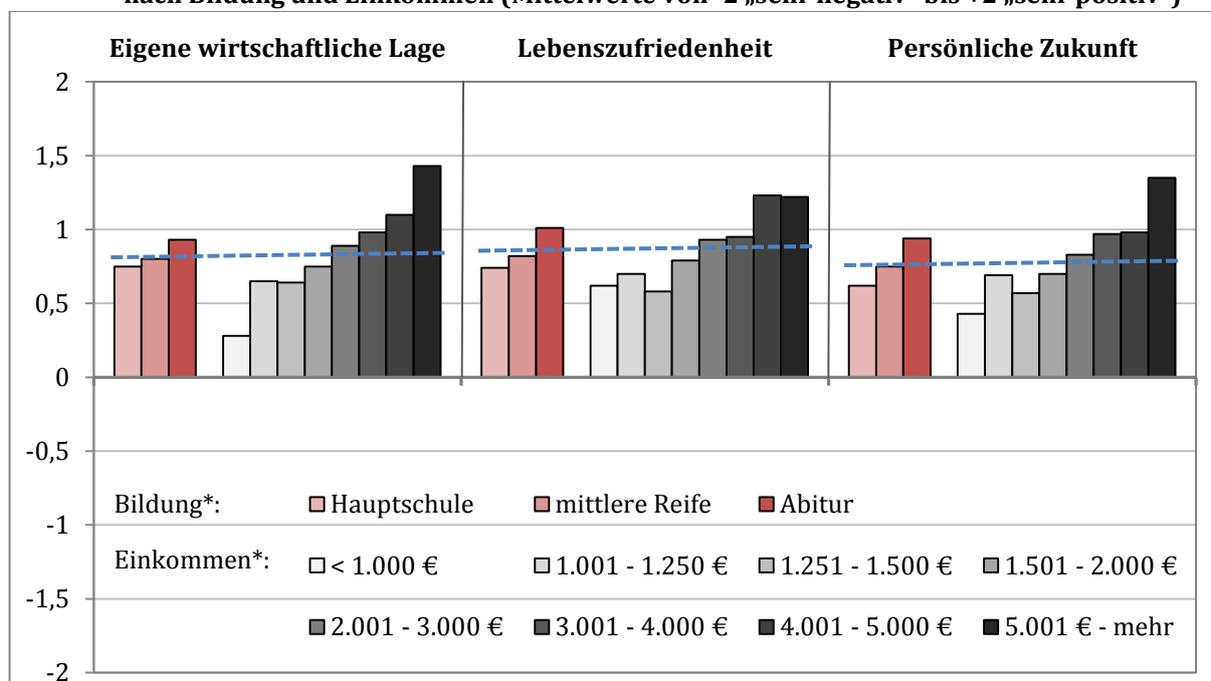
Farben nach Regionen: Börde = blau, Harz = lila, Saale-Unstrut = grau, Altmark = rot, Anhalt = grün
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Der Entwicklungsstand einer Region beeinflusst den individuellen Blick auf die örtliche Ökonomie ebenfalls: Sachsen-Anhalter, die in schrumpfenden Regionen leben, stufen die lokale Wirtschaftskraft tendenziell negativ ein (vgl. Abb. 8) Bewohner wachsender wie auch stabiler Regionen beurteilen die Situation hingegen leicht positiv.

Bezogen auf die Gemeindegrößenklasse ist erkennbar, dass Befragte aus den kreisfreien Großstädten Magdeburg und Halle die lokale wirtschaftliche Lage positiver einschätzen als Bewohner kleinerer kommunaler Gebietskörperschaften (ebd.). Deutlich negativer als die übrigen Befragten beurteilt die Bevölkerung von Gemeinden zwischen 50.000 und 99.999 Einwohnern die wirtschaftliche Situation vor Ort. Das Gleiche gilt für die kleinsten Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern.

Neben den sozialräumlichen und sozialstrukturellen Merkmalen des Lebensumfelds von Befragten (Entwicklungsstand der Region, Kreiszugehörigkeit, Gemeindegrößenklasse) hängt das Urteil der Bürger über ihre eigenen Lebensumstände auch von immateriellen und materiellen Ressourcen der Person selbst ab, wie z. B. dem Bildungsgrad und dem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen. Dabei gilt: Je höher der Bildungsabschluss und je höher das Einkommen einer Person ist, desto positiver schätzt diese ihre persönliche wirtschaftliche Lage ein, desto zufriedener ist sie mit ihrer Lebenssituation und desto optimistischer sieht sie ihrer persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt entgegen (vgl. Abb. 9)

Abb. 9 Einschätzung eigene wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und persönliche Zukunft nach Bildung und Einkommen (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



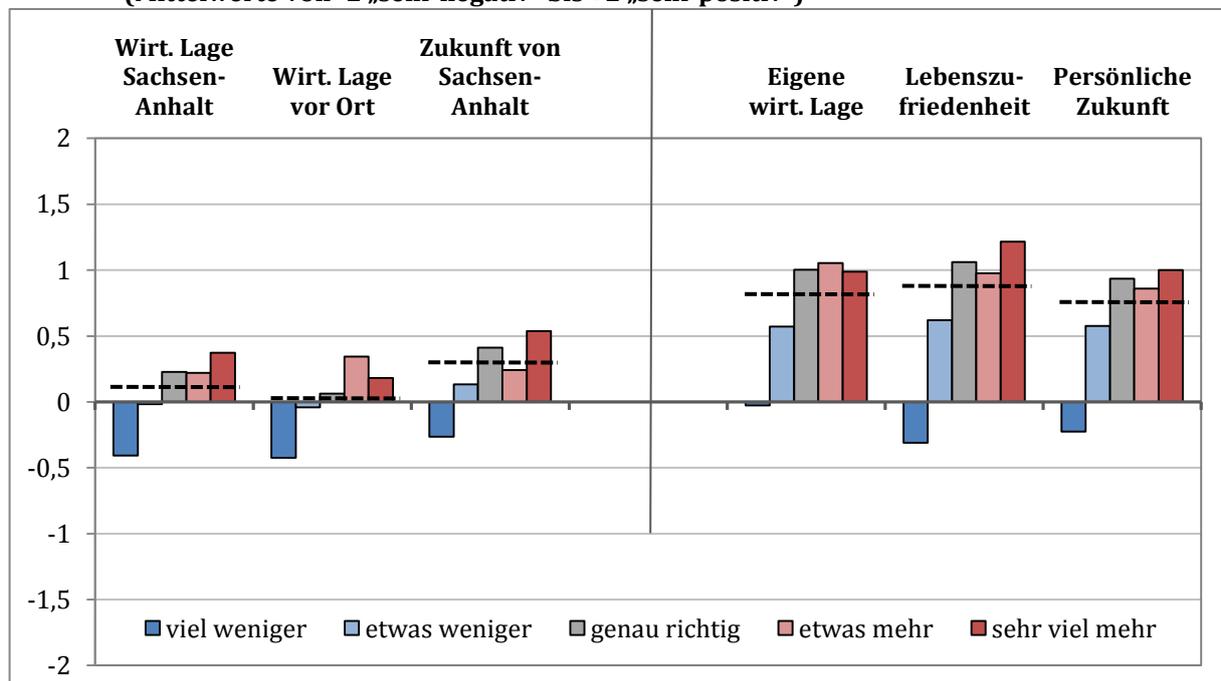
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Nicht nur sozioökonomische Faktoren wie Bildung und Einkommen einer Person erklären die Bewertung der allgemeinen und individuellen Lebenslage, sondern auch politische Einstellungen und Verhaltensdispositionen üben einen signifikanten Einfluss

aus. So unterscheidet sich das Urteil der Befragten je nach Gerechtigkeitsvorstellung und Parteipräferenz. Bei der Gerechtigkeitsvorstellung gilt, wie schon zuvor: Je stärker jemand davon überzeugt ist, dass er seinen gerechten Anteil erhält, desto positiver nimmt er die gesamtgesellschaftliche Wirtschaftslage und seine individuelle Lebenslage wahr. Besonders deutlich tritt dieser Zusammenhang bei der Beurteilung der eigenen Person zutage (vgl. Abb. 10). Vergleichbares trifft auf die Frage zu, ob es in Deutschland alles in allem gerecht zugehe. Je stärker die Befragten dieser Frage zustimmen, desto positiver beurteilen sie die wirtschaftliche Lage von Sachsen-Anhalt und ihre eigene Situation aktuell und zukünftig.

Abb. 10 Einschätzung Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft nach Beurteilung des persönlich gerechten Anteils * (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



*Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Ein klarer Zusammenhang besteht auch zwischen den Parteipräferenzen der Befragten und der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Zukunft Sachsen-Anhalts einerseits sowie den eigenen Lebenschancen andererseits (vgl. Tab. 3). Tendenziell beurteilen Anhänger der derzeit regierenden Parteien CDU, SPD und Grüne die gesamtgesellschaftliche Wirtschaftslage positiver als Anhänger anderer Parteien. Am schlechtesten wird die Wirtschaftskraft in Sachsen-Anhalt von Parteigängern der Linken eingeschätzt, wobei auch das Urteil von Anhängern der AfD und sonstiger Parteien kritisch ausfällt. Wenn es um die Zukunft Sachsen-Anhalts geht, sind Befragte mit einer Parteipräferenz zugunsten der Grünen am optimistischsten eingestellt. Skeptischer fallen dahingegen die Beurteilungen von Anhängern der AfD und der FPD aus.

Die individuelle Lebenssituation betreffend, ist festzustellen, dass Anhänger von CDU, Grünen und FDP, aber auch sonstiger Parteien die Lage überdurchschnittlich posi-

tiv einschätzen. Die Meinung von SPD-Sympathisanten entspricht weitgehend dem Durchschnitt der Befragten. Weniger hoffnungsfroh blicken Anhänger der AfD und der Linken persönlich in die Zukunft. Sie sind mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage und ihren Lebensumständen deutlich unzufriedener als der Rest der Befragten.

Tab. 3 Einschätzung Wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und Zukunft nach Parteipräferenz (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)

	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteipräferenz						
		CDU	AfD	Linke	SPD	Grüne	FDP	Sonst.
Wirt. Lage Sachsen-Anh.*	0,15	0,31	0,04	-0,10	0,25	0,21	0,12	0,03
Wirt. Lage Wohnort*	0,07	0,04	-0,09	-0,04	0,13	0,02	-0,01	-0,17
Zukunft Sachsen-Anh.*	0,34	0,47	0,06	0,25	0,52	0,57	0,05	0,20
Eigene wirt. Lage*	0,84	1,07	0,65	0,47	0,89	0,85	0,95	1,06
Lebenszufriedenheit*	0,87	1,07	0,58	0,65	0,84	1,03	1,00	1,05
Pers. Zukunft in Sachsen-A.*	0,83	0,99	0,52	0,64	0,79	1,05	0,99	1,18

Anmerkung: blau = negativste Beurteilung, rot = positivste Beurteilung. Falls sich die negativste bzw. positivste Beurteilung im Durchschnitt nur geringfügig von der zweitnegativsten bzw. zweitpositivsten Beurteilung unterscheidet, ist diese hellblau oder hellrot markiert.

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Abkürzungen: Min. = Minimum, Max. = Maximum.

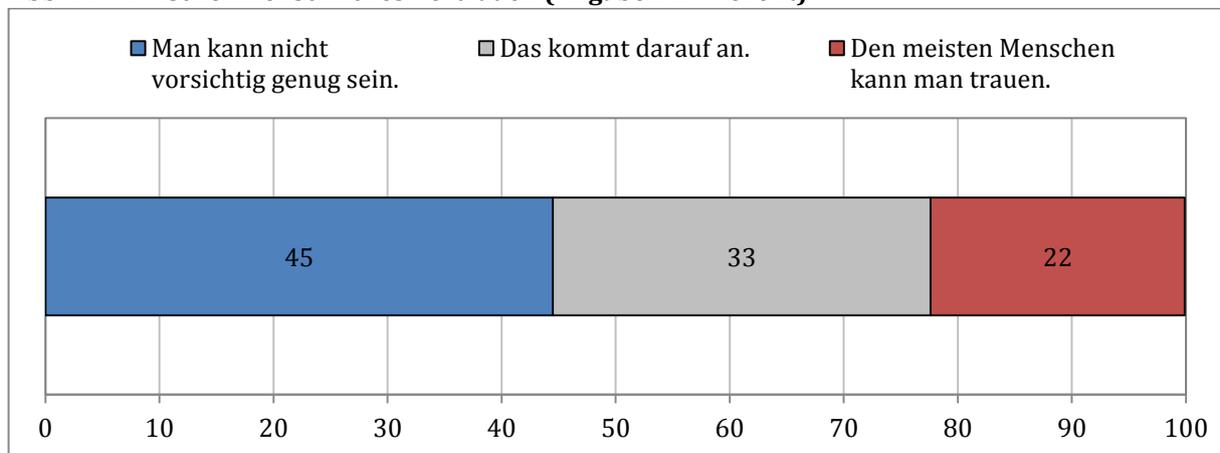
4 Vertrauen

Allgemein wird unter Vertrauen „eine auf bestimmte Standards und Erwartungen gestützte positive Orientierung auf Objekte“²² verstanden. In der Forschung wird zwischen (inter-)personalem und generalisiertem Vertrauen unterschieden.²³ Personales Vertrauen bezieht sich auf konkrete Menschen und ist vorrangig im Bereich der sozialen Beziehungen diesseits der Politik angesiedelt. Generalisiertes Vertrauen kann sich entweder auf eine Gruppe von Personen (z. B. Freunde, eine Nation) oder auf Institutionen (z. B. staatliche Institutionen, Gewerkschaften) richten und hat bevorzugt einen politischen Bezug. Gemeinsam ist beiden Spielarten von Vertrauen, dass derjenige, der vertraut, dies mit einer positiven Erwartung für die Zukunft verbindet. Wer einen solchen Vertrauensvorschuss leistet, geht immer ein Risiko ein, da nicht auszuschließen ist, dass gewährtes Vertrauen enttäuscht wird. Im Folgenden werden beide Vertrauensdimensionen in Bezug auf die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt näher ausgeleuchtet.

4.1 Allgemeines Vertrauen in Mitmenschen

Die prinzipielle Bereitschaft, fremden Menschen vertrauensvoll zu begegnen, ist unter den Bürgern Sachsen-Anhalts nur mäßig ausgeprägt (vgl. Abb. 11).

Abb. 11 Zwischenmenschliches Vertrauen (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Das Misstrauen überwiegt. Fast jede(r) Zweite stimmt der Aussage zu, „Man kann nicht vorsichtig genug sein“. Ein Drittel der Befragten macht seine Vertrauensbereitschaft vom Kontext bzw. der Situation abhängig. Lediglich 22 Prozent der Sachsen-Anhalter

22 Gabriel, O. (2002): Politisches Vertrauen. In: Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S./Neller, K. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Politischen Kultur der BRD. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 494-499.

23 Bierhoff, H.-W. (2002): Politisches Vertrauen: Verschiedene Dimensionen, verschiedene Ebenen der Betrachtung. In: Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politisches Vertrauen: Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos, S. 243.

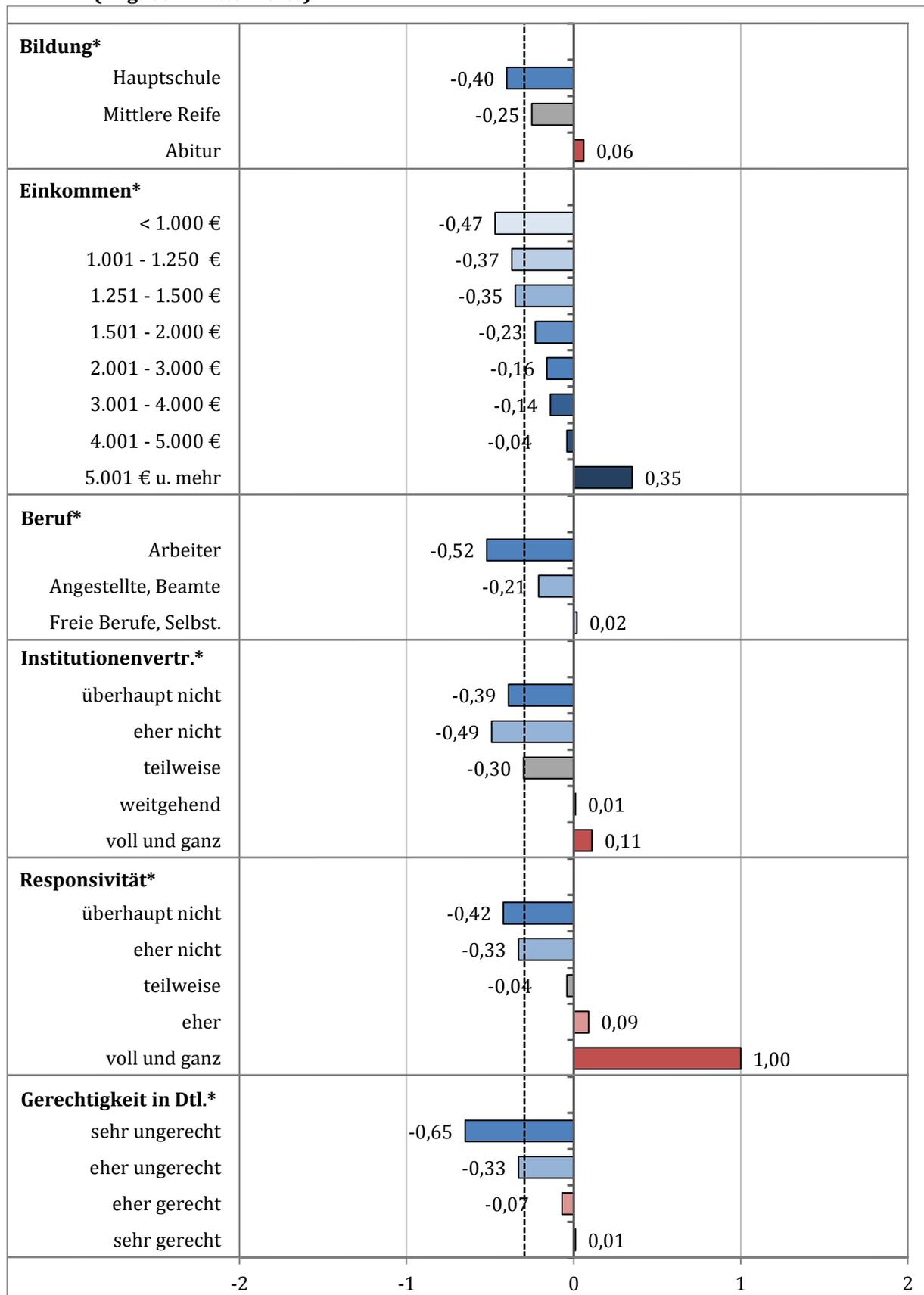
sind überzeugt, dass man den meisten Menschen trauen kann.²⁴ Welche Faktoren begünstigen interpersonales bzw. zwischenmenschliches Vertrauen und welche hemmen es? – Generell lassen sich zwei Gruppen von Faktoren unterscheiden: zum einen solche, die sich auf die immaterielle und materielle Ressourcenausstattung einer Person beziehen (z. B. Bildung, Einkommen, Beruf), und zum anderen solche, die die politischen Einstellungen betreffen (Vertrauen in politische Institutionen, Beurteilung der Offenheit des politischen Systems, Gerechtigkeitsempfinden).

Die unten stehende Abbildung (Abb. 12) zeigt, dass mit zunehmender Ressourcenausstattung einer Person deren Vertrauen in die Mitmenschen steigt. Mit Blick auf das Bildungsniveau ist festzustellen, dass insbesondere Personen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss ihren Mitmenschen gegenüber besonders kritisch eingestellt sind. Personen mit Abitur sind hingegen vertrauensfreudiger. Einen besonders deutlichen Effekt auf das interpersonale Vertrauen übt das Einkommen aus. Hier gilt: Je höher das monatliche Haushaltseinkommen, desto eher wird den Mitmenschen vertraut. Die Aufschlüsselung nach Berufsgruppen zeigt, dass insbesondere Arbeiter ihren Mitmenschen misstrauen, während Freiberufler und Selbständige vertrauensvoller sind.

Neben der individuellen Ressourcenausstattung tragen auch politische Einstellungen zur Erklärung bei, weswegen die Bürger Sachsen-Anhalts ihren Mitmenschen vertrauen oder misstrauen. Generell besteht zwischen personalem Vertrauen in Mitmenschen und generalisiertem Vertrauen in politische Institutionen ein enger Zusammenhang. Das heißt: Wer den Mitmenschen vertraut, vertraut auch eher politischen Institutionen – und umgekehrt. Ebenso gilt allgemein, dass Befragte, die die Offenheit des politischen Systems positiv bewerten (vgl. 4.2), eher bereit sind, fremden Menschen vertrauensvoll zu begegnen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Rückkopplungsbereitschaft (Responsivität) des politischen Systems allerdings nur von einer Minderheit als tatsächlich gegeben erachtet wird. Schließlich sind Sachsen-Anhalter, die den Eindruck haben, es gehe alles in allem gerecht in Deutschland zu, ihren Mitbürgern gegenüber ebenfalls weniger kritisch eingestellt.

24 Das entspricht exakt dem im Jahr 2014 für Ostdeutschland insgesamt gemessenen Wert. Im Übrigen wurden seinerzeit bezüglich des sozialen Zusammenhalts im persönlichen Umfeld für Ost- und Westdeutschland kaum Unterschiede gemessen (Gabriel/Holtmann u. a. (2015): Deutschland 25, S. 187).

Abb. 12 Zwischenmenschliches Vertrauen nach verschiedenen Erklärungsfaktoren (Angaben: Mittelwerte)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

4.2 Vertrauen in politische Institutionen

Ein wesentlicher Bestandteil jeder Demokratie ist das Vertrauen der Bürger in die Institutionen des Staates und darauf, dass die gewählten Politiker ihr Handeln am Gemeinwohl ausrichten und die Interessen des Volkes vertreten. Über die Notwendigkeit und das gebotene Ausmaß politischen Vertrauens bestehen in der Forschung unterschiedliche Ansichten. Anhänger einer demokratischen Elitenherrschaft vertreten die Auffassung, dass eine breite Vertrauensbasis zwischen Bevölkerung und Institutionen eine notwendige Voraussetzung für effektive Regierungsarbeit ist. Befürworter einer starken Basisdemokratie sprechen sich hingegen für eine gestärkte kritische Öffentlichkeit aus, die das Handeln der politischen Führung kontrolliert. Sie sehen in zu viel Vertrauen seitens der Bürger in die politischen Institutionen und in deren Repräsentanten die Gefahr, dass Vertrauens- und Machtmissbrauch Vorschub geleistet wird.

Andere Autoren wiederum sehen in einer gesunden Mischung von politischem Vertrauen und Misstrauen, das je nach Bevölkerungsgruppe und über die Zeit variiert, das beste Mittel für das Funktionieren einer Demokratie. In jedem Falle gilt: Ist das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Politik ausgewogen, werden wichtige politische Entscheidungen von den Bürgern auch dann akzeptiert, wenn sie kurzfristig den eigenen Interessen widersprechen. Unter solchen Bedingungen trägt politisches Vertrauen nicht nur zur Kooperation bei, sondern reduziert auch die Transaktionskosten.²⁵

Üblicherweise wird zwischen rechts- und parteienstaatlichen Institutionen unterschieden.²⁶ Parteienstaatliche Institutionen, wie das Parlament, die Regierung und die Parteien, gestalten maßgeblich politische Entscheidungen mit, sind stärker in die Tagespolitik und damit einhergehende Konflikte involviert und werden daher seitens der Bürger auch stärker mit Interessenkämpfen identifiziert. Da die meisten Bürger keinen direkten Kontakt mit parteienstaatlichen Institutionen haben, ist für diese eine größere Entfernung vom Bürger kennzeichnend. Rechtsstaatliche Institutionen, wie die Gerichte, die Polizei und die Verwaltung, setzen hingegen in erster Linie politische Entscheidungen um oder wenden Gesetze an. Sie zeichnen sich durch fehlende politische Entscheidungsgewalt aus, werden deshalb aber auch als politisch neutral und unparteiisch wahrgenommen.²⁷

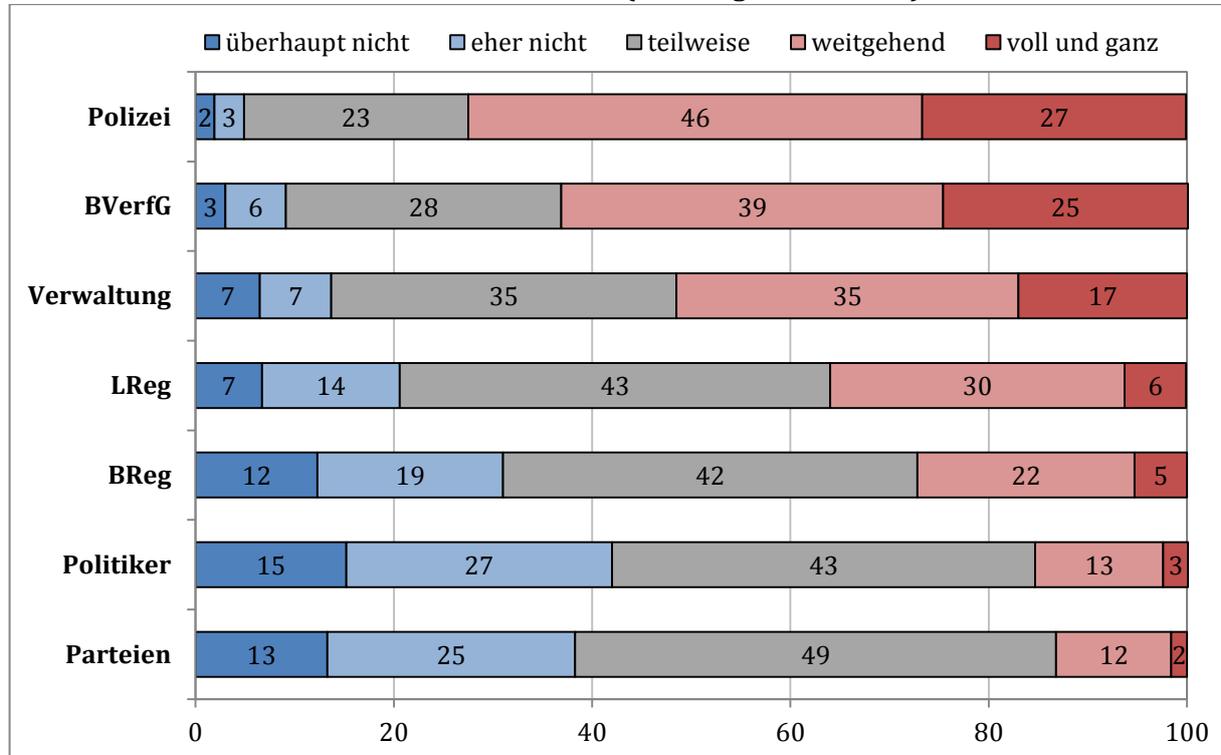
25 Vgl. Braun, D. (2010): Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas. Working Papier Nr. 131, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung; Schweer, M. K. (2000): Politisches Vertrauen: Theoretische Ansätze und empirische Befunde. In: ders. (Hrsg.): Politische Vertrauenskrise in Deutschland?, Münster: Waxmann, S. 9-26.

26 Vgl. Gabriel, O. (2002) a.a.O.

27 Vgl. Völkl, K. (2006): Überwiegt die Verdrossenheit oder die Unterstützung? Die Einstellungen der West- und Ostdeutschen zur Demokratie, zu politischen Institutionen und Politikern. In: Falter, J. W. u. a. (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München: Beck, S. 57-81.

Konfrontiert man die Sachsen-Anhalter mit der Frage nach der Stärke ihres Vertrauens in verschiedene öffentliche Einrichtungen des politischen Lebens, wird eine klare Vertrauenshierarchie erkennbar (vgl. Abb. 13).

Abb. 13 Vertrauen in verschiedene Institutionen (Nennungen in Prozent)



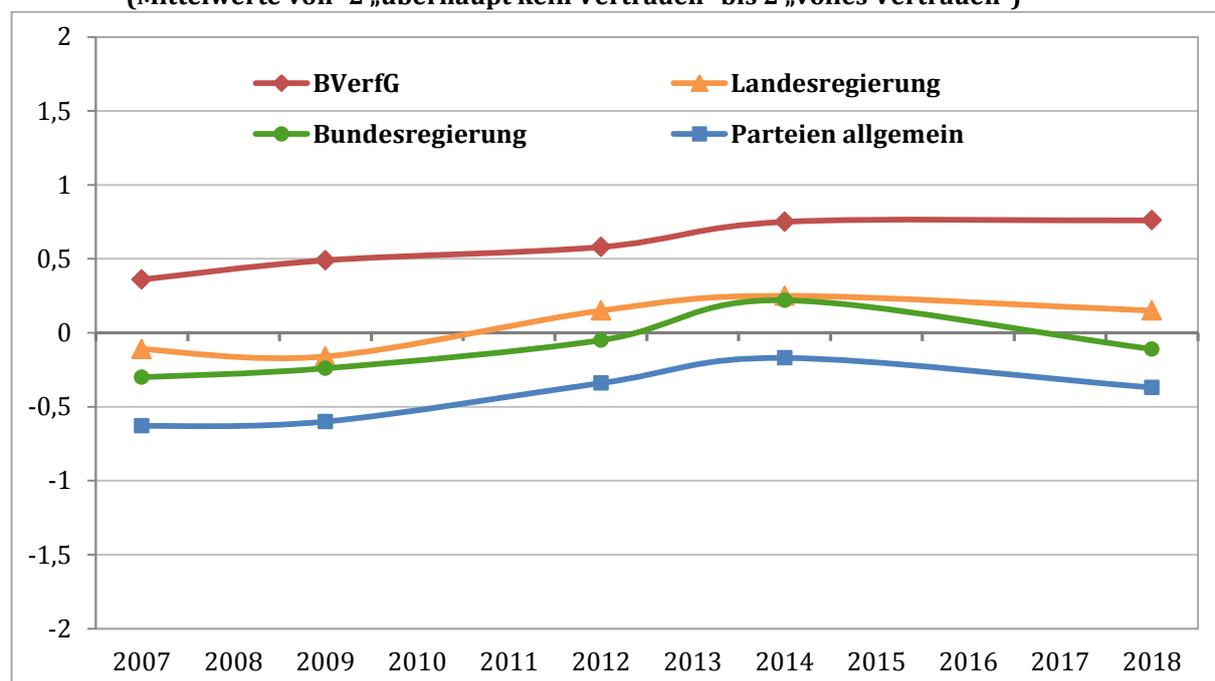
Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Am stärksten vertrauen die Bürger des Landes der Polizei, gefolgt von dem als überparteilich angesehenen Bundesverfassungsgericht. Fast drei Viertel bzw. zwei Drittel der Bevölkerung stehen diesen beiden Institutionen positiv gegenüber und vertrauen ihnen. Auch der Verwaltung vertraut jeder zweite Sachsen-Anhalter weitgehend bzw. voll und ganz. Unentschlossen zeigen sich die Bürger, wenn es um die Landes- und Bundesregierung geht. Zwar schneidet die Landesregierung in der Wahrnehmung der Bürger etwas besser ab als die Bundesregierung (wenngleich leicht schlechter als vor 4 Jahren), im Falle beider Institutionen halten sich Vertrauen und Misstrauen jedoch weitgehend die Waage. Am Ende der Vertrauenshierarchie befinden sich Politiker und Parteien. Gerade einmal 16 bzw. 14 Prozent der Befragten geben an, diesen zu vertrauen. Diese Bewertung bestätigt die lange Tradition der Kritik an Politikern, Parteien und am Parteienstaat in Deutschland, die von Vorwürfen wie Machtbesessenheit, Bürgerferne, Eigennutz und mangelnder Vertrauenswürdigkeit begleitet wird.²⁸

²⁸ Vgl. Gabriel, O. W./Holtmann, E. (2010): Der Parteienstaat – ein immerwährendes demokratisches Ärgernis? Ideologiekritische und empirische Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 57 (3), S. 307-328. Neuestens E. Holtmann (2018): Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn (im Erscheinen).

Betrachtet man die Entwicklung des Institutionenvertrauens der Bürger Sachsen-Anhalts im Zeitverlauf, zeigt sich, dass zwischen 2007 und 2014 das politische Vertrauen der Bevölkerung kontinuierlich gestiegen ist und seitdem auf diesem Niveau stagniert oder zurückgegangen ist (Abb. 14). Das Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht blieb auf relativ hohem Niveau im Vergleich zu 2014 stabil. Die stärksten Vertrauensverluste musste die Bundesregierung hinnehmen. Geringfügig zurückgegangen ist auch das Vertrauen der Sachsen-Anhalter in die Landesregierung und politische Parteien allgemein. An der Rangfolge in der Vertrauenshierarchie hat sich über die fünf Erhebungszeitpunkte hinweg jedoch nichts geändert.

Abb. 14 Vertrauen in Institutionen im Zeitverlauf, 2007 - 2018
(Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



Quellen: SAM 2007 bis 2018

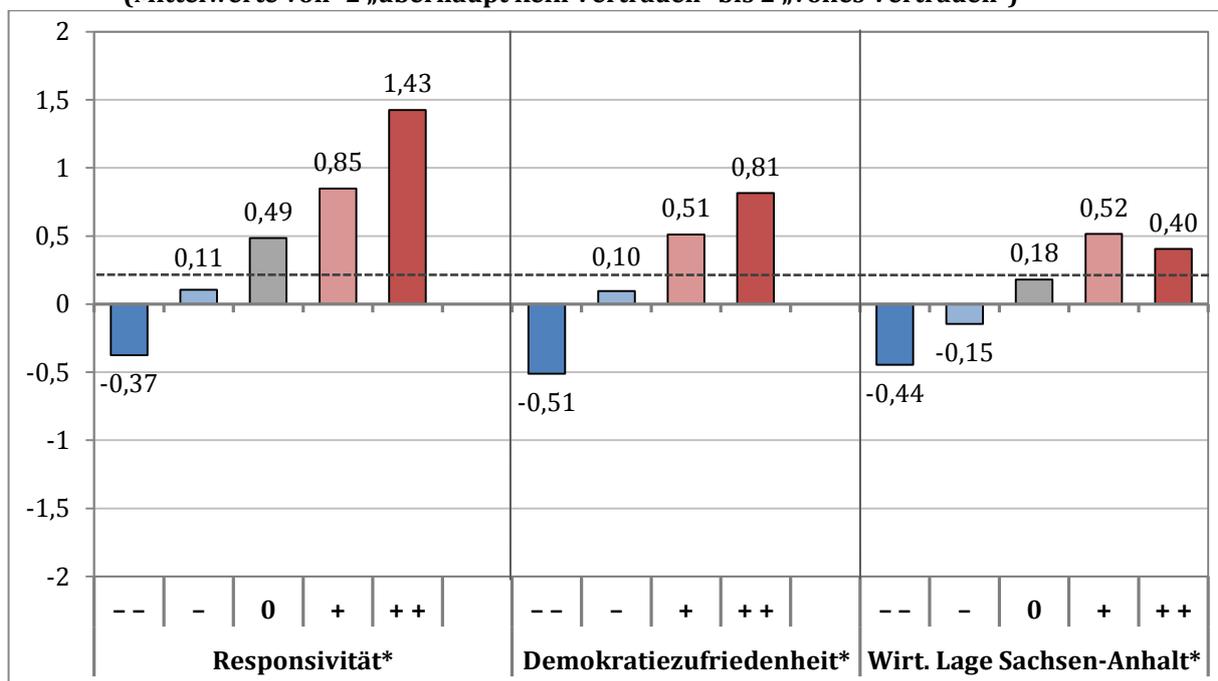
Um das generelle Vertrauen in politische Institutionen und Entscheidungsträger genauer ausleuchten zu können und um festzustellen, welche Umstände es sind, die Vertrauen oder Misstrauen befördern, wurde wie schon 2014 für die folgenden Analysen ein Vertrauensindex gebildet, der sämtliche in die Umfrage aufgenommenen politischen Institutionen und Akteure auf Gemeinde²⁹-, Landes- und Bundesebene vereint. Mit Hilfe von Mittelwertvergleichen werden dabei die Einflüsse verschiedener Indikatoren auf das generelle Institutionenvertrauen untersucht. Dafür wurden diverse potentielle Erklärungsfaktoren herangezogen. Im Folgenden werden diejenigen näher behandelt, die sich am erklärungskräftigsten erwiesen. Hierzu zählen die Responsivität, die Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Performanz des Systems, die soziale Deprivation und politische Verhaltensdispositionen.

²⁹ Die Gemeindeebene wird über das Item „Verwaltung“ indirekt einbezogen.

Einen starken Einfluss auf das Institutionenvertrauen übt die empfundene Offenheit des politischen Systems gegenüber Anliegen der Bürger (Responsivität) aus, wie die verhältnismäßig große Differenz zwischen Minimum (-0,37) und Maximum (1,43) der Skalenwerte belegt (vgl. Abb. 15). Dieser Zusammenhang ist insofern plausibel, da in einer repräsentativen Demokratie die Erwartungen der Bürger einen zentralen Bezugspunkt des Regierungshandelns darstellen. Hat der Bürger den Eindruck, dass seine Interessen durch die Regierung nicht in ausreichendem Maße vertreten werden, öffnet sich eine gefühlte Responsivitätslücke. Dieses Gefühl der Vernachlässigung wirkt sich auf Dauer stark vertrauensmindernd aus.

Ebenso bestätigt sich folgender Zusammenhang: Je zufriedener die Bürger mit den politischen und wirtschaftlichen Leistungen des Systems sind, desto höher ist ihr Vertrauen in die Institutionen (ebd.). Demzufolge neigen Menschen, die mit dem Funktionieren der Demokratie aktuell zufrieden sind, dazu, den öffentlichen Einrichtungen und Politikvertretern eher zu vertrauen. Zudem übt die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt einen deutlichen Einfluss auf die Bildung von Vertrauen aus. Insbesondere Personen, die die gegenwärtige ökonomische Situation in Sachsen-Anhalt als sehr schlecht einstufen, misstrauen auch den Institutionen.

Abb. 15 Institutionenvertrauen nach Responsivität, Demokratiezufriedenheit und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



*Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

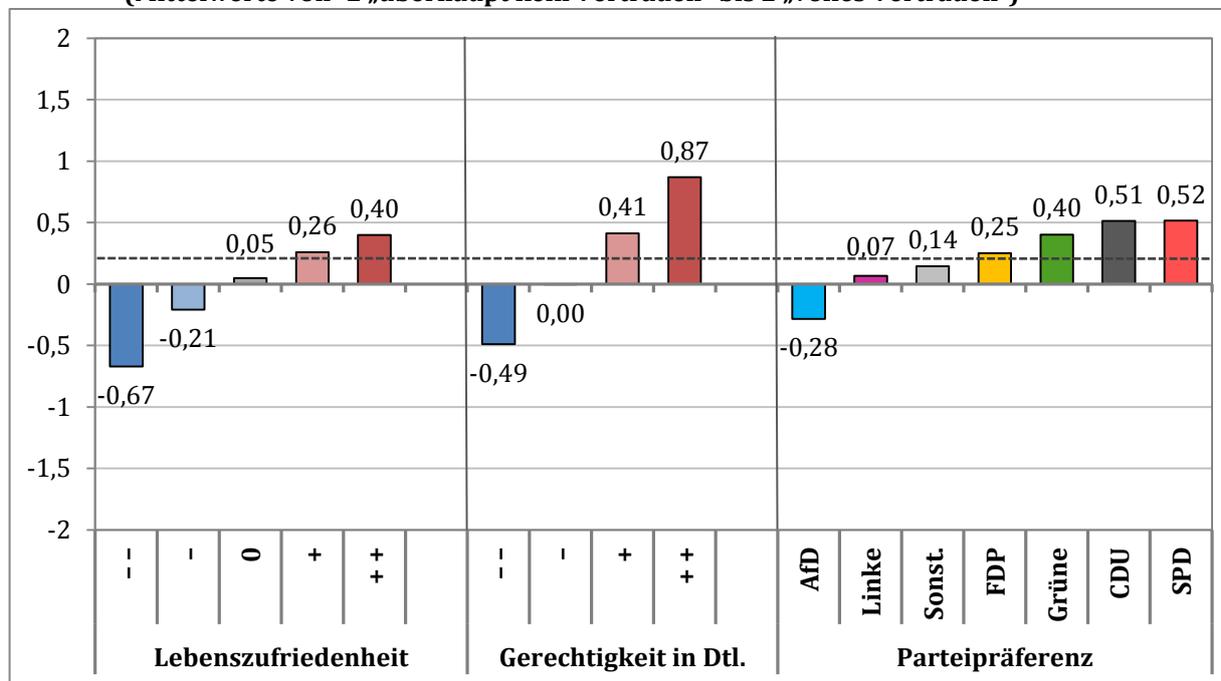
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Der Erklärungsansatz der sozialen Deprivation geht davon aus, dass Menschen in ähnlichen sozialen Lagen einen vergleichbaren Habitus ausbilden, der sich z. B. zu einer Schichtmentalität oder einem Klassenbewusstsein kollektiv formiert. Dieser Habitus kann sich auf die Bewertung von politischen Akteuren und Institutionen auswirken,

sofern diese für die individuelle Situation Betroffener mitverantwortlich gemacht werden. Die folgende Abbildung (Abb. 16) zeigt, dass diese Annahme durch die Daten bestätigt wird. Wer mit seiner Lebenssituation unzufrieden ist und den Eindruck hat, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht, bringt auch den Institutionen weniger Vertrauen entgegen.

Auch die so genannte Hometeam-Hypothese³⁰ kann bestätigt werden. Demnach vertrauen Bürger, deren bevorzugte Partei der Regierung angehört, den Institutionen eher als Personen, deren Partei nicht an der Regierung beteiligt ist. Wie gezeigt wird, vertrauen Anhänger der Regierungsparteien CDU, SPD und Grüne den Institutionen am stärksten, während insbesondere Parteigänger der AfD eher Misstrauen äußern.

Abb. 16 Institutionenvertrauen nach Lebenszufriedenheit, Gerechtigkeitsbeurteilung in Deutschland und Parteipräferenz (Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



*Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

30 Vgl. Braun, D. (2010): Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas. Working Paper Nr. 131, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, S. 13.

5 Politische Involvierung und politische Responsivität

5.1 Einbindung der Bürger in die Politik

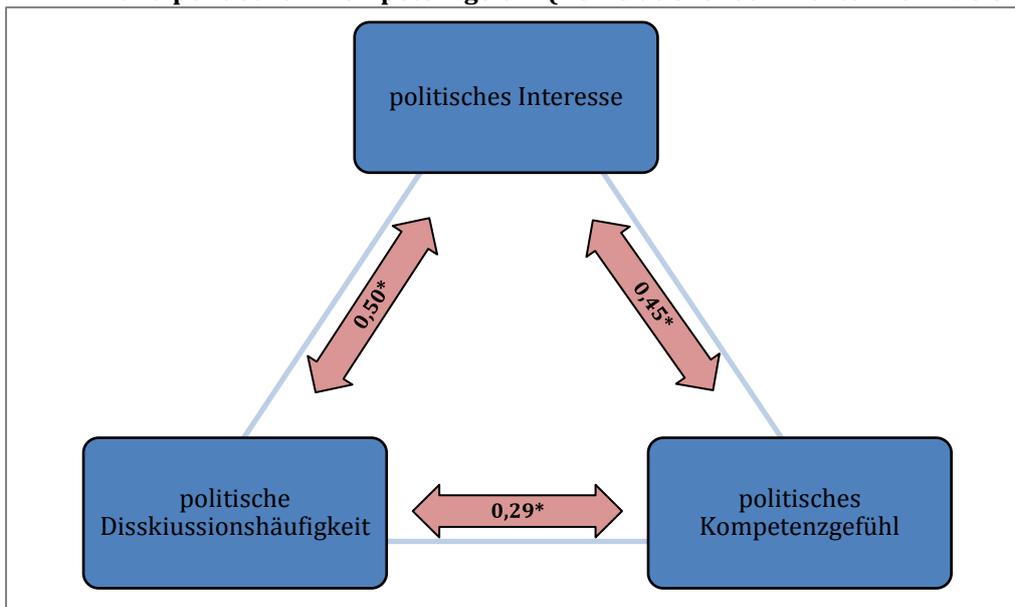
Eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile und funktionsfähige Demokratie ist, dass sich die Bürger mit politischen Fragen auseinandersetzen. In der politischen Einstellungsforschung wird die mentale Beschäftigung mit Politik mit dem Begriff der politischen Involvierung beschrieben. Hierzu zählen Einstellungen wie das politische Interesse, ferner das Gefühl, politisch etwas bewirken zu können, und die politische Diskussionshäufigkeit.

Die politische Involvierung ist in einer Demokratie eine notwendige Voraussetzung für die Durchsetzung der Interessen der Bürger, für die Herstellung von Offenheit des politischen Systems (Responsivität) gegenüber den Wählern und für die Kontrolle der politischen Entscheidungsträger. Diese Möglichkeiten der Einflussnahme eröffnen sich den Bürgern jedoch nur dann, wenn sie sich für Politik interessieren und überzeugt sind, politische Sachverhalte verstehen, beurteilen und gegebenenfalls beeinflussen zu können. Schaltet sich die Bevölkerung nur gering in das politische Geschehen ein, besteht die Gefahr der Abkopplung der politischen Führung. Eine Garantie für ein verantwortungsvolles Handeln der Herrschenden sind demzufolge Bürger, die die Folgen politischer Entscheidungen verstehen und einschätzen können und im Bedarfsfall auch politisch aktiv werden, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Demnach fördert ein hohes Ausmaß an politischer Involvierung eine verantwortliche und bürgernahe Politik.³¹

Dass alle drei Indikatoren (Politikinteresse, politische Diskussionshäufigkeit und politisches Kompetenzgefühl) auch in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts eng miteinander zusammenhängen, lässt sich empirisch nachweisen (vgl. Abb. 17). Dabei bestätigt sich das schon 2014 erkennbar gewesene Zusammenhangsmuster: Insbesondere zwischen dem Politikinteresse und der politischen Diskussionshäufigkeit einerseits und dem Politikinteresse und dem politischen Kompetenzgefühl andererseits besteht eine starke wechselseitige Abhängigkeit. Etwas weniger stark ist der Zusammenhang zwischen politischer Diskussionsfähigkeit und politischem Kompetenzgefühl. Demnach gilt: Nicht jeder, der oft über Politik redet, ist politisch selbstbewusst (kompetent). Ebenso gilt umgekehrt: Nicht jeder, der politisch kompetent ist, diskutiert viel über Politik.

31 Vgl. Gabriel, O. W. (2005): Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Gabriel, O. W./ Holtmann, E. (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München: Oldenbourg, S. 457-522: 470.

Abb. 17 Zusammenhang zwischen Politikinteresse, politischer Diskussionshäufigkeit und politischem Kompetenzgefühl (Korrelationskoeffizienten von -1 bis +1°)



*Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

° -1 = perfekter negativer Zusammenhang, 0 = überhaupt kein Zusammenhang, 1 = perfekter positiver Zusammenhang.

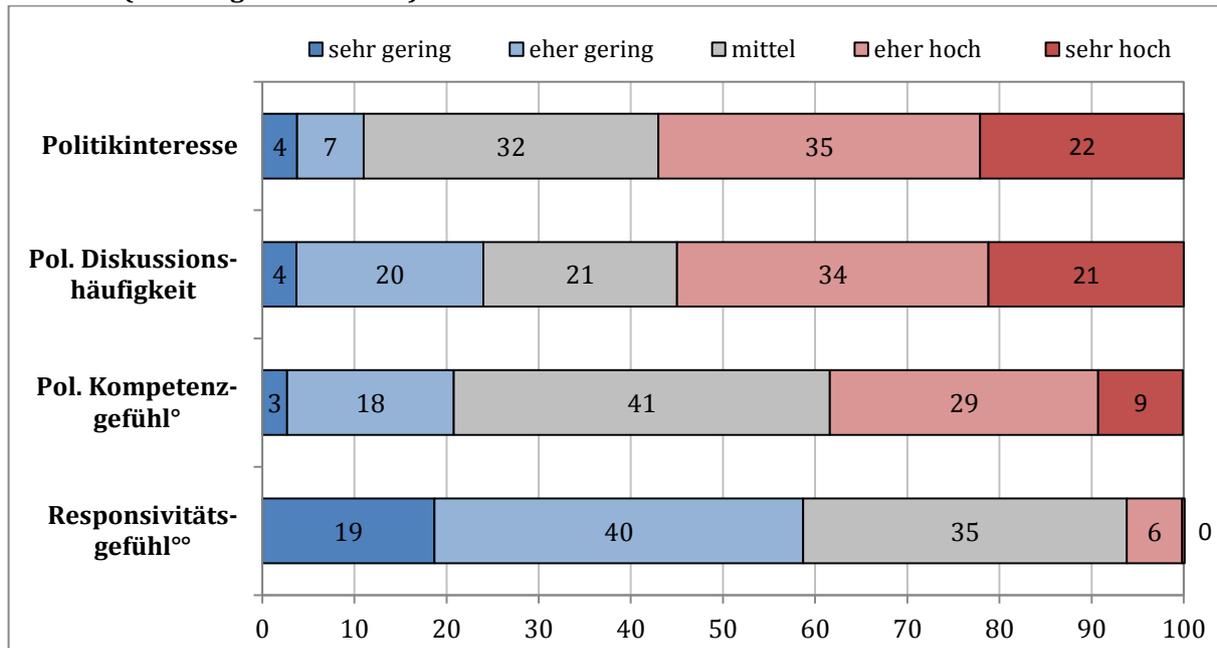
In welchem Ausmaß sind die Bürger in Sachsen-Anhalt politisch involviert? – Wie die aktuellen Daten zeigen, fällt die politische Involvierung je nach Indikator unterschiedlich aus (vgl. Abb. 18). Insgesamt sind 57 Prozent der Befragten stark oder sehr stark an Politik interessiert. Nur eine Minderheit von 11 Prozent gibt an, sich wenig oder überhaupt nicht für Politik zu interessieren.

Ein etwas anderes Muster zeigt sich bei der politischen Diskussionshäufigkeit. 55 Prozent der Sachsen-Anhalter diskutieren, eigenen Angaben zufolge, täglich oder mehrmals die Woche mit Familienmitgliedern, Freunden oder Arbeitskollegen über Politik. Anders als beim politischen Interesse gibt allerdings jeder Vierte an, sich seltener als mehrmals im Monat oder nie über Politik zu unterhalten.

Politisch kompetent fühlen sich 38 Prozent der Befragten. 41 Prozent würden ihr politisches Kompetenzniveau als mittelmäßig einstufen und etwa jeder Fünfte fühlt sich weniger oder gar nicht in der Lage, politische Sachverhalte zu verstehen und zu beurteilen.

Insgesamt ergibt sich damit ein geteiltes Bild, was die politische Involvierung der Bürger in Sachsen-Anhalt angeht. Zusammenfassend kann man das Einstellungsmuster wie folgt beschreiben: Das politische Kompetenzniveau hält nicht mit dem politischen Interesse und der politischen Diskussionshäufigkeit mit.

Abb. 18 Politisches Interesse, Diskussionshäufigkeit, Kompetenz- und Responsivitätsgefühl (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

^oPolitisches Kompetenzgefühl - Index aus 3 Fragen:

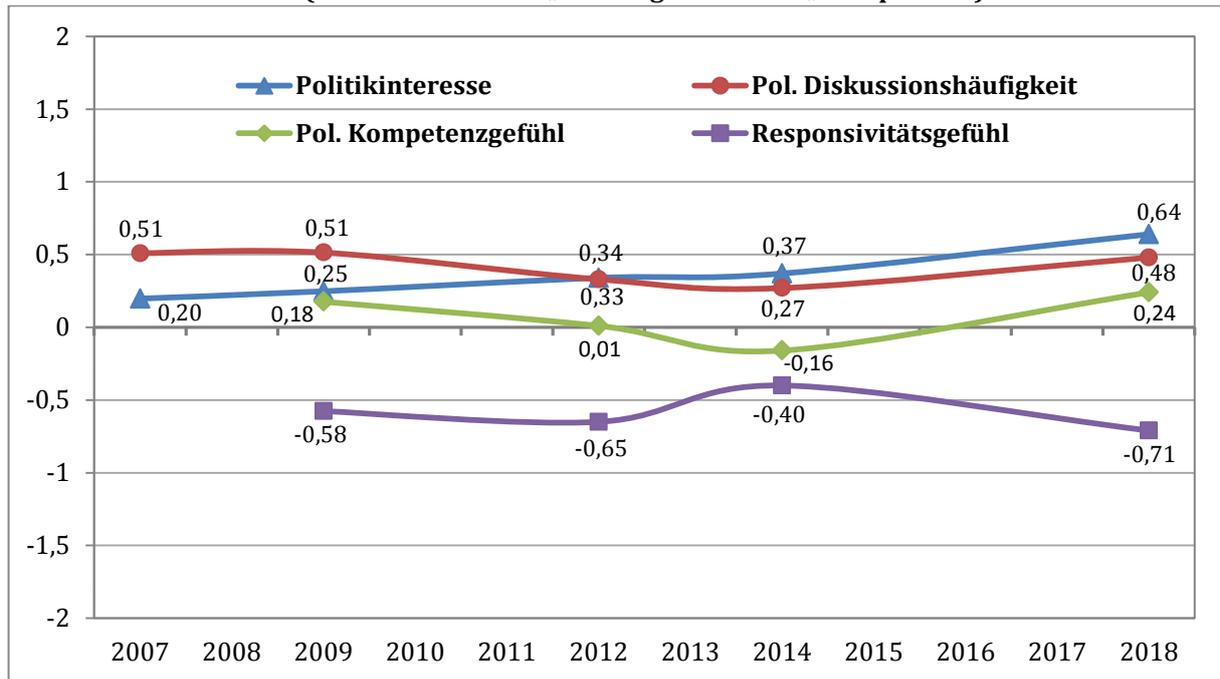
- Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.
- Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit Politik befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
- Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

^{oo}Responsivitätsgefühl - Index aus 3 Fragen:

- Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
- Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, Ihre Ansichten interessieren sie nicht.
- Politiker kümmert, was einfache Leute denken.

Im Zeitverlauf von 2007 bis 2018 betrachtet, ist das Responsivitätsgefühl seit 2014 wieder rückläufig. Im gleichen Zeitraum hat sich die politische Involvierung der Bürger Sachsen-Anhalts nur geringfügig verändert (vgl. Abb. 19). Innerhalb der letzten vier Jahre haben sich jedoch erstmals alle drei Indikatoren politischer Involvierung positiv entwickelt. Die politische Diskussionshäufigkeit und das politische Kompetenzgefühl waren zwischen 2009 und 2014 zurückgegangen. Dieser Negativtrend wurde offensichtlich gestoppt. Insbesondere das von den Sachsen-Anhaltern sich selbst zugeschriebene politische Kompetenzgefühl ist angestiegen. Auch die Bereitschaft, politisch zu diskutieren, hat leicht zugenommen. Das politische Interesse steigt bereits seit 2007 kontinuierlich an.

Abb. 19 Entwicklung der politischen Involvierung und Responsivität im Zeitverlauf, 2007 bis 2018 (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



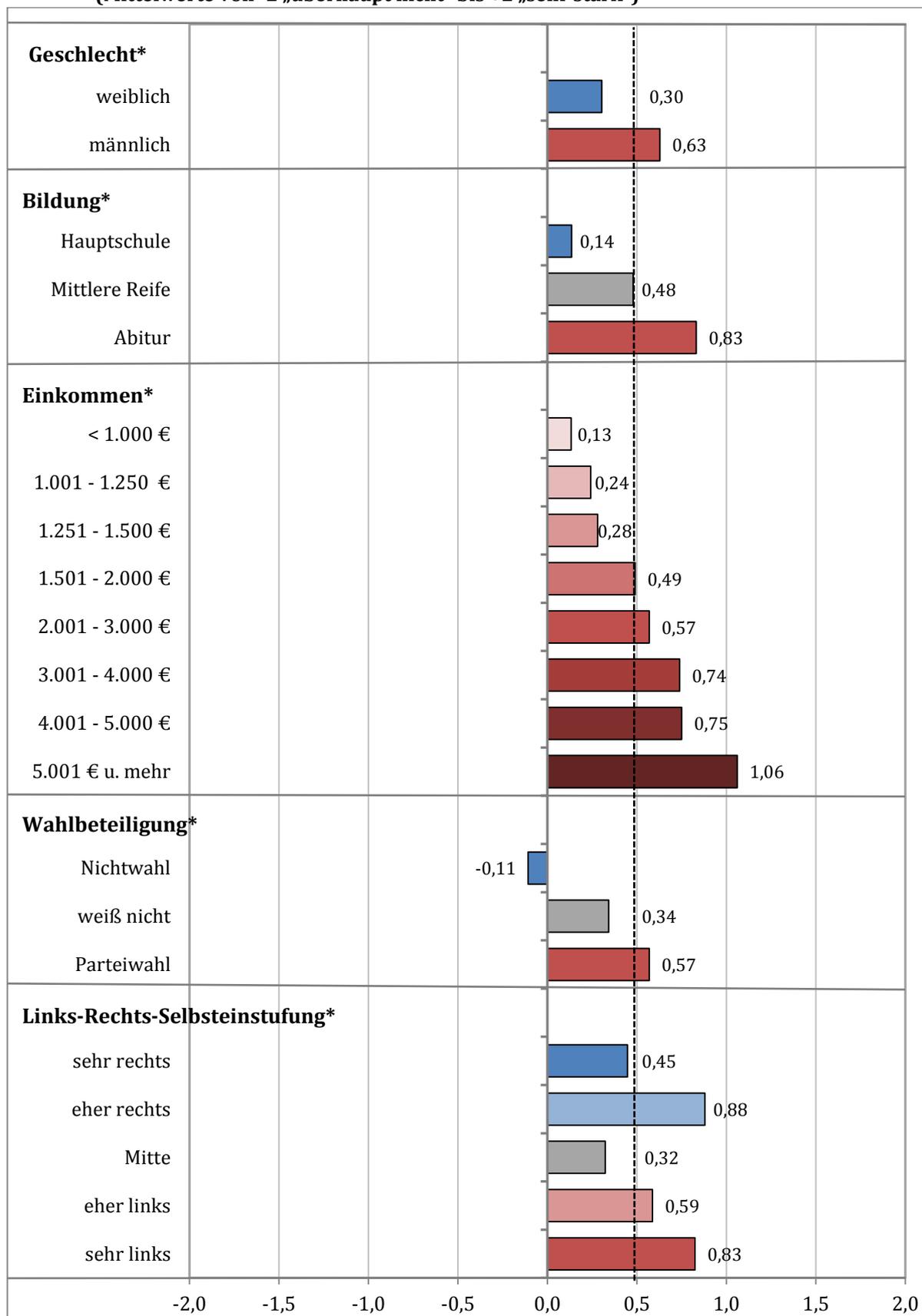
Quellen: SAM 2017 bis 2018

Um die Frage zu beantworten, welche Faktoren dafür verantwortlich sind, dass manche Bürger involvierter sind als andere, wurde wie im vorangegangenen Monitor ein Index „politische Involvierung“ gebildet, der sich aus dem Politikinteresse, der politischen Diskussionshäufigkeit und dem politischen Kompetenzgefühl zusammensetzt. Im Folgenden wird auf diejenigen Einflussfaktoren näher eingegangen, die sich am erklärendkräftigsten für die politische Involvierung erwiesen (vgl. Abb. 20).

Einen besonders deutlichen Einfluss übt weiterhin die materielle und immaterielle Ressourcenausstattung in Form des Einkommens und der Bildung auf die politische Involvierung aus. Es gilt: Je höher das monatliche Haushaltseinkommen ausfällt, desto stärker sieht sich die betreffende Person politisch involviert. Dies trifft insbesondere auf jene Sachsen-Anhalter zu, die über ein monatliches Haushaltseinkommen von über 3.000 Euro verfügen. „Spitzenverdiener“ mit einem Einkommen von über 5.000 Euro setzen sich mit Abstand am stärksten mit Politik auseinander. Beim Bildungsniveau steigt das Gefühl, politisch involviert zu sein, relativ kontinuierlich an. Personen mit Realschulabschluss entsprechen dem durchschnittlichen Involvierungsgefühl aller Befragten. Personen mit Hauptschulabschluss liegen deutlich darunter, Personen mit Abitur fühlen sich um ein Vielfaches kompetenter. Die Aufschlüsselung nach Berufsgruppen zeigt, dass es im Vergleich zu Arbeitern, Angestellten und Beamten vor allem Freiberufler und Selbständige sind, die sich eine hohe politische Involvierung zuschreiben.

Abgesehen von der individuellen Ressourcenausstattung üben noch andere Persönlichkeitsmerkmale einen Einfluss auf die politische Involvierung aus. So lässt sich beispielsweise ein Geschlechtereffekt beobachten. Frauen sind weniger politisch involviert als Männer.

**Abb. 20 Politische Involvierung nach verschiedenen Erklärungsfaktoren
(Mittelwerte von -2 „überhaupt nicht“ bis +2 „sehr stark“)**



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Zudem üben die Wahlbereitschaft und die Links-Rechts-Selbsteinstufung einen Einfluss auf die politische Involvierung einer Person aus. Befragte, die auf die Frage, wen sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahlen wären, eine Partei nannten, sind deutlich involvierter als Personen, die noch nicht wissen, ob sie sich an der Wahl beteiligen würden. Besonders gering ist die politische Involvierung bei bekennenden Nichtwählern ausgeprägt. Darüber hinaus hat die ideologische Einstellung der Bürger einen Effekt auf das Gefühl, sich politisch in das System einbringen zu können. Personen, die sich auf der Links-Rechts-Skala eher rechts oder sehr links verorten, sind überdurchschnittlich politisch involviert. Befragte, die sich in der Mitte sehen, sind hingegen unterdurchschnittlich politisch involviert.

5.2 Beurteilung der Offenheit des politischen Systems

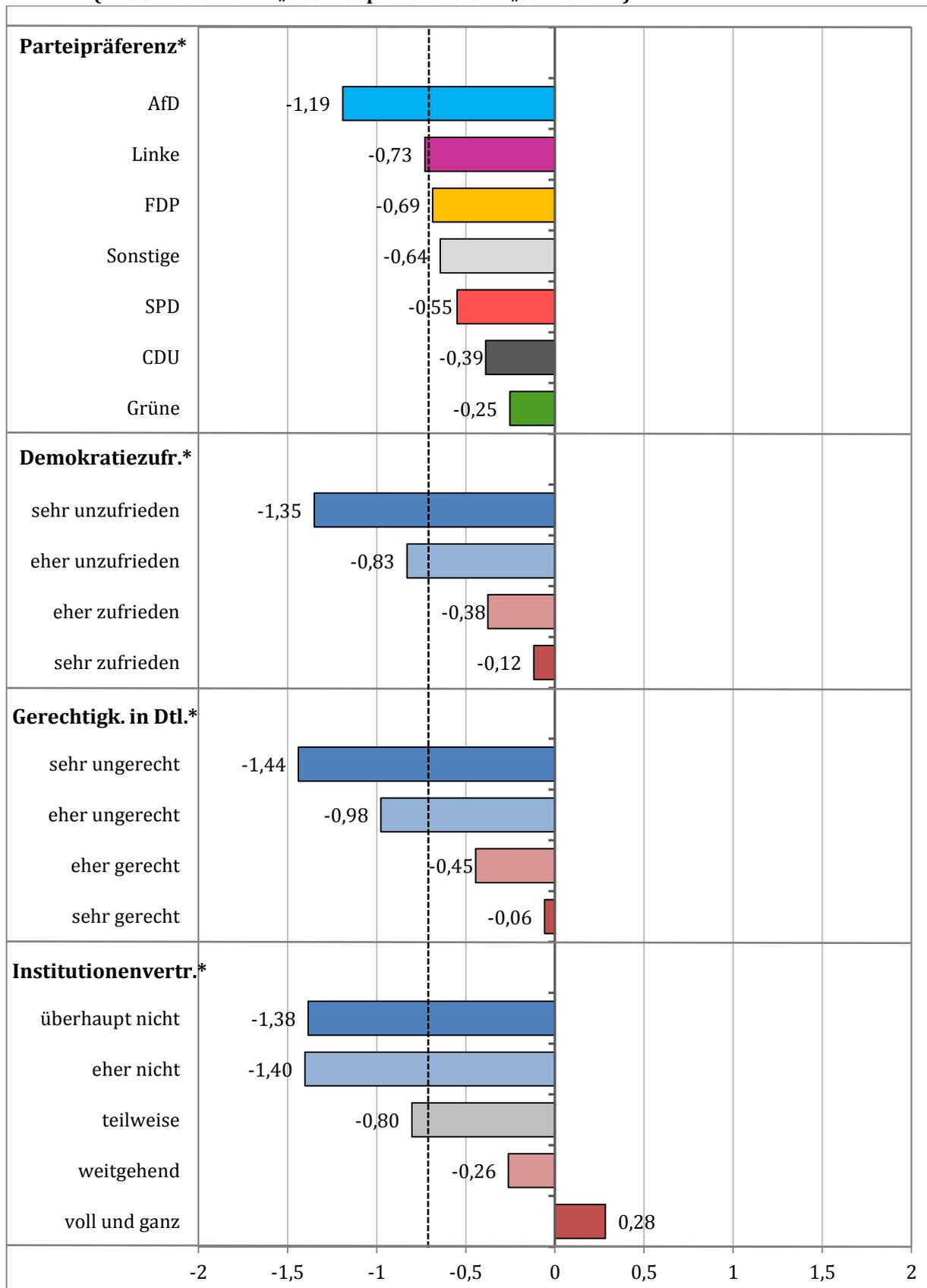
Neben der politischen Involvierung spielt auch die Beurteilung der Offenheit des politischen Systems durch die Bürger für dessen Funktionsfähigkeit und Stabilität eine bedeutsame Rolle. In der Literatur wird die Überzeugung der Bürger, dass das politische System für ihre Anliegen offen ist und auf diese aufgeschlossen reagiert, als politische Responsivität bezeichnet. Voraussetzung für diese Bereitschaft zur Rückkopplung ist, dass die politischen Repräsentanten, vor allem die Parlamentsabgeordneten, an den Wünschen und Erwartungen der Wähler interessiert sind, diese aufnehmen und in den politischen Entscheidungsprozess einfließen lassen.³²

Im Vergleich mit der politischen Involvierung (Durchschnittswert 0,47) wird die Offenheit des politischen Systems seitens der Sachsen-Anhalter deutlicher negativer beurteilt (Durchschnittswert von -0,71). Lediglich 6 Prozent der Bevölkerung des Landes sind der Ansicht, dass sich die politische Elite teilweise responsiv gegenüber den Wünschen der Bürger verhält. 59 Prozent der Befragten vertreten stattdessen die Meinung, dass die politischen Entscheidungsträger die Präferenzen der Bevölkerung weitgehend ignorieren (vgl. Abb. 18). Dieses Urteil der Bürger hat sich in den letzten vier Jahren nochmals verschlechtert und 2018 den negativsten Wert seit 2009 erreicht (vgl. Abb. 19). Der erkennbare *Schwund an wahrgenommener Responsivität* dürfte einen wesentlichen Beweggrund für die Umschichtung der politischen Kräfteverhältnisse bei den sachsen-anhaltischen Landtagswahlen 2016 widerspiegeln.

Bei den Erklärungsfaktoren für die Responsivitätseinschätzung der Sachsen-Anhalter ist ein klarer und alle anderen Individualmerkmale übertreffender Zusammenhang mit dem Institutionenvertrauen nachweisbar (vgl. Abb. 20). Je mehr die Bürger den Einrichtungen des öffentlichen Lebens vertrauen, desto responsiver beurteilen sie das System.

32 Brettschneider, F. (2002): Responsivität. In: Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S./Neller, K. (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 541-547.

**Abb. 21 Responsivitätsgefühl nach verschiedenen Erklärungsfaktoren
(Mittelwerte von -2 „überhaupt nicht“ bis +2 „sehr stark“)**



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Ferner übt auch die Demokratiezufriedenheit und das Gerechtigkeitsempfinden einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Responsivität aus: Menschen, die zufriedener mit der Demokratie sind und die den Eindruck haben, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht zugeht, bewerten die Offenheit des Systems deutlich positiver als Personen, die mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, unzufrieden sind und eher ungerechte Verhältnisse sehen (ebd.).

Mangelnde politische Responsivität kann sich auch auf das Abstimmungsverhalten bei der nächsten Wahl auswirken. Im Hinblick auf die Parteipräferenz stufen die Anhänger der derzeit im Land regierenden Parteien CDU, SPD und Grüne die Offenheit des politischen Systems am positivsten ein. Allerdings fällt auch das Urteil von Anhängern dieser Parteien, vor allem von SPD-Sympathisanten, kritisch aus. Eine besonders negative Meinung äußern Personen, die mit der AfD sympathisieren (ebd.).

5.3 Subjektive Kompetenzwahrnehmung (Selbstwirksamkeit)

Ähnlich wie beim Vertrauen (vgl. Kap. 3), das sich auf verschiedene Objekte beziehen kann (z. B. Mitmenschen oder politische Institutionen) und folglich in verschiedenen Formen auftritt (z. B. interpersonales oder politisches Vertrauen), besteht auch beim Kompetenzgefühl von Individuen die Möglichkeit, je nach Bezugsobjekt verschiedene Formen zu unterscheiden (z. B. politische oder digitale Kompetenz). Ausgangspunkt ist die Kompetenz, die sich ein Individuum selbst zuschreibt. In der Forschung spricht man auch von Selbstwirksamkeit oder „self efficacy“ und versteht darunter „die individuell unterschiedlich ausgeprägte Überzeugung, dass man in einer bestimmten Situation die angemessene Leistung erbringen kann. Dieses Gefühl einer Person bezüglich ihrer Fähigkeit beeinflusst ihre Wahrnehmung, ihre Motivation und ihre Leistung auf vielerlei Weise.“³³ (Zimbardo/Gerrig 2003: 543).

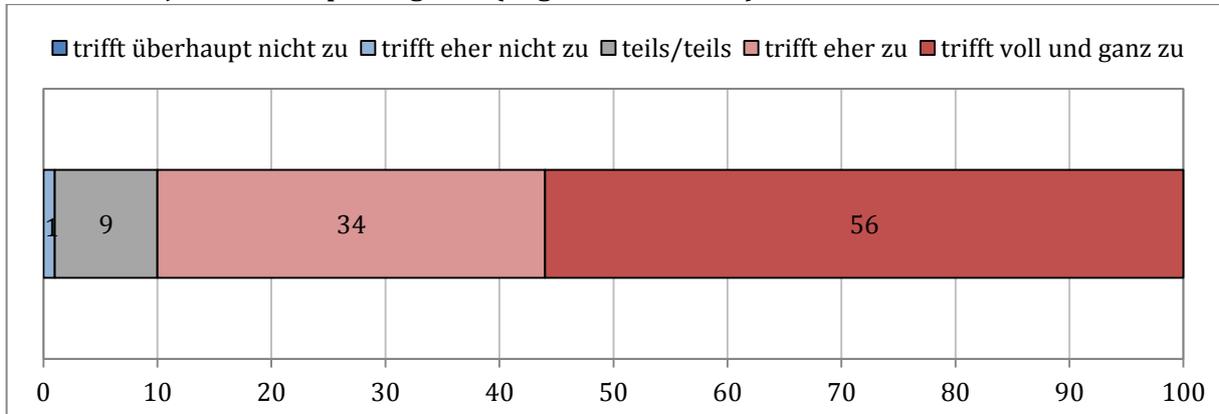
Wie die folgende Abbildung (Abb. 22) zeigt, sind die Bürger in Sachsen-Anhalt von ihren eigenen Fähigkeiten, Probleme meistern und komplizierte Aufgaben lösen zu können, mehrheitlich überzeugt. 56 Prozent geben an, dass sie über diese personelle Ressource mit Sicherheit verfügen. Ein Drittel der Befragten ist der Meinung, dass sie diese Voraussetzung ziemlich sicher mitbringen. Lediglich jeder Zehnte ist unentschlossen, ob er im Alltag mit Schwierigkeiten und Problemen zurechtkommt. Unsicher ist sich nur ein Prozent.

Betrachtet man, mit welchen anderen Einstellungen das subjektive Kompetenzgefühl zusammenhängt, fällt zunächst die Verbindung zu Beurteilungen auf, die sich auf spezifische Fähigkeiten beziehen (vgl. Abb. 23). So fühlen sich Personen, die sich selbst für kompetent halten, tendenziell auch politisch kompetent. Zudem schätzen sie ihre Internetkenntnis besser ein als Personen, die weniger auf ihre Fähigkeiten vertrauen. Voraussetzung für ein ausgeprägtes individuelles Kompetenzgefühl ist den Analysen

33 Gerrig, R. J./Zimbardo, P. G. (2008): Psychologie. München: Pearson Studium, S. 528.

zufolge mindestens ein Realschulabschluss. Außerdem besteht ein Zusammenhang zwischen dem subjektiven Kompetenzgefühl und der Lebenszufriedenheit. Personen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, fühlen sich generell kompetenter – und umgekehrt.

Abb. 22 Subjektives Kompetenzgefühl (Angaben in Prozent)

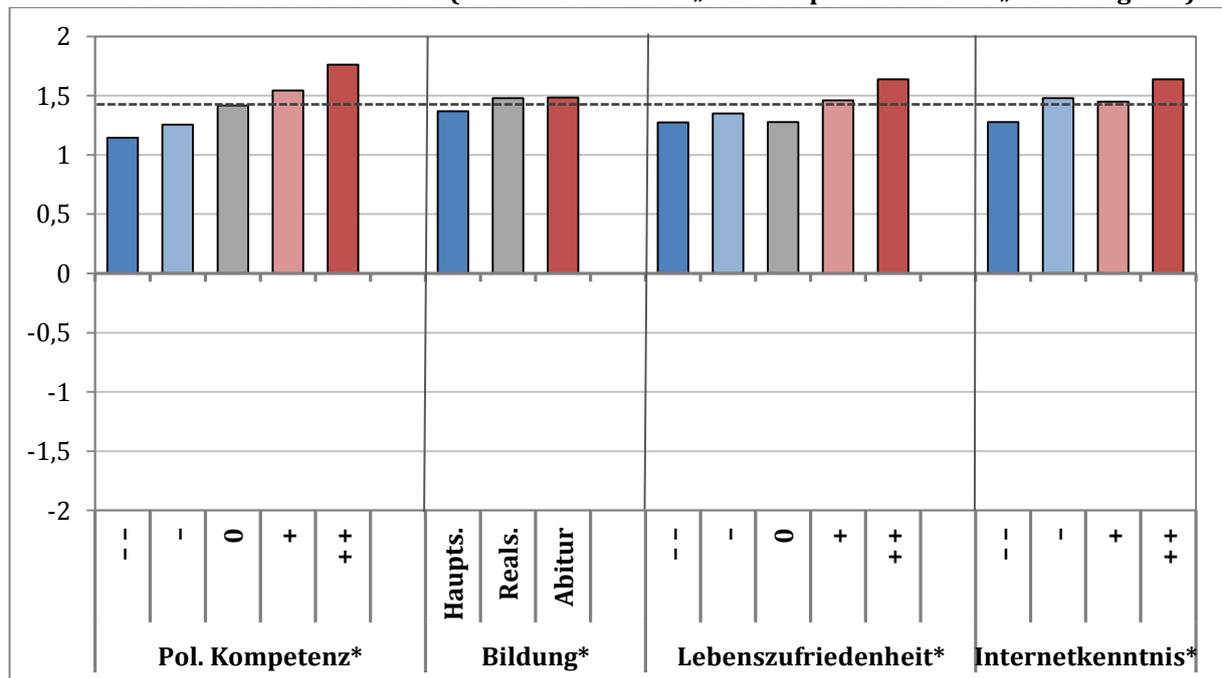


Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Subjektives Kompetenzgefühl - Index aus 3 Aussagen:

- In schwierigen Situationen kann ich mich auf meine Fähigkeiten verlassen.
- Die meisten Probleme kann ich aus eigener Kraft gut meistern.
- Auch anstrengende und komplizierte Aufgaben kann ich in der Regel gut lösen.

Abb. 23 Subjektives Kompetenzgefühl nach politischer Kompetenz, Bildung, Lebenszufriedenheit und Internetkenntnis (Mittelwerte von -2 „überhaupt nicht“ bis +2 „voll und ganz“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

6 Einstellungen zur Demokratie

Bei der Demokratie handelt es sich um ein politisches System, das der Idee nach auf der Selbstbestimmung gleichberechtigter und politisch mündiger Bürgerinnen und Bürger gründet. Wirksame Kontrolle staatlicher Macht stellt eine zentrale Voraussetzung dafür dar, dass der demokratische Zustand des Systems erfüllt ist. Gewährleistet wird das Element der Kontrolle zum einen auf der Arbeitsebene der staatlichen Institutionen durch das Prinzip der *Gewaltenteilung* und größtmögliche Transparenz sowie zum anderen im Verhältnis zwischen Bürger und Staat durch periodisch abgehaltene allgemeine Wahlen sowie häufig noch zusätzlich durch direktdemokratische Wahlen und Abstimmungen.

Der so umrissenen *Idee der Demokratie* wird in freien Staatsgesellschaften eine Wertigkeit zugemessen, die sich aus sich selbst heraus begründet und an sich keiner weiteren Rechtfertigung bedarf. Über die *Stabilität* einer real existierenden Demokratie ist damit allerdings noch nichts abschließend ausgesagt. Die Festigkeit einer demokratischen Ordnung, d.h. ihr Leistungsvermögen und ihre ‚Überlebensfähigkeit‘, bemisst sich am Grad der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger. Diese wiederum hängt wesentlich davon ab, ob die betreffende Demokratie über genügend Hilfsmittel („Ressourcen“) verfügt, die sie zu ihrer Bestanderhaltung aktivieren kann. Als solche Stabilisierungshilfen werden in der politikwissenschaftlichen Literatur insbesondere die *Integrationskapazität*, d.h. die Fähigkeit, möglichst viele Teile der vielschichtigen Gesellschaft ‚mitzunehmen‘ und einzubinden, ferner die *Partizipationskapazität*, also die angemessene Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen, sowie die *Distributionskapazität*, d.h. die wohlfahrtsstaatliche „Verteilung des Sozialproduktes durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auch jenseits des Marktes“ genannt³⁴.

Erst wenn es gelingt, die erwähnten Leistungen in genügendem Maße zu erbringen, kann ein demokratisches System auf eine stabile Unterstützung seitens seiner Bürgerinnen und Bürger rechnen. Zweckmäßigerweise wird dabei zwischen *genereller* („diffuser“) und *spezieller* („konkreter“) *Systemunterstützung* analytisch unterschieden. Während erstere die Anerkennung der Idee der Demokratie als bestmögliche politische Lebens- und Herrschaftsform beinhaltet, meint letztere das Ausmaß der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Die Unterscheidung ist sinnvoll, denn ein überzeugter Demokrat kann fallweise mit beispielsweise den Leistungen von Regierung und/oder bestimmter Parteien durchaus unzufrieden sein. In einem bedenklichen Maße instabil ist ein demokratisches System erst dann, wenn der Idee der Demokratie die grundsätzliche Anerkennung in weiten Teilen der Gesellschaft verweigert wird.

34 Wolfgang Merkel (1999): Systemtransformation, Wiesbaden, S. 59, mit Bezug auf Almond (1979) und Sandschneider (1995).

„Verglichen mit anderen Staatsideen, bin ich für Demokratie“ – dieser Aussage stimmen 2018 „entschieden“ rund 61 Prozent und „eher“ weitere knapp 37 Prozent der Sachsen-Anhalter - mithin fast alle - zu (vgl. Tab. 4). Mit der 2014 erhobenen Verteilung der Demokratiepräferenz lassen sich die Werte nicht vergleichen, da 2018, anders als vor vier Jahren, statt einer 5er-Skala, die noch die Antwortmöglichkeit „teils/teils“ enthielt, eine 4er-Skala zur Anwendung kam. Letztere hat den Vorteil, dass mit ihrer Hilfe eine Vierer-Typologie von Demokratieeinstellungen gebildet werden kann.³⁵

Tab. 4 Demokratie als beste Staatsidee (Nennungen in Prozent)

Die Idee der Demokratie mit anderen Staatsideen vergleichend, bin ich	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren*				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60
entschieden für Demokratie	61	49	68	53	62	63
eher für Demokratie	37	51	31	46	34	35
eher gegen Demokratie	2	0	1	0	3	2
entschieden gegen Demokratie	1	0	1	2	1	0

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Mit unter 3 Prozent stellen die entschiedenen Systemgegner und jene, die sich diesen „eher“ zuordnen, eine gesellschaftliche Randgröße dar. Diese findet sich vornehmlich in den Altersgruppen ab 45 Jahren.

Da sich umgekehrt fast alle Sachsen-Anhalter zu den Demokraten rechnen, sind altersspezifische Differenzen kaum sichtbar. Allenfalls ist erwähnenswert, dass die Zahl der entschiedenen Identifizierer mit der Demokratie in der jüngsten Altersgruppe (18 bis 24 Jahre) und den mittleren Jahrgängen zwischen 35 und 44 Jahren relativ niedriger ausfällt. Man mag darin - allerdings schwach ausgeprägte - lebenszyklische Effekte erkennen. Während Jüngere mit ihrer Festlegung auf politische Programme mutmaßlich noch zurückhaltend oder unsicher sind, erweisen sich die 25- bis 30-Jährigen möglicherweise deshalb als eine eher ‚kritische Kohorte‘, weil sie einen Lebensabschnitt durchmessen, der von erhöhten beruflichen und familiären Belastungen gekennzeichnet ist. Wenn dann die Erwartungshaltung an staatliche Hilfe bzw. Entlastung vergleichsweise groß ist und nur als begrenzt zufriedenstellend betrachtet wird, schwächt sich eventuell der Enthusiasmus für die demokratische Staatsidee ab.

Erwähnenswert ist noch, dass prinzipielle Gegner der Demokratie, im Verhältnis zur gesamten Ortsbevölkerung, gerade in kleinen Gemeinden vergleichsweise zahlreich ansässig sind. In Orten mit unter 2000 Einwohnern beläuft sich die Zahl derer, die sich „eher“ (4,9) bzw. „entschieden“ (1,5 Prozent) gegen Demokratie aussprechen, auf insgesamt 6,4 Prozent.

35 Die Kategorienbildung von Oskar Niedermayer (2005, 2009) aufnehmend, haben wir diese Typologie bereits für den Sachsen-Anhalt-Monitor 2015 erstellt (siehe dort S. 56f.). Die Wahl einer 4er-Skala anstelle einer 5er-Skala hat lt. einer in der Forschungsliteratur vertretenen Beobachtung den Effekt, dass es Befragte zu eindeutigerer Positionierung anhängt: „Die absoluten Zustimmung oder Ablehnungen sind im Vergleich mit der 4er-Antwortskala deutlich geringer“ (Angelika Vetter 1997, S. 47f.).

Anders als bei dem abstrakten Bekenntnis zur Idee der Demokratie fällt die Bewertung aus, wenn nach der Einschätzung des demokratischen politischen Systems in Deutschland, „so wie es in der Verfassung festgelegt ist“, gefragt wird (vgl. Tab. 5). Da einzelne konstitutionelle Merkmale der im Grundgesetz verankerten Architektur der Demokratie Gegenstand – zweifelsfrei legitimer – verfassungspolitischer Kontroversen sind, wie z.B. die Ausweitung der Instrumente direkter Demokratie auf die Bundesebene, überrascht es nicht, dass die Zustimmung zur existierenden Verfassungsordnung geringer ist. Hier zeigt sich eine insgesamt bipolare Verteilung zustimmender und kritischer Positionen: Gut 57 Prozent sind mit dem bestehenden demokratischen System „sehr“ (10 Prozent) bzw. „eher“ (47 Prozent) zufrieden. Demgegenüber äußern sich 34 Prozent „eher“ und 8 Prozent „sehr unzufrieden“. In der letzteren Teilgruppe der entschiedenen Kritiker sind fast doppelt so viele Männer wie Frauen vertreten.

Die Systemzufriedenheit steigt mit der Höhe des Einkommens und dem Grad formaler Bildung. Bei Betrachtung der Parteisympathie schält sich ausweislich der Mittelwerte (MW) eine Dreier-Gruppierung heraus: Relativ zufrieden mit der Verfassungsordnung des Grundgesetzes äußern sich die Anhänger der Grünen (MW 0,64) sowie der CDU (MW 0,48) und der SPD (MW 0,38). Etwas kritischer ist die Positionierung im Sympathisantenumfeld von FDP (MW 0,16) und Linkspartei (MW 0,03). Deutliche Distanz zu den politischen Elementen der Verfassung bekunden Parteigänger der AfD (MW -0,41) sowie erklärte Nichtwähler (MW -0,37). Feiner gezeichnete Unterschiede werden im Übrigen bei der Bildung von Mittelwerten nivelliert. So sind beispielsweise in kleinen Gemeinden unter 2000 Einwohnern unterdurchschnittlich wenige „sehr zufrieden“ (5 Prozent) sowie überdurchschnittlich viele „sehr unzufrieden“ (13 Prozent).

Tab. 5 Das demokratische Verfassungssystem der Bundesrepublik (Nennungen in Prozent)

Mit dem demokratischen Verfassungssystem der Bundesrepublik bin ich	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60
sehr zufrieden	10	9	9	13	10	11
eher zufrieden	47	53	45	51	47	44
eher unzufrieden	34	29	35	27	32	40
sehr unzufrieden	8	10	11	9	12	5

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Verglichen mit der hohen ideellen Sympathie für die demokratische Staatsform und der schon deutlich geringeren Identifikation mit dem politischen System des Grundgesetzes fällt, wie schon bei früheren Umfragen des SAM, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie Deutschlands merklich kritischer aus (vgl. Tab. 6). 41 Prozent der Befragten äußern sich sehr oder eher zufrieden. Sehr oder eher unzufrieden mit der Leistungsfähigkeit der Demokratie zeigen sich annähernd 60 Prozent. Daran ge-

messen, unterschreitet das sachsen-anhaltische Zufriedenheitsniveau den Bundesdurchschnitt deutlich.³⁶

Während die Mittelwerte für die Altersgruppen kaum voneinander abweichen, wird in der jüngsten Kohorte (18 bis 24 Jahre) eine gewisse Polarisierung erkennbar. Hier liegen die Anteile sowohl der sehr Zufriedenen (7 Prozent) als auch der sehr Unzufriedenen (16 Prozent) über dem Durchschnitt.

Tab. 6 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, nach Altersgruppen und Bildung (Nennungen in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Bildung*		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
sehr zufrieden	3	7	3	4	2	3	1	2	8
eher zufrieden	38	36	39	38	35	33	45	32	40
eher unzufrieden	47	41	41	45	47	50	45	50	41
sehr unzufrieden	13	16	17	13	16	9	9	16	11

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Die Faktoren Bildung und Einkommen haben auf die Einschätzung der Performanz der bundesdeutschen Demokratie lediglich schwache Effekte (vgl. Tab. 6 und Tab. 7). Wer ein bescheidenes Auskommen hat, ist häufiger (16 Prozent) sehr unzufrieden. Innerhalb der Bildungspyramide sind es gerade mittelqualifizierte Absolventen (mittlere Reife), die sich vergleichsweise unzufrieden äußern. Die an sich naheliegende Annahme, dass nicht Berufstätige sich mit den Systemleistungen unzufriedener zeigen als die Erwerbsbevölkerung, wird bemerkenswerterweise nicht bestätigt (Tab. 7).

Tab. 7 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, nach Erwerbsstatus und Einkommen (Nennungen in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem	Sachsen-Anhalt (Ø)	Erwerbsstatus*					Einkommen		
		berufstätig	nicht berufstätig	im Ruhestand	in Ausbildung		niedrig (<1500 Euro)	mittel (<3000 Euro)	hoch (>3000 Euro)
sehr zufrieden	3	3	3	3	9		2	3	5
eher zufrieden	38	35	55	39	33		37	38	38
eher unzufrieden	47	46	28	50	46		45	46	45
sehr unzufrieden	13	16	15	8	13		16	12	12

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Bedeutsam für die individuelle Bewertung des Funktionierens der Demokratie ist auch, ob die eigenen Lebensumstände und die persönliche wirtschaftliche Lage besser oder

³⁶ Am Vorabend der Bundestagswahl 2017, allerdings folglich etwa ein halbes Jahr früher, zeigten sich bundesweit 70 Prozent (sehr) zufrieden und 30 Prozent weniger/ gar nicht zufrieden (infratest dimap, FN 7).

schlechter eingeschätzt werden. Dieser schon 2012 und 2014 nachgewiesene Zusammenhang wiederholt sich im Spiegel der Daten von 2018: Wie die nachstehende Tabelle 5 zeigt, stellt, wer mit seiner wirtschaftlichen Situation zufrieden ist, auch der Praxis der Demokratie gute Noten aus. Und umgekehrt sind unter jenen, die mit ihren materiellen Lebensbedingungen hadern, mit 87 Prozent überdurchschnittlich viele Befragte, die das Funktionieren der hiesigen Demokratie kritisieren (Tab. 8). Hierbei überschneiden sich zwei gegenläufige Trends: Während die Anzahl der ökonomischen Verlierer im Vergleich zu 2014 weiter zurückgegangen ist und gegenwärtig nur noch 6 Prozent beträgt, hat sich in dieser Gruppe die Zahl der mit der Performanz der deutschen Demokratie Unzufriedenen im gleichen Zeitraum verdoppelt. Zugespitzt formuliert heißt dies: Der verbleibende harte Kern derer, die mit der eigenen wirtschaftlichen Situation unzufrieden sind, sieht die Ursache dafür fast geschlossen in Leistungsschwächen der Politik.

Tab. 8 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Zufriedenheit mit Lebenssituation und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (Nennungen in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem	Sachsen-Anhalt (Ø)	Zufriedenheit mit Lebenssituation*			eigene wirtschaftliche Lage*		
		zufrieden	teils/teils	unzufrieden	gut	teils/teils	schlecht
sehr zufrieden	3	4	3	2	4	2	2
ziemlich zufrieden	38	43	25	27	42	27	12
ziemlich unzufrieden	47	44	57	41	45	53	51
sehr unzufrieden	13	10	16	30	10	19	36

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Bei derselben Frage fallen die Antworten auch je nach Parteipräferenz unterschiedlich aus (Tab. 9):

Tab. 9 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Parteipräferenz (Nennungen in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteipräferenz*						
		CDU	AfD	Linke	SPD	FDP	Grüne	Nichtwähler
sehr zufrieden	3	7	2	2	8	0	3	0
eher zufrieden	38	51	19	28	48	34	76	10
eher unzufrieden	47	40	40	57	41	57	19	65
sehr unzufrieden	13	2	39	14	3	9	3	26

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Dabei zeichnet sich dasselbe ‚tripartistische‘ Verteilungsmuster wie bei der Verfassungszufriedenheit ab: Die Mittelwerte (auf der Skala von -2 bis +2) für Anhänger von Bündnisgrünen (0,36) CDU (0,16) und SPD (0,15) fallen vergleichsweise günstig aus, hingegen diejenigen von FDP (-0,31) und Linkspartei (-0,43) weniger günstig. Noch

kritischer sind die Leistungsnoten, die im Umfeld der AfD (-0,88) und im Lager der Nichtwähler (-0,87) vergeben werden.

Die nach Parteinähe unterschiedliche Verteilung der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der Leistungsbilanz der bundesdeutschen Demokratie erhärtet die in der Literatur vertretene These, dass in die Bewertung des Funktionierens der Demokratie auch die persönliche Nähe oder Distanz von Befragten zur jeweils regierenden Parteienkonstellation mit eingeht: Während Anhänger der im Land derzeit regierenden Parteien CDU, SPD und Grüne überdurchschnittlich Unzufriedenheit mit der Systemleistung bekunden, sind Parteigänger von FDP und Linkspartei ersichtlich häufiger mit der aktuellen Performanz der Demokratie unzufrieden. Auch hier bilden Anhänger der AfD gemeinsam mit erklärten Nichtwählern die Speerspitze der Unzufriedenheit.

Auch bei dieser Dimension des Demokratieverständnisses fallen, unterhalb der Ebene des Vergleichs der Mittelwerte, die kleinen Gemeinden im Lande mit weniger als 2000 Einwohnern abermals durch die dort polarisierte Bewertung auf. In dieser Ortsgrößenklasse sind mit rund 5 Prozent die wenigsten mit dem Funktionieren der Demokratie sehr zufrieden“ und andererseits überdurchschnittliche viele (13,4 Prozent) unzufrieden. Ähnliche „Ausreißer“ werden, bei Mittelwertschwankungen zwischen -0,07 (Magdeburg) und -0,38 (Mansfeld-Südharz), punktuell auf der Ebene der Stadt- und Landkreise erkennbar: „Sehr zufrieden“ sind zwischen unter 5 Prozent im Landkreis Wittenberg und 17 Prozent im Jerichower Land. „Sehr unzufrieden“ äußern sich im Kreis Stendal weniger als 1 Prozent und mehr als 15 Prozent in der Börde.

Sehr unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie hierzulande sind, wie Tabelle 10 ausweist, zeigen sich deutlich mehr Befragte auf der rechten als auf der linken Seite des politischen Spektrums.

Tab. 10 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (Nennungen in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem	Sachsen-Anhalt (Ø)	Links-Rechts-Selbsteinstufung*		
		Links	Mitte	Rechts
sehr zufrieden	3	4	3	2
ziemlich zufrieden	38	38	37	29
ziemlich unzufrieden	47	51	47	32
sehr unzufrieden	13	8	13	37

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Die bisher vorgestellten Dimensionen des Verständnisses und der Bewertung der Demokratie erhellen aus drei verschiedenen Perspektiven ein Gesamturteil der Bürgerinnen und Bürger. Indes ist Demokratie nicht nur eine abstrakte Idee und ein konkretes Leistungsversprechen, womit sich die normative Erwartung guten Regierens (*Good Governance*) verbindet. Vielmehr bedarf Demokratie, um den an sie gerichteten Erwartungen gerecht zu werden, auch bestimmter institutioneller Ausstattungsmerkmale. Dazu zählen zum einen formale Garantien für einen echten Parteienwettbewerb und

eine handlungsfähige Opposition sowie zum anderen die Gewährleistung von Bürgerrechten, wie z.B. Meinungs- und Demonstrationsfreiheit.

Schon in den Jahren zuvor hatte eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Landes das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und auf Demonstration sowie die unentbehrliche Existenz einer Opposition bejaht. Das ist auch im Jahr 2018 nicht anders. Das Recht des Bürgers, „notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen“, reklamieren mehr als 87 Prozent. Dass Opposition in der Demokratie unverzichtbar ist, bekräftigen ähnlich viele, nämlich annähernd 85 Prozent. Für das Recht, eine abweichende Meinung öffentlich zu vertreten, plädieren über 90 Prozent. Deutlich weniger, aber immerhin noch rund 75 Prozent sekundieren der Auffassung, dass jede demokratische Partei die Chance haben müsse, an die Regierung zu kommen (vgl. Abb. 24).

Im Vergleich zum Monitor 2014 erweist sich dieses Meinungsbild aktuell teils auf hohem Niveau stabil und teils, wie bei der Bewertung des Oppositionsstatus und der Chance auf Regierungsteilhabe, nochmals um etliche zustimmende Prozentpunkte erhöht. Die vier abgefragten demokratischen Elementarrechte bzw. Basisgarantien wurden seinerzeit und werden gegenwärtig weitgehend unabhängig von Alter, Bildungsgrad, Stellung im Beruf und sozialem Status eingefordert. Nach Parteivorlieben sortiert, scheiden sich teilweise die Geister: Während Demonstrations- und Meinungsfreiheit parteiübergreifend und ebenfalls Nichtwähler einschließend einhellig befürwortet werden, öffnet sich die Schere bei den beiden anderen Signaturen der Demokratie. Das Existenzrecht politischer Opposition wird von AfD-Anhängern und Nichtwählern gleichermaßen skeptischer gesehen (jeweils Mittelwert von 1,2 auf der Skala von -2 bis +2), was angesichts der in beiden Gruppen prononciert oppositionellen Grundhaltung erstaunlich ist. Die prinzipielle Chance auf Regierungsteilhabe wiederum fordern Parteigänger der AfD, abweichend vom Durchschnitt der Nichtwähler, vergleichsweise nachdrücklich ein. Dies bestätigt indirekt, dass auch AfD-Anhänger, ungeachtet des Protestwahlmotivs, einen Eintritt der von ihnen präferierten Partei in eine Regierung keineswegs kategorisch ablehnen.³⁷

Gehört auch der gewaltsame Konfliktaustrag zur Demokratie? – Mehr als 90 Prozent der befragten Sachsen-Anhalter sehen darin eine inakzeptable politische Grenzverletzung. Nur eine kleine Minderheit von weniger als 4 Prozent bekundet dafür Sympathie (vgl. Abb. 24). Bei keiner der einbezogenen soziodemografischen und einstellungsbezogenen Variablen zeigen sich dementsprechend nennenswerte Abweichungen.

Wie in vielen anderen Ländern Europas, sind auch in der deutschen Bevölkerung die Sympathien für Direkte Demokratie weit verbreitet. In Ostdeutschland fällt die Zustimmung für diese Option seit der Wiedervereinigung durchwegs höher aus.³⁸ Dafür,

37 In diesem Zusammenhang ist aufschlussreich, dass kurz vor der Landtagswahl 2016 AfD-Anhänger zu 90 Prozent (!) eine Regierungsbeteiligung der AfD befürworteten (infratest dimap Vorwahlumfrage 7. Bis 9. März 2016 – unveröffentlicht).

38 Vgl. hierzu die Befunde der Bevölkerungsumfrage 2014 in Gabriel/ Holtmann/Jaekel u.a. (2015).

dass die Befürworter volksunmittelbarer Beteiligungsrechte in den Parteien zunehmend an Einfluss gewinnen, ist etwa der in die Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung aufgenommene Prüfauftrag einer eventuellen Ausweitung plebiszitärer Instrumente auf die Bundesebene ein Indiz.

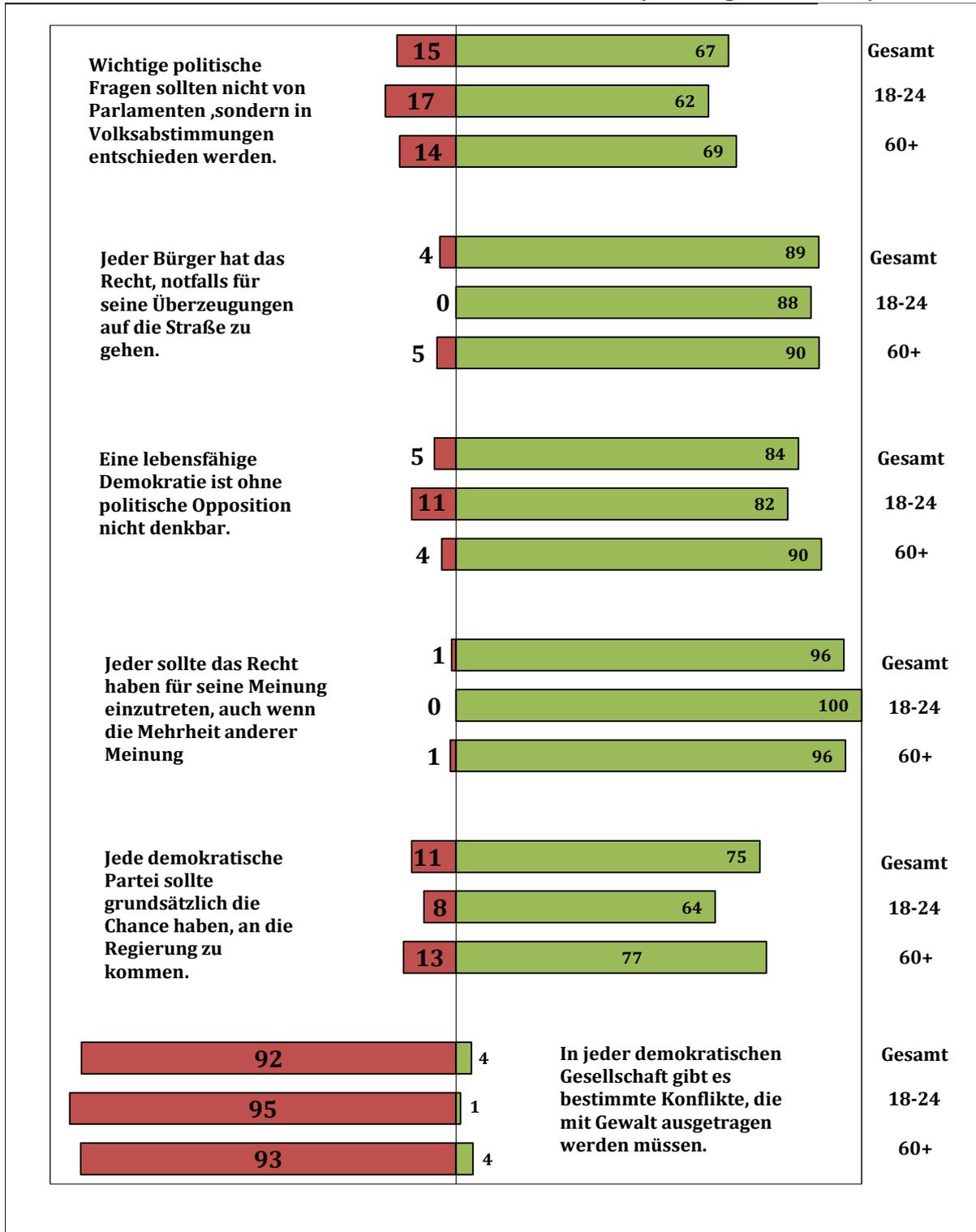
In diesem Punkt ist auch in Sachsen-Anhalt das Meinungsbild eindeutig. Der Frage, ob wichtige Fragen „nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden“ sollten, stimmen aktuell gut zwei Drittel der Befragten „eher“ (20 Prozent) oder „voll und ganz“ (47 Prozent) zu (vgl. Abb. 24). Dabei fällt die Zustimmung bei Älteren (ab 45 Jahren) größer aus. Umgekehrt wächst die Plebiszitskepsis mit gehobenem Einkommen und höherer Bildung sprunghaft an. Auf der Kreisebene schwingt das Pendel hier und dort weiter aus. So wohnen im Altmarkkreis Salzwedel besonders viele entschiedene Befürworter (MW 1,4), während in der Stadt Dessau-Rosslau die ablehnenden Stimmen am häufigsten zuhause sind (MW 0,3).

Das Demokratiebewusstsein in der nachwachsenden Generation des Landes zeigte sich bereits 2014 stabiler als in den Jahren zuvor, und es hat sich in den letzten vier Jahren weiter gefestigt. Die Anteile an Zustimmung zu drei von vier abgefragten Demokratieg Garantien haben sich nochmals erhöht. Umgekehrt sprechen sich gegenwärtig rund 99 Prozent der 18- bis 24-jährigen Befragten gegen eine gewaltsame Austragung sozialer Konflikte aus (vgl. ebd.). Vor neun Jahren hatte sich im Monitor noch ein deutliches anderes Bild abgezeichnet: Jüngere standen seinerzeit der Idee der Demokratie distanzierter gegenüber, waren andererseits aufgeschlossener für autoritätsstaatliche Ordnungsmuster und zugleich unsicher in der Anerkennung institutioneller und verfahrensförmiger Grundlagen demokratischen politischen Handelns.³⁹

6.1 Demokratieverständnis und institutionelle Garantien

„Demokratie“ ist zunächst eine abstrakte Idee, mit der sich normativ die Erwartung guten Regierens (*Good Governance*) und größtmöglicher freier Entfaltung der Bürgerinnen und Bürger verbindet. Um diese Erwartungen erfüllen zu können, bedarf eine demokratische Ordnung zweier Ausstattungsmerkmale: zum einen bestimmter institutioneller Garantien, zum Beispiel Parteienwettbewerb und Opposition, und zum anderen der Gewährleistung der individuellen Bürgerrechte. Die aktuelle Ausprägung dieses Zusammenhangsmusters ist in der folgenden Abbildung 24 ersichtlich.

39 Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2009): Sachsen-Anhalt-Monitor, S. 57; vgl. auch Sachsen-Anhalt-Monitor (2012): S. 44f.

Abb. 24 Demokratieverständnis und institutionelle Garantien (Nennungen in Prozent)


rote Balken: „stimme eher nicht zu/stimme überhaupt nicht zu“

grüne Balken: „stimme eher zu/stimme voll und ganz zu“

Abweichungen zu 100 % Antwortkategorie teils, teils/weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Schon in den vorangegangenen Monitor-Erhebungen hatte eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Landes das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Demonstration und auf Bildung einer Opposition bejaht. Diese politischen Grundrechte wurden

weitgehend unabhängig von Alter, Bildungsgrad, Stellung im Beruf und sozialem Status von nahezu allen Befragten eingefordert. Dieses Meinungsbild zeigt sich auch 2018 insgesamt auf hohem Niveau stabil.

Bei der Oppositionsfrage wird eine –allerdings moderate – altersspezifische Abweichung vom Gesamtdurchschnitt erkennbar: Jüngere Befragte zwischen 18 und 24 Jahren geben sich eher „oppositionsprüde“. Wie bereits in der Vergangenheit, werden die genannten Grundrechtsgarantien insgesamt nur von einer kleinen Minderheit, die je nach Frage zwischen 1 und 13 Prozentpunkten liegt, verworfen.

Etwas stärker, aber mit 12 Prozent ablehnenden Stimmen immer noch gering, fällt der Vorbehalt dagegen aus, allen demokratischen Parteien eine grundsätzlich gleiche Chance der Regierungsbeteiligung einzuräumen. Hier ist bei Jüngeren zwischen 18 und 24 Jahren die Zustimmung mit 48 Prozentpunkten deutlich niedriger als der Durchschnitt. Die in dieser Altersgruppe hohe Ladung der teils/teils-Antwortmöglichkeit von rund 28 Prozent deutet auf verbreitete Unsicherheit in der Einschätzung dieses demokratischen Prinzips hin. Gewalt als Mittel der Konfliktregelung wird von den Sachsen-Anhaltern generationsübergreifend nahezu einhellig abgelehnt.

Das Demokratiebewusstsein in der nachwachsenden Generation des Landes zeigt sich gegenwärtig noch stabiler als schon 2014 und 2012. Vor neun Jahren hatte sich ein deutliches anderes Bild abgezeichnet: Jüngere standen seinerzeit der Idee der Demokratie distanzierter gegenüber, waren andererseits aufgeschlossener für autoritätsstaatliche Ordnungsmuster und zugleich unsicher in der Anerkennung institutioneller und verfahrensförmiger Grundlagen demokratischen politischen Handelns.⁴⁰ Bei der Mehrzahl der abgefragten Indikatoren ist von 2014 auf 2018 ein zweistelliger Anstieg der Zustimmung zu verzeichnen, so für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (von 38 auf 43 Prozent, für Demonstrationsfreiheit (von 60 auf 84 Prozent und für Rechte der Opposition (von 65 auf 82 Prozent). Auch für die Demokratie als beste Staatsidee (von 60 auf 100 (!) Prozent) und für die Meinungsfreiheit (von 90 auf 100 (!) Prozent) stieg die mehrheitliche Zustimmung nochmals an. Ein Ausreißer ist allein die deutlich geringere Befürwortung (von 48 auf 64 Prozent) des grundsätzlichen Rechtes einer jeden Partei auf Regierungsbeteiligung.

6.2 4 Typen der Einstellung zur Demokratie

Die Signatur als parlamentarische Demokratie ist das kennzeichnende Merkmal unserer politischen Ordnung auf Bundes- und Landesebene. Ausgehend von den aktuell erhobenen Daten, die aufzeigen, dass Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlicher Verteilung sich mit der Demokratie im Allgemeinen und ihrer spezifisch deutschen Ausprägung im Besonderen identifizieren können oder nicht sowie deren Funktionsfähigkeit infrage stellen oder nicht, stellen wir im Folgenden, angelehnt an ein Kategorien-

40 Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2009): Sachsen-Anhalt-Monitor, S. 57; Sachsen-Anhalt-Monitor (2012): S. 44f.

raster Oskar Niedermayers⁴¹ vier Typen der Einstellung zur Demokratie vor. In diese Typologie finden die unterschiedlichen Kombinationen der abgestuften Bewertungen für alle drei Demokratiedimensionen, d.h. der Wertdimension (Idee der Demokratie), der Strukturdimension (Demokratie als Verfassungsordnung) und der Performanzdimension (Funktionieren der Demokratie) Eingang. Die folgende Tabelle 11 gibt über die so gebildete 4er-Typologie Auskunft.

Tab. 11 Eine Typologie demokratischer Orientierungen (Nennungen in Prozent)

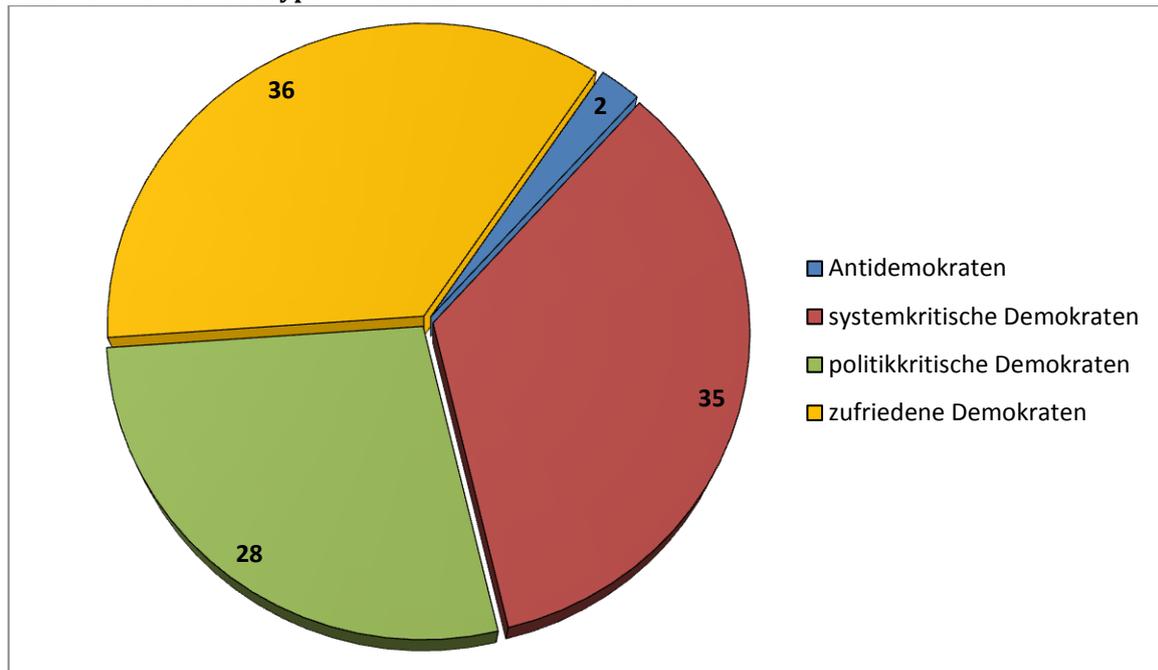
	Orientierung gegenüber der ...			Sachsen-Anhalt	
	Idee	Verfassung	Funktion	2015	2018
Antidemokraten	-	-	-	5	2
Systemkritische Demokraten	+	-	-	32	35
Politikkritische Demokraten	+	+	-	23	28
Zufriedene Demokraten	+	+	+	41	36

Quelle: Eigene Abbildung nach Niedermayer 2009

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Als „Antidemokraten“ werden Personen bezeichnet, die sich gegenüber allen drei Ausprägungen der Demokratie ablehnend bzw. unzufrieden äußern. Zu diesem Typus können in Sachsen-Anhalt aktuell zwei Prozent gerechnet werden. Als „systemkritische Demokraten“ gelten jene, welche zwar die Idee der Demokratie prinzipiell gutheißen, aber sowohl mit ihrer in Deutschland existierenden Form als auch ihrer Performanz hadern (35 Prozent). Der „politikkritische“ Typus schließt jene ein, die lediglich mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind (28 Prozent). Als „zufriedene Demokraten“ firmieren jene, die alle drei Dimensionen positiv bewerten (36 Prozent).

41 Niedermayer, O. (2009): Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie: Kein Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen, In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2, S. 383-397.

Abb. 25 Demokratietypen in Sachsen-Anhalt 2018

Quelle: Eigene Berechnungen – Datensatz -SAM 2018
Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Im Vergleich zum Nichtwähler-Monitor 2015, für den wir erstmals dieselbe Typologie erstellt haben, sind die beiden Typen auf den äußeren Flügeln jeweils geringer besetzt: Die „Antidemokraten“ stellen mit nunmehr 2 Prozent eine verschwindende Minderheit dar. Als „zufriedene Demokraten“ lassen sich aktuell 36 Prozent (5 Prozent weniger als 2015) einordnen. Die Mittelbereiche der „systemkritischen Demokraten“ und der „politikkritischen Demokraten“ sind jeweils moderat gewachsen, nämlich von 32 auf 35 Prozent bzw. von 23 auf 28 Prozent (vgl. Abb. 25).

7 Gerechtigkeitsempfinden

Der Begriff der Gerechtigkeit ist juristisch wie auch im Erwartungshorizont der Menschen „eng mit dem Gleichbehandlungsgebot verbunden“.⁴² Gerechtigkeit soll der verfassungspolitischen Idee nach objektiv vorrangig drei Dinge gewährleisten: Zum einen die Rechtssicherheit, welche der Rechtsstaat verbürgt; zum zweiten jenen „Freiheitsraum eigenständiger Lebensgestaltung“⁴³ sichern, der jedem Menschen zusteht; zum dritten steht Gerechtigkeit als *soziale* Gerechtigkeit in enger Verbindung mit der verwandten Leitidee der Gleichheit. Das dem Grundgesetz inhärente Sozialstaatsgebot zielt darauf ab, soziale Ungleichheit in angemessener Weise auszugleichen. Einer prägnanten Formulierung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zufolge ist der Staat, und insbesondere der Gesetzgeber, grundsätzlich verpflichtet, „für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen“.⁴⁴

Das Ausmaß, in welchem die Bürger davon überzeugt sind, dass es hierzulande „alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht“, erlaubt Rückschlüsse darauf, wie es um den wahrgenommenen Allgemeinzustand von Staat und Gesellschaft aus sozial-moralisch begründeter Sicht der Bevölkerung bestellt ist. Nachdem sich im Jahr 2014 positive und negative Einschätzungen noch die Waage gehalten hatten (jeweils 47 Prozent der Sachsen-Anhalter hatten den allgemeinen Gang der Dinge in Deutschland als eher gerecht oder eher ungerecht empfunden), überwiegt im Jahr 2018 die Wahrnehmung insgesamt gerechter Verhältnisse (vgl. Abb. 26). Mehr als die Hälfte bewertet die allgemeine Lage als „sehr“ bzw. „eher gerecht“ (3 bzw. 51 Prozent). Damit liegt Sachsen-Anhalt in etwa auf der Höhe des Bundestrends.⁴⁵

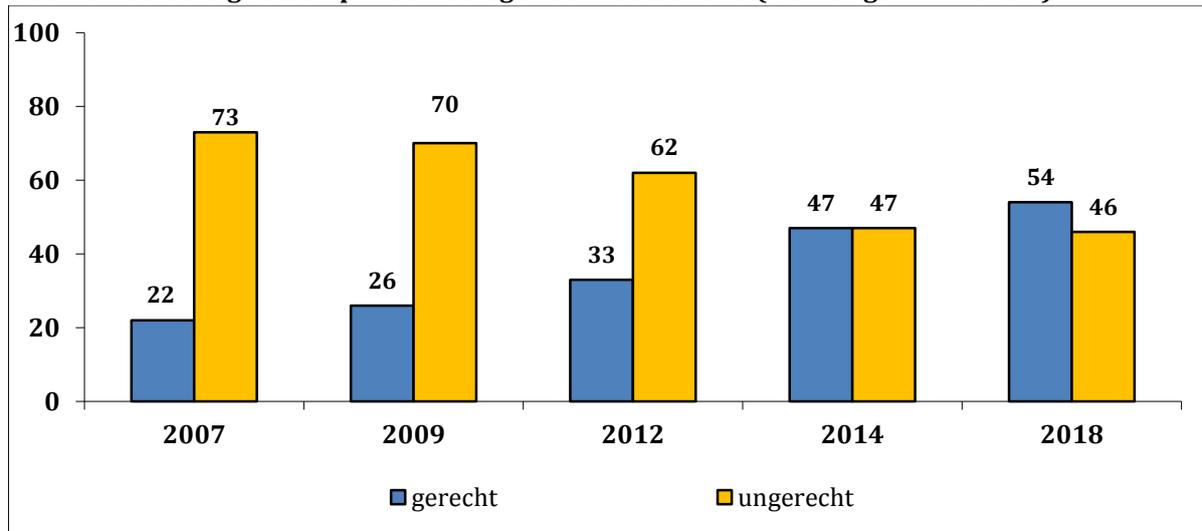
42 Benda, E. (1984): Der soziale Rechtsstaat. In: Maihofer, W./Benda, E./Vogel, H. J. (Hrsg.): Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 1. Aufl., Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 483.

43 Ebenda., S. 482.

44 BVerfGE Band 22, S. 180 und 204.

45 Allerdings datieren die letztverfügbaren bundesweiten Vergleichsdaten vom März 2017. Dem ARD-DeutschlandTrend jenes Monats zufolge beurteilten seinerzeit 50 Prozent die Verhältnisse in Deutschland als eher gerecht und 44 Prozent als eher ungerecht (S. 6).

Abb. 26 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Nach wie vor gibt es bei dieser Frage eine Geschlechterdifferenz: Anders als Männer, schätzen Frauen die allgemeine Situation mehrheitlich zu 51 Prozent als sehr oder eher ungerecht ein; bei Männern sind dies nur 41 Prozent (vgl. Tab. 12). Allerdings bewerten auch weibliche Befragte die gegenwärtige Lage deutlich häufiger sehr oder eher gerecht als im Jahr 2014 (seinerzeit 41 Prozent).

Tab. 12 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Geschlecht und Parteipräferenz (Nennungen in Prozent)

Frage 21:	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteipräferenz							Geschlecht*	
		2018	CDU	Linke	SPD	AfD	FDP	Grüne	Nichtw.	m.
sehr/eher gerecht	54	68	52	65	33	54	77	34	59	49
sehr/eher ungerecht	46	32	48	35	67	46	23	66	41	51

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Aufgeschlüsselt nach Parteipräferenzen, zeigt sich auch bei dieser Frage die für Sachsen-Anhalt kennzeichnende tripolare Verteilung (vgl. ebd.): Während Anhänger von CDU, SPD und Bündnisgrünen vergleichsweise positiv urteilen und relativ dicht beieinander liegen, bilden mit der AfD Sympathisierende und Nichtwähler die Kontrastgruppe, die größere Gerechtigkeitsdefizite sieht. Zwischen diesen beiden Polen positionieren sich Anhänger der Linkspartei und der FDP.

Bemerkenswert ist das verglichen mit 2014 stärker ausgeprägte Generationengefälle: In der jüngsten Altersgruppe (18 bis 24 Jahre) sehen drei von vier Befragten aktuell die Verhältnisse als eher gerecht an; das sind 11 Prozent mehr als vier Jahre zuvor (vgl. Tab. 13). Demgegenüber äußern sich Angehörige der berufsaktiven Jahrgänge deutlich kritischer. Speziell bei den 35- bis 44-Jährigen ist gegenüber 2014 ein Aufwuchs an Un-

gerechtigkeitsempfinden um 11 Prozentpunkte zu verzeichnen. Wer 60 Jahre und älter ist, beurteilt die Gerechtigkeitsfrage wiederum aktuell häufiger positiv.

Tab. 13 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Alter und Schulabschluss (Nennungen in Prozent)

Frage 21:	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren*					Schulabschluss*		
	2018	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
sehr/eher gerecht	54	75	57	56	51	51	47	50	70
sehr/ eher ungerecht	46	25	43	44	49	49	53	50	30

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Tab. 14 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Tätigkeit (Nennungen in Prozent)

Frage 21:	Sachsen-Anhalt (Ø)	Erwerbsstatus*			
	2018	berufstätig	nicht berufstätig	in Ausbildung	im Ruhestand
sehr/eher gerecht	54	56	44	66	51
ehr/eher ungerecht	46	44	56	34	49

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Bei der sozialen Verteilung der Antworten wird das aus den früheren Erhebungen vertraute Bild in seinen Grundzügen teilweise fortgeschrieben: Frauen, Befragte mit Hauptschulabschluss und nicht Berufstätige sehen mehrheitlich immer noch Gerechtigkeitsdefizite. Allerdings hat sich in all diesen Gruppen das Ungerechtigkeitsempfinden gegenüber 2014 abgeschwächt. Gegen den generell positiver sich entwickelnden Trend sieht ein Teil der mittleren Jahrgänge (35 bis 44 Jahre) das Gerechtigkeitsproblem aktuell kritischer (Tab. 13 und Tab. 14).

Regional weisen die Werte für die Stadt- und Landkreise beim Gerechtigkeitsempfinden ein Gefälle aus. In einzelnen Kreisen liegt die Anzahl derer, welche die Situation als „sehr ungerecht“ ansehen, erkennbar über dem Landesdurchschnitt (8 Prozent), so im Altmarkkreis Salzwedel (12 Prozent), in Mansfeld-Südharz (17 Prozent), im Saalekreis (11 Prozent) und im Salzlandkreis (11 Prozent). Ähnlich kritisch äußern sich auch überproportional viele Bewohner in schrumpfenden Regionen (12 Prozent). Hinsichtlich der Ortsgrößenklassen wird kein klares Muster erkennbar.

Zwischen dem Gerechtigkeitsempfinden, der Lebenszufriedenheit und der Demokratiezufriedenheit bestehen klare Zusammenhänge: Wer mit seinem Leben, der eigenen wirtschaftlichen Situation und der Demokratie zufriedener ist, bewertet auch das Ausmaß an Gerechtigkeit in Deutschland wohlwollender, und umgekehrt (Tab. 15).

Tab. 15 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Lebenszufriedenheit, eigener wirtschaftlichen Lage und Demokratiezufriedenheit (Nennungen in Prozent)

Frage 21:	Sachsen-Anhalt (Ø)	Lebenszufriedenheit*			eigene wirtschaftliche Lage*			Demokratiezufriedenheit*	
	2018	zufrieden	teils/teils	unzufrieden	gut	teils/teils	schlecht	zufrieden	unzufrieden
sehr/eher gerecht	54	61	43	20	59	41	34	75	40
sehr/eher ungerecht	46	39	57	80	41	59	66	26	60

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Dass man im Vergleich mit anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern persönlich einen gerechten Anteil erhält, wird, wie schon an den zeitlich früheren Messpunkten des Monitors, in Sachsen-Anhalt auch 2018 häufiger bejaht als ein allgemein gerechter Zustand im Land (vgl. Tab. 16). Annähernd 54 Prozent, 9 Prozentpunkte mehr als 2014, sagen, persönlich widerfahre ihnen Gerechtigkeit. Einen Mangel an persönlicher Gerechtigkeit beklagen knapp 37 Prozent. Dabei ist der Anteil derer, die glauben, „etwas weniger“ (31,5 Prozent) bzw. „sehr viel weniger“ (ca. 5 Prozent) als gerecht wäre zu erhalten, nahezu gleich geblieben. Indessen sind es aktuell weniger, die sich *mehr als gerecht* behandelt wähnen (knapp 10 gegenüber 16 Prozent im Jahr 2014).

Der sich in der Zeitreihe seit 2009 abzeichnende Wandel – die Mittelgruppe derer, die sich gerecht bedient sehen, wird stetig größer und bildet inzwischen die Mehrheit – streut ziemlich gleichmäßig über alle Alterskohorten und beruflichen Statusgruppen (vgl. ebd.).

Tab. 16 Erhalt von rechtem Anteil nach Alter und Stellung im Beruf (Nennungen in Prozent)

Frage 22	Sachsen-Anhalt (Ø)					Alter in Jahren*					Erwerbsstatus			
	2007	2009	2012	2014	2018	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	berufstätig	nicht berufstätig	Ruhestand	Ausbildung
sehr viel mehr	-	-	1	2	2	3	2	3	2	1	3	0	1	3
etwas mehr	2	2	10	14	8	9	18	7	7	7	7	23	7	5
gerechter Anteil	39	44	39	45	54	55	43	61	49	56	52	46	56	62
etwas weniger	43	39	35	31	32	33	36	26	34	31	34	20	31	24
sehr viel weniger	14	14	12	6	5	0	0	5	8	5	4	11	6	7

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Nach wie vor spielt die individuelle Ausstattung mit materiellen und immateriellen Ressourcen eine Rolle dabei, wie das subjektive Gerechtigkeitsempfinden ausfällt. Wer die Hochschulreife besitzt oder über ein hohes Einkommen verfügt, sieht sich häufiger gerecht behandelt (vgl. Tab. 17). Aufgeschlüsselt nach Parteipräferenzen, weichen AfD-Anhänger und Nichtwähler moderat negativ sowie Parteigänger der Grünen deutlich positiv vom Gesamtbild ab. Erstere klagen häufiger und letztere viel seltener über ein persönliches Gerechtigkeitsdefizit.

**Tab. 17 Erhalt von gerechtem Anteil nach Schulabschluss und Einkommen
(Nennungen in Prozent)**

Frage 22	Sachsen-Anhalt (Ø)	Einkommen*			Bildung*		
	2018	Niedrig (<1500 €)	Mittel (< 3000 €)	Hoch (≥3000 €)	Haupt- schule	Realschule	Abitur
sehr viel mehr	2	0	2	3	0	2	4
etwas mehr	8	7	10	10	9	8	7
gerechter Anteil	54	47	56	58	51	50	64
etwas weniger	32	39	28	27	34	35	22
sehr viel weniger	5	8	5	2	6	6	4

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Gemessen am Indikator der allgemein und bezüglich der eigenen Person wahrgenommenen Verteilungsgerechtigkeit, hat sich im Laufe des vergangenen Jahrzehnts die Polarisierung innerhalb der Gesellschaft Sachsen-Anhalts abgeschwächt. Obschon immer noch mehr als ein Drittel der Befragten die eigenen Lebensumstände nach subjektiven Gerechtigkeitsmaßstäben nicht angemessen ausgestattet sieht, zeichnet sich ein langzeitlicher Trend zu einer *gefühlter gerechter nivellierten Mehrheitsgesellschaft* ab. Allerdings hat das Land noch nicht das gesamtdeutsche Durchschnittsniveau erreicht: Bundesweit fühlten sich im April 2018 66 Prozent angemessen behandelt und 16 Prozent eher benachteiligt.⁴⁶

46 ARD-DeutschlandTrend April 2018, S. 13 – Zu beachten ist bei einem Vergleich der Daten die nicht völlig identische Frageformulierung. Infratest dimap erfragt „Bevorzugung“ bzw. „Benachteiligung“, was nicht dasselbe ist wie „(un)gerechter Anteil“. Indes geben beide Varianten Auskunft über das wahrgenommene Ausmaß an *angemessener* Ausstattung.

8 Freiheit-Gleichheit-Sicherheit

Die zu einer Trias gruppierten Begriffe Freiheit – Gleichheit – Sicherheit werden in der politikwissenschaftlichen Einstellungsforschung als „generelle Werte“ bezeichnet. Solche Werte benennen „die allgemeinen Zielzustände, die die Richtung der Organisation des Sozialstaats festlegen“.⁴⁷ „Generelle Werte, die die Zielzustände festlegen, sind auf der einen Seite sozio-ökonomische Sicherheit und Gleichheit und auf der anderen Seite die Freiheit im Sinne der individuellen Autonomie“.⁴⁸ Dieser Vorschlag, die drei Zielwerte in einen engen Zusammenhang mit sozialstaatlicher Intervention zu stellen, ist plausibel. „Sicherheit“ hat indes nicht nur eine soziale und ökonomische Seite, sondern schließt in einem weiteren Sinne außerdem den Schutz vor Bedrohung von Leib und Leben sowie die Abwehr persönlicher Gefahren mit ein.

Anders als „Sicherheit“, die eine elementare Gefühlslage ausdrückt, haben „Freiheit“ und „Gleichheit“ den Status klassischer liberaler Grundrechte. Beide Basisnormen sind 1949 in die Verfassungskonstruktion des demokratischen und sozialen Rechtsstaates des Grundgesetzes eingegangen und nach der deutschen Einigung in die Grundrechtskataloge der ostdeutschen Bundesländer übernommen worden. Materiell im Rechtssinne stehen die Zielgrößen „Freiheit“ und „Gleichheit“ nicht antithetisch gegenüber, sondern sind eng aufeinander bezogen. So ist ein Leben in Freiheit nur auf der Grundlage allgemein gleicher Zugangschancen zu öffentlichen Gütern möglich.

Wenn wir, wie schon in den früheren Ausgaben des SAM seit 2007, die befragten Bürgerinnen und Bürger dennoch auffordern, entweder der Freiheit oder der Gleichheit den Vorzug zu geben, dann ist dies von der Überlegung geleitet, dass die Antworten der Befragten auf diese Weise zum Ausdruck bringen, in welchem Ausmaß zwei unterschiedliche Lebensentwürfe und Konzepte von Demokratie verteilt sind:

Wer sich – hypothetisch – für Freiheit entscheidet, schätzt vor allem, so die Annahme, den Wert persönlicher Entfaltung und aktivbürgerlicher Beteiligungsrechte. Aus dieser „libertären“ Sicht erscheint der korrespondierende Begriff „Gleichheit“ der Freiheit insofern untergeordnet, als erstere vorrangig als Garantie *gleicher Startchancen* betrachtet wird: Wichtig ist es, gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen, dank derer sich individuelle Aktivitäten verschieden entfalten können. Gerechtigkeit wird aus dieser Perspektive folgerichtig primär als „Verfahrensgerechtigkeit“ verstanden.⁴⁹ Wer für „Freiheit“ optiert, ist grundsätzlich bereit, ökonomische Ungleichverteilung und soziale Differenz als Ergebnis der innergesellschaftlichen Anwendung des Leistungsprinzips anzuerkennen.

47 Roller, E. (1999): Staatsbezug und Individualismus: Dimensionen des sozialkulturellen Wertewandels. In: Ellwein, T./Holtmann, E. (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven, Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 229-246.

48 Ebd.

49 Empter, S./Vehrkamp, R. B. (2007): Soziale Gerechtigkeit: Eine Bestandsaufnahme, Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung, S.10.

Wer demgegenüber eine Präferenz für Gleichheit äußert, erwartet gemäß dem analytischen Konstrukt vorrangig von der Politik, dass real existierende ungleiche Lebensbedingungen möglichst ausgeglichen werden. „Gleichheit“ lehnt sich hier – wie auch der dritte von uns abgefragte Begriff „Sicherheit“ – eng an das hergebrachte Sozialstaatskonzept an, das, abgesehen auch durch höchstrichterliche Rechtsprechung, auf die nachjustierende Korrektivgewalt des Gesetzgebers und auf Umverteilung mittels Transferleistungen setzt, um bestehende Disparitäten der Lebenschancen finanziell abzufedern. Aus dieser „egalitären“ Perspektive ist gerecht, was sich an der Bedarfsdeckung orientiert, mithin möglichst für „Verteilungsgerechtigkeit“ sorgt.⁵⁰

Blickt man auf die Entwicklung der letzten Jahre, so stellt sich die gefühlte Sicherheitslage aus Sicht der Deutschen zunehmend ambivalent dar. Einesteils bestätigten bei einer EU-weiten Umfrage im März 2015 zwischen 80 und 90 Prozent der befragten Bundesbürger, dass „unser Land“, Stadt, Dorf und unmittelbare Wohngegend „ein sicherer Ort zum Leben“ sei.⁵¹ Andererseits weist der Deutsche Viktimisierungsindex 2012 aus, dass sich fast jede(r) Fünfte in der Bundesrepublik fürchtet, Opfer einer Straftat zu werden. Dabei ist die Kriminalitätsfurcht im Osten Deutschlands stärker ausgeprägt.⁵² Einer neueren Umfrage von Januar 2017 zufolge, gaben deutschlandweit 32 Prozent der Befragten an, ihr Unsicherheitsgefühl sei innerhalb der letzten zwei Jahre gewachsen (für 65 Prozent hatte sich nicht viel geändert).⁵³ 47 Prozent derer, die sich unsicherer fühlen, sehen sich besonders bedroht von bestimmten Personengruppen, wobei Ausländer und Flüchtlinge mit Abstand am häufigsten genannt wurden.

Die Sicherheitslage wird inzwischen als deutlich komplexer wahrgenommen. Neben materiellen Sorgen und Unsicherheiten haben sich kulturelle Bedrohungsgefühle und Abwehrreflexe stärker in das Bewusstsein geschoben. Zu Unberechenbarkeiten der eigenen Lebensgestaltung und bei Zukunftsperspektiven, die in Verbindung etwa mit der Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und einer auskömmlichen Altersversorgung gebracht werden, kommt die von Vielen als kulturelle wie soziale Herausforderung angesehene Immigration von Asylbewerbern und Flüchtlingen hinzu. Gerade im Osten Deutschlands, der sich infolge des „doppelten Transformationschocks“ immer noch psychologisch als eine besondere „Risikogesellschaft“ darstellt, prägen die genannten „Entsicherungen“ der eigenen Existenz und ihres Lebensumfelds nachhaltig bis heute die individuelle und kollektive Wahrnehmung.⁵⁴

50 Ebd., S. 11f., ferner S. 51ff. und 77ff.

51 Eurobarometer 432, Die Einstellungen der Europäer zum Thema Sicherheit.

52 Dina Hummelheim-Doß, Kriminalitätsfurcht in Deutschland, in: ISI 55/ Februar 2016, S. 6 – 11.

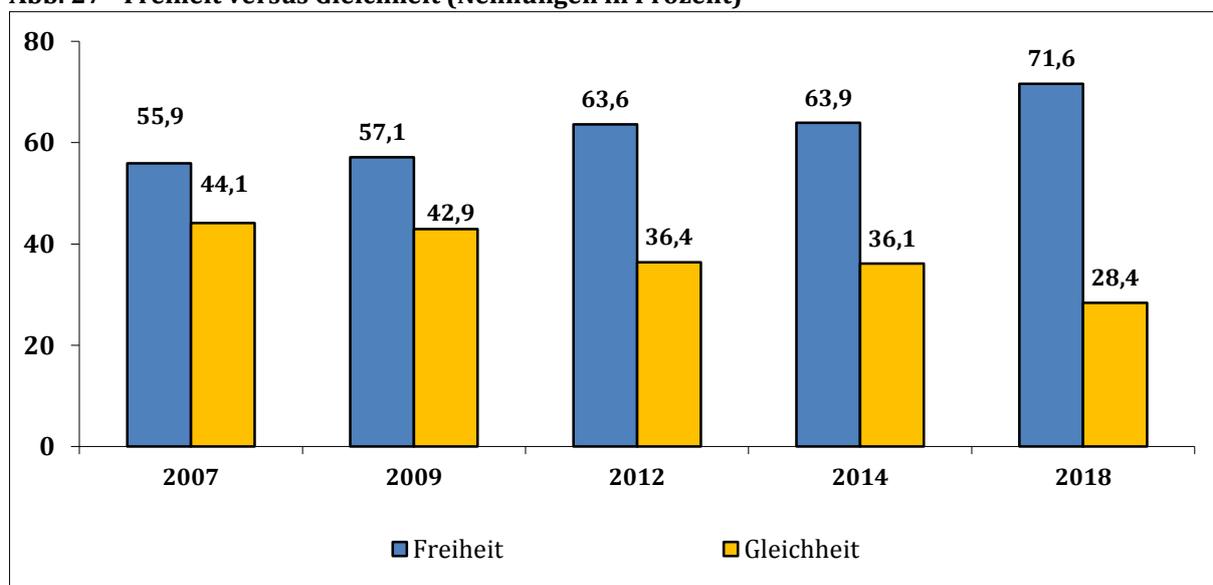
53 Infratest dimap, Sicherheitsgefühl der Deutschen – Januar 2017 (<http://infratest-dimap.de/umfragen-analysen/>; bundesweit; aufgerufen am 24.04.2017).

54 Laut kurz vor den Landtagswahlen im März 2016 von Infratest dimap erhobenen Bevölkerungsumfrage in Sachsen-Anhalt stimmten jeweils 67 Prozent den Aussagen zu: „Der Einfluss des Islams in Deutschland wird zu stark“ und „Die Kriminalität in Deutschland wird ansteigen“. 55 Prozent erwarteten, dass die „Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt größer“ wird. 37 Prozent befürchteten eine steigende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.

Die insoweit veränderte psychologische Ausgangslage ist bei der Analyse der einschlägigen Daten des aktuellen Monitors folglich zu berücksichtigen. Wir haben daher eine Frage nach den persönlichen Zukunftssorgen diesmal neu aufgenommen und gehen auf diese Einstellungsdimension an derer Stelle ausführlicher ein (Kap. 3).

Im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungen von 2007, 2009, 2012 und 2014 hat sich die Rangfolge der Wertorientierungen der Sachsen-Anhalter innerhalb der letzten beiden Jahre nochmals stärker in Richtung des Freiheitspols verschoben (vgl. Abb. 27). Aktuell geben annähernd drei Viertel aller Befragten der Freiheit den Vorzug.⁵⁵

Abb. 27 Freiheit versus Gleichheit (Nennungen in Prozent)



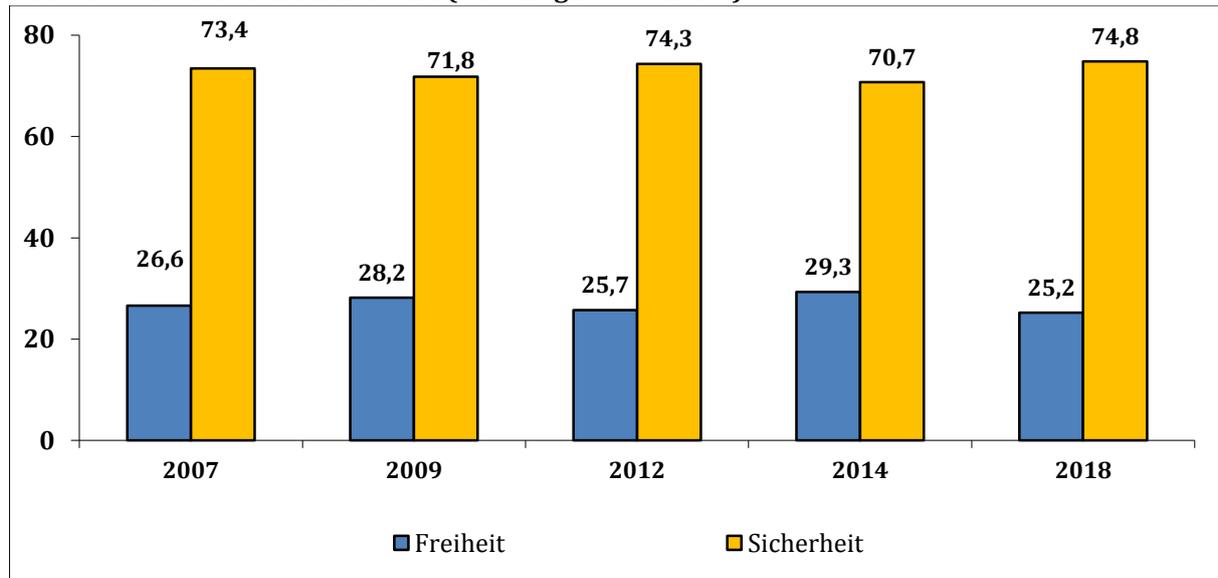
Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt/beides gleichwichtig

Wie schon in der Vergangenheit ändert sich das Bild, wenn eine Präferenzentscheidung zwischen „Freiheit“ und „Sicherheit“ getroffen werden soll. Hier ziehen nahezu 75 Prozent der Sachsen-Anhalter die Sicherheitskarte, was gegenüber 2014 einen Anstieg um rund 4 Prozentpunkte bedeutet (vgl. Abb. 28).

Während des letzten Jahrzehnts ist das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger des Landes ersichtlich auf hohem Niveau konstant geblieben. Dies spricht für die Annahme, dass der „doppelte Transformationsschock“, dem die Bevölkerung Ostdeutschlands zunächst einigungsbedingt in der ersten Hälfte der 1990er Jahre und sodann während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 ausgesetzt gewesen ist, in der persönlichen Sicht auf Lebensumstände, Arbeitsbedingungen und Politik weiterhin nachwirkt und durch situative Herausforderungen wie die Flüchtlingskrise zusätzlich verstärkt wird.⁵⁶

⁵⁵ Im Unterschied zu den Vorjahren wird diesmal in den Abbildungen 11 und 12 die Rubrik „beides gleich“ nicht mit ausgewiesen.

⁵⁶ Einer soeben veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge, befürworten die Deutschen zwar mehrheitlich (70 Prozent) den wachsenden Welthandel positiv. Jedoch befürchten

Abb. 28 Freiheit versus Sicherheit (Nennungen in Prozent)


Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt/beides gleichwichtig

Im direkten Abgleich mit „Gleichheit“ präferieren Anhänger aller sechs Parteien die Freiheitsoption (vgl. Tab. 18). In dieser Richtung hat sich die Abwägung im Umfeld sämtlicher fünf schon 2014 berücksichtigten Parteien verschoben. Am deutlichsten fällt 2018 die Trendverstärkung bei den Grünen aus. Relativ stark dem Vorrang von „Gleichheit“ verpflichtet sind, wie zuvor, Parteigänger der Linkspartei. Das prioritäre Grundbedürfnis nach „Sicherheit“ hat sich, verglichen mit der Umfrage von vor vier Jahren, in der Anhängerschaft der CDU, SPD und Linkspartei nochmals erhöht. Bei Anhängern der Grünen ist eine Trendumkehr zugunsten von „Freiheit“ zu verzeichnen.

Aufgeschlüsselt nach sozialen Merkmalen, sind es relativ häufig Nichtberufstätige, Bezieher niedriger Einkommen und Hauptschulabsolventen, die sich vorrangig für „Gleichheit“ entscheiden. Eine ausgeprägte Vorliebe für „Freiheit“ hegen auch diesmal Befragte, die in der Ausbildung sind, sowie Besserverdienende und später nach Sachsen-Anhalt Zugezogene. Sobald „Sicherheit“ hypothetisch ins Spiel kommt, ändert sich das Einstellungsbild nicht unerheblich: Nun sind es insbesondere Berufstätige und Ruhestandler, Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen, Inhaber niedriger und mittlerer Schulabschlüsse sowie seit Geburt oder früher Kindheit in Sachsen-Anhalt Lebende, die lieber auf der ‚sicheren Seite‘ sein wollen.

Betrachtet man die altersmäßige Verteilung, so formt sich bei der Entgegensetzung von „Freiheit“ und „Gleichheit“ erkennbar eine ‚Alterswanne‘ aus, deren erhöhte Ränder pro Gleichheit bei den jüngsten und ältesten Altersgruppen liegen und die sich in den mittleren Jahrgängen nach unten ausbuchtet (vgl. Tab. 18). Anders verhält es sich bei dem Alternativen-Paar „Freiheit“ versus „Sicherheit“. Hier steigt das Sicherheitsbedürfnis mit zunehmendem Alter an.

55 Prozent eine zunehmende soziale Ungleichheit, und 57 Prozent plädieren daher für mehr staatlichen Schutz vor ausländischer Konkurrenz (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/presse...>; aufgerufen am 20. 04 2018).

Tab. 18 Freiheit versus Gleichheit und Freiheit versus Sicherheit nach Alter und Parteipräferenz (Nennungen in Prozent)

Frage 29 und Frage 30	Sachsen-Anhalt (Ø) 2018	Alter in Jahren*					Parteipräferenz*					
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	CDU	SPD	Linke	Grüne	AfD	FDP
Freiheit	72	63	71	80	73	70	79	70	60	93	72	76
Gleichheit	28	37	29	20	27	30	21	30	40	7	28	24
Freiheit	25	40	34	36	23	16	20	20	27	53	40	39
Sicherheit	75	60	66	64	77	84	80	80	73	47	60	61

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ bei Freiheit vs. Sicherheit, nicht bei Freiheit vs. Gleichheit signifikant.

Unsere Vermutung, dass die Präferenzentscheidung für „Freiheit oder Sicherheit“ mit der Selbstzurechnung persönlicher Problemlösungskompetenz in einem Zusammenhang steht, wird durch die Daten in der Tendenz bestätigt (vgl. Tab. 19 und Tab. 20). Wer sich in schwierigen Situationen auf die eigenen Fähigkeiten nicht verlassen mag, der eigenen Kraft nicht vertraut oder sich durch anstrengende bzw. komplizierte Aufgaben eher überfordert sieht, optiert auch deutlicher für „Sicherheit“.

Die Verteilung der Präferenzen zwischen den Eckpunkten Freiheit-Gleichheit-Sicherheit ist weitgehend unabhängig davon, ob sich eine Person die Fähigkeit zuschreibt, schwierige Situationen aus eigener Kraft zu bewältigen oder nicht (vgl. ebd.). Lediglich dann, wenn die Selbstzuschreibung einer persönlichen Kompetenz, „anstrengende und komplizierte Aufgaben gut lösen“ zu können, vorhanden ist, wird etwas häufiger für „Freiheit“ optiert (vgl. ebd.).

Tab. 19 Persönliches Krisenmanagement und persönliche Problembewältigung in Relation zur Präferenz „Freiheit oder Sicherheit“

Frage 30	Sachsen-Anhalt (Ø) 2018	Selbstwirksamkeit „In schwierigen Situationen kann ich mich auf mich verlassen“*				Selbstwirksamkeit „Die meisten Probleme kann ich aus eigener Kraft gut meistern“*			
		Trifft voll zu	Trifft eher zu	Trifft nicht zu	Trifft gar nicht zu	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Trifft nicht zu	Trifft gar nicht zu
Freiheit	72	73	76	88°	100°	74	77	100°	50°
Sicherheit	28	27	24	12°	0°	26	23	0°	50°

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

° geringe Zellenbesetzung

Tab. 20 Persönliches Krisenmanagement und persönliche Problembewältigung in Relation zur Präferenz „Freiheit oder Sicherheit“

Frage 30	Sachsen-Anhalt (Ø) 2018	Selbstwirksamkeit „Auch anstrengende und komplizierte Aufgaben kann ich in der Regel gut lösen“*			
		Trifft voll zu	Trifft eher zu	Trifft nicht zu	Trifft gar nicht zu
Freiheit	72	71	73	78°	100°
Sicherheit	28	29	27	22°	0°

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

° geringe Zellenbesetzung

9 Problempriorität und Lösungskompetenz

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Beurteilung der Rückkopplung (Responsivität) der repräsentativen Organe zu den Bürgerinnen und Bürgern werden maßgeblich durch die kontinuierliche Evaluation von Leistungen des politischen Systems („Systemoutput“) seitens der Bevölkerung beeinflusst.⁵⁷ Für die Bewertung ist von Bedeutung, welche Probleme in der Gesellschaft als besonders dringlich wahrgenommen werden und welche Lösungskompetenz den politischen Akteuren bei diesen Problemen zugeschrieben wird.

Von der ihnen zugeschriebenen Fähigkeit, für wichtige Probleme tragfähige Lösungen anbieten zu können, hängen die Wahlchancen der Parteien wesentlich ab. Einer gesicherten Erkenntnis der Wahlforschung zufolge, ist die politische „Sachkunde“ einer Partei das vorherrschende Motiv ihrer Wähler. Nicht anders war dies bei der letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2018: 17 Prozent nannten eine längerfristige Parteibindung, 16 Prozent die Person des/der Spitzenkandidat(in) und 59 Prozent die angebotenen Sachlösungen als Wahlmotiv.⁵⁸

9.1 Wichtigste Probleme in Sachsen-Anhalt

Was sind in den Augen der Sachsen-Anhalter die drängenden Probleme des Landes? – Anders als vor vier Jahren haben wir die Befragten mittels einer offenen Frage diesmal gebeten, die ihrer Meinung nach beiden wichtigsten Probleme zu benennen. Im Ergebnis zeigt sich, dass Arbeit und Wirtschaft mit 15,9 bzw. 15,4 Prozent die Rangfolge bei dem genannten wichtigsten Problem anführen, dicht gefolgt von Zuwanderung/ Flüchtlinge (14,6 Prozent) und Bildung/ Lehrermangel (14,2 Prozent). Alle anderen, außerdem als erstrangig wichtig erwähnten Probleme rangieren im einstelligen Bereich, darunter bemerkenswerterweise auch die Themen Gesundheit sowie Alterung/ Rente (vgl. Tab. 21).

Die Verteilung der Antworthäufigkeiten verweist auf sowohl auf lebenszyklische Interessenlagen wie auf je nach Einkommen, Bildung und beruflicher Stellung unterschiedliche Priorisierungen. Auch je nach Parteipräferenz werden manchmal unterschiedliche Dringlichkeiten angemahnt.

57 Vgl. Easton, D. (1965): A Systems Analysis of Political Life. New York/London/Sydney. John Wiley & Sons, Inc., S. 30 f.

58 Holtmann/ Völkl 2016, S. 555. – Die gleiche Rangfolge der Wahlmotive kennzeichnet auch die Bundestagswahl 2017, mit Ausnahme der CDU/CSU, bei deren Wählern der Kandidatenbonus und Sachkompetenz mit jeweils 38 Prozent gleichauf lagen.

Tab. 21 Die 10 wichtigsten Probleme in Sachsen-Anhalt, nach Alter, Stellung im Beruf, Einkommen und Parteipräferenz (Nennungen in Prozent)

Frage 23	Zuwan- derung/ Flüchtlin- ge	Bildung/ Lehrer- mangel	Arbeit/ Arbeits- plätze	Wirtschaft	Sozial- politik	Rente/ Alterung	Politik/ Politiker allgemein	Gesund- heitssys- tem	Infra- struktur	Entloh- nung
		14,6	14,2	15,9	15,4	4,8	3,8	5,8	3,0	3,7
Alter*										
18 - 24 Jahre	12	15	13	20	3	4	8	8	0	7
25 - 34 Jahre	22	25	11	4	14	6	7	0	0	0
35 - 44 Jahre	16	18	16	15	6	1	1	0	4	5
45 - 59 Jahre	19	11	15	19	3	4	4	2	4	4
60 J. u. älter	9	12	18	15	4	4	8	5	5	2
Erwerbsstatus*										
berufstätig	18	15	13	15	6	3	5	2	3	4
nicht berufstätig	17	23	18	17	2	9	0	2	7	0
im Ruhestand	10	11	18	15	4	4	9	5	5	2
in Ausbildung	11	17	26	18	5	2	4	0	0	8
Einkommen*										
niedrig	11	11	20	12	7	8	3	1	5	5
mittel	16	19	13	14	3	3	6	4	6	3
hoch	15	15	11	22	3	4	6	0	2	2
Bildung*										
niedrig	18	11	18	11	6	4	7	7	6	2
mittel	15	15	15	16	4	4	5	2	4	4
hoch	10	17	15	20	5	3	5	0	2	3
Parteipräferenz*										
CDU	15	9	12	15	4	6	6	2	6	4
AfD	27	12	11	24	2	4	2	0	4	3
Linke	9	18	14	17	9	4	5	1	4	4
SPD	9	14	14	15	2	2	12	10	1	1
Die Grünen	7	40	10	9	13	1	0	0	4	0
FDP	11	17	20	15	0	4	9	1	0	4
Nichtwähler	12	14	21	13	8	5	8	1	8	3

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

9.2 Den Parteien zugeschriebene Lösungskompetenz

Die Antworten auf die Frage, welche Partei am besten geeignet sei, „das wichtigste Problem zu lösen“, bestätigen den Parteien zugeschriebene Stärken und Schwächen, wie sie aus Umfragen seit längerem bekannt sind. Die CDU hat deutliche Vorteile in den Politikfeldern Wirtschaft, Arbeit und Zuwanderung/Flüchtlinge, die AfD beim Thema Zuwanderung/Flüchtlinge, die Linkspartei wie auch die SPD im Feld der Sozialpolitik (vgl. Tab. 22).⁵⁹

Für die vier mit Abstand als „am wichtigsten“ eingestuften Probleme, nämlich Zuwanderung/Flüchtlinge, Bildung/Lehrermangel, Arbeit und Wirtschaft sieht jeweils etwa ein Drittel der Befragten „keine Partei“ als geeignet, diese Probleme zu lösen (vgl. ebd.). Die generell verbreiteten Zweifel an der Lösungskompetenz *aller* Parteien übertragen sich auch auf die persönlich bevorzugte Partei, ausgenommen die CDU: Während Unionsanhänger immerhin zu gut 75 Prozent die Bewältigung des für sie wichtigsten Problems bei ihrer Partei gut aufgehoben wissen, bewegt sich dieser Vertrauensbonus bei den anderen fünf Parteien zwischen ca. 22 Prozent (Bündnisgrüne) und rund 44 Prozent (FDP). Der Linkspartei und der SPD trauen jeweils etwa 42 Prozent sowie der AfD knapp 31 Prozent der eigenen Anhänger die Lösung des wichtigsten Problems zu.⁶⁰

Tab. 22 Die den Parteien zugewiesene Lösungskompetenz für die 10 meistgenannten „wichtigsten Probleme“ (Nennungen in Prozent)

Frage 24	Zuwan- derung/ Flüchtlinge	Bildung/ Lehrer- mangel	Arbeit/ Arbeits- plätze	Wirtschaft	Sozial politik	Rente/ Alterung+	Politik/ Politiker allgemein	Gesund- heitssys- tem+	Infra- struktur+	Entloh- nung+
alle Parteien	4	15	3	3	0	-	14	-	-	-
CDU	28	19	34	47	32	-	40	-	-	-
AfD	21	4	2	4	0	-	0	-	-	-
Linke	5	12	14	10	23	-	9	-	-	-
SPD	8	13	17	17	27	-	11	-	-	-
B90/ Grüne	1	8	4	5	0	-	2	-	-	-
FDP	5	8	6	10	0	-	6	-	-	-
keine Partei	35	34	35	30	39	-	31	-	-	-

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
+ aufgrund geringer Fallzahl keine Prozentwerte ausgewiesen

⁵⁹ Für Bündnis90/Die Grünen und die FDP sind die Fallzahlen in den für diese Parteien „favorisierten“ Themenfeldern zu gering, um verlässliche Aussagen machen zu können.

⁶⁰ Bei der Interpretation dieser Daten ist zu berücksichtigen, dass für das von den jeweiligen Parteianhängern genannte wichtigste Problem die entsprechende Lösungskompetenz nur zum Teil der persönlich bevorzugten Partei zugemessen wird.

9.3 Zukunftssorgen

Wie weiter oben (Kap. 3) schon ausgeführt, sehen rund 70 Prozent der Sachsen-Anhalter ihre persönliche Zukunft sehr oder eher positiv. Als gänzlich „sorgenfrei“ bezeichnen sich andererseits weniger als 20 Prozent. Am nachstehenden Sorgenbarometer lässt sich ablesen, was die Menschen hierzulande mit Blick auf in der Zukunft erwartbare Unwägbarkeiten und Risiken umtreibt (vgl. Tab. 23). Meistgenannt werden Rente/ Altersversorgung, Pflege, die eigene Gesundheit und das Gesundheitswesen, die Sicherung der Zukunft nachfolgender Generationen, sowie Armut und Arbeitslosigkeit.

Tab. 23 Sorgenbarometer der Sachsen-Anhalter (Nennungen in Prozent)

Frage 35: Worüber machen Sie sich Sorgen, wenn Sie an Ihre Zukunft denken?	
„über nichts, ich bin sorgenfrei“	19
Rente/ Altersversorgung	26
Pflege	20
Eigene Gesundheit, Gesundheitswesen	15
Sicherung der Zukunft für nachfolgende Generationen	9
Armut	9
Arbeitslosigkeit	8
Zuwanderung/ Integration	5
Allgemeine Weltlage/ Krieg	5
Kriminalität	4
Beruf, Finanzen	4

Zum Vergleich stellen wir nachfolgend die dringlichsten Sorgen dar, wie sie vor rund einem Jahr deutschlandweit im Rahmen einer EU-Umfrage erhoben worden sind (vgl. Tab. 24). Deutlich wird dabei, dass die gehegten Sorgen gemeinhin einesteils strukturellen, d.h. langfristig anhaltenden Problemlagen und anderenteils situativen, d.h. unerwartet hereinbrechenden Herausforderungen gelten.

Tab. 24 Dringlichste Sorgen der Deutschen im Frühjahr 2017 (Nennungen in Prozent)

Arbeit	Einwanderung	Gesundheit, soz. Sicherheit	Terrorismus	Inflation	Renten	Kriminalität	Bildung	Wohnen	Umwelt
8	37	13	27	9	18	20	22	13	11

Quelle: Eurobarometer 2017

10 Einstellungskomplex politischer Extremismus

10.1. Begriffsklärung

Extremismus dient im öffentlichen Diskurs häufig als politischer Kampfbegriff. Das erschwert seinen Gebrauchswert als analytische Kategorie. Aus wissenschaftlicher Sicht werden unter dem Extremismus-Begriff Ideologien bzw. Gesinnungen verstanden, die auf einer operationalisierten politischen Einstellungs-Skala (z.B. Rechtsextremismus, Linksextremismus, Links-Rechtsskala, u.a.) innerhalb des abgefragten Spektrums die „Extremwerte“, also die äußeren Pole, besetzen⁶¹. Der Extremismus ist, dem Politikforscher Hans-Gerd Raschke zufolge, „eine mehr oder weniger stark ausgeprägte pathologische Komponente moderner demokratischer Gesellschaften“ und scheinbar „eine normale Begleiterscheinung entwickelter Demokratien zu sein“.⁶²

Einer politikwissenschaftlichen Definition nach bedeutet politischer Extremismus „die prinzipielle, unversöhnliche Gegnerschaft gegenüber Ordnungen, Regeln und Normen des demokratischen Verfassungsstaates sowie die fundamentale Ablehnung der mit ihm verbundenen gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten“.⁶³ Die bundesdeutsche Verfassung verlangt indes nicht zwingend ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Denn: „Ein bestimmtes Wirtschaftssystem ist durch das Grundgesetz nicht gewährleistet.“⁶⁴

Beobachten lässt sich in der Realität eine breite Auffächerung von Spielarten von Extremismus, die sich teilweise, wie der militante Islamismus, einer Einordnung auf der Links-Rechts-Skala entziehen. Extremistische Websites zeigen, so Raschke, „eine überraschende Vielfalt: Neben Rechts- und Linksextremismus finden sich dort teilweise militante Tierschützer, Schwulenhasser, Abtreibungsgegner, religiöse Kulte, Waffenfetischisten und diverse Variationen von *hate crime*.“⁶⁵

In der Literatur wird häufig *Gewaltbereitschaft* bzw. das Gutheißen von Gewaltanwendung zum Austragen politischer Konflikte dem politischen Extremismus als ein kennzeichnendes Element zugeordnet.⁶⁶ Das Aufrufen zu Gewalt bzw. der Vorsatz zur gewaltsamen Abschaffung der demokratischen Ordnung markiert das Überschreiten einer verfassungspolitischen roten Linie, die laut Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein Parteienverbot grundsätzlich legitimiert. „Eine Partei ist nicht schon

61 Vgl. Holtmann (Hrsg.), 1994: Politiklexikon, München Wien, S.165.

62 H.-G. Jaschke, 2007: Politischer Extremismus (bpb-Schriftenreihe Band 621), Bonn, S. 12 und 9.

63 Klaus Schubert/ Martina Klein, 2006: Das Politiklexikon (bpb-Schriftenreihe Band 1174), 5. Auflage, Bonn S. 106.

64 So das Bundesverfassungsgericht schon 1954, vgl. BVerfGE 4, S. 11.

65 Ebd., S. 8.

66 Heitmeyer (Hrsg.), 1992: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Weinheim/München, S.13. Vgl. ferner Heitmeyer/ Monika Schröttle (Hrsg.), 2006: Gewalt. Beschreibungen-Analysen-Prävention (bpb-Schriftenreihe Band 563), Bonn, S. 435ff.

dann verfassungswidrig, wenn sie die obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung (vgl. BVerfGE 2,1 [12f.]) nicht anerkennt; es muß vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen.“⁶⁷

10.1 „Regiehinweise“ und methodisches Vorgehen

Politische Extremisten nehmen im demokratischen Rechtsstaat eine Außenseiterposition ein. Wo sich Extremismus mit Gewaltbereitschaft ideell oder in realen Handlungen verbindet, sind moralische Ächtung und (straf-)rechtliche Sanktionen die Folge. Das führt dazu, dass, wer sich einer extremistischen Szene informell zurechnet und/oder ihr organisatorisch beiträgt, die Deckung der Anonymität bevorzugt.

Nicht nur für die eindeutige personelle Zuordnung politisch motivierter krimineller Handlungen sondern auch für die Erhebung des extremistischen Potentials mittels Umfragen ergeben sich daraus besondere Schwierigkeiten. Dass sich extrem gesinnte Befragte auch in einer anonymisierten Befragung nicht „outen“, ist nicht auszuschließen. Auch existiert kein der sogenannten Konsensus-Definition für Rechtsextremismus vergleichbar allgemein akzeptiertes Kategorienraster, das für die Erhebung im Einstellungsumfeld des äußerst linken Gegenpols eingesetzt werden kann.

Daher schalten wir dem nachstehenden Kapitel einen „Regiehinweis“ vor, mit welchem das von uns gewählte methodische Vorgehen in seinen konzeptionellen und operativen Schritten erläutert wird. In einem ersten Schritt nehmen wir eine Klärung für Begriff und inhaltliche Reichweite von Extremismus vor. Sodann überprüfen wird anhand der Daten unserer aktuellen Bevölkerungsumfrage, inwieweit Zusammenhänge zwischen dem von uns konstruierten dreidimensionalen Extremismus-Einstellungskomplex einerseits und Einstellungsvariablen wie der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, der Grundhaltung zur Demokratie oder erklärter Gewaltbereitschaft sowie sozialstruktureller Indikatoren andererseits bestehen. Sodann setzen wir unsere Befunde zu extremistischen Einstellungen in Beziehung zur Kriminalstatistik und zum Täterfeld des Rechts- und Linksextremismus in Sachsen-Anhalt. Anschließend kehren wir zur Einstellungsanalyse zurück und nehmen drei Einstellungskomplexe in den Blick: den Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und das betont linke politische Spektrum.

10.2 Die Messung extremistischer Einstellungen

Die letzten Daten zur Messung *extremistischer* Einstellungen im Rahmen des Sachsen-Anhalt-Monitors liegen mittlerweile fast 4 Jahre zurück. In der Rückbetrachtung kann in den meisten klassischen Bereichen *rechtsextremer* Einstellungen kontinuierlich ein

67 BVerfGE 5, 83.

leichter Rückgang derjenigen Anteile in der Bevölkerung nachgewiesen werden, welche diese Einstellungsmuster unterstützen. Das bestätigen auch andere einschlägige Studien⁶⁸ im Zeitverlauf.

Zu berücksichtigen ist aber, dass die älteren Einstellungsdaten für Sachsen-Anhalt erhoben wurden, bevor sich, beginnend im letzten Quartal des Jahres 2015, die Situation durch die Zuwanderung von Flüchtlingen enorm veränderte. Gerade mit Blick auf diese Entwicklung sind die diesjährigen Daten aufschlussreich. Allerdings zeigen andere, in diesem Zeitraum durchgeführte Studien, dass Einstellungen zu Geflüchteten nur bedingt mit rechten bzw. rechtsextremen Einstellungsmustern korrelieren⁶⁹. So nehmen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus seit einigen Jahren gemäß der Einstellungsmessung, wie oben bereits erwähnt, eher ab als zu. Dementgegen haben etwa Islamfeindlichkeit und vor allem die Hostilität gegenüber Asylsuchenden deutlich an Boden gewonnen⁷⁰.

Im diesjährigen Sachsen-Anhalt-Monitor werden deshalb zusätzlich zum klassischen Rechtstextremismus nach der Konsensus-Definition⁷¹ auch Einstellungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit/GMF (einschließlich Einstellungen zu Geflüchteten) erhoben (Kap. 10.5). Hinzu kommen außerdem Fragen, die das äußerst linke politische Einstellungsspektrum und seine Verbreitung erhellen sollen⁷².

Ein probates methodisches Hilfsmittel für die Bildung der Extremismus-Konstrukte ist die Links-Rechts-Skala. Diese Skala zur Selbsteinordnung im politischen Spektrum wird in den meisten Fällen von 1 bis 10 abgefragt, ungeachtet dessen, dass dann, mathematisch gesehen, keine Mittelkategorie existiert. Dennoch ordnen sich die Befragten gleichsam automatisch in die „5“ als vermeintliche Mittelkategorie ein, obwohl diese eigentlich einer moderaten „Mitte-Links“-Einstellung entspricht. Um Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wird nachfolgend die Variable in ein Spektrum von -4 bis +4 umkodiert, wobei die 5 und die 6 in der Mittelkategorie (0) aufgehen. Alle anderen Werte bleiben erhalten (vgl. Abb. 29).

Die Abbildung zeigt, dass sich nicht nur die Mehrheit der Sachsen-Anhalter, sondern auch die meisten Deutschen politisch vornehmlich in der Mitte verorten. Noch etwas

68 Bielefelder Mitte-Studie: Zick et al., 2016: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Bonn. S.49ff.

69 Ebd.

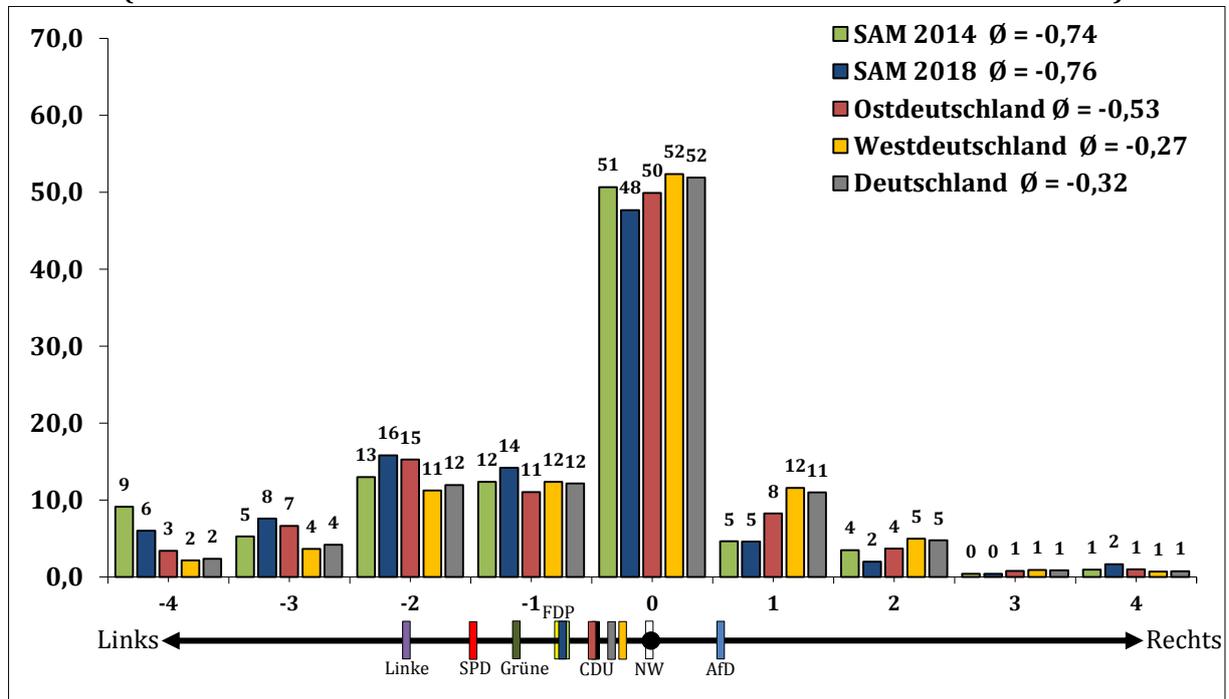
70 Ebd. S. 50f.

71 „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellt. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ In: Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin. Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 56ff.

72 Für extrem linke politische Einstellungen lassen sich keine analog zum Rechtstextremismus interpretierbaren Messinstrumente in der Forschungslandschaft finden. Das hier angewandte Instrument verbindet unterschiedliche Forschungsansätze. Auf diese Weise können zwar keine Anteilswerte miteinander verglichen bzw. in Beziehung gesetzt werden. Wohl aber lassen sich die verschiedenen Einflussfaktoren extrem linker und extrem rechter Positionen klar voneinander abgrenzen und separat untersuchen.

differenzierter betrachtet wird erkennbar, dass dabei das Mitte-Links-Spektrum insgesamt etwas stärker besetzt ist als das Mitte-Rechts-Feld.

Abb. 29 Links-Rechts-Selbsteinschätzung
(Anteile in % und Mittelwerte auf einer Skala von -4 sehr links bis +4 sehr rechts)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SAM und des Allbus (Ost- und Westdeutschland, Deutschland gesamt) Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Diese Tendenz ist im Osten und auch in Sachsen-Anhalt stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Diese leicht ‚linksschiefe‘ Verteilungskurve hat sich in den letzten Jahren zumindest in Sachsen-Anhalt auf Kosten der „Randkategorien“ noch etwas verfestigt. Die Betrachtung der Mittelwerte bestätigt diese Beobachtung (Abb. 29). Zudem ist deutschlandweit seit 1990 im Osten wie im Westen eine leichte, aber kontinuierliche Mitte-Links-Einordnung feststellbar⁷³.

Kontrolliert nach der Parteipräferenz, dem stärksten Erklärungsfaktor, fällt auf, dass allein die AfD eine Anhängerschaft besitzt, welche sich überhaupt rechts von der Mitte positioniert. Alle anderen Parteianhänger, auch die der CDU, verorten sich auf der gemäßigt linken Position. Eine Ausnahme stellt die Gruppe, der Nichtwähler dar welche sich fast genau in der politischen Mitte verortet.

Die politische Aussagekraft der Links-Rechtsskala ist in den Sozialwissenschaften nicht unumstritten⁷⁴. Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass der Wert „Links“ i.d.R. mit positivem sozialem Wandel, Vielfalt, sozialer Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit in Verbindung gebracht wird, während „Rechts“ mit konservativen und autoritären

⁷³ Genauer hierzu: Gabriel, O. W./Holtmann, E./Jaeck, T./Leidecker, M./Maier, J. (2015): Deutschland 25. Zeitbilder Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. S.103ff.

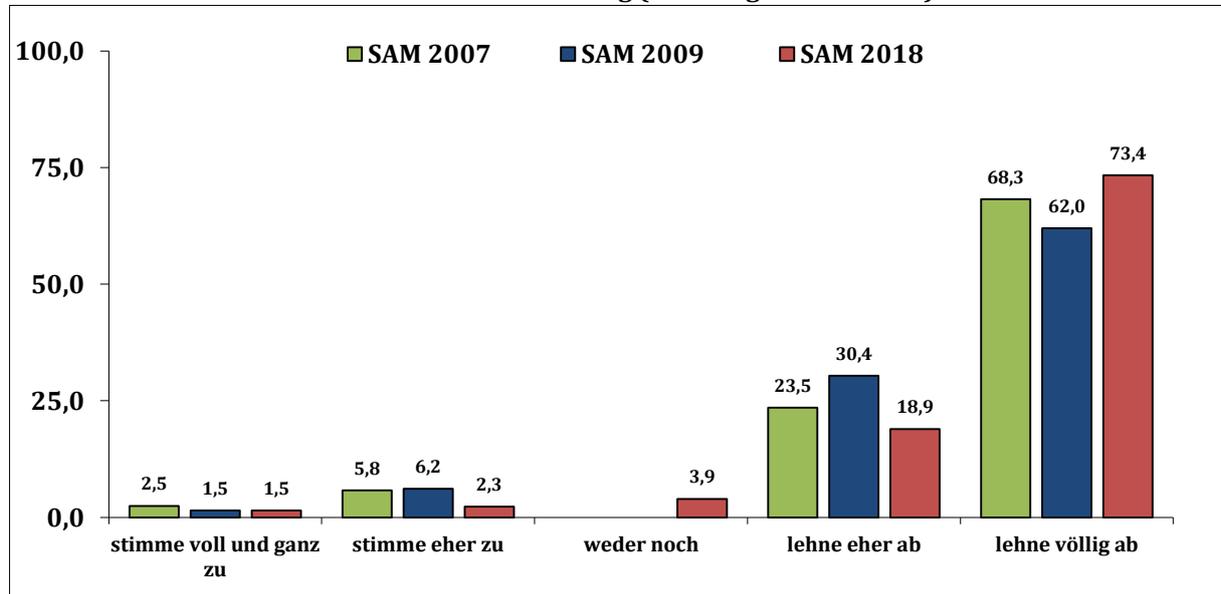
⁷⁴ Stöss (2010), S. 17.

Einstellungsmustern, Erhalt des Status quo, Ungleichwertigkeitsvorstellungen und der Anerkennung sozialer Differenzierung assoziiert wird.

Die (Selbst-)Einordnung in die Randkategorien allein kann folglich nicht als synonym für radikale oder extreme inhaltliche Positionen gelten⁷⁵. Jedoch zeigt beispielsweise der GMF-Survey einen klaren Zusammenhang zwischen der Selbsteinordnung in das rechte politische Spektrum und einer höheren Ausprägung des GMF-Syndroms⁷⁶. Diese Zusammenhänge werden in den nachfolgenden Teilkapiteln noch genauer betrachtet.

Zu den Ergebnissen im Einzelnen: Um potentielle Gewaltbereitschaft zu messen, wurden die Sachsen-Anhalter gefragt, ob sie der Ansicht sind, dass es bestimmte Konflikte in einer demokratischen Gesellschaft gibt, für deren Lösung Gewalt unerlässlich ist (Abb. 30).

Abb. 30 Gewalt als Instrument der Konfliktlösung (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Die Abbildung zeigt, dass diese Affinität für Gewalt nur von einem marginalen Teil der Bevölkerung geteilt wird und, über die Zeit seit 2007 betrachtet, überdies zurückgegangen ist. Für nicht einmal 4 Prozent käme eine gewaltsame Konfliktregelung grundsätzlich in Frage. Ebenso eindeutig lehnen gut 92 Prozent Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung generell ab, davon fast drei Viertel (73 %) entschieden.

Setzt man nun politisch linke und rechte Positionen ins Verhältnis zur Gewaltbereitschaft, ergibt sich mathematisch eine kaum messbare Übereinstimmung von weniger als 0,1 Prozent. Es zeigt sich aber, dass unter denen, die sich im politischen Spektrum

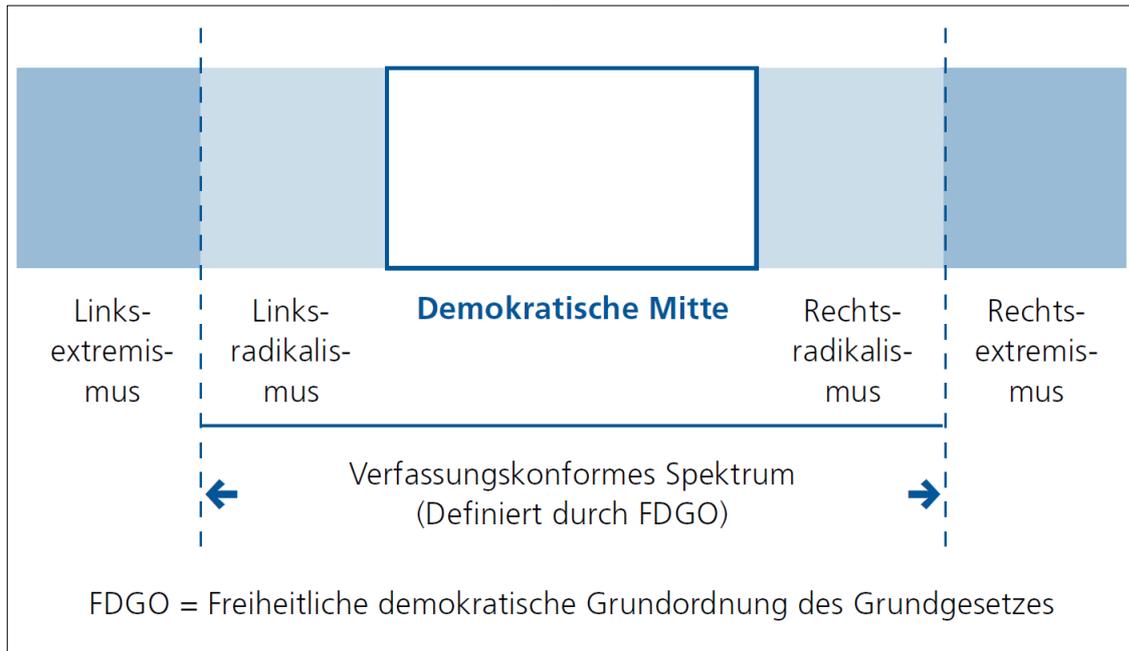
⁷⁵ Vgl. dazu auch Gabriel, Oscar W./Neller, Katja (2010): Bürger und Politik in Deutschland, in: Gabriel/Plasser (Hrsg.), Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa, Baden-Baden: Nomos, 57 – 146. S. 125.

⁷⁶ Zick et al. (2016), S.63.

äußerst links verorten, die Gewaltbereitschaft schwächer ausgeprägt ist als bei der Kontrastgruppe am rechten Rand⁷⁷.

Kommen wir nochmals auf die Begrifflichkeit zurück. Im Verständnis der Verfassungsschutzbehörden wird Extremismus als ein verfassungswidriges Einstellungsbzw. Verhaltensmuster eingeordnet (Abb. 31).

Abb. 31 Extremismus-Modell des Verfassungsschutzes nach Stöss



Quelle: Stöss (2010), S. 14

Als extremistisch gelten und werden seitens des Verfassungsschutzes beobachtet solche

„Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben.“⁷⁸

Im Sachsen-Anhalt-Monitor wird die extremistische Komponente, die zwischen radikaler Systemkritik und erklärter Systemfeindschaft oszilliert, über drei Variablen gemessen, bei denen vorliegende Analysen ergeben haben, dass sich jene nicht a priori klar

⁷⁷ Die Fallzahl dieser Gruppen ist allerdings so gering, dass Ergebnisse hier nur unter Vorbehalt interpretiert werden können. Die minimale Fallzahl an sich stellt allerdings auch ein Ergebnis dar. Zum einen ist die Verbreitung vergleichbarer Einstellungen so gering, dass sie mit quantitativen empirischen Methoden kaum messbar sind. Zum anderen sind Personen mit diesen Einstellungsmustern schwer mittels Umfragen zu erreichen. Hinzu kommen noch Effekte sozialer Erwünschtheit, die das Antwortverhalten beeinflussen können.

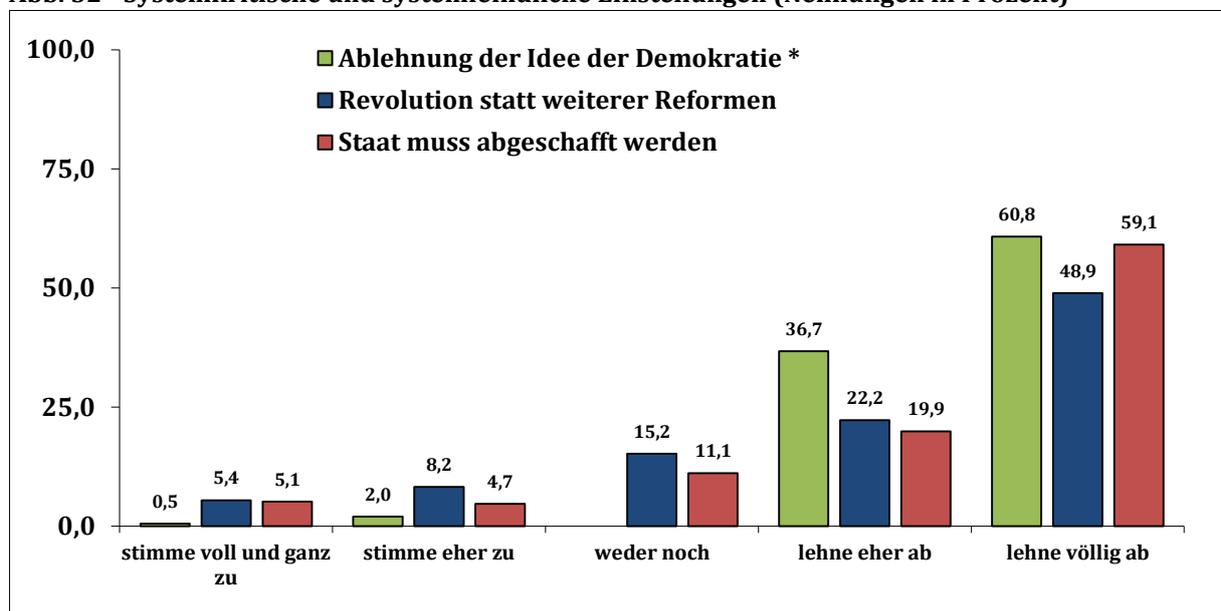
⁷⁸ Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) § 3 „Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden“: Satz 1

dem rechten oder dem linken politischen Spektrum zuordnen lassen⁷⁹, dass ein verbindendes Element dieser Variablen aber die grundsätzliche Gegnerschaft zum demokratischen politischen System der Bundesrepublik ist⁸⁰. Die drei Variablen sind:

- (1) Ablehnung der Idee der Demokratie (vgl. Kap. 6.2)
- (2) Revolution statt weiterer Reformen (Kap. 12, Frage 18)
- (3) Staat als Unterdrückungsinstrument, das abgeschafft gehört (ebd.)

Mit Hilfe dieser Variablen wurde dieses dreidimensionale Einstellungskonstrukt gesondert untersucht. Die Verteilung der Antworten ist in der folgenden Abbildung sichtbar. Dabei zeigt sich die gleiche linksschiefe Verteilung wie schon bei der Gewaltbereitschaft (Abb. 30).

Abb. 32 Systemkritische und systemfeindliche Einstellungen (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* 4er – Skala vgl. Kap. 6.2

Wie schon bei der potentiellen Gewaltbereitschaft, werden diese systemkritischen bzw. systemfeindlichen Einstellungen nur von einem sehr geringen Anteil der Bevölkerung mitgetragen. Gerade einmal 2 Prozent lehnen die Idee der Demokratie grundsätzlich ab. Jeweils etwa 5 Prozent plädieren entschieden für eine Revolution anstelle weiterer Reformen und für eine Abschaffung des Staates als Instrument der Unterdrückung. Die Ablehnung dieses extremistischen Musters liegt zwischen rund 70 und 95 Prozent.

⁷⁹ In einer Studie zum Linksextremismus der FU Berlin vom Juli 2016 (Deutz-Schroeder, M./Schroeder, K. (2016) Linksextreme Einstellungen und Feindbilder, Berlin, S. 14) wird diese Dimension als „Demokratiefeindlichkeit“ bezeichnet. Eine Dimension, die sowohl am rechten als auch linken Rand Zustimmung generiert.

⁸⁰ Dieses verbindende Element formuliert Eckhard Jesse (2018) in Rahmen eines Workshops folgendermaßen: „Jeder Rechtsextremist ist ein Antidemokrat. Aber nicht jeder Antidemokrat ist [automatisch] ein Rechtsextremist“ [Ergänzung durch Autor]. Geiges, Lars (2018) In: Demokratie-Dialog 2-18 - Göttinger Institut für Demokratieforschung, S. 18.

Mit der gesonderten Betrachtung des Extremismus, nehmen wir in Teilen Ansichten der Extremismus-Theorie auf. Diese definiert Extremismus als eine strikte Ablehnung (der Regeln und Normen) des demokratischen Verfassungsstaates⁸¹ und ordnet diese nicht ausschließlich einem rechten oder linken politischen Spektrum zu.

10.2.1 Determinanten eines systemkritischen Extremismus

Die drei identifizierten Indikatoren wurden zu einer Mittelwertskala „systemkritischer Extremismus“ zusammengefasst (Abb. 33). Diese Skala verfügt wie die anderen Skalen über eine theoretische Spannweite von -2 bis +2. Hier entspricht der Pol -2 einem sehr stark ausgeprägten systemkritischen Extremismus. Der Pol +2 stünde für die entsprechende diametrale Gegenposition. Die Ausprägungen der Zusammenhangsmaße können den folgenden Abbildungen entnommen werden (Abb. 33 und Abb. 34).

Der Mittelwert dieser Extremismusskala liegt für Sachsen-Anhalt bei ca. +1,2. Das heißt, insgesamt finden wir in Sachsen-Anhalt nur ein randständiges Extremismuspotential vor, welches die Staatsgewalt und das politische System grundsätzlich in Frage stellt.

Im Schatten der im Land ganz überwiegend positiven Grundhaltung finden wir, wie Abbildung 33 veranschaulicht, systemkritische Einstellungen eher unter Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind sowie etwas stärker unter Kritikern der existierenden demokratischen Verfassungsordnung. Aufgeschlüsselt nach der Parteipräferenz sind vor allem Anhänger der AfD und bekennende Nichtwähler insgesamt weniger systemkonform; im Plusbereich darüber, aber mit deutlichem Abstand zu den Anhängern der übrigen Parteien, rangieren die Sympathisanten der Linkspartei.

Nachdem wir die obige dreidimensionale Extremismusform zunächst losgelöst von dem linken und rechten Einstellungsspektrum untersucht haben, ist nun von Interesse, wie sich die beiden konträren ideologischen Positionen auf diese Skala auswirken. Dazu haben wir (aus in den Folgekapiteln noch näher beschriebenen) Skalen, mit welchen wir rechten und linken Extremismus messen, je eine, nach Intensität dreifach abgestufte, Variable gebildet. Diese messen, ob ein eher unterdurchschnittliches, mittleres oder überdurchschnittliches linkes bzw. rechtes Weltbild vorliegt (siehe Abb. 33, oberer Bereich).

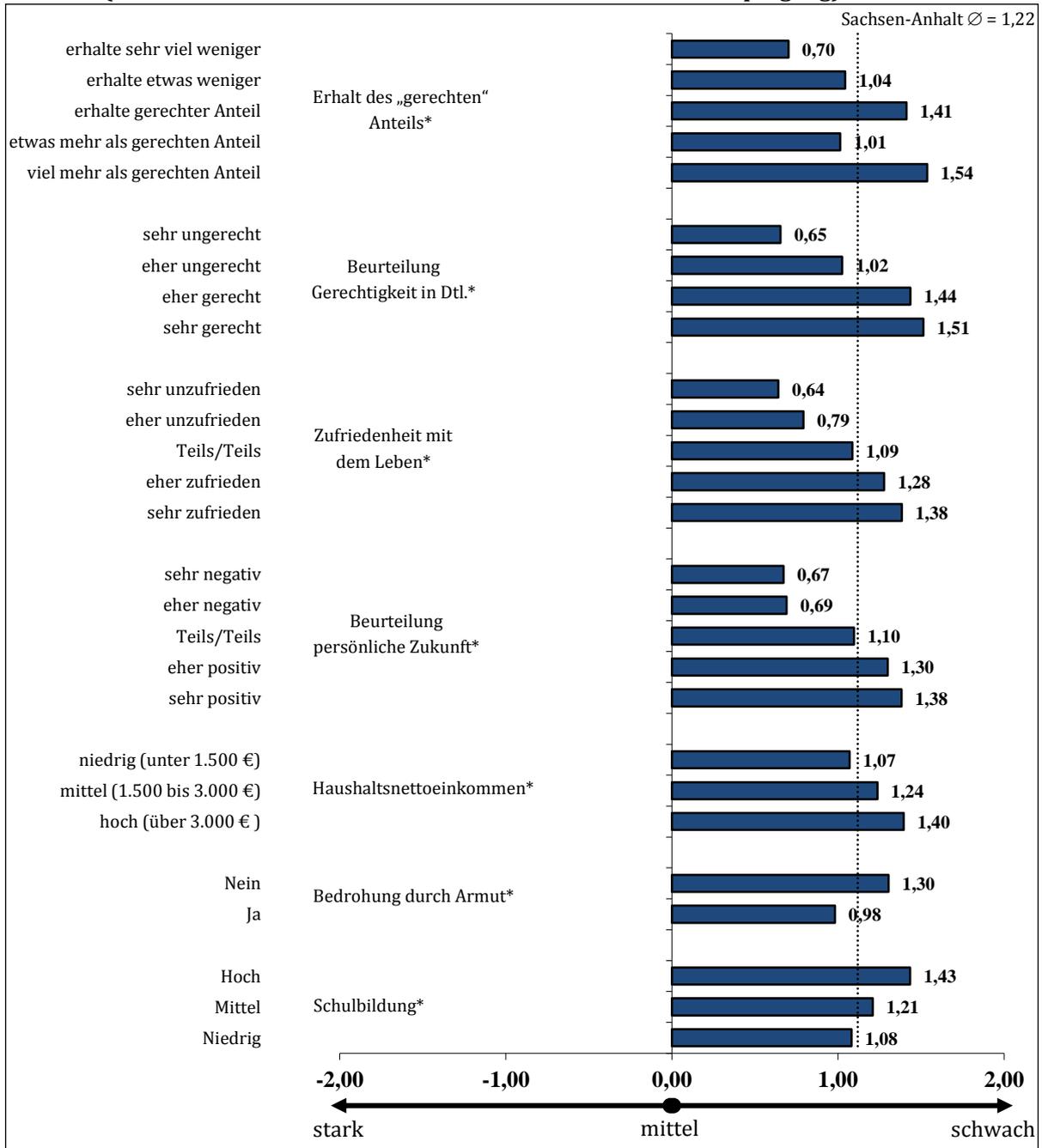
Dabei zeigt sich: Je ausgeprägter die linke bzw. rechte ideologische Positionierung ist, desto stärker fallen auch extremistische Einstellungen aus. Bei der Selbstverortung auf einem Links-Rechts-Kontinuum ist ein linear ansteigender Zusammenhang allerdings nur zwischen rechter Verortung und Staatsablehnung nachweisbar (nicht abgebildet). Wer für „Freiheit“ in der Abwägung mit „Sicherheit“ oder „Gleichheit“ votiert,

81 Siehe Backes, U. / Jesse, E.(1983): Demokratie und Extremismus: Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 33 (1983), H. 44, S. 3-18.

Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und des linken Einstellungsspektrums beibehalten.

Wie die nachfolgende Abbildung verdeutlicht, wird der systemkritische Extremismus insbesondere durch ein soziales Deprivationsgefühl, also ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden und das Gefühl, zu kurz zu kommen, verstärkt. Dabei ist die Einflussstärke dieser Indikatoren deutlich stärker als diejenige des Haushaltseinkommens. Das heißt, die monetäre Ausstattung trägt weniger zur Affinität für Extremismus bei als subjektiv wahrgenommene allgemeine und persönliche Ungerechtigkeit

Abb. 34 Skala systemkritischer Extremismus nach sozialstrukturellen Einstellungen/Kriterien (Mittelwerte von -2 „sehr starke“ bis +2 „sehr schwache“ Ausprägung)



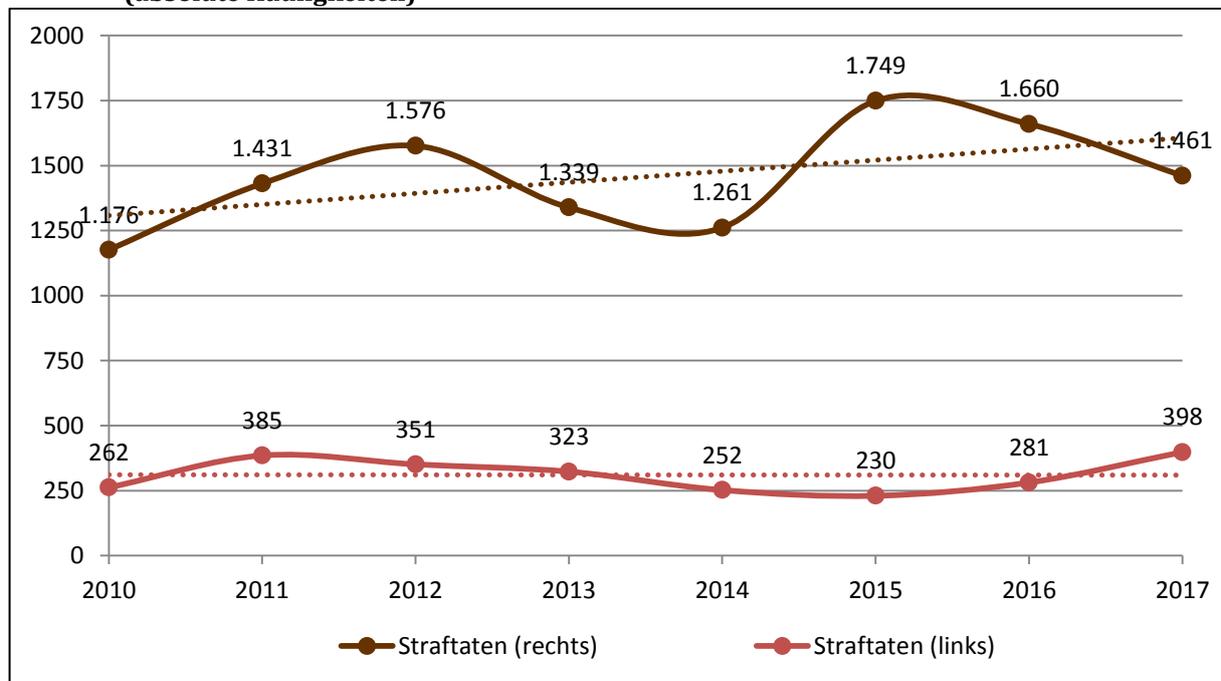
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Dennoch zeigt sich, dass mit höheren Einkommen die Wahrscheinlichkeit einer extremistischen Grundhaltung abnimmt, ebenso im Falle geringerer Bedrohung durch Armut. Ebenfalls können Unzufriedenheit mit dem Leben und eine pessimistische Sicht auf die persönliche Zukunft extremistische Neigungen stärken. Bildung zeigt einen nahezu identischen Zusammenhang wie die Höhe des Einkommens. Insgesamt ähnliche Effekte sind für Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nachweisbar (vgl. Abb. 39 bis Abb. 43).

10.3 Extremistisches Täterfeld in Sachsen-Anhalt

Wie oben gezeigt, besteht zwischen starker Bindung an rechte oder linke Ideologien sowie der Affinität für politischen Extremismus ein Zusammenhang. Die Frage ist nun, wie dieser auf der Einstellungsebene allerdings nur für eine kleine Minderheit messbare Zusammenhang sich in tatsächliches Verhalten umsetzt bzw. mit einem zahlenmäßig identifizierbaren Personenkreis in Beziehung gesetzt werden kann. Um dies zu klären, werden im Folgenden die Daten der Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt zur politisch motivierten Kriminalität herangezogen. Diese Daten wurden im Zeitverlauf seit 2010 ausgewertet. Dokumentiert werden nachstehend politisch motivierte Straftaten (Abb. 35) und Gewalttaten (Abb. 36) aus dem linken und rechten politischen Spektrum sowie amtliche Angaben des links-(Tab. 26) und rechtsextremistischen (Tab. 25) Personenpotentials.

Abb. 35 Politisch motivierte Straftaten (Links und Rechts) im Zeitverlauf seit 2010 (absolute Häufigkeiten)

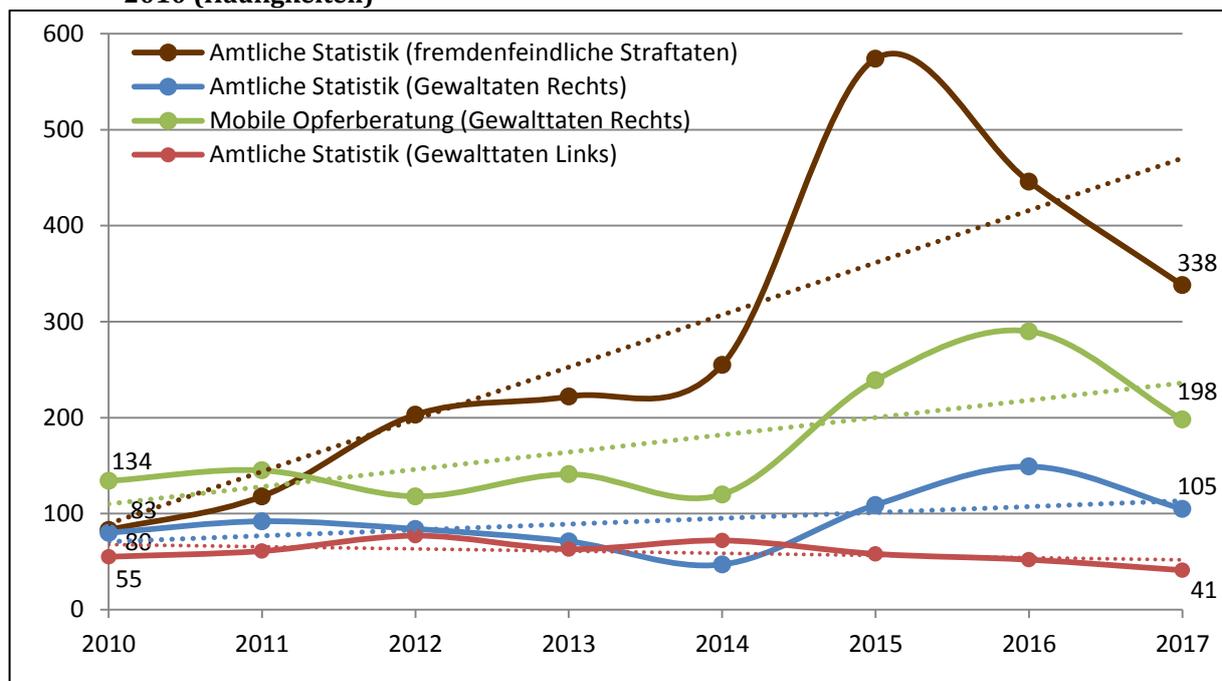


Quelle: Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutzberichte (2000-2015)

Wie das oben stehende Verlaufsdiagramm (Abb. 35) ausweist, liegen rechtsmotivierte Straftaten seit 2010 der Zahl nach im Schnitt immer auf einem mindestens dreifach höheren Niveau als die Vergleichsdaten für linksmotivierte Delikte. Die Zeitreihen zeigen über den gesamten Beobachtungszeitraum einen linearen Anstieg, der im Bereich der rechten Straffälligkeit deutlicher ausfiel. Der lineare Langfristtrend für linke politische Straftaten blieb nahezu konstant. Ein kurzfristiger steiler Anstieg ist bei rechtsmotivierten Straftaten erkennbar. Diese stiegen von 2014 bis 2015 um fast 500 Delikte auf 1.749 an. Damit erreichten sie den höchsten Wert seit 2010. Seit 2016 fällt die Kurve wieder ab.

Ein Vergleich mit der nachfolgenden Abbildung (Abb. 36) zeigt, dass es sich dabei vor allem um Delikte mit einem fremdenfeindlichen Motivationshintergrund handelte. Die zeitliche Kongruenz legt es nahe, eine Verbindung zur Flüchtlingsituation in dieser Zeitspanne zu ziehen. Ein in Falldichte und zeitlichen Schwankungen gleichlaufender Trend ist im Bereich der linksextrem motivierten Straffälligkeit nicht erkennbar.

Abb. 36 Politisch motivierte Gewalttaten und fremdenfeindliche Straftaten im Zeitverlauf seit 2010 (Häufigkeiten)



Quelle: Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutzberichte (2000-2015) / Monitoring der mobilen Opferberatung

Die nächste Grafik (Abb. 36) zeigt die Entwicklung fremdenfeindlicher Straftaten und politische motivierter Gewalttaten im rechten und linken Spektrum. Hier fällt im Vergleich zur Betrachtung der politisch motivierten Straftaten in der vorangegangenen Abbildung 35 auf, dass sich die Zahlen für fremdenfeindliche Straftaten seit 2014 innerhalb eines Jahres mehr als verdoppeln und im Vergleich zu 2011 nahezu verfünffachen konnten. Damit erreichte diese Zeitreihe im Jahr 2015 ihren absoluten Höhepunkt seit dem Jahr 2000. Im jüngsten Jahresvergleich ist der Kurvenverlauf rückläufig.

Aus den Daten der mobilen Opferberatung geht ebenfalls ein deutlicher Anstieg von 2014 bis 2016 hervor. Auch hier haben sich die gemeldeten Fälle innerhalb von zwei Jahren mehr als verdoppelt. Die amtliche Statistik misst auf einem etwas niedrigeren Niveau sogar eine Verdreifachung der Gewalttaten im rechten Spektrum innerhalb desselben Zeitraumes. Dieser Trend schwächte sich erst im letzten Jahr – 2017 – leicht ab. Gewalttaten aus dem linken politischen Spektrum sind demzufolge weit weniger häufig und pendeln seit 2010 relativ konstant um eine Fallzahl von ca. 50 Fällen. Seit 2014 stellt der Verfassungsschutz einen leicht rückläufigen Trend linker Gewalt fest.

Trotz des teilweise exponentiellen Anstiegs im Bereich politisch motivierter Kriminalität von rechts wird der personelle Kern des Rechtsextremismus hierzulande vom Verfassungsschutz seit 2010 weitgehend konstant auf etwa 1.400 Personen geschätzt. Demzufolge müsste während dieser Jahre die Mehrfachtäterschaft und Gewaltbereitschaft in dieser Gruppe sprunghaft angestiegen sein. (Tab. 25). Ein solcher hypothetischer Zusammenhang kommt für den Linksextremismus nicht in Betracht, da hier die Anzahl der Personen und der jährlich registrierten politisch motivierten Straftaten weitgehend gleich geblieben ist (Tab. 26).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der auf der Einstellungsebene gewonnene Befund einer höheren Gewaltbereitschaft und eines stärker systemkritischen Extremismus im rechten politischen Spektrum sich auf personeller Ebene in der größeren Zahl bekennender Rechtsextremisten sowie auf der Handlungsebene in höherer rechtsextremistisch motivierter politischer Delinquenz widerspiegelt. Dementsprechend spiegeln sich die Befunde der Einstellungsebene, einer höheren Gewaltbereitschaft (vgl. Kap. 10.1) und eines stärkeren systemkritischen Extremismus (Abb. 33), im rechten politischen Spektrum auch in den Daten der Handlungsebene wider.

Tab. 25 Potential rechtsextremistischer Personen in Sachsen-Anhalt

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	800	760	780	830	700	800	800	760
Neonazis	240	290	330	430	340	390	410	350
in Parteien	300	250	250	250	280	280	265	265
Gesamt	1.390	1.340	1.400	1.510	1.320	1.470	1475	1375

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Landes 2011 bis 2016

Tab. 26 Potential linksextremistischer Personen in Sachsen-Anhalt

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Gewaltbereite Linksextremisten insbesondere Autonome	220	230	230	230	230	230	230	230
Parteien und sonstige Gruppierungen u. a. die „Rote Hilfe“	260	290	290	280	290	250	260	260
Gesamt	480	520	520	510	520	480	490	490

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Landes 2011 bis 2016

10.4 Rechtes Einstellungsspektrum

Im Sachsen-Anhalt-Monitor wurde Rechtstextremismus seit 2014 über 6 Unterkonstrukte (gemäß Konsensus-Definition, vgl. Fußnote 71) operationalisiert, die jeweils über zwei Items gemessen werden (vgl. Tab. 27):

1. Fremden-/Ausländerfeindlichkeit
2. Antisemitismus
3. übersteigter Nationalismus/Chauvinismus
4. Sozialdarwinismus
5. Verharmlosung des Nationalsozialismus
- Diktaturaffinität (2018 ersetzt durch systemkritischen/feindlichen Extremismus)

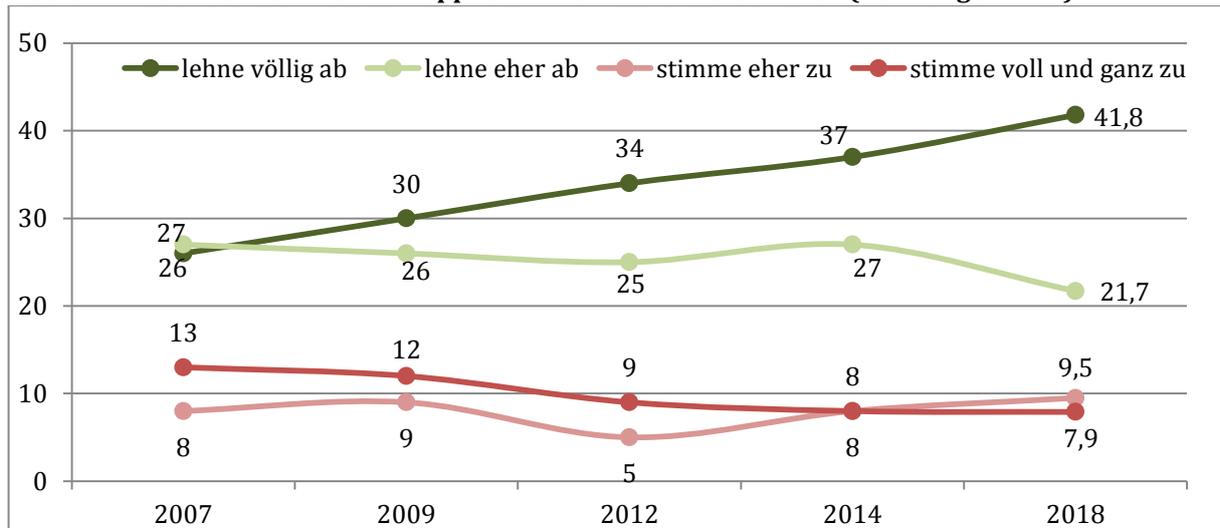
Dabei finden die Fragen zur Fremdenfeindlichkeit und zum Antisemitismus auch bei der GMF-Skala Verwendung. Aufgrund der Neuordnung der Themenschwerpunkte im Monitor wurde innerhalb der Skala die Frage zur Diktaturaffinität diesmal nicht mit aufgenommen. Die Distanz zum politischen System, die – wie sich gezeigt hat – dem linken wie dem rechten Einstellungsspektrum zugeordnet werden kann, wird dementsprechend im Rahmen des oben behandelten systemkritischen Extremismus (vgl. Kap. 10.1) mit erhoben und getrennt betrachtet. Aufgrund der neuen methodischen Ausrichtung können nur noch einzelne Variablen im Zeitverlauf betrachtet werden.

In der folgenden Tabelle sind jeweils die Anteile der Personen abgebildet, die einzelnen Indikatoren eines rechtsextremistischen Weltbildes besonders stark zustimmen oder diese entschieden ablehnen⁸² (Tab. 27).

Die Anteile zustimmender Antworten (in der Tabelle rot hinterlegt) zu rechtsextremen Vorurteilen fallen im Land recht ähnlich dem bundesweiten Durchschnitt aus. Etwas anders verhält es sich bei der Überzeugung einer Ungleichwertigkeit von Leben (Sozialdarwinismus). Die Zustimmung hierzu geht im Zeitverlauf betrachtet zwar zurück, liegt aber dennoch leicht über den Werten, die für die Bundesrepublik ermittelt wurden. Auffallend ist zudem, dass trotz ähnlicher Zustimmungswerte die ablehnende Haltung (in der Tabelle grün unterlegt) in Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich weit weniger unmissverständlich ausfällt. Im Zeitverlauf betrachtet nehmen die Gegenpositionen zu rechtsextremen Werthaltungen aber dennoch zu.

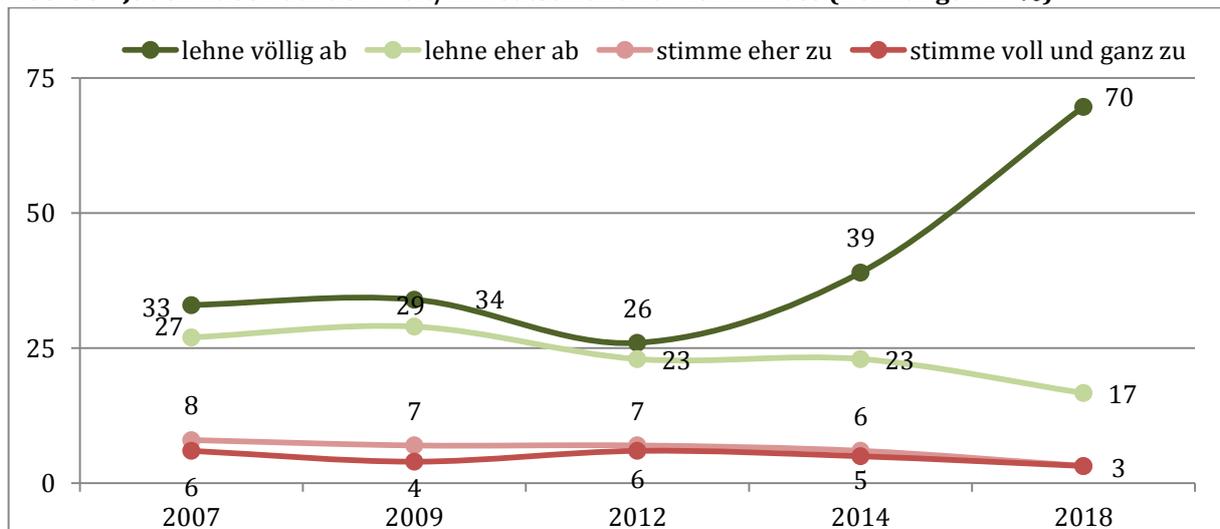
Dezidiert ausländerfeindliche Einstellungen und Stereotype, wie beispielsweise die Ansicht, dass man Ausländer bei knapper Arbeit wieder in ihre Heimat zurückschicken sollte (Abb. 37), verlieren in Sachsen-Anhalt weiterhin an Zustimmung. Gleiches gilt auch für den so genannten klassischen bzw. primären Antisemitismus (Abb. 38).

82 Eine genaue Verteilung aller Antwortkategorien, aufgeschlüsselt nach verschiedenen Indikatoren kann dem Tabellenband entnommen werden.

Abb. 37 Ausländer bei Arbeitsknappheit in Heimat zurückschicken (Nennungen in %)


Quelle: SAM 2007 bis 2018

Dabei ist nicht nur ein Abschmelzen von Zustimmungsteilen zu verzeichnen, sondern auch ein deutlicher Aufwuchs an klar ablehnenden Positionen, der hinsichtlich des Antisemitismus besonders augenfällig ist (ebd.).

Abb. 38 Juden haben auf der Welt/in Deutschland zu viel Einfluss (Nennungen in %)


Quelle: SAM 2007 bis 2018

Gerade einmal drei Prozent stimmen dem „Phantasma jüdischer Macht“⁸³, das heißt der Meinung, Juden hätten in Deutschland bzw. auf der Welt zu viel Einfluss, noch zu. Damit hat sich der ohnehin schon geringe Anteil von 8 Prozent seit 2007 mehr als halbiert, und in gleichem Maße hat sich die Ablehnung in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.

Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die übrigen rechte extremistischen Einstellungen wie Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Eine leichte

⁸³ Holz, K. (2005): Neuer Antisemitismus? – Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, In: BMI (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, Berlin, S. 32.

Ausnahme bildet der Indikator eines übersteigerten Patriotismus: hier ist der Anteil derer, die Deutschland für besser als die meisten Länder der Welt halten, seit 2012 um immerhin 8 Prozentpunkte gestiegen. Allerdings lehnen auch hier deutlich mehr Befragte als 2014 diese Aussage ab (+ 8 Prozentpunkte). Der zweite Indikator, der da heißt, man wolle lieber Bürger von Deutschland als irgendeines anderen Landes der Welt sein, verliert hingegen an Unterstützung bei gleichzeitig ansteigender Ablehnung.

**Tab. 27 Rechtsextremistische Einstellungen in Sachsen-Anhalt
(Nennungen „stimme voll und ganz zu“ / „stimme überhaupt nicht zu“ in Prozent)**

Frage 31 und Frage 32	Sachsen-Anhalt (Ø)					Deutschland gesamt (2016)
	2007	2009	2012	2014	2018	
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	*	*	*	*	19,7	17,6
	*	*	*	*	27,1	44,1
Wenn Arbeit knapp wird, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	13	12	9	7	7,9	7,6
	26	30	34	37	41,8	61,4
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss ⁸⁴ .	6	4	6	5	3,2	4,3
	33	34	26	39	69,7	77,8
Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.					1,6	2,1
					75,3	81,5
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	*	*	8	11	7	4,7
	*	*	53	51	64,7	82,0
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	*	*	*	6	5,3	3,6
	*	*	*	34	56,6	70,9
Generell kann man sagen, dass Deutschland besser ist als die meisten anderen Länder der Welt.	*	*	13	17	21	-
	*	*	21	16	24,5	-
Ich bin lieber Bürger von Deutschland als irgendeines anderen Landes der Welt.	*	*	45	50	47,6	-
	*	*	9	8	9,3	-
Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben.	*	*	*	7	3,8	3,7
	*	*	*	49	66,1	73,4
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	*	*	*	4	3,6	5,3
	*	*	*	49	64,6	66,8

Zustimmung

Ablehnung

* nicht erhoben

- Vergleichsdaten liegen nicht vor

Quelle: Daten SAM 2007-2018, Zick et al. (2016), S. 44f./124f.

Zu dem Ergebnis eines tendenziell allgemein abnehmenden rechtsextremen Einstellungsmusters kommen auch die beiden neuesten Mitte-Studien: „Gespaltene Mitte“ (Zick et al. 2016, S. 137ff.) und „Die enthemmte Mitte“ (Brähler/Decker 2016, S.43ff.). In gleicher Richtung verlaufende Trends verzeichnen die genannten Autoren auch für einzelne Elemente des GMF-Syndroms, so beispielsweise für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antiziganismus und auch Antisemitismus (ebd. S. 49ff.).

Nur bei drei Kategorien, nämlich der Abwertung von Asylsuchenden, der Muslimfeindlichkeit und den so genannten Etabliertenvorrechten, verzeichnet die Bielefelder Studie einen Anstieg an abwertenden Haltungen. Daraus kann gefolgert werden, dass

84 2018 wurde anstatt „auf der Welt“ „in Deutschland“ gefragt.

das Thema Asyl und Zuwanderung im Gefolge der gewachsenen Flüchtlingsproblematik der letzten Jahre für die psychologische Konstruktion des rechtsextremen Weltbildes, verglichen mit den bisher gemessenen klassischen Indikatoren, wie Abwertung von hier lebenden Ausländern und Semiten, Verharmlosung des Nationalsozialismus usw. bedeutender geworden ist

Diese Umschichtung der Reizthemen und Ressentiments bildet sich offenbar auch innerhalb der aktivistischen Szene ab. Der Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt beobachtet eine Fokussierung des organisierten Rechtsextremismus auf die Asyl- und Flüchtlingsthematik⁸⁵.

„Ihre bisherigen Themenschwerpunkte, die in der Regel mit der Verherrlichung der NS-Zeit zu tun hatten, traten in den Hintergrund. Bestimmend war weit überwiegend die Asyl- und Flüchtlingsthematik.“

Dass die bisherigen Instrumente zur Erfassung von Einstellungen im rechten Spektrum die aktuell gehegten Orientierungen und Verhaltensmuster nur noch bedingt erfassen⁸⁶ können, war einer der Gründe dafür, das methodische Portfolio des 2018er Monitors um Indikatoren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die auf die Bewertung von Flüchtlingen und Schutzsuchenden abheben, zu erweitern (vgl. Kap. 10.5).

Die einzelnen hier ermittelten Indikatoren werden für die Analysen, der üblichen Vorgehensweise folgend, zu einem Mittelwertindex „Rechtsextremismus“ zusammengefasst (Abb. 39). Dieser Index setzt sich somit aus 5 Fragepaaren (vgl. Tab. 27) zusammen, welche die oben genannten 5 Dimensionen des Rechtsextremismus beinhalten. Dieser neu gebildete Index hat eine theoretische Spannweite von -2 (sehr starke Ausprägung eines rechtsextremen Weltbildes) bis +2 (sehr schwache Ausprägung eines rechtsextremen Weltbildes). Mit Hilfe dieses Index können analog zum Extremismus, zum linken politischen Einstellungsspektrum und zum GMF-Syndrom die verschiedenen Einflussfaktoren identifiziert und geprüft werden.

10.4.1 Determinanten des rechtsextremen Weltbildes

Für die Erklärung von (Rechts-)Extremismus und auch Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit lassen sich aus der Literatur verschiedene theoretische Hypothesen heranziehen. Die für den Sachsen-Anhalt-Monitor 2018 und auch schon für die zurückliegenden Monitore verwendeten Annahmen werden im Folgenden nochmals kurz dargestellt. Einige Thesen können auch für die Erklärung linker Einstellungsmuster verwendet werden.

85 Ministerium für Inneres und Sport (2015): Verfassungsschutzbericht 2015, S. 21f.

86 Zu diesem Ergebnis kommt auch eine von uns im Jahr 2016 durchgeführte Studie. Vgl. Holtmann/Jaek (2016): Wissenschaftliche Expertise zur Weiterentwicklung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit Sachsen-Anhalt. S. 30.

Eines der bekanntesten Erklärungsmuster ist die *Autoritarismus-These*. Diese wurde im Zuge der Studien zur „Authoritarian Personality“ von Theodor W. Adorno⁸⁷ und anderen 1933 in die USA emigrierten Wissenschaftlern des Frankfurter Instituts für Sozialforschung entwickelt. Mit verschiedenen methodischen Ansätzen, u. a. Gruppendiskussionen, Interviews und Befragungen, wurde untersucht, welche individualpsychologischen Orientierungen in Deutschland dem Nationalsozialismus und Rassismus Vorschub geleistet hatten. Adorno fand seine These erhärtet, dass vor allem Menschen mit einem autoritätshörigen also „autoritären Charakter“ dazu neigen, sich Diktaturen kritiklos zu unterwerfen und Vorurteile unbedacht zu übernehmen. Die These der Autoritären Persönlichkeit wurde in den ersten beiden Monitoren von 2007 und 2009 empirisch überprüft und bestätigt.⁸⁸

Ein weiterer individualpsychologischer Untersuchungsansatz ist die von Robert K. Merton⁸⁹ in Anlehnung an Émile Durkheim entwickelte *Anomietheorie*. Diese besagt im Wesentlichen, dass Personen, deren individuelle Teilhabe an materiellen und ideellen Kollektivgütern aufgrund sozialstruktureller Merkmale begrenzt ist, sich entweder zur Wahrung ihrer Interessen zusammenschließen oder aber vom Rest der Gesellschaft abgrenzen. Die Konzentration und Begrenzung des Interaktions- und Handlungsspielraums auf das eigene Milieu kann in der Folge zu abweichendem Verhalten, aber auch zu Ressentiments gegenüber „Fremden, Anderen etc.“ führen.⁹⁰

Im Sachsen-Anhalt-Monitor wird die Triftigkeit dieser Theorie mit Hilfe unterschiedlicher Fragen untersucht, so z. B. dem Ungerechtigkeitsempfinden, einem niedrigen sozioökonomischen Status (Bildung, Einkommen, Beruf) oder auch der subjektiv eingeschätzten Bedrohung durch Armut. Ein indirekter Einfluss anomischer Verhaltensweisen – durch Abgrenzung – erschließt sich zudem über die weiter unten erläuterte Kontakthypothese.

Ein dritter Erklärungsansatz, der für die Untersuchung herangezogen werden kann, ist die *Theorie der (subjektiven) relativen Deprivation*. Diese besagt, dass Zufriedenheit nicht direkt durch die eigenen objektiven Lebensbedingungen (wie bspw. Einkommen) bestimmt wird, sondern erst dadurch, dass die Situation der eigenen Person oder Gruppe in Relation zu anderen Personen oder Gruppen gesetzt wird.⁹¹ Aufgrund dieses

87 Adorno, T. W. u. a. (1950): *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.

88 Vgl. Holtmann, E./Fürnberg, O./Jaeck, T. (2007) & Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2009)

89 Merton, R. K. (1938): *Social Structure and Anomie*. In: *American Sociological Review*, 3, S. 672-682.

90 Vgl. auch Heitmeyer, W. (1989) *Rechtstextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim. Juventa.

91 Die Unterscheidung zwischen Individuen und Gruppen wird als „egoistische“ bzw. „fraternalistische“ relative Deprivation bezeichnet. Vgl. Runciman, W. G. (1966): *Relative Deprivation and Social Justice: a Study of Attitudes to Social Inequality*. London. Routledge & Kegan Paul.

92 Farwick, A. (2008): *Segregation und Eingliederung: zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess*. Wiesbaden: VS.

Selbstvergleichs wird eine Diskrepanz wahrgenommen zwischen dem, was man hat, und dem, was einem der eigenen Meinung nach zusteht.⁹²

Empfundene Benachteiligungen dieser Art können sich in Extremismus und eben auch in fremdenfeindlichen Einstellungen manifestieren, dann nämlich, wenn die „Fremden“ als Sündenbock für die eigene (vermeintliche) Benachteiligung oder Notlage herangezogen werden. Analog kann die Schuldzuschreibung auch an politische Institutionen und Akteure (Politiker) oder gesellschaftliche Großgruppen wie Westdeutsche oder Ostdeutsche erfolgen. Mit anderen Worten: Relative Deprivation kann zu sozialer, wirtschaftlicher und politischer Unzufriedenheit führen, die sich an anderen Personen(-gruppen), die eine Projektionsfläche für Neid und den Verdacht der Bevorzugung abgeben, festmacht⁹³.

Geprüft wird die Deprivationsthese im aktuellen Sachsen-Anhalt-Monitor anhand der Zufriedenheit mit der eigenen gesellschaftlichen und ökonomischen Situation, der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, der Bewertung der persönlichen Zukunft und dem subjektiven Gefühl, ob man auch das bekommt was einem zusteht.

Eng verwoben mit dem Ansatz der relativen Deprivation ist die *Gruppenbedrohungstheorie*. Diese besagt, dass der Wettbewerb um knappe Ressourcen (*Konkurrenzhypothese*), wie zum Beispiel um Arbeitsplätze oder erschwinglichen Wohnraum, ein Auslöser für extremistische und gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen sein kann. Um die Annahme zu überprüfen, werden in der Regel – ähnlich wie bei der Anomietheorie – sozioökonomische Merkmale, wie der formale Bildungsgrad oder die Bedrohung durch Armut untersucht. Zum einen wird vermutet, dass Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau und unsicheren ökonomischen Verhältnissen sich durch die Konkurrenz „fremder“ Gruppen stärker bedroht sehen und daraus folgend eher extremistische Einstellungen ausbilden. Zum anderen wird der Ausländeranteil eines Wohngebietes in den Blick gerückt, der eine soziale Konkurrenzsituation räumlich abbildet. Insbesondere im Zuge der wachsenden Bedeutung des Flüchtlingsthemas hat diese Theorie zunehmend Beachtung gefunden und empirisch an Einflussstärke gewonnen.

Dem gegenüber steht die Hypothese des so genannten *Intergruppen-Kontakts* („*Kontakt-Hypothese*“). Sie basiert ursprünglich auf der Forschung von Allport und Williams⁹⁴ zu gespannten Beziehungen zwischen der weißen und afro-amerikanischen Bevölkerung der USA in den 1950er Jahren. Die Grundannahme lautet hier, dass häufige Kontakte zwischen verschiedenen Gruppen unter bestimmten Bedingungen dazu führen, dass Vorurteile und negative Ansichten über die „Fremdgruppe“ abgebaut werden und die gegenseitige Wahrnehmung positiv beeinflussen. Die Kontakte sollten da-

93 Vgl. Güttler, P. O. (2003): *Sozialpsychologie: Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen*. München: Oldenbourg.

94 Vgl. Allport, G. W. (1954): *The Nature of Prejudice*. Cambridge: Addison-Wesley. & Williams; Robin, M. (1947): *The Reduction of Intergroup Tensions. A Survey of Research on Problems of Ethnic, Racial and Religious Group Relations*. New York: Social Science Research Council.

bei idealerweise auf „Augenhöhe“ stattfinden (Arbeit, Kindergarten, Schule, Verein usw.). Kontakte, die beispielsweise ausschließlich auf der Basis geografischer Nähe bestehen, können dementsprechend auch gegenteilige Prozesse auslösen (so die Theorie der Gruppenbedrohung) und somit die Kontakthypothese überformen⁹⁵.

Im Folgenden werden die im Sachsen-Anhalt-Monitor 2018 erhobenen fünf Dimensionen des Rechtsextremismus in ihrer Gesamtheit aufgeschlüsselt und nach den stärksten Einflussfaktoren geordnet. Die Auswahl der Einflussfaktoren basiert größtenteils auf den oben ausgeführten theoretischen Vorüberlegungen zur Erklärung fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Zusammenhangsmuster und individueller politischer Präferenzen (Abb. 39).

Die Rechtsextremismus-Skala hat einen Mittelwert von ca. 0,8, das heißt gemessen auf einem Spektrum von -2 bis +2, entspricht dieser Wert einer mehrheitlichen Ablehnung dieser Dimension.

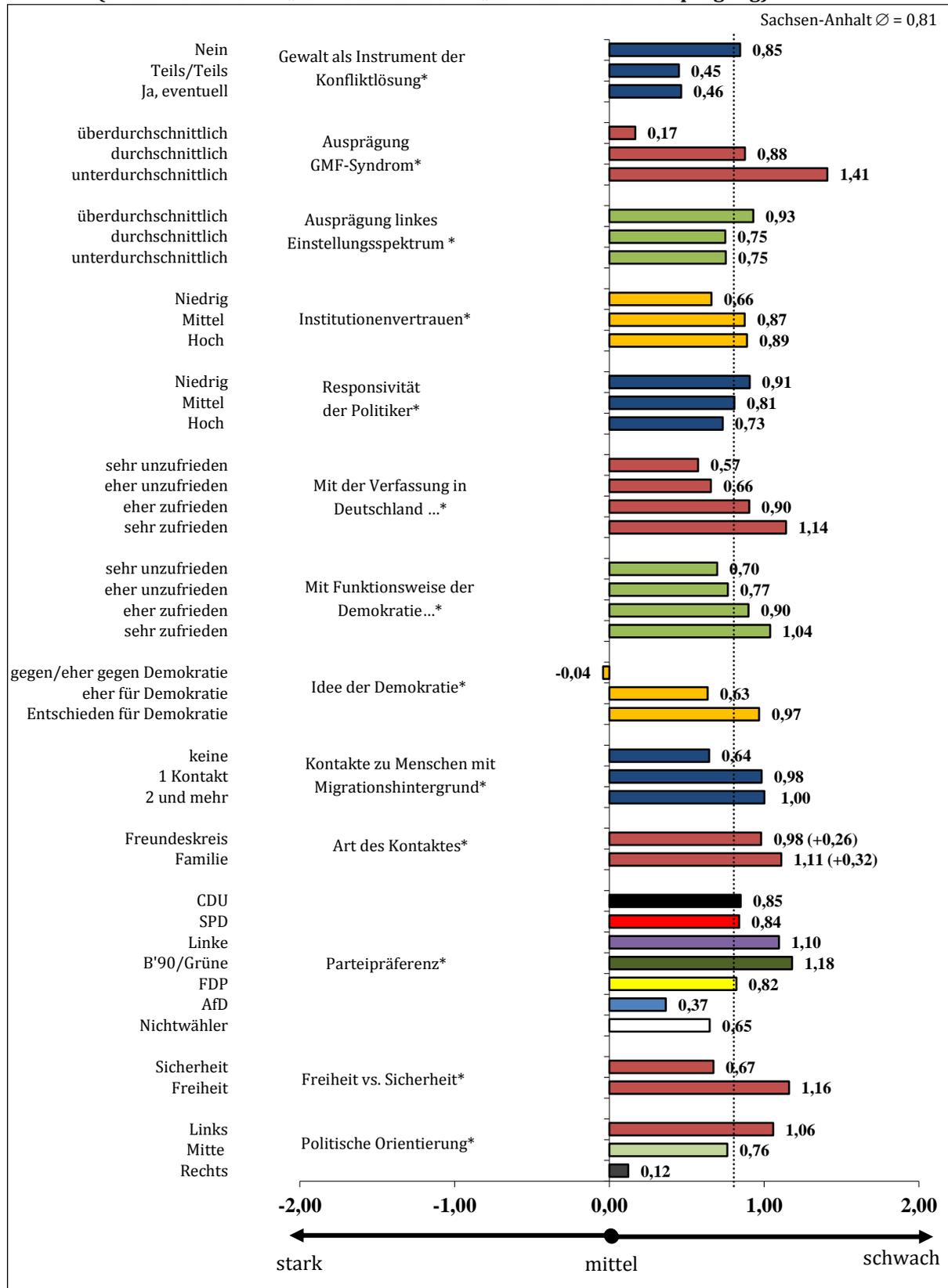
Die stärkste Erklärungskraft für die Affinität zum Rechtsextremismus haben klare politische Positionierungen, wie eine entschiedene Ablehnung demokratischer Grundwerte, die Parteisymphathie und die Links-Rechts-Selbsteinschätzung. So unterscheiden sich diejenigen, die Demokratie als Idee ablehnen, von den Befürwortern um gut einen Skaleneinheit (ebd.), zudem befinden sich die Gegner der Demokratieidee als einzige Gruppe im negativem Wertebereich der Skala. Ebenso deutlich, und wenig überraschend, fällt der Unterschied zwischen Personen aus, die sich im politischen Spektrum links bzw. rechts verorten. Hier beträgt die Differenz etwas weniger als einen Skaleneinheit. Befragte mit einer unterdurchschnittlichen oder durchschnittlichen linken politischen Einstellung teilen die Mehrheit der Bürger des Landes. Und auch bei überdurchschnittlich gesinnungsfesten Linken liegt der Mittelwert nur knapp über dem landesweiten Gesamtwert

Unter Sympathisanten der politischen Parteien sind Anhänger der AfD rechtem Gedankengut am nächsten positioniert. CDU-, FDP- und SPD-Wähler entsprechen mehr oder weniger dem landesweiten Durchschnitt. Hingegen zeigen sich Anhänger der Linken und insbesondere der Grünen für rechte Einstellungsmuster am wenigsten empfänglich. Nichtwähler liegen in ihrer Position zwischen AfD-Anhängern und dem Landesdurchschnitt. Dieser Befund war 2014 in gleicher Weise feststellbar⁹⁶.

95 Ein vergleichbares Phänomen tritt beispielsweise auf, wenn Kontakte Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund nur durch die räumliche Nähe (Nachbarschaft) bestehen und eben nicht auf „Augenhöhe“ stattfinden (Arbeitsplatz, Freunde und Bekannte, Familie, Verein). Ein solcher Prozess ließ sich 2016 bspw. im Wohnquartier „Südpark“ in Halle (Saale) beobachten ließ. (Jaek, 2016 <https://www.mz-web.de/halle-saale/soziologe-zum-brennpunkt-suedpark-ghetto--wohl-eher-ein-problemviertel--24767034>)

96 SAM 2014, S. 116.

Abb. 39 Skala Rechtsextremismus nach politischen Einstellungen
(Mittelwerte von -2 „sehr starke“ bis +2 „sehr schwache“ Ausprägung)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die so genannte Kontakthypothese nach Allport hat ebenfalls starke Erklärungskraft für die Nähe zu Rechtsextremismus. Je häufiger Kontakte mit Ausländern bestehen,

desto weniger wahrscheinlich ist ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Dies gilt insbesondere für „freiwillige“ Kontakte im Alltag, die auf „Augenhöhe“ im Freundes- und Bekanntenkreis oder der Familie gepflegt werden.

Vorhandene relative soziale Deprivation wirkt insbesondere indirekt über die wahrgenommene Demokratieperformanz und psychosoziale Einstellungen. Ist jemand überzeugt, es gehe im Leben ungerecht zu, und bewertet er seine persönliche Zukunftsaussichten überwiegend negativ, äußert sich das nicht nur in Unzufriedenheit und sinkendem Vertrauen gegenüber der Regierung, der Verfassung und den Politikern, sondern es manifestiert sich auch in einem rechtsextremen Einstellungsbild. Dabei werden in erster Linie „Andere“ (Politiker, „das Establishment“ oder, wie im Rechtsextremismus verankert, eben Ausländer, vermeintlich Schwächere, Migranten, Semiten usw.) für das eigene Scheitern oder Nachteileerleben verantwortlich gemacht (Abb. 39 und Abb. 40). Wird „Sicherheit“ wichtiger als „Freiheit“ erachtet, schlägt sich das in einem deutlichen Zuwachs rechter Werthaltungen nieder. Dies ist insofern bedeutsam, als sich fast drei Viertel der Sachsen-Anhalter im direkten Vergleich für Sicherheit aussprechen würden.

Menschen mit einer ausgeprägten Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verfügen in besonders starkem Maße über rechtsextreme Einstellungsmuster. Der Zusammenhang ist in seiner Größe allerdings nicht mit den anderen Einflussfaktoren vergleichbar, da die Dimensionen Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit bereits Teil der GMF-Skala sind.

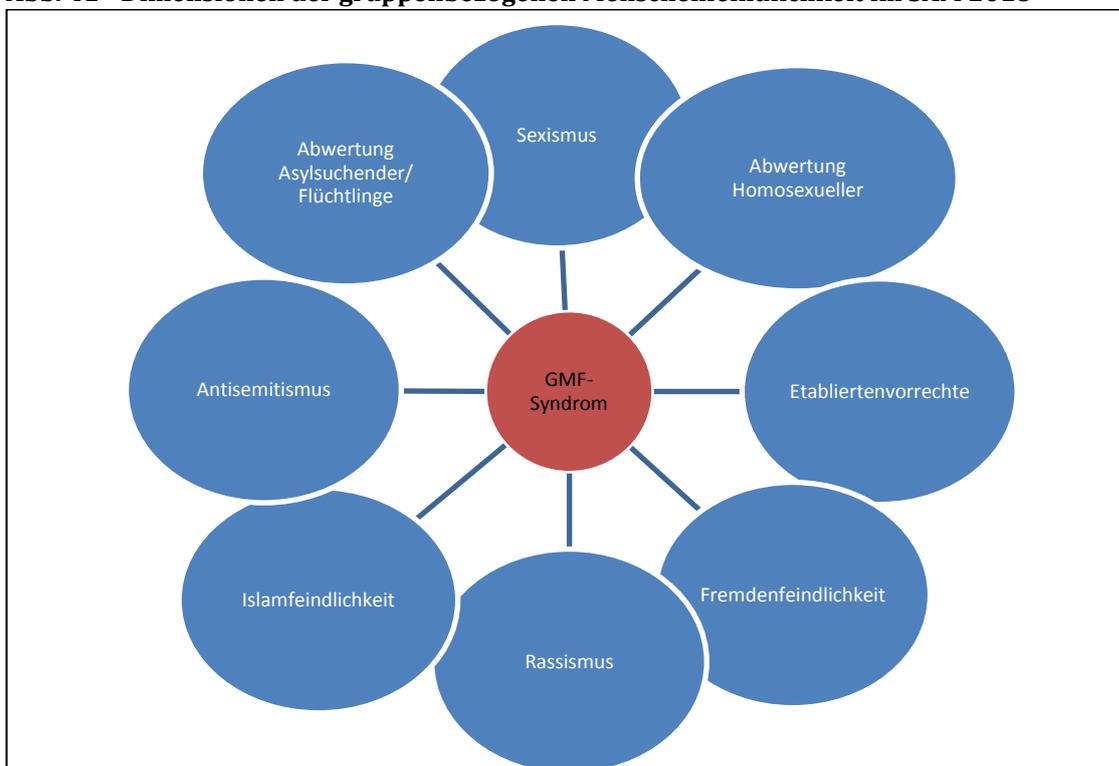
Sozialstrukturell wird Rechtsextremismus durch die gleichen Faktoren wie systemkritischer Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit begünstigt. Allerdings sind diese Zusammenhänge weit weniger stark ausgeprägt (vgl. Abb. 40, Abb. 34 und Abb. 43). Insgesamt fallen sozialstrukturelle Faktoren, mit Ausnahme der Bildung, wie schon 2014, weniger ins Gewicht als die politischen Orientierungen.

Die durchgängig signifikanten Einflüsse sozioökonomischer Kriterien wie Bildung, Einkommen, Armutsrisiko sprechen für die Erklärungskraft der Anomietheorie und der Konkurrenzhypothese (Gruppenbedrohungstheorie). Wie schon in den vergangenen Monitoren bestätigt sich abermals, dass höher Gebildete weniger anfällig für rechte Weltanschauungen sind. Ähnliche, jedoch etwas schwächer ausgeprägte Zusammenhänge zeigen sich für das Haushaltseinkommen. Dabei fallen aber nur stark überdurchschnittliche Einkommen toleranzfördernd ins Gewicht.

Insgesamt erweisen sich die Indikatoren relativer Deprivation, also persönliche Unzufriedenheit, wahrgenommene Ungerechtigkeit, gefühlte Benachteiligung und pessimistische Zukunftsaussichten, als am meisten aussagekräftig. Hinzu kommt ein deutlicher Alterseffekt. Mit zunehmendem Alter ist ein Anstieg rechter Weltanschauungen zu beobachten (Abb. 40).

oder auch Gewaltbereitschaft, spielen hingegen für die Konstruktion von GMF explizit keine Rolle. Das verbindende Kennzeichen beider Ansätze, also des Rechtsextremismus und des GMF-Syndroms, ist das Vorhandensein von Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber anderen Ethnien, Lebensweisen oder überhaupt „Anderem“ oder Neuem. Während im Konzept des Rechtsextremismus nur allgemein nach sozialdarwinistischen Einstellungen gefragt wird, werden im GMF-Modell dezidierte abwertende Einstellungen gegenüber anderen Gruppen erhoben. Dieses verbindende Kennzeichen „Abwertung von Anderen“ wird im GMF-Konzept deutlich erweitert und betrachtet nicht nur die Gruppen der Ausländer und Semiten (vgl. Kap. 10.2). Zudem kann das Konzept ohne weiteres um relevante Gruppen erweitert werden, um sich aktuellen Entwicklungen und verschiedenen Kontexten anzupassen.

Abb. 41 Dimensionen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im SAM 2018



Quelle: Eigene Abbildung abgewandelt nach Zick et al. (2016)

So wurden dem GMF-Konzept in den letzten Jahren beispielsweise die Dimensionen Islamfeindlichkeit, abwertende Haltungen zu Trans*menschen⁹⁷ und Antiziganismus hinzugefügt.

Die fehlende Flexibilität bezüglich der Inklusion weiterer Personengruppen im Anwendungsbereich der Konsensus-Definition stellt im Übrigen einen Hauptkritikpunkt am Analysekonzept des Rechtsextremismus dar. Denn ein integraler Bestandteil von Rechtsextremismus ist die Ideologie einer Ungleichwertigkeit von Leben, und diese Grundeinstellung bezieht sich in der Regel auf alle, als vermeintlich „schwach, abwei-

97 Im Monitor nicht erhoben

chend, nicht normal oder [eben] fremd [bzw. anders] usw.“ (Zick/Klein, S. 62 [Erg. der Autoren]) deklarierten Gruppen⁹⁸, und eben nicht nur auf Ausländer (Fremde) und Semiten.

Ergänzt wird das GMF-Syndrom um die so genannten Etabliertenvorrechte gegenüber anderen Gruppen. Hierbei wird untersucht, inwieweit die ansässige (*autochthone*) Bevölkerung der Ansicht ist, mehr Rechte zu haben als neu hinzugezogene (*allochthone*) Menschen. Im aktuellen Sachsen-Anhalt Monitor haben wir einige Gruppen des GMF-Survey nicht berücksichtigt; hierzu gehören Langzeitarbeitslose, Menschen mit physischer oder psychischer Beeinträchtigung, Obdachlose, Trans*menschen sowie Sinti und Roma. Dafür haben wir Einstellungen zu Geflüchteten und Schutzsuchenden mit aufgenommen. Die von uns erhobenen Indikatoren sind in der folgenden Tabelle vollständig dargestellt. Analog zum Rechtsextremismus (Tab. 27), sind die jeweiligen Randkategorien „stimme voll und ganz zu“ (Zustimmung rot hinterlegt) und „stimme überhaupt nicht zu“ (Ablehnung grün hinterlegt) in ihren Anteilsausprägungen mit abgebildet (Tab. 28).

Die Anteile derjenigen Sachsen-Anhalter, die einzelnen Facetten des GMF-Syndroms zustimmen, liegen im deutschlandweiten Vergleich teilweise leicht über oder unter dem bundesweiten Durchschnitt der Referenzstudie⁹⁹. Eine Ausnahme bilden die Einstellungen zur Rolle der Frau in der heutigen Gesellschaft. Hier sind in Sachsen-Anhalt weniger der Ansicht, eine Frau sollte sich auf die Rolle der Hausfrau und Mutter konzentrieren oder gar auf eine eigenen Karriere verzichten, um den Mann bei seinem beruflichen Fortkommen zu unterstützen.

Weiterhin fällt auf, dass die einzelnen Dimensionen innerhalb des GMF-Syndroms, wie schon beim Rechtsextremismus, in Sachsen-Anhalt wesentlich weniger entschieden abgelehnt werden. Hier finden sich Unterschiede von bis zu 20 Prozentpunkten zu bundesweiten Vergleichswerten.

98 Zick, A./Klein, A. (2014): *Fragile Mitte - Feindselige Zustände*, Bonn, S. 61ff.

99 Zick et al.(2016), S. 44f., S.

**Tab. 28 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt
(Nennungen „stimme voll und ganz zu“ / „stimme überhaupt nicht zu“ in Prozent)**

Frage 32	Sachsen-Anhalt 2018	Deutschland Gesamt (2016)
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	31,3	37,2
	12,5	12,4
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	16	18,6
	38,1	44,6
Homosexualität ist unmoralisch.	5,3	6,0
	75,3	81,3
Es ist ekelhaft wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	8,8	9,9
	56,9	72,9
Aussiedler sollten besser gestellt sein als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	7,4	7,8
	47,3	61,6
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	2,8	5,4
	70,9	75,6
Für die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge sollte eine Obergrenze eingeführt werden.	48,8	38,1
	10,7	21,4
Der Lebensstandard der Deutschen wird durch die Aufnahme der Flüchtlinge sinken.	13,9	12,4
	34,7	42,3
Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	19,3	18,5
	14,2	24,2
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein (gedrehtes Item/positiv formuliert).	3,8	9,5
	52,8	42,8
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	1,7	4,4
	83,2	77,6
Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	2,4	6,8
	79,5	68,3
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurück schicken.	7,9	7,6
	41,8	61,4
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	19,7	17,6
	27,1	44,1
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	8,2	6,8
	42,2	62,4
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	14,9	18,1
	35,8	47,0
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	3,2	4,3
	69,7	77,8
Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	1,6	2,1
	75,3	81,5

Zustimmung

Ablehnung

Quelle: Daten SAM 2018, Zick et al.(2016), S. 44f

Allerdings ist dies eine bundesweit mehrheitsfähige Aussage. Hier liegt der Schnitt der Zustimmenden, zwar etwas niedriger, aber immer noch bei etwas über 50 Prozent allgemeinen Befürwortern. Sogar noch etwas mehr (52,8%) sprechen sich klar gegen eine großzügige Prüfung von Asylanträgen aus. Auch diese Aussage findet bundesweit eine Mehrheit.

Für gut 30 Prozent ist es selbstverständlich, dass Menschen die neu im Land sind sich erstmal mit „weniger“ zufrieden geben müssen. Ungefähr jeder Fünfte glaubt sich sicher zu sein, dass die meisten Asylbewerber in ihrem Land gar nicht verfolgt werden

und ihrem Land folglich aus freien Stücken oder wirtschaftlichen Gründen den Rücken kehren. Ebenfalls jeder Fünfte stimmt der pauschal abwertenden Aussage „Es gäbe *zu viele* Ausländer“ im Land grundsätzlich zu. Auch diese Aussage scheint bundesweit konsensfähig zu sein. Immerhin 16 Prozent in Sachsen-Anhalt (bundesweit sogar noch etwas mehr: 19 %) stimmen einer gewissen strukturellen rechtlichen Benachteiligung von Menschen, die im Laufe ihres Lebens nach Deutschland kommen, bestimmt zu. Ein vergleichbarer Anteil von 15 Prozent (auch hier ist der Anteil bundesweit etwas höher: 18 %) fühlt eine Überfremdung durch Muslime im eigenen Land und fürchtet zudem, dass sich der Lebensstandard der Deutschen durch die Aufnahme von Flüchtlingen verschlechtern wird (Tab. 28).

10.5.1 Determinanten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Analog zu den anderen im Monitor verwendeten Skalen, wird auch für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eine Mittelwertskala gebildet, in die alle 18 Indikatoren, der hier verwendeten 9 Unterdimensionen einfließen. Diese Skala hat erneut eine Spannweite von -2 (sehr starke Ausprägung eines GMF-Syndroms) bis +2 (keine Ausprägung eines GMF-Syndroms [Abb. 42]).

Gruppenbezogene Menschenfeindliche Einstellungen finden sich vor allem unter Menschen mit einem überdurchschnittlich ausgeprägten rechtsextremen Einstellungshorizont¹⁰⁰ und denjenigen, die sich auf dem politischen Kontinuum Rechts verorten. Diese Faktoren sind statistisch stärker ausgeprägt als beim systemkritischen und rechten Extremismus. Im Hinblick auf die Parteipräferenz sind es vor allem Anhänger der AfD, die menschenverachtenden Einstellungen mit Abstand häufiger beipflichten als Anhänger aller anderen Parteien.

Wie bezüglich des Rechtsextremismus, haben Kontakte zu Menschen aus anderen Kulturen und mit Migrationshintergründen einen abschwächenden Effekt auf das GMF-Syndrom. Auch hier ist es von Vorteil, wenn die Kontakte in den Freundes- oder Familienkreis hineinreichen.

Zufriedenheit mit der demokratischen Verfassung, mit der Idee und dem Funktionieren der Demokratie sind ebenfalls eine Voraussetzung für Toleranz gegenüber Anderen.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird auch in starkem Maße durch sozialstrukturelle Faktoren geprägt (Abb. 43). Diese Faktoren sind ähnlich wirksam wie beim systemkritischen und rechten Extremismus, also als Effekte von sozialer Deprivation, Unzufriedenheit mit dem Leben, pessimistischen persönlichen Zukunftsaussichten, niedrigem Bildungsniveau, unterdurchschnittlichem Einkommen und höherem Alter.

¹⁰⁰Hier gilt das gleiche wie beim Rechtsextremismus, da rechtsextremistische Einstellungen Teil der GMF-Skala sind kann die Zusammenhangsstärke mit den anderen Indikatoren nicht direkt verglichen werden.

verantwortlich machen und sich folglich für Integration als aufgeschlossener erweisen. Ein Ergebnis, dem in einem vom demografischen Wandel stark geprägten Land eine besondere Bedeutung beigemessen werden kann. Dabei sind vor allem Räume und Quartiere hervorzuheben, welche innerhalb des Landes überdurchschnittlich stark durch demografischen Wandel verändert werden bzw. wurden (z.B. der ländliche Raum oder Großwohnsiedlungen in Städten).

10.6 Das betont linke politische Einstellungsspektrum

Das gesellschaftliche und politische Interesse an Linksextremismus hat in Reaktion auf die Militanz linksautonomer Gruppen und insbesondere unter dem Eindruck der gewalttätigen Vorfälle im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg im Juli 2017 zugenommen. Forschungspraktisch besteht jedoch insofern ein Ungleichgewicht, als dem Thema Linksextremismus in Umfragen und quantitativen Studien bisher nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Im Sachsen-Anhalt-Monitor erheben wir 2018 erstmals auch ausgeprägt linke politische Einstellungen, die sich je nach der Kombination der Variablen einem radikalen oder auch extremen linken politischen Weltbild zuordnen lassen können. Für den aktuellen Monitor orientieren wir uns an der Berliner Linksextremismus-Studie¹⁰¹ von Schroeder und Deutz/Schroeder. Diese Studie bietet zum einen relativ zeitnahe Vergleichsmöglichkeiten. Zum anderen wurden dort im Rahmen einer Erhebung konkrete Dimensionen und Fragestellungen formuliert.

Für den Sachsen-Anhalt-Monitor 2018 werden linke und rechte politische Einstellungen, soweit möglich, in Beziehung gesetzt, Erklärungsgrößen ermittelt und verglichen sowie Berührungspunkte und Differenzen dieser beiden konträren Einstellungsmuster erörtert. Wir verweisen ausdrücklich darauf, dass die hier ausgewiesenen Anteilswerte linker Einstellungen hinsichtlich ihrer Größe nicht direkt mit denen rechter Einstellungen verglichen und in Beziehung gesetzt werden können.

Die Berliner Linksextremismus-Studie ist in der wissenschaftlichen Rezeption kontrovers aufgenommen worden. Aus Sicht der Kritiker kann mit dem entwickelten Messinstrument Linksextremismus nicht gemessen werden. Im Monitor sprechen wir deshalb von einem betont linken politischen Einstellungsspektrum, das radikale bis extreme Positionen einschließt.

Das betont linke politische Einstellungsspektrum umfasst dabei folgende 5 Dimensionen und zusätzlich diesen untergeordnete Aspekte, die hier stichwortartig aufgeführt sind:

101 Deutz-Schroeder, M./Schroeder, K. (2016) Linksextreme Einstellungen und Feindbilder, Berlin, S. 14.

1. Antikapitalismus¹⁰²
 - a) kausale Beziehung von Kapitalismus zu Faschismus
 - b) Antimilitarismus
2. Antirassismus
 - c) politischer Rassismus in Deutschland¹⁰³
 - d) Alltagsrassismus¹⁰⁴
3. Demokratiefeindlichkeit (-> Extremismus allg. Kap. 10.1)
 - e) Unreformierbarkeit des Systems
 - f) Abschaffung des Staates¹⁰⁵
4. Kommunismus/Idee des Sozialismus als Staatsform
 - g) Wirtschaft¹⁰⁶
 - h) Utopie
5. Migration
 - i) Flüchtlingsproblematik -Zuwanderung für Alle

Anhand dieser Definition würden wir von einem politisch stark linksorientierten Weltbild sprechen, wenn die Befragten eine überdurchschnittliche antikapitalistische Grundeinstellung vertreten und diese Wirtschaftsform kausal mit Faschismus und Krieg in Verbindung setzen. Wenn ein Bild von einem Staat vertreten wird, der rassistische Verhaltensweisen befördert und wenn Ausländerfeindlichkeit als ein festverankertes Phänomen in unserer Gesellschaft gesehen wird. Hinzu kommt eine klare Ablehnung des Staates bei gleichzeitiger Befürwortung einer Revolution an Stelle von Reformen. Zudem wird eine Nähe zu sozialistischen und kommunistischen Grundprinzipien erkennbar und schließlich gefordert, dass ausnahmslos alle schutzsuchenden Menschen von Deutschland aufgenommen werden sollten. Die Verteilung der einzelnen Indikatoren finden sich, mit Ausnahme der dem Extremismus in Kapitel 10.1 zugerechneten demokratiefeindlichen Indikatoren, in der folgenden Tabelle (Tab. 29). Wie schon in den vorangegangenen Kapiteln stellen wir nur die jeweils nachdrücklichen Ablehnungen und Zustimmungen dar, um der Betrachtung eines Randphänomens gerecht zu werden. Auch hier gilt wie für den gesamten Monitor, dass eine genaue Auf-

102 Die genauen Fragestellungen können dem Fragebogen im Anhang entnommen werden (Frage 18a-i).

103 Die Frage wurde auf Grund von Verständnisschwierigkeiten für die Erhebung leicht angepasst.

104 Die Frage wurde auf Grund von Verständnisschwierigkeiten für die Erhebung leicht angepasst.

105 Eigenentwicklung SAM 2018

106 Eigenentwicklung SAM 2007

schlüsselung der Daten nach allen Antwortkategorien dem Tabellenband entnommen werden kann.

Zunächst fällt auf, dass die Verteilung im Vergleich mit den anderen im Einstellungskomplex Extremismus untersuchten Dimensionen recht homogen in ihrer Zustimmung ausfällt. Im Schnitt stimmen mehr oder weniger 5 Prozent der Befragten den einzelnen Punkten entschieden zu, während eine mehr oder weniger deutliche Mehrheit diese ablehnt. Eine Ausnahme bilden zum einen die mit Kapitalismuskritik und Nähe zum Sozialismus indizierten Fragen und zum anderen die Empfindung eines verbreiteten Alltagsrassismus. So sind es fast ein Fünftel, die sich klar für eine Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftsunternehmen aussprechen (17,6 %) und fest daran glauben, dass Kapitalismus letztlich zu militärischen Konflikten führen muss (19,5%; Tab. 29).

Tab. 29 Betont linkes Einstellungsspektrum in Sachsen-Anhalt
(Nennungen „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“ = Zustimmung;
„Stimme überhaupt nicht zu“ und „Stimme eher nicht zu“ = Ablehnung)

Frage 31 & Frage 32	Sachsen-Anhalt 2018
Der Kapitalismus führt letztlich zu Faschismus.	6,6 45,4
Kapitalismus führt zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen.	19,5 22,5
Die deutsche Ausländerpolitik diskriminiert Menschen nicht-deutscher Abstammung.	3,8 35,1
Ausländerfeindlichkeit lässt sich bei uns in Deutschland überall im Alltag beobachten.	29,7 7,4
Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser – wir brauchen eine Revolution. ¹⁰⁷	5,4 48,9
Der Staat ist ein Instrument der Unterdrückung, das abgeschafft werden muss. ¹¹⁰	5,1 59,1
Wichtige Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.	17,6 30,9
Nur im Sozialismus bzw. Kommunismus ist ein menschenwürdiges Leben möglich.	5,1 47,3
Deutschland sollte prinzipiell alle Personen aufnehmen, die in unserem Land Zuflucht suchen.	4,0 39,4

■ Zustimmung

■ Ablehnung

Quelle: Daten SAM 2018

Etwa 30 Prozent sind überzeugt, dass Ausländerfeindlichkeit ein deutsches Alltagsphänomen sei. Nimmt man die „eher“ verhaltenen Zustimmungenden hinzu, sind es fast 60

107 Diese Fragen laden sowohl auf dem linken als auch dem rechten (teilweise sogar stärker) politischen Einstellungsspektrum und werden deshalb aus der Skalenberechnung ausgeschlossen und einem gesondert betrachteten systemkritischem Extremismus zugeordnet (Kap. 10.1). Bei Schroeder (2016, S. 14) waren die Zustimmungswerte zu diesem Item der „Demokratiefeindlichkeit“ unter den Personen mit äußerst rechter politischer Verortung ebenfalls höher als bei denen, die sich am linken Rand einordneten [vgl. Jesse, E. (2016) In: Uwe Backes/Alexander Galus/ Eckhard Jesse (Hrsg.) Extremismus & Demokratie. S.387.]

Prozent. Allerdings glaubt nur ein minimaler Anteil von vier Prozent an eine strukturelle Benachteiligung von „Nicht-Deutschen“ durch die deutsche Ausländerpolitik. Auf vergleichsweise minimale Zustimmung stößt auch die Aussage, dass Deutschland ausnahmslos alle Zuflucht suchenden Menschen aufnehmen soll (4 %). Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen der GMF-Skala und der Frage nach der Einführung einer Obergrenze (Tab. 28).

10.6.1 Determinanten des linken politischen Einstellungsspektrums

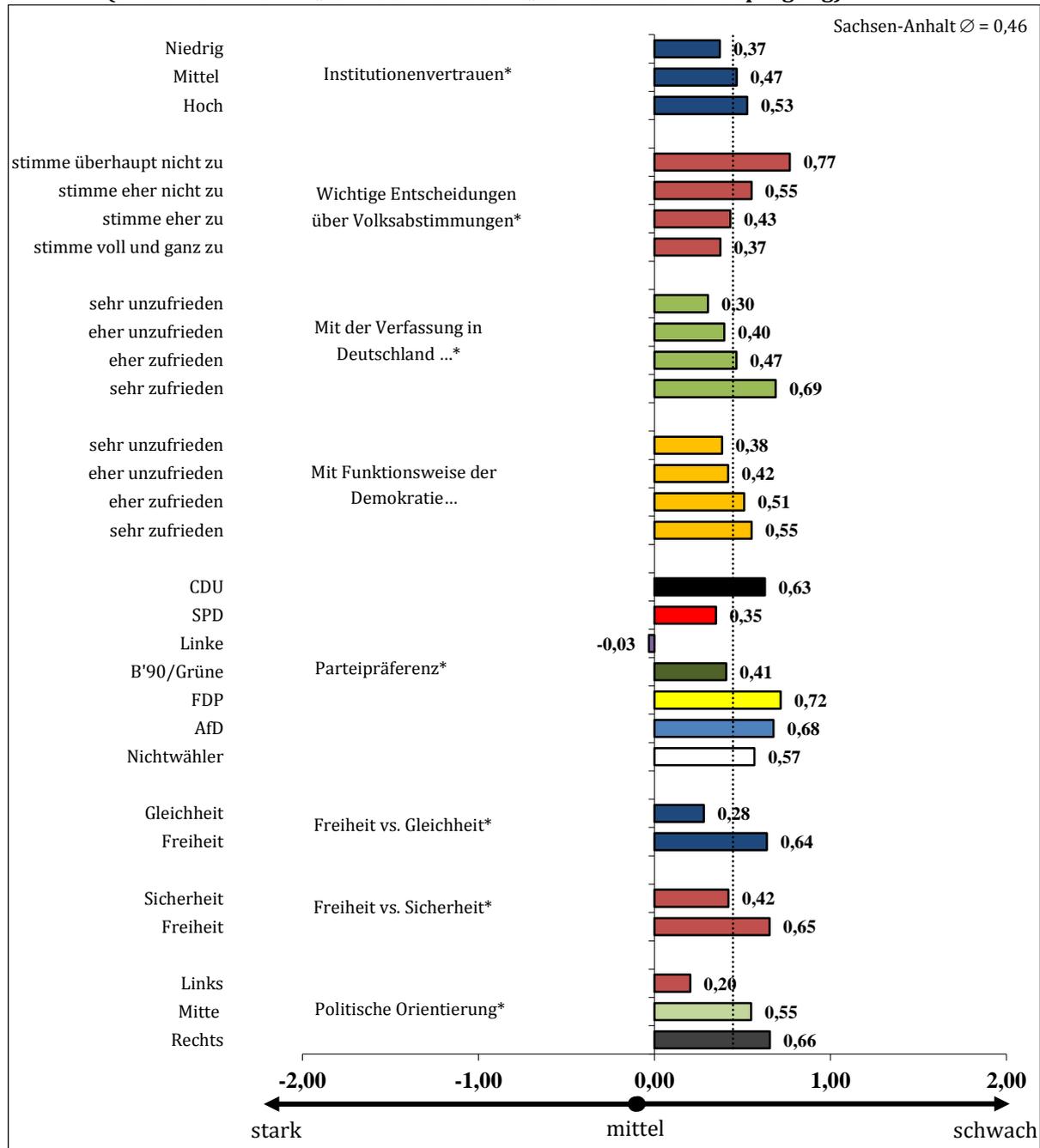
Um nun die tatsächlichen Einflussfaktoren eines linken Einstellungsspektrums ermitteln und vergleichen zu können, erstellen wir in analoger Weise zu unseren anderen Skalen eine zentrierte Mittelwertskala, welche wiederum eine Spannweite von -2 („starke Ausprägung linker Einstellungen“) bis +2 („keine Ausprägung linker Einstellungen“) aufweist (Abb. 44).

Das hier untersuchte linke politische Einstellungsspektrum weicht stark von den anderen Skalen ab. Die Schwankungsbreite (Varianz) innerhalb der Häufigkeitsverteilung ist relativ gering, dementsprechend variiert auch die Einflussgröße der Erklärungsfaktoren wenig. Das heißt, unabhängig von individuellen Präferenzen zeigt sich diese Dimension relativ starr. Ein Mittelwert von + 0,46 (ebd.) zeigt an, dass diese Dimension im Schnitt eher abgelehnt als befürwortet wird, allerdings weit weniger stark als beim systemkritischen Extremismus (1,22), beim Rechtsextremismus (0,81) und beim GMF-Syndrom (0,66).

Eine betont linke politische Gesinnung nimmt vor allem dort konkrete Form an, wo die verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Demokratieidee in Deutschland in Zweifel gezogen, wo eher für eine direkte anstelle einer repräsentativen Demokratie plädiert wird, und wo Gleichheit und Sicherheit gegenüber der Freiheit der Vorzug gegeben wird. Etwas weniger stark zeigt sich der Einfluss von Institutionenvertrauen und der Einschätzung des Funktionierens der Demokratie. Am stärksten lässt sich die Dimension „betont links“ durch die Parteipräferenz erklären. Anhänger der Linken teilen am ausdrücklichsten eine linke politische Weltsicht. Die deutlichste Ablehnung bekunden Parteigänger von FDP, AfD, CDU und die Nichtwähler. Sympathisanten von SPD und Grünen liegen leicht unterhalb des Durchschnitts und tendieren, dabei deutlicher die der SPD, zu gemäßigt linken Positionen (ebd.).

Der Einfluss der sozioökonomischen Merkmalsausprägungen (siehe Abb. 45) unterscheidet sich partiell von denen der ebenfalls untersuchten Dimensionen Rechtsextremismus und GMF. So neigen Menschen, die glauben, im Schnitt viel/etwas mehr zu bekommen als sie verdienen, eher dem linken politischen Spektrum zu.

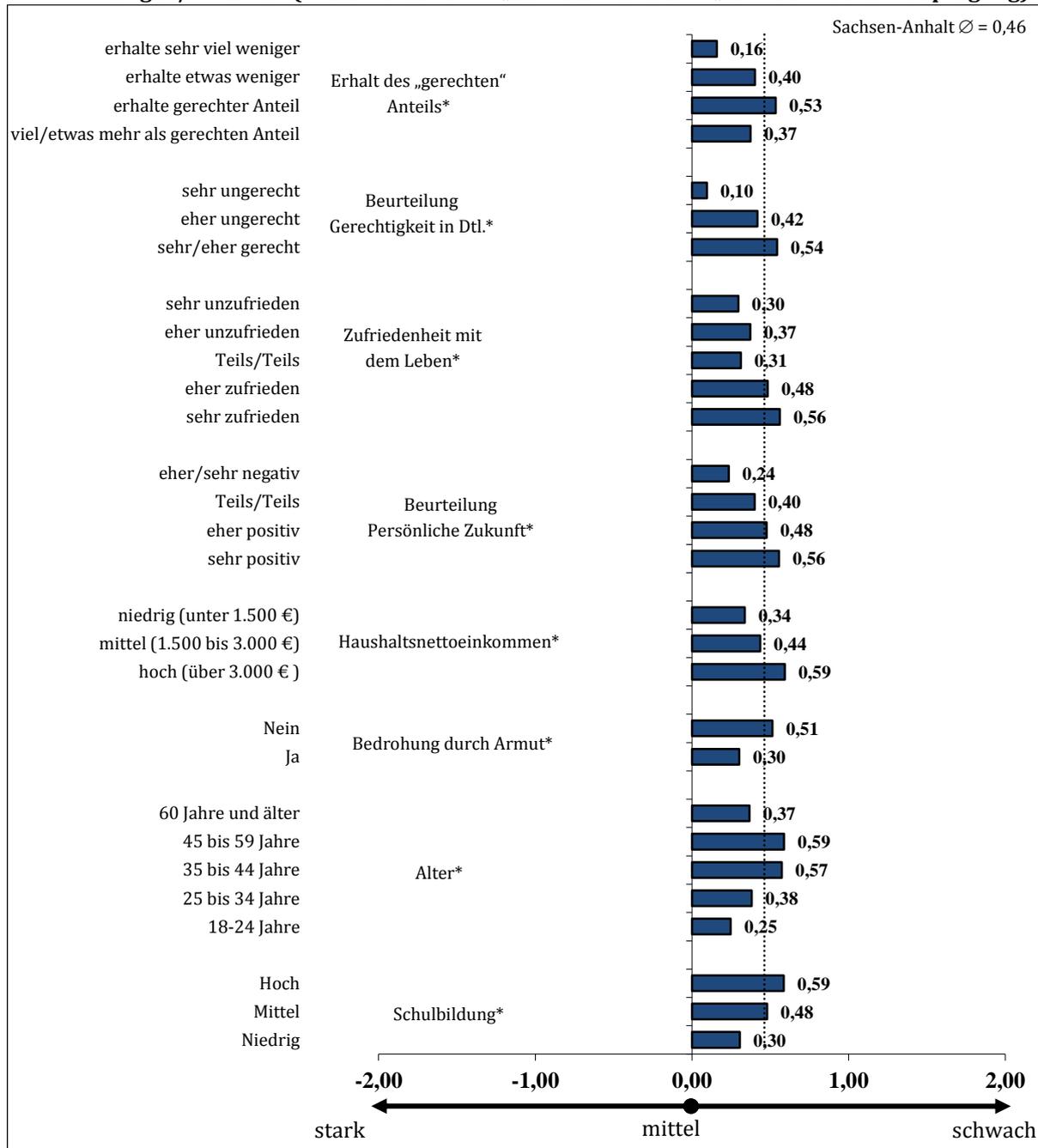
**Abb. 44 Skala betont Linkes politisches Einstellungsspektrum nach politischen Einstellungen
(Mittelwerte von -2 „sehr starke“ bis +2 „sehr schwache“ Ausprägung)**



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Dies trifft auch für diejenigen zu, welche meinen, sehr viel weniger zu erhalten als ihnen zusteht. Die Zufriedenheit mit dem Leben zeigt einen eher geringen Einfluss, während ein höheres Einkommen, positiv wahrgenommene Zukunftsaussichten und ein höherer Bildungsgrad zu linken Einstellungsmustern moderat Distanz signalisieren. Eine linke politische Grundhaltung ist nach unseren Daten, im Unterschied zu rechten und menschenfeindlichen Haltungen, vor allem in der jüngsten Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen anzutreffen. Allerdings teilen auch über 60-Jährige überdurchschnittlich häufig diese Grundhaltung.

Abb. 45 Skala betont Linkes politisches Einstellungsspektrum nach sozialstrukturellen Einstellungen/Kriterien (Mittelwerte von -2 „sehr starke“ bis +2 „sehr schwache“ Ausprägung)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

In der älteren Generation wirken, so dürfen wir vermuten, noch vergleichsweise häufig mit der DDR verbundene historische Überhänge politischer Identifikation nach. Diese Annahme wird durch Befunde des Sachsen-Anhalt-Monitors 2014 gestützt¹⁰⁸. Dort stimmte die Altersgruppe der über 60-Jährigen der Dimension „Sozialismus als Staats- und Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ im Gegensatz zu allen anderen Altersgruppen am häufigsten zu.

¹⁰⁸ Holtmann/Jaek/Völkl (2014), S. 79ff.

11 Parteipräferenzen („Sonntagsfrage“) und Profile von Parteihängern und Nichtwählern

Im Erhebungszeitraum vom 30. Januar bis 8. März 2018 wurde auch nach der Wahlabsicht gefragt.¹⁰⁹ Insgesamt 69 Prozent der Befragten wären demzufolge wählen gegangen. Erklärtermaßen *nicht* oder *ungültig gewählt* hätten 10 Prozent. Weitere 22 Prozent waren unschlüssig („weiß nicht“) oder machten keine Angabe.

Lässt man die beiden letzten Gruppen unberücksichtigt und legt der Berechnung die Zahl der Parteiwähler als neue Basis zugrunde, so ergibt sich die folgende, annähernd aktuelle Verteilung der Parteipräferenzen:

Tab. 30 Wahlabsicht nach Parteipräferenz (Prozentwerte, Basis nur Parteiwähler) bei der Monitor-Erhebung im 1.Quartal 2018, im Vergleich mit dem Ergebnis der Landtagswahl vom 13. März 2016 (Prozentwerte gültige Zweitstimmen)

Partei	SAM 2018	LTW 2016
CDU	35	29,8
Die Linke	20	16,3
SPD	16	10,6
AfD	15	24,3
FDP	6	4,9
B90/Grüne	5	5,2
Sonstige*	3	9,0

* Unter den „sonstigen Parteien“ kamen bei der Monitor-Umfrage 2018 die Tierschutzpartei auf 0,6, die Partei „Die Partei“ auf 0,5 und die NPD auf 0,4 Prozent der Zweitstimmen. Bei den Landtagswahlen 2016 kamen in der hier unter Sonstige zusammengefassten Rubrik die NPD auf 1,9 Prozent, die Freien Wähler auf 2,2 Prozent und Andere auf 4,9 Prozent.

Verglichen mit dem Ergebnis der Landtagswahl von März 2016 hätten sich demzufolge die Kräfteverhältnisse binnen etwa zwei Jahren nicht unerheblich wieder verschoben. Alle sogenannten etablierten Parteien mit Ausnahme der Grünen würden zulegen.¹¹⁰ Im Einzelnen betrachtet, bliebe die CDU klar stärkste Partei und könnte den Abstand zu dem nächstfolgenden Wettbewerber wieder vergrößern. Die Linkspartei würde zweitstärkste Kraft. Die AfD hätte deutlich an Sympathie eingebüßt, läge mit der SPD nur noch nahezu gleichauf und würde mit den Sozialdemokraten um die Plätze 3 und 4 konkurrieren, bliebe aber im zweistelligen Bereich. Die Bündnisgrünen und die FDP lägen beide um die fünf Prozent. Ihr Wiedereinzug in den Landtag wäre folglich nicht sicher. Gemäß diesem Stimmungsbild ist einstweilen offen, ob es in Sachsen-Anhalt bei einem Fünf-Parteien-Parlament bliebe oder ob sechs Parteien in den Landtag einzögen.

108 „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag in Sachsen-Anhalt Landtagswahl wäre?“

109 In der Tendenz allgemein ähnlich stellen sich die von Infratest dimap im Sachsen-Anhalt-Trend Juni 2017 ermittelten Wählerpräferenzen dar. Allerdings bezog sich dort die Frage auf die Wahlabsicht bei der anstehenden *Bundestagswahl*. Die Zahlen lauteten: CDU 45, SPD 14, Grüne 4, Linke 17, AfD 11, FDP 6 und Sonstige 3 Prozent.

Die Umfragedaten sind jedoch, das sei ausdrücklich angemerkt, mit gebotener Zurückhaltung zu betrachten. Wir wählen für die Aussagen über die Stärke der Parteien bewusst die Form des Konjunktivs. Im Vergleich mit der letzten Landtagswahl von 2016, deren Resultat auf gesicherten Zahlen basiert, handelt es sich bei den im Monitor erhobenen Parteipräferenzen wie bei jeder Bevölkerungsumfrage nur um die Momentaufnahme einer Stimmungslage, die auf künftige Wahlentscheidungen nur sehr bedingt Rückschlüsse zulässt. Derselbe Vorbehalt gilt ebenso für die im folgenden Teilkapitel vorgestellten Profilbeschreibungen von Anhängern der sechs derzeit im Land zahlenmäßig stärksten Parteien sowie der erklärten Nichtwähler. Zudem ist die statistische Fehlertoleranz von plus/minus 3 Prozent zu berücksichtigen, welche sich auf die Reihenfolge der Parteienanteile und hinsichtlich der Grünen und der FDP auf deren Chance, die Fünf-Prozent-Hürde zu reißen oder zu überspringen, auswirken kann.

11.1 Profile der Parteianhänger und der erklärten Nichtwähler

Nachstehend werden für die sechs Parteien CDU, Linke, SPD, AfD, Grüne und FDP sowie für die Gruppe der erklärten Nichtwähler landestypische Anhängerprofile erstellt. In diese Profilbeschreibungen gehen ausgewählte sozialstrukturelle und soziodemografische Merkmale sowie Einstellungsmuster und sozialräumliche Schwerpunktbildungen ein, die auf Anhänger der jeweiligen Partei bzw. auf Wahlverweigerer in besonderem Maße zutreffen. Empirische Grundlage dieser Typenkonstruktion sind die für den Monitor 2018 erhobenen Umfragedaten. Folglich sind die jetzigen Merkmalszuschreibungen bezüglich ihrer Kombination und Häufigkeitsverteilung nicht ‚in Erz gegossen‘, sondern, da sie auf demoskopischen Momentaufnahmen basieren, entsprechend der künftigen Entwicklung der politischen Stimmungslage wandelbar.

11.1.1 Anhängerprofil der CDU

Sozialstrukturelle, soziografische und sozialräumliche Merkmale: Anhänger der CDU sind überwiegend weiblich. Den stärksten Zuspruch erhält die CDU in den mittleren Altersgruppen zwischen 35 und 59 Jahren, von Beziehern höherer Einkommen und Personen mit mittlerer Bildung. Unter Berufstätigen, welche neben den Ruheständlern die größte Bevölkerungsgruppe stellen, ist sie leicht, unter nicht Berufstätigen deutlicher überrepräsentiert. CDU-Anhänger leben zahlreicher seit ihrer Geburt in Sachsen-Anhalt und sind überdurchschnittlich häufig religiös gläubig. Mit der CDU sympathisieren besonders viele Anhänger in mittleren Gemeinden zwischen 2000 und 5000 Einwohnern. Die CDU hat regionale Hochburgen in den Landkreisen Börde, Burgenlandkreis und Salzlandkreis.

Kennzeichnende Einstellungen: überdurchschnittliche Lebenszufriedenheit und ebensolche Verbundenheit mit Ort, Ostdeutschland und Gesamtdeutschland – positive Bewertung der wirtschaftlichen Lage, allgemein, persönlich sowie am eigenen Wohnort

– hoher Stellenwert der verpflichtenden Norm zur Wahlteilnahme – zufrieden mit Idee, existierendem System und Funktionieren der Demokratie – entschieden für Bürgerrechte und demokratische Verfahrensgarantien – eher plebiszit-skeptisch - überwiegende Selbsteinordnung in der politischen Mitte – Anerkennung der Vorzüge der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung - höheres Institutionenvertrauen und vergleichsweise positive Einschätzung der Responsivität von Politik – häufigere Wahrnehmung allgemein gerechter Zustände – Zuwanderung und Wirtschaft wichtigste Probleme - großes Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der eigenen Partei - überwiegend Vorzug für „Freiheit“ gegenüber „Gleichheit“, jedoch für „Sicherheit“ bei Güterabwägung mit „Freiheit“ – Rente und Zuwanderung/ Integration als größte Zukunftssorgen.

11.1.2 Anhängerprofil der Linkspartei

Sozialstrukturelle, soziografische und sozialräumliche Merkmale: Anhänger der Partei Die Linke sind überwiegend männlich. Den altersmäßig stärksten Rückhalt hat die Partei bei der jüngsten Wählergruppe; auch unter Senioren ab 60 Jahren findet sie überproportional Zuspruch. Die ungleiche Verteilung der Parteisympathie auf die Altersgruppen spiegelt sich in der beruflichen Stellung der Anhänger der Linkspartei wider: Ruheständler und Auszubildende sind besonders häufig vertreten. Parteigänger der Linken rekrutieren sich stärker aus unteren und mittleren Einkommensstufen sowie aus Personen mit formal hohem Bildungsgrad. Der Linkspartei neigen insbesondere Menschen zu, die seit früher Kindheit (nicht schon seit Geburt) in Sachsen-Anhalt wohnen. Anhänger der Partei sind überwiegend konfessionslos, leben häufiger in Städten über 50.000 Einwohnern und in strukturell stabilen Regionen. Ihre Hochburgen hat die Linkspartei in den drei großen Städten des Landes sowie in den Mittelstädten Stendal und Wittenberg.

Kennzeichnende Einstellungen: hohe Identifikation mit Ostdeutschland, geringere Lebenszufriedenheit und Verbundenheit mit Gesamtdeutschland – weniger positive Beurteilung der allgemeinen und eigenen wirtschaftlichen Lage sowie der persönlichen Zukunft allgemein und in Sachsen-Anhalt - hoher Stellenwert der verpflichtenden Norm zur Wahlteilnahme – häufige Gespräche über Politik – häufiger unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie - überwiegende Selbsteinordnung im linken Feld des politischen Spektrums – häufiger kapitalismuskritisch – häufiger Bewertung der deutschen Ausländerpolitik als diskriminierend – leicht höhere Sympathie für systemrevolutionäre Forderungen – hohe Zustimmung für Verstaatlichung wichtiger Unternehmen und für die Sicht des Sozialismus bzw. Kommunismus als menschenwürdige Alternative – geringeres Institutionenvertrauen – geringeres Vertrauen in die Responsivität der Politik – kritischere Einschätzung des gerechten Zustands des Landes – Bildung und Wirtschaft wichtigste Probleme – entschieden für Bürgerrechte und demokratische Verfahrensgarantien - bei Güterabwägung mit „Freiheit“ relativ häufiger für

„Gleichheit“ - gegen Ethnozentrismus, Homophobie, Nationalismus, Verherrlichung des NS-Systems und fremdenfeindliche Vorurteile – größte Zukunftssorgen Rente und Pflege.

11.1.3 Anhängerprofil der SPD

Sozialstrukturelle, soziografische und sozialräumliche Merkmale: Unter Anhängern der SPD herrscht nahezu Geschlechterparität. Altersmäßig ist die Alterskohorte der 60 Jahre und Älteren, also derjenigen, die ganz überwiegend im Ruhestand sind, die Bastion der Partei. Unter SPD-Anhängern überwiegen leicht Bezieher mittlerer Einkommen und außerdem Menschen mit einfacher Schulbildung. Ferner findet die SPD in kleinen Gemeinden bis 2.000 Einwohnern sowie in strukturell stabilen Regionen vergleichsweise stark Zuspruch. Nennenswerte Hochburgen hat die Partei in den Landkreisen Harz und Jerichower Land.

Kennzeichnende Einstellungen: hohe Identifikation mit Wohnort, Land, Ost- und Gesamtdeutschland – positive Bewertung der Wirtschaftslage im Land, Wohnort und von sich selbst – zuversichtliche Einschätzung der Zukunft von Land und eigener Person - hoher Stellenwert der verpflichtenden Norm zur Wahlteilnahme - eher zufrieden mit dem System und dem Funktionieren der Demokratie – Selbsteinordnung im Mittel-Links-Bereich des politischen Spektrums – verbreitete Zustimmung für Verstaatlichung wichtiger Unternehmen – vergleichsweise hohes Institutionenvertrauen und Vertrauen in die Responsivität von Politik - häufigere Wahrnehmung allgemein wie persönlich gerechter Zustände – Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Politik allgemein wichtigste Probleme - entschieden für Bürgerrechte und demokratische Verfahrensgarantien - bei Güterabwägung mit „Freiheit“ relativ häufiger für „Gleichheit“ – gegen Ethnozentrismus, Homophobie, Nationalismus, Verherrlichung des NS-Systems und fremdenfeindliche Vorurteile - vergleichsweise häufig persönlich „sorgenfrei“ bezüglich der Zukunft, größte Zukunftssorgen Rente und Pflege.

11.1.4 Anhängerprofil der AfD

Sozialstrukturelle, soziografische und sozialräumliche Merkmale: Die Anhängerschaft der AfD wird klar männlich dominiert. Stärksten Zuspruch findet sie, wie auch die CDU, in den Altersgruppen zwischen 35 und 59 Jahren. Berufstätige und ebenso nicht Berufstätige (zu denen nicht nur die Ruheständler, sondern z.B. auch mithelfende Familienangehörige gehören) neigen der AfD überdurchschnittlich zu. Desgleichen sind unter den mit der AfD Sympathisierenden Bezieher höherer Einkommen häufig vertreten. Unter Parteigängern der AfD finden sich häufiger Personen, die später (ab dem 7. Lebensjahr) nach Sachsen-Anhalt gezogen sind. Anhänger der AfD leben bevorzugt in kleinen Gemeinden bis 2.000 Einwohnern und in strukturell schrumpfenden Regionen.

Kennzeichnende Einstellungen: Vergleichsweise viele mit Lebenssituation ziemlich bzw. sehr unzufrieden – schwächere Identifikation mit Gesamtdeutschland und insbesondere mit Europa – ausgeprägtes Misstrauen in Mitmenschen – schlechtere Bewertung der Wirtschaftslage in Land, Wohnort und persönlich – pessimistische Sicht der Zukunft, persönlich wie des Landes – dominierendes Protestwahlmotiv – häufige politische Gespräche – unzufriedener mit der Verfassungsordnung und dem Funktionieren der Demokratie - Selbsteinordnung im Mitte-Rechts-Bereich des politischen Spektrums – geringe Wahrnehmung von Ausländerfeindlichkeit im Alltag - höhere Sympathie für systemrevolutionäre Forderungen – häufigere Einschätzung des Staates als Unterdrückungsinstrument – Ablehnung der Position, Zuflucht Suchende unbeschränkt aufzunehmen - deutlich geringeres Institutionenvertrauen – kaum Vertrauen in die Responsivität von Politik, aber größeres Zutrauen in eine eigene politisch aktive Rolle – geringere Wahrnehmung allgemein wie persönlich gerechter Zustände – Flüchtlingspolitik und Wirtschaft wichtigste Probleme – wenig Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der eigenen Partei – für Bürgerrechte, aber skeptischer bezüglich der Legitimität politischer Opposition – entschieden für Volksabstimmungen - bei Güterabwägung mit „Freiheit“ weniger häufig für „Sicherheit“ – häufiger Verharmlosung des Nationalsozialismus und antisemitisch – häufiger für Besitzstandswahrung der Eingesessenen – häufiger homophob – häufiger für eine Obergrenze für Flüchtlinge und gegen Zuwanderung von Muslimen – Rente und Zuwanderung größte Zukunftssorgen.

11.1.5 Anhängerprofil von Bündnis90/Die Grünen

Sozialstrukturelle, soziografische und sozialräumliche Merkmale: Unter den Anhängern der Grünen gibt es einen weiblichen Überhang. Altersmäßig hat die Partei ihre Bastion in der zweitjüngsten Altersgruppe zwischen 25 bis 34 Jahren. Sie spricht insbesondere Nichtberufstätige(siehe oben) an, ferner Personen mit höherer Bildung sowie solche Bewohner des Landes, die erst später (ab dem 7. Lebensjahr) nach Sachsen-Anhalt gezogen sind. Vergleichsweise viele Anhänger leben in den beiden Großstädten des Landes. Religiös Gläubige sind leicht überrepräsentiert. Regionale Hochburgen haben die Grünen im Altmarkkreis Salzwedel, in Wittenberg, Halle und im Saalekreis.

Kennzeichnende Einstellungen: schwächere Verbundenheit mit Wohnort, Sachsen-Anhalt und Ostdeutschland, aber stärkste mit Europa – am meisten Vertrauen in Mitmenschen – günstigere Bewertung der Wirtschaftslage im Land – positiver Blick in die persönliche Zukunft – hohe Zustimmung zu Idee und Verfassungsordnung der Demokratie, höchste Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie - Selbsteinordnung im Mitte-Links-Bereich des politischen Spektrums – erhöhte Sensibilität für Ausländerfeindlichkeit im Alltag - teilweise geringeres, teilweise höheres Institutionenvertrauen – höhere Selbstzuschreibung politischer Einflusschancen – größeres Vertrauen in die Responsivität von Politik - häufigere Wahrnehmung allgemein wie persönlich gerechter Zustände – Bildung als mit Abstand wichtigstes Problem - wenig Vertrauen in

die Problemlösungskompetenz der eigenen Partei – große Vertrautheit mit Internet und optimistische Sicht der Digitalisierung - entschieden für Bürgerrechte und demokratische Verfahrensgarantien - geringste Zustimmung für direkte Demokratie – geringste Präferenz für „Sicherheit“ – entschieden gegen Ethnozentrismus, Homophobie, Nationalismus, Verherrlichung des NS-Systems und fremdenfeindliche Vorurteile – am häufigsten „sorgenfrei“, Pflege und Zukunftssicherung für nachfolgende Generationen größte Zukunftssorgen.

11.1.6 Anhängerprofil der FDP

Sozialstrukturelle, soziografische und sozialräumliche Merkmale: Anhänger der FDP verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf die Geschlechter. Altersmäßig sind sie unter Jüngeren (bis 24 Jahre) und Ältesten (ab 60 Jahre) leicht überrepräsentiert. Dementsprechend ist der Zuspruch für die FDP unter Ruheständlern relativ stark. Sowohl nach Einkommen als auch nach dem Bildungsgrad weisen Parteigänger der FDP einen gehobenen Status auf. Ferner sind mit der FDP Sympathisierende vergleichsweise häufig erst später (ab dem 7. Lebensjahr) nach Sachsen-Anhalt zugezogen. Regionale Hochburgen hat die FDP in Halle sowie in den Landkreisen Mansfeld-Südharz, Saalekreis und Anhalt-Bitterfeld. FDP-Anhänger wohnen außerdem häufiger in den beiden Großstädten des Landes.

Kennzeichnende Einstellungen: höhere Lebenszufriedenheit – hohe lokale Identifikation und hohe Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt – gute Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der persönlichen Zukunft, aber pessimistischer bezüglich der Zukunft des Landes - hohe Zustimmung zur Idee der Demokratie, geringere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie – Einordnung in der Mitte des politischen Links-Rechts-Spektrums – gesellschaftspolitisch strikt antirevolutionär, antikommunistisch und gegen Verstaatlichung von Unternehmen – eher gegen unbegrenzte Zuwanderung – teilweise geringeres Institutionenvertrauen - höhere Selbstzuschreibung politischer Einflusschancen - schwächeres Vertrauen in die Responsivität von Politik - seltener Wahrnehmung allgemein gerechter Zustände – Arbeit und Bildung als wichtigste Probleme – durchschnittliches Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der eigenen Partei - entschieden für Bürgerrechte und demokratische Verfahrensgarantien – eindeutige Güterabwägung zugunsten von „Freiheit“ im Vergleich mit „Gleichheit“, nicht aber bei „Sicherheit“ - gegen Ethnozentrismus, Homophobie, Nationalismus, Verherrlichung des NS-Systems und fremdenfeindliche Vorurteile – Alterssicherung, Pflege und Zukunftssicherung nachfolgender Generationen als größte Zukunftssorgen.

11.1.7 Profil erklärter Nichtwähler

Sozialstrukturelle, soziografische und sozialräumliche Merkmale: Bekennende Nichtwähler verteilen sich ziemlich paritätisch auf Männer und Frauen. Altersmäßig wird ein

Schwerpunkt in den mittleren Altersgruppen zwischen 35 bis 59 Jahren, also den berufsaktiven Jahrgängen, erkennbar. Nichtwähler sind demgemäß häufiger berufstätig und ferner unter Beziehern niedriger Einkommen vertreten. Sie verfügen öfter über einen mittleren Schulabschluss und wohnen in größerer Zahl seit der Geburt in Sachsen-Anhalt. Religiös Gläubige finden sich in dieser Bevölkerungsgruppe selten. Nichtwähler-Hochburgen sind die Stadt Dessau-Rosslau sowie die Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Harz, Jerichower Land und der Salzlandkreis. Ihr Lebensmittelpunkt sind vornehmlich Städte zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern sowie schrumpfende Regionen.

Kennzeichnende Einstellungen: mit derzeitiger Lebenslage weniger zufrieden – mit Ost- und Gesamtdeutschland und vor allem mit Europa weniger verbunden – am häufigsten von Geburt an in Sachsen-Anhalt – geringstes Vertrauen in Mitmenschen – schlechtere Beurteilung der wirtschaftlichen Lage im Land, Wohnort und persönlich sowie der eigenen Zukunft und derjenigen des Landes – „nicht vertrauenswürdige Parteien und Politiker im Land“, „kein Unterschied, wer regiert“ und politische Ohnmacht („meine Stimme zählt nicht“) als meistgenannte Motive der Wahlabstinenz – geringeres Interesse an Politik – sehr viel seltener Gespräche über Politik – geringere Anerkennung der Demokratie als Idee, als existierende Verfassungsordnung und als funktionierende Praxis – überwiegend Selbsteinordnung in der politischen Mitte – wenig kapitalismuskritisch, aber häufiger latent rebellisch – staatskritisch – stärker antikommunistisch – skeptischer gegenüber Zuwanderung – geringes Institutionenvertrauen (mit Ausnahme der Polizei) – negative Einschätzung der Responsivität von Politik – geringe Selbstzuschreibung politischer Einflusschancen – seltener Wahrnehmung allgemein und persönlich gerechter Zustände – Arbeit, Wirtschaft, Bildung und Zuwanderung wichtigste Probleme – Mehrheitsmeinung: „keine Partei“ kann Probleme lösen – digitalisierungsskeptisch – für Bürgerrechte, jedoch oppositionskritischer und weniger für Chancengleichheit aller Parteien auf Regierungsteilhabe – häufiger für direkte Demokratie – klare Präferenz für „Sicherheit“ – nicht rassistisch oder ethnozentristisch, aber häufiger Verharmlosung des Nationalsozialismus – häufiger homophob – asylkritischer, häufiger für eine Obergrenze für Flüchtlinge und gegen Zuwanderung von Muslimen – geringster Kontakt zu Ausländern – Rente, Armut und Pflege als größte Zukunftssorgen.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Auf der Ebene der politischen und sozialen Einstellungen durchziehen zwei Konfliktlinien die Gesellschaft des Landes. Die eine trennt Anhänger von Regierungs- und Oppositionsparteien. Die andere verläuft zwischen den sogenannten etablierten Parteien einerseits und Parteigängern der AfD sowie Nichtwählern andererseits. Erstere Konfliktlinie ist Ausdruck der Wettbewerbsslage in einer Parteiendemokratie und insoweit ein Indikator für politische Normalität. Letztere Konfliktlinie signalisiert eine deutliche Fragmentierung zwischen systemloyaler Bevölkerungsmehrheit auf der einen Seite und einem ausgeprägt politikverdrossenen und partiell deutlich systemkritischen Bevölkerungsteil auf der anderen Seite. Dabei dokumen-

tieren die Daten eine weitgehende Übereinstimmung der wertbezogenen Überzeugungen und prinzipiellen wie tagesbezogenen politischen Einschätzungen bei bekennenden Nichtwählern und Anhängern der AfD.

12 Einstellungen zur Digitalisierung

12.1 Die Grundeinstellung innerhalb der Bevölkerung

Der Begriff „Digitalisierung“ umfasst die komplexen Prozesse technologischen und sozialen Wandels, die Ausdruck der vierten industriellen Revolution sind, in ganzer Breite. Aus Sicht von Unternehmen, Arbeitnehmern und staatlicher Politik sind insbesondere Herausforderungen und konkrete Versuchsanforderungen bedeutsam, die sich im Bereich der Digitalisierung der Arbeitswelt („Arbeit 4.0“) bereits abzeichnen. Bezogen auf die Beschäftigungsdynamik auf dem sachsen-anhaltischen Arbeitsmarkt kommt eine im Vorjahr veröffentlichte Studie des Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH) beispielsweise zu dem Schluss, dass im Land mit Stand 2016 die Tätigkeiten etwa jedes zehnten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten „bereits ein hohes Substitutionspotential“ aufweisen, sprich: durch digitalisierte Fertigung bzw. Dienstleistungen ersetzt werden können.¹¹¹ Andererseits könnten sich so Wege öffnen, um den schon jetzt spürbaren Fachkräftemangel partiell zu kompensieren.

Angesichts der individuell schwer abschätzbaren Folgen überrascht es nicht, dass die Einstellungen der Sachsen-Anhalter zur Digitalisierung ambivalent sind. Rund 40 Prozent aller Befragten hegen im Jahr 2018 die Auffassung, dass die Digitalisierung „auf mich kaum Auswirkungen“ habe. Knapp 45 Prozent sehen dies anders. Darunter sind die Jüngeren (unter 24 Jahren) und die berufsaktiven Jahrgänge (25 bis 59 Jahre), aber auch nicht Berufstätige (62,5 Prozent) sowie Höhergebildete (58,2 Prozent) und Bezieher höherer Einkommen (58,8 Prozent) überdurchschnittlich vertreten.

Ähnlich gespalten ist das Meinungsbild bei der Beantwortung der Frage, ob die Digitalisierung „für mich eine Herausforderung“ darstelle. Dies bejahen knapp 41 Prozent, darunter überdurchschnittlich viele Jüngere bis 24 Jahren, Bezieher niedriger Einkommen und mit leichtem Übergewicht auch Befragte mit niedrigem Schulabschluss. Diese spezielle Mischung sozialstruktureller Merkmale deutet darauf hin, dass der Terminus „Herausforderung“ teils positiv und teils sorgenvoll konnotiert wird.

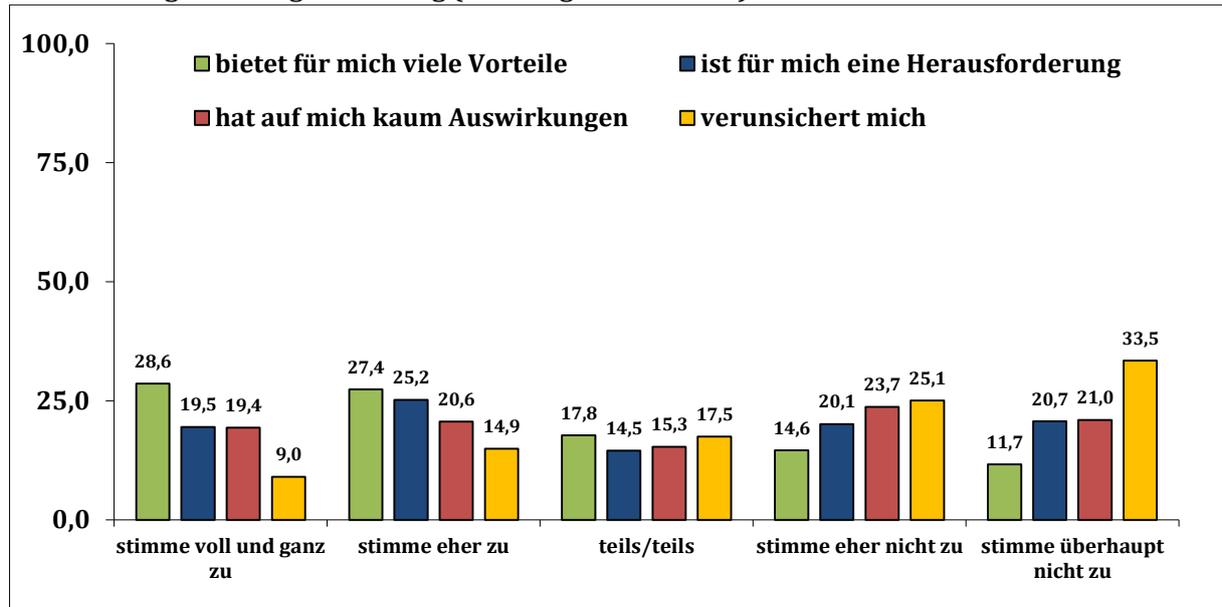
Allerdings sind die erklärten Modernisierungsskeptiker in der Minderheit: Der Aussage „Die Digitalisierung verunsichert mich“ pflichtet ein knappes Viertel der Landesbevölkerung „eher“ (14,9 Prozent) bzw. „voll und ganz“ (9 Prozent) zu. Darunter befinden sich mehr Ältere (45 Jahre aufwärts), Ruheständler und Personen mit niedrigem Schulabschluss.

Insgesamt überwiegt die Einschätzung, dass die Digitalisierung „für mich viele Vorteile bietet“. Dem stimmen 56 Prozent der Befragten voll und ganz (28,4 Prozent) bzw. eher (27,4 Prozent) zu. Unter denen, die einschränkungslos Vorbehalte sehen, ist die

¹¹⁰Rebekka Heyme/ Antje M. Menge (2017): Digitalisierung in Sachsen-Anhalt erfolgreich gestalten. Eine ZSH-Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Halle, S. 8 u.ö.

junge Generation (18 bis 24 Jahre) mit rund 50 Prozent besonders stark vertreten. Wiederum stellen auch bei dieser Teilgruppe Höhergebildete (43,1 Prozent), nicht Berufstätige (39,2 Prozent) und Bezieher höherer Einkommen (36,9 Prozent) überproportionale Anteile. Aber auch jene, die aktiv im Berufsleben stehen, äußern sich über die persönlichen Folgen der Digitalisierung mit knapp 60 Prozent zuversichtlich. Insgesamt zeigt sich, dass innerhalb der Bevölkerung Sachsen-Anhalts die Offenheit gegenüber der digitalen Zukunft vergleichsweise groß ist (Abb. 46).

Abb. 46 Fragen zur Digitalisierung (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

13 Fragebogen

Frage 1. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation? Sind Sie...

- sehr zufrieden
- ziemlich zufrieden
- teils/teils
- ziemlich unzufrieden
- sehr unzufrieden

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 2. Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden?

- a) dem Ort, in dem Sie wohnen
- b) Sachsen-Anhalt
- c) Ostdeutschland
- d) Gesamtdeutschland
- e) Europa

- sehr stark
- ziemlich
- wenig
- gar nicht

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 3. Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen trauen kann. Andere meinen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann im Umgang mit anderen Menschen. Was ist Ihr Meinung dazu?

- Den meisten Menschen kann man trauen.
- Man kann nicht vorsichtig genug sein.
- [spontan] Das kommt darauf an.
- **weiß nicht **keine Angabe**

Frage 4. Wie beurteilen Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage....

- a) in Sachsen-Anhalt
- b) im Ort, in dem Sie wohnen
Und wie ist das mit...
- c) Ihrer eigenen wirtschaftliche Lage

- sehr gut
- gut
- teils/teils
- schlecht
- sehr schlecht?

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 5. Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt: sehr positiv, eher positiv, teils/teils, eher negativ oder sehr negativ?

sehr positiv
eher positiv
teils/teils
eher negativ
sehr negativ

****weiß nicht** keine Angabe**

Frage 6. Und wie ist das mit dem Land Sachsen-Anhalt: Sehen Sie die Zukunft Sachsen-Anhalts: sehr positiv, eher positiv, teils/teils, eher negativ oder sehr negativ?

sehr positiv
eher positiv
teils/teils
eher negativ
sehr negativ

****weiß nicht** keine Angabe**

Frage 7. Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag in Sachsen-Anhalt Landtagswahl wäre?

*(Bitte nicht vorlesen, sondern zuordnen!)
(Nur bei Nachfragen: Gemeint ist die Zweitstimme.)*

CDU
AfD
Die Linke
SPD
Bündnis 90/Die Grünen
FDP

FILTER Wenn Wahl, dann Frage 8

Andere Partei, und zwar: _____ (INT: Bitte eintragen!)

würde nicht wählen → **FILTER** Wenn Nichtwahl, dann Frage 9

würde ungültig wählen → **FILTER** Wenn ungültig gewählt, dann Frage 10

**** weiß nicht** keine Angabe**

Frage 8. Was wären denn die Gründe dafür, dass Sie sich an der Wahl beteiligen?

(INT: nicht vorlesen! einordnen ggf. ergänzen bzw. notieren)

- a) Wahl ist eine Bürgerpflicht
- b) Parteibindung (schon immer die Partei gewählt)
- c) Wegen eines Kandidaten, der meine Unterstützung verdient
- d) Um einen Protest gegen die etablierte Politik auszudrücken
- e) Flüchtlingssituation
- f) ...

**** weiß nicht** keine Angabe**

Frage 9. Was wären denn die Gründe dafür, dass Sie NICHT zur Wahl gehen würden?

(INT: nicht vorlesen! einordnen ggf. ergänzen bzw. notieren)

Politische Gründe

- a) Parteien und Politiker im Land sind nicht vertrauenswürdig
- b) Parteien und Politiker im Land sind alle gleich. Es macht kein Unterschied, wer regiert.
- c) Die Wahl war vorher schon entschieden, es hatte keinen Sinn zu wählen.
- d) „meine Stimme zählt eh nicht“, hat sowieso keinen Zweck zu wählen.
- e) Sonstige politische Gründe und zwar: ...

Persönliche Gründe

- f) „keine Zeit“
- g) „keine Lust“
- h) gesundheitliche/physische Gründe
- i) sonstige persönliche Gründe und zwar:
- j) Sonstige Gründe und zwar: ...
- k) keine Aussage
- l) weiß nicht

Frage 10. Haben Sie an der letzten Bundestagswahl im September 2017 teilgenommen?

Ja
 Nein

war nicht wahlberechtigt
 habe ungültig gewählt

**weiß nicht, **keine Angabe

Frage 11. Und haben Sie bei der letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2016 teilgenommen?

Ja
 Nein

war nicht wahlberechtigt
 habe ungültig gewählt

**weiß nicht, **keine Angabe

Frage 12. Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?

sehr stark
 ziemlich stark
 mittelmäßig
 weniger stark
 überhaupt nicht

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 13. Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik: Würden Sie sagen täglich, mehrmals in der Woche, mehrmals im Monat, seltener oder nie?

täglich
mehrmals in der Woche
mehrmals im Monat
seltener
nie

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 14. Die drei folgenden Fragen beschäftigen sich mit der Demokratie. Zunächst geht es um die Bewertung der Idee der Demokratie im Allgemeinen. Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen. Sind Sie ...?

entschieden für Demokratie
eher für Demokratie
eher gegen Demokratie
entschieden gegen Demokratie

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 15. Nun geht es um die Demokratie in Deutschland. Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit ...?

sehr zufrieden
eher zufrieden
eher unzufrieden
sehr unzufrieden

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 16. Und sind Sie alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert?

sehr zufrieden
eher zufrieden
eher unzufrieden
sehr unzufrieden

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 17. In der Politik reden die Leute häufig von „Links“ und „Rechts“. Wenn Sie an eine Skala von 0 bis 10 denken, wo würden Sie sich selbst einordnen, wenn 0 links und 10 rechts bedeutet.

1 bis 10

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 18. Sagen Sie mir bitte zu jedem der folgenden Aussagen, ob Sie diesen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. (Rotieren)

- a) Der Kapitalismus führt letztlich zu Faschismus.
- b) Kapitalismus führt zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen.
- c) Die deutsche Ausländerpolitik diskriminiert Menschen nicht-deutscher Abstammung.
- d) Ausländerfeindlichkeit lässt sich bei uns in Deutschland überall im Alltag beobachten.
- e) Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser – wir brauchen eine Revolution.
- f) Der Staat ist ein Instrument der Unterdrückung, das abgeschafft werden muss.
- g) Wichtige Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- h) Nur im Sozialismus bzw. Kommunismus ist ein menschenwürdiges Leben möglich.
- i) Deutschland sollte prinzipiell alle Personen aufnehmen, die in unserem Land Zuflucht suchen.

stimme voll und ganz zu

stimme eher zu

teils/teils

stimme eher nicht zu

stimme überhaupt nicht zu

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 19. Wie sehr vertrauen Sie den folgenden Gruppen und Einrichtungen - voll und ganz, weitgehend, teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht?

- a) den politischen Parteien
- b) der Bundesregierung
- c) dem Bundesverfassungsgericht
- d) der Landesregierung von Sachsen-Anhalt
- e) den Politikern
- f) der Polizei
- g) Ihrer Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung

vertraue ich voll und ganz

vertraue ich weitgehend

vertraue ich teilweise

vertraue ich eher nicht

vertraue ich überhaupt nicht

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 20. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu Politik und Gesellschaft zu - voll und ganz, eher, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht? (Rotieren)

- a) Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.
- b) Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
- c) Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
- d) Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, Ihre Ansichten interessieren sie nicht.
- e) Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.
- f) Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.

stimme voll und ganz zu
 stimme eher zu
 teils/teils
 stimme eher nicht zu
 stimme überhaupt nicht zu]

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 21. Geht es in Deutschland Ihrer Meinung nach alles in allem sehr gerecht, eher gerecht, eher ungerecht oder sehr ungerecht zu?

sehr gerecht
 eher gerecht
 eher ungerecht
 sehr ungerecht

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 22. Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten? Oder glauben Sie, dass Sie sehr viel mehr, etwas mehr, etwas weniger oder sehr viel weniger als Ihren gerechten Anteil erhalten?

(Bei Nachfragen: Es geht ganz allgemein um die persönliche Ansicht bzw. Einschätzung, ob man im Vergleich zu anderen in Deutschland findet, das man das bekommt was einem zusteht)

erhalte gerechten Anteil (später im Datensatz Mittelkategorie)

erhalte sehr viel mehr als gerechten Anteil
 erhalte etwas mehr
 erhalte etwas weniger
 erhalte sehr viel weniger

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 23. Was sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten zwei politischen Problem in Sachsen-Anhalt?

Wichtigstes Problem: -----(INT: Bitte notieren)
 Zweitwichtigstes Problem: -----(INT: Bitte notieren)

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 24. Und welche Partei im Land ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, das wichtigste Problem zu lösen?

*(Filter nur wenn wichtigstes Problem genannt)
(Bitte nicht vorlesen, sondern zuordnen!)*

CDU

AfD

Die Linke

SPD

Bündnis 90/Die Grünen

FDP

Andere Partei, und zwar: _____ *(INT: Bitte eintragen!)*

Koalition aus mehreren Parteien, und zwar: _____ *(INT: Bitte eintragen)*

Alle

Keine

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 25. Und welche könnte das zweitwichtigste Problem am besten lösen?

*(Filter nur wenn zweit wichtigstes Problem genannt)
(Bitte nicht vorlesen, sondern zuordnen!)*

CDU

AfD

Die Linke

SPD

Bündnis 90/Die Grünen

FDP

Andere Partei, und zwar: _____ *(INT: Bitte eintragen!)*

Koalition aus mehreren Parteien, und zwar: _____ *(INT: Bitte eintragen)*

Alle

Keine

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 26. Wie gut kennen Sie sich mit dem Internet aus?

sehr gut

eher gut

eher schlecht

sehr schlecht

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 27. Was denken Sie über das Thema Digitalisierung? Sagen Sie mir bitte für die folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

- a) Die Digitalisierung bietet für mich viele Vorteile.
- b) Die Digitalisierung ist für mich eine Herausforderung.
- c) Die Digitalisierung hat auf mich kaum Auswirkungen.
- d) Die Digitalisierung verunsichert mich.

stimme voll und ganz zu

stimme eher zu

teils/teils

stimme eher nicht zu

stimme überhaupt nicht zu

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 28. Bitte sagen Sie mir wieder zu jeder der folgenden Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

- a) Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.
- b) Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.
- c) Jeder sollte das Recht haben für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.
- d) Jede demokratische Partei sollte die Chance haben, an die Regierung zu kommen.
- e) In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.
- f) Wichtige Fragen sollten nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden.

stimme voll und ganz zu

stimme eher zu

teils/teils

stimme eher nicht zu

stimme überhaupt nicht zu

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 29. Wenn Sie sich für Freiheit oder für Gleichheit entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Freiheit

Sicherheit

Beides gleichermaßen

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 30. Und wenn Sie sich für Freiheit oder für Sicherheit entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Freiheit

Sicherheit

Beides gleichermaßen

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 31. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

- a) Es gibt wertvolles und unwertes Leben.
- b) Generell kann man sagen, dass Deutschland besser ist als die meisten anderen Länder der Welt.
- c) Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben.
- d) Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.
- e) Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.
- f) Ich bin lieber Bürger/Bürgerin von Deutschland als irgendeines anderen Landes der Welt.

stimme voll und ganz zu

stimme eher zu

teils/teils

stimme eher nicht zu

stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 32. Ich lese Ihnen nun noch einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Wie sehr stimmen Sie diesen Aussagen zu?

- a) Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.
- b) Es ist ekelhaft wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.
- c) Aussiedler sollten besser gestellt sein als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.
(INT: bei Nachfrage: z.B. Russlanddeutsche)
- d) Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.
- e) Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.
- f) Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.
- g) Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.
- h) Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.
- i) Für die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge sollte eine Obergrenze eingeführt werden.
- j) Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.
- k) Homosexualität ist unmoralisch.
- l) Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.
- m) Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.
- n) Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurück schicken.
- o) Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.
- p) Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.
- q) Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.
- r) Der Lebensstandard der Deutschen wird durch die Aufnahme der Flüchtlinge sinken.

stimme voll und ganz zu

stimme eher zu

teils/teils

stimme eher nicht zu

stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht **keine Angabe

**Frage 33. Haben Sie persönlich Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern?
Wenn ja, in welchen Bereichen Ihres persönlichen Umfeldes?**

- a) in Ihrer eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft?
- b) an Ihrem Arbeitsplatz?
- c) in Ihrer Nachbarschaft?
- d) in Ihrem sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis?

Ja
Nein

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 34. Wie sehr treffen die folgenden Aussagen auf Sie persönlich zu?

- a) In schwierigen Situationen kann ich mich auf meine Fähigkeiten verlassen.
- b) Die meisten Probleme kann ich aus eigener Kraft gut meistern.
- c) Auch anstrengende und komplizierte Aufgaben kann ich in der Regel gut lösen.

trifft voll und ganz zu
trifft eher zu
teils/teils
trifft eher nicht zu
trifft überhaupt nicht zu

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 35. Worüber machen Sie sich Sorgen, wenn Sie an Ihre Zukunft denken?

(INT: nicht vorlesen! einordnen ggf. ergänzen bzw. notieren)

- a) Über nichts, ich bin sorgenfrei
- b) Zuwanderung/Integration
- c) Armut
- d) Kriminalität
- e) Arbeitslosigkeit
- f) Renten/Altersversorgung
- g) Preis-/Kaufkraftentwicklung
- h) Pflege
- i) Anderes und zwar: _____ *(INT: Bitte eintragen!)*

****weiß nicht **keine Angabe**

Soziodemographischer Teil:

- **S1 Geburtsjahr: Können Sie mir abschließend noch sagen, in welchem Jahr Sie geboren wurden?**

Jahr: _ _ _ _

**keine Angabe

Bei Verweigerung: Und würden Sie sich in eine der folgenden Altersgruppen einordnen?

18-29 Jahre
30-39 Jahre
40-49 Jahre
50-65 Jahre
66 Jahre und älter

- **S2 Seit wie vielen Jahren leben Sie in Sachsen-Anhalt?**

_____ (INT: Bitte eintragen!)

**keine Angabe **Spontan: seit meiner Geburt (schon immer) = Geburtsjahr

- **S3: Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst eingeschlossen? Zum Haushalt zählen alle Personen, die hier gemeinsam wohnen und wirtschaften. Denken Sie dabei bitte auch an alle im Haushalt lebenden Kinder. (INT.: Studenten, die nicht gemeinsam wirtschaften zählen als 1-Personen-HH).**

- 1 Person
- 2 Personen
- 3 Personen
- 4 Personen
- 5 Personen und mehr

- **S4 Familienstand: Welchen Familienstand haben Sie? Sind Sie ...**

verheiratet zusammenlebend → weiter mit S6
 verheiratet getrennt lebend
 verwitwet
 geschieden
 ledig

**keine Angabe

- **S5 Haben Sie zurzeit einen festen Partner / eine feste Partnerin?**

ja
 nein

**keine Angabe

- **S6 Schulabschluss: Welchen allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?**

von der Schule abgegangen ohne Abschluss

Hauptschule, Volksschule, Abschluss Polytechnische Oberschule 8. oder 9. Klasse

Mittlere Reife/Realschule/Fachschulreife/Abschluss Polytechn. Oberschule 10. Klasse

Abitur/EOS mit Abschluss 12. Klasse (Hochschulreife)/Fachhochschulreife

anderer Schulabschluss

noch in Schulausbildung (→ weiter mit s5b)

**keine Angabe

- **S7 Erwerbstätigkeit: Kommen wir zur Erwerbstätigkeit. Was von dem Folgenden trifft auf Sie zu? Sind Sie derzeit ...**

INT: Hierunter versteht man jede bezahlte bzw. mit einem Einkommen verbundene Tätigkeit, egal welchen zeitlichen Umfang diese hat.

Voll-/Teilzeiterwerbstätig (Auch "Mini-Jobs")

Lehrling

Rentner oder Pensionär

In Altersteilzeit (egal welche Phase)

Schüler an allgemeinbildender Schule

Fachschüler

Student

Hausfrau/Hausmann

Wehr-/Zivildienstleistender

Arbeitslos (Ohne "Ein-Euro-Job")

In einem "Ein-Euro-Job" tätig

In Elternzeit

Sonstiges

**weiß nicht **keine Angabe **trifft nicht zu

- **S8 Beruf: Welchen Beruf üben Sie aus? Bzw. welchen Beruf haben Sie mal ausgeübt?**

Arbeiter

Angestellter

Beamter/Richter/Berufssoldat

Landwirt (selbständig)

Freiberufler (z.B. Arzt mit eigener Praxis, Rechtsanwalt)

Sonstiger Selbständiger oder Unternehmer

mithelfender Familienangehöriger

in Ausbildung

**weiß nicht **keine Angabe **trifft nicht zu

- **S9 HH-Nettoeinkommen: Wie hoch ist das monatliche Netto-Einkommen IHRES HAUSHALTES INSGESAMT? Ich meine dabei die Summe, die nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen übrig bleibt.**

bis unter 1.000 EURO
 1.000 bis unter 1.250 EURO
 1.250 bis unter 1.500 EURO
 1.500 bis unter 2.000 EURO
 2.000 bis unter 3.000 EURO
 3.000 bis unter 4.000 EURO
 4.000 bis unter 5.000 EURO
 5.000 EURO und mehr

**weiß nicht **keine Angabe

S10 Vermögensbildung und Schuldsituation:

- j) Sind Sie in der Lage, jeden Monat einen bestimmten Betrag für schlechte Zeiten zurückzulegen?
- k) Wären Sie in der Lage, bei einem Einkommensausfall zwei Monate Ihren Lebensunterhalt zu bestreiten?
- l) Haben Sie schon einmal Schulden machen müssen, um Ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können?

ja
 nein

**weiß nicht **keine Angabe

- **S11 Welcher Konfession oder Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?**

katholisch
 protestantisch/evangelisch
 muslimisch/Islam
 jüdisch
 anderer
 keiner

**weiß nicht **keine Angabe

- **S12 Geschlecht:**
(INT: falls nicht erkennbar, nachfragen)

männlich
 weiblich

**keine Angabe **spontan anderes ...

Autorenverzeichnis

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH e.V.) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

www.zsh-online.de/

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH)

an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

www.zsh-online.de/zsh/mitarbeiter-innen/employee/5-everhard-holtmann

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH)

an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

www.zsh-online.de/zsh/mitarbeiter-innen/employee/6-tobias-jaeck

Dr. Kerstin Völkl

Institut für Politikwissenschaft

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

<http://systemanalyse.politik.uni-halle.de/methoden/methodenteam/>



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung



zsh

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.
an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg